

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 1./III. Jahrgang.

Erste Januarwoche 1935. 6

Nach der aussenpolitischen Debatte in der Kammer:

DIE LAVALSCHE AUSSENPOLITIK UND DIE ARBEITERKLASSE. oo

Die beiden Reden, die Laval zur Begründung seiner Aussenpolitik bei der jüngsten Kammerdebatte gehalten hat, sind für die Beurteilung dieser Politik sehr aufschlussreich.

Bisher hatte Laval immer abgestritten, dass er bei den Verhandlungen in Rom Mussolini freie Hand gegen Abessinien gegeben habe. Jetzt hat Laval zugegeben, dass bei dem Abschluss der Verträge von Rom von Abessinien die Rede gewesen sei. Frankreich habe damals Italien die wirtschaftliche Einflussnahme, dies koloniale Beherrschung Abessiniens, zugestanden. Laval behauptet jetzt nur noch, er habe angenommen, dass Mussolini die ihm in bezug auf Abessinien gewährte Handlungsfreiheit nur in friedlicher Weise ausnützen würde. In Wirklichkeit muss sich Laval damals ebenso wie Mussolini im klaren gewesen sein, dass eine wirtschaftliche Beherrschung Abessiniens nicht ohne eine politische Unterwerfung, d; h; nicht ohne Krieg möglich war. Aus dem Eingeständnis Lavals geht hervor, dass er für den Ausbruch des Krieges in Abessinien und für alle seine Folgen die Mitverantwortung trägt, dass er durch seine Zusagen an Mussolini an der Anstiftung dieses Krieges mitbeteiligt war.

Laval hat in der Kammer erklärt, dass er für die Durchführung der Sanktionen gegen Italien sei, hat aber im gleichen Atemzug zu verstehen gegeben, dass er alle Vorwände benutzen werde, um die Inkraftsetzung der Petroleumsanktion, d. h. derjenigen Sanktion, die dem italienischen Imperialismus wirklich gefährlich werden könnte, zu verhindern. Laval ist dafür, dass der Völkerbund erst dann die Petroleumsanktion beschliessen soll, wenn die Vereinigten Staaten die Petroleumausfuhr nach Italien gesperrt haben. Der Witz dabei ist nur, dass die Ver. Staaten ihre Haltung von der des Völkerbundes abhängig machen. Wenn der Völkerbund also nach Lavals Rezept auf einen vorherigen Beschluss der Ver. Staaten warten will, dann kann er lange warten.

Desweiteren ist an der Lavalschen Rede bezeichnend, dass er mit einer Entschiedenheit wie nie zuvor die deutsch-französische Verständigung als die Grundlage des europäischen Friedens bezeichnet hat. Laval hat geäußert, nachdem die Verhandlungen seines Berliner Botschafters François-Poncet von neuem gezeigt haben, dass Hitlerdeutschland diese Verständigung in der Weise auffasst, dass ihm dadurch freie Hand nach Osten, also in erster Linie gegen die Sowjetunion, gewährt werde. Laval hat zwar etwas davon gesagt, dass er die Verständigung mit Deutschland nur im Rahmen der kollektiven Sicherheit wolle, er hat aber den Fakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion, der das Kernstück einer Politik der kollektiven Sicherheit gegen Kriegsplan, wie sie die Nazis hegen, ist, in einer Weise verteidigt, die sich wie eine Verleugnung dieses Paktes anhört. Er hat kein Wort über die Ratifizierung dieses Paktes gesagt. Der Grund dieses Schweigens ist darin zu suchen, dass Laval noch weiter mit Hitler verhandeln will. Die Nazis bezeichnen die Nichtratifizierung des Paktes zwischen Frankreich und der Sowjetunion als Vorbedingung für ein Abkommen mit Frankreich und um sich die Türen offen zu lassen, schiebt Laval die Ratifizierung dieses Paktes hinaus.

Auf die Vorwürfe, dass seine Politik der Konzessionen an Italien Frankreich in einen Gegensatz zu England bringe, hat Laval mit geantwortet, dass er zw

seine "Versöhnungsversuche" gegenüber Italien fortsetzen werde, aber im Falle eines italienischen Überfalls auf England auf die englische Seite treten werde und zu diesem Zwecke bereits militärische Abmachungen der Generalstabsbeschlüssen abgeschlossen habe. Aus der Erklärung Laval's, dass er im Entscheidungsfalle unter der Flagge des Völkerbundes zusammen mit England marschieren werde, ist verschiedentlich der Schluss gezogen worden, er habe seine bisherige Politik der Zugeständnisse an das faschistische Italien verleugnet. Aber so können nur Leute die Dinge auffassen, die der Ansicht sind, der britische Imperialismus habe sich deshalb, weil er sich jetzt zum Völkerbund bekennt, in einen uneigennütigen Apostel des Weltfriedens verwandelt. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, dass Laval nachwievor ein imperialistisches Sakchergeschäft auf Kosten Abessinien's und zugunsten Mussolini's anstrebt und zwar nachwievor unter Beteiligung des britischen Imperialismus. Dabei weiss natürlich Laval ebenso wie die französischen Faschistenführer, die jetzt ihre Anhänger "Nieder mit England" brüllen lassen, ganz genau, dass der französische Imperialismus nicht nur keinen Konflikt mit England riskieren, sondern sich auch vom britischen Imperialismus nicht isolieren kann.

Die Volksfront und die Lavalsche Aussenpolitik.

=====
 =====
 =====

Wenn die linksbürgerlichen und reformistischen Kritiker der Lavalschen Aussenpolitik (zusammen mit gewissen Vertretern der bürgerlichen Rechten wie Paul Reynaud) die Zusammenarbeit des französischen und des britischen Imperialismus als ihr Ideal betrachten, so zeigen sie damit nur von neuem, dass sie auf dem Boden des französischen Imperialismus stehen. Demgegenüber aber wäre es die Pflicht der Kommunisten, gerade an Hand der Entwicklung der jüngsten Zeit aufzuzeigen, dass die wichtigste Friedenssicherung die selbstständige Aktion der selbstständigen Massen ist und dass z. B. der Völkerbund nur insofern als Friedensinstrument ausgenutzt werden kann, als die Arbeiter die imperialistischen Völkerbundsregierungen bekämpfen und unter Druck setzen und dadurch die Aktionen der Sowjetunion im Völkerbund unterstützen. Die Volksfrontpolitik aber schafft nicht nur Illusionen über die Möglichkeit, mit Hilfe bürgerlicher Verbündeter den Faschismus zu bekämpfen, sondern auch in bezug auf die Aussenpolitik der bürgerlichen "Völkerbundsreunde". Auch in der letzten Kammerdebatte hat die KPF es verabsäumt, sich von den anderen Kritikern Laval's klar zu unterscheiden.

Laval hat auch bei der aussenpolitischen Debatte mit Hilfe des rechten Flügels der Radikalen (und durch die restlose Zustimmung der UPR mit Einschluss des Winzenheimer Volksfrontkandidaten Rossé) eine Mehrheit erhalten. Herriot hat, obwohl er hintenherum erzählen liess, er sei gegen die Lavalsche Aussenpolitik, mit den anderen radikalen Ministern für Laval gestimmt. Ihnen schloss sich in der Reihe radikaler Abgeordneter an, die ihre Abstimmung für Laval damit begründeten, dass erst das Budget angenommen sein müsse, ehe man an eine Änderung der Regierung denken könne. Für diese Herrschaften kommt es also in erster Linie darauf an, dass das Lavalsche Hungerbudget, das die Notverordnungs politik vorzuzieht, unter Dach und Fach gebracht wird.

Die Haltung der KPF zu den Volksfrontverbündeten.

=====
 =====
 =====

Die KPF-Presse hat sich diesmal dazu aufgeschwungen, den Umfall des rechten Flügels der Radikalen zugunsten Laval nicht nur höflich zu bedauern, sondern als Verrat anzuklagen. Aber diese Kritik der KPF ist inkonsequent und lendenlahm. Die "Humanité" nennt Malvy und noch einige Lavaltreue Radikale, sie greift aber Herriot, für den sie noch vor kurzem so entschieden eingetreten ist, nicht an, obwohl es klar ist, dass Herriot für Laval eine viel wichtigere Stütze ist als die anderen rechten Radikalen. Vor allem aber ist es grundfalsch, dass die KPF nachwievor an der Volksfrontpolitik festhält. Auch diejenigen Radikalen, die gegen Laval gestimmt haben, sind deswegen noch nicht zu Bundesgenossen des Proletariats geeignet. Diese Holden haben, als es sich herausstellte, dass Laval bei der Zählung der Stimmen nach der aussenpolitischen Debatte gemogelt hat, um sich eine Mehrheit zusammenzuschieben, keineswegs auf der Ungültigkeitserklärung der gefälschten Abstimmung bestanden, sondern sich mit einem formalen Protest begnügt, weil sie Angst haben, die Regierung zu stürzen. Bei der Abstimmung über das Budget haben die Radikalen geschlossen für die Regierung gestimmt, d. h. sich noch einmal zur Lavalschen Politik der Kapitaloffensive bekannt. In der Pariser "Humanité" vom 31. Dezember bekennt Migiton melancholisch: "Der schwarze Punkt in der AV - Volksfront ist, dass die Bemühungen

für die Verteidigung des Brots für die Werktätigen unzureichend sind. "M. Gitton spricht hier ungewollt das Verdammungsurteil über die Volksfrontpolitik aus. Im Bunde mit der radikalen Bourgeoisie kennen die materiellen Interessen der Werktätigen, und zwar auch derjenigen Werktätigen, die heute noch der radikalen Partei folgen, in der Tat nicht wahrgenommen werden. Und wenn die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der werktätigen Massen nur "unzureichend" vertreten worden, ist auch keine zureichende Verteidigung gegen Faschismus und Kriegsgefahr möglich.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE ÜBERSICHT.

oooooooooooooooooooooooooooo

Italienische Niederlagen in Abessinien. Nach drei Monaten Krieg sind die von Mussolini angekündigten italienischen Siege in Abessinien weiter entfernt denn je. An der abessinischen Südfront sind die Italiener auf ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen worden. An der Nordfront haben die Abessinier eine Reihe beachtlicher Teilerfolge errungen und bedrohen zum Teil die rückwärtigen Verbindungen der italienischen Armee. Noch ein Vierteljahr und in Abessinien beginnt die Rückzeit, die jede militärische Operation der Italiener unmöglich macht. Die Fortsetzung des Krieges würde bedeuten, dass das italienische Volk um der faschistischen Eroberungspläne willen ausgeblutet wird. Die Aktion der internationalen Arbeiterklasse zur Beendigung des italienisch-abessinischen Krieges ist nicht nur eine Hilfe für das abessinische, sondern auch für die breiten Massen des italienischen Volkes.

Deutsch-englische Luftpaktbesprechungen. Durch die Presse gingen eine Reihe von Nachrichten über deutsch-englische Luftpaktverhandlungen, die zwar ausgiebig dementiert wurden, aber allem Anschein nach mit den Tatsachen übereinstimmen. Bei einer ersten Besprechung mit dem englischen Botschafter in Berlin soll Hitler verlangt haben, dass die deutsche Luftflotte einen Vorsprung vor allen anderen erhalte, dass Deutschland seine Kolonien zurückbekomme und dass der Paragraph des Versailler Vertrags über die Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg feierlich widerrufen werde. Diese Forderungen Hitlers waren der englischen Regierung allzu stark und deshalb machte der faschistische Diktator Deutschlands einen neuen Vorschlag und erklärte sich bereit, einen zweiseitigen Luftpakt mit England abzuschließen. Die Naziregierung hofft so, durch Ausschaltung Frankreichs dieses zu isolieren, um es dann zu veranlassen, auf die berühmte "deutsch-französische Verständigung" mit der Spitze gegen die Sowjetunion einzugehen. Der englische Imperialismus wird sich in seiner Haltung nach den Konzessionen richten, die ihm die französische Regierung in der abessinischen und in der Flottenfrage macht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Vom Strasbourger Gemeinderat:

RUND UM DIE BUDGETDEBATTE.

oooooooooooooooooooooooooooo

Am verflossenen Montag stand der Strasbourger Gemeinderat im Zeichen der Budgetdebatte, und diese Debatte wiederum stand völlig im Banne der finanziellen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der bürgerlichen Politik der Kapitaloffensive auf die städtischen Finanzen. Der Fortgang und die Vertiefung der Krise im Zusammenhang mit der daraus resultierenden Politik der Bourgeoisie haben alle Voranschläge des vergangenen Budgets über den Haufen geworfen und als zu optimistisch herausgestellt. Der Wert des Zuschlags-Centimes, der im Hauptbudget 1935 von Hueber auf 265 000 Frs. berechnet wurde, hat im Laufe des Rechnungsjahres eine Antwortung auf 252 000 Frs. erfahren und die neue Stadtverwaltung rechnet unter Hinweis auf die anhaltende Wirtschaftskrise für das neue Rechnungsjahr mit einer Einnahme von 225 000 Frs. pro Zuschlags-Centime. Sollen die Zuschlags-Centimes die gleichen Einnahmen wie 1935 im Hauptbudget vorgesehen, bringen, macht dies allein ein Mehr von 20 Centimes-Additionnel nötig. Auf der anderen Seite, aber sind die Ausgaben gerade für das Armen- und Arbeitsamt gewachsen und werden noch weiter wachsen, da die Krise täglich neue Existenzen vernichtet und neue Arbeitskräfte brachlegt. Auch hier haben sich die Vorausberechnungen nicht bewahrt und die voraussichtlichen Mehrausgaben erreichen einen Betrag von rund 26 Zuschlags-Centimes oder rund 6 Millionen. Dazu tritt eine Verringerung aller konjunkturbedingten, also den Einflüssen der Krise unterworfenen Einnahmen. Dies alles illustriert zur Genü-

ge, was es für eine Bewandnis mit jener Behauptung hat, nach der die decret-Lois die Gemeindefinanzen dem Zustand der Krise angepasst haben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Proporzmehrheit und insbesondere die Proporzler Naegelen-Imbs suchen das finanzielle Dilemma, vor dem die Proporzverwaltung steht, der voraufgegangenen Volksfrontverwaltung in die Schuhe zu schieben. "Die von den Sozialisten im Verlaufe der letzten sechs Jahre wiederholt angerangerte, von der "Volksfront" ebenso oft gelugnete und nun eingestandene Finanzmisswirtschaft hat an den Rand des Ruins geführt"; so lassen die Schlagzeilen derer vom Börsenplatz künden. Diese Trompetenstösse des Trompeters Imbs sind ebenso dumm, wie verlogen und offenbar nur dazu bestimmt, die Unterstellung der soz. Gemeinderatsfraktion unter das Kommando des Laval-Maire Frey und seine Politik der Belastung des arbeitenden Volkes zu vertuschen.

Wir sind keine Freunde, sondern Feinde der Hueberschen Volksfront. Die Huebersche Gemeindepolitik war ausschliesslich auf die Interessen der Werktätigen abgestellte Politik. Ihr fortschrittlicher Charakter basierte im wesentlichen auf einer günstigen Lage der kapitalistischen Wirtschaft, von deren Segnungen Hueber profitierte und die auch den Arbeitern einige Vergünstigungen brachte. Das letzte Jahr der Volksfrontherrschaft stand bereits unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise. Wenn das Budget dies nicht zum Ausdruck brachte, dann deshalb, weil Hueber noch einen von ~~1934~~ 1934 herrührenden Einnahmeüberschuss in Höhe von 10,7 Millionen in das Ergänzungsbudget von 1935 brachte und sein Budget im Hinblick auf die Wahlen nicht auf einer realen Beurteilung der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung basierte.

Wir selbst schrieben damals zur Kritik des inzwischen verstorbenen Ex-Maire Peirottes am Budget der Volksfrontverwaltung für 1935:

"Wir geben von diesen Mitteilungen unseren Lesern Kenntnis, ohne Peirottes und seiner Beweisführung in allen Punkten zu folgen. Unsere Opposition gegenüber der derzeitigen Stadtverwaltung erfolgt aus klassenmässigen Motiven und unsere Kritik erfolgt vom Gesichtspunkt der Interessen der Werktätigen. In einem Punkte allerdings folgen wir Peirottes: Das Budgetgleichgewicht ist nur ein fiktives, das Budget ein Wahlbudget und die Herabsetzung der Zuschlags-Centimes ein Wahlmanöver;.."
(Arbeiterpolitik Nr. 23; Erste Februarwoche 1935)

Dies alles zugegeben, ändert es nichts an der Tatsache, dass die finanzielle Lage selbst bei Berücksichtigung der Peirotteschen Kritik im Budget 1935, sich von der gegenwärtigen nur insofern unterscheiden würde, als dass Hueber bereits 1935, statt einem Abbau der Zuschlags-Centimes, eine Erhöhung derselben vorgenommen hätte.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Verantwortung für das finanzielle Dilemma, in dem sich heute fast alle Städte befinden, tragen der Kapitalismus, der bürgerliche Staat und die bürgerlich-kapitalistischen Parteien, die die Überwindung der Krise auf dem Boden des kapitalistischen Systems und mit den Mitteln der Kapitalsoffensive, auf dem Wege der Überwälzung der Lasten dieser Krise auf die Schultern des werktätigen Volkes suchen.

In diese Verantwortlichkeit sind daher im besonderen auch die eingeschlossen, die wie die Frey, Walter und Co. die Durchführung dieser "Krisenlösungs"-Politik ermöglichen und aktiv unterstützen. Die Naegelen-Imbs brauchen sich nur ihre Koalitionsgenossen zu betrachten und sie werden merken, dass sie sich in der Gesellschaft der Verantwortlichen befinden und sich ihrer Politik im Strasbourger Gemeinderat als dienendes Glied angeschlossen haben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wenn heute im Strasbourger Gemeinderat bei der Budgetdebatte um des Kaisers Bart gestritten wird und niemand die Frage des Budgetdefizits klassenmässig im Interesse der Werktätigen stellt, wenn niemand die Frage aufrollt, dass dieses Defizit den Verantwortlichen an den heutigen Zuständen, den Kapitalisten und Reichen aufgebürdet werden soll, dann deshalb, weil die Strasbourger Arbeiterschaft in diesem Gemeinderat keine klassenmässige Vertretung ihrer Interessen besitzt. Nichts hat dies klarer illustriert als die Reden vom Imbs und Mourer. Sie alle reden vom Standpunkt der Interessen der Stadt und der Bürger schlechthin und ihr Streit ist ein eitles und armseliges demagogisches Gewäsch. Keiner von ihnen hat die Frage aufgerollt: wer soll die Lasten des Budgetdefizits tragen. Beide mögen sich drehen und wenden wie sie wollen, ihre

Verantwortung steht fest/einmal, indem sie die Aktionsseinheit zum gemeinsamen ausserparlamentarischen Kampf gegen Kapitalsoffensive und kapitalistische Wirtschafts-anarchie sabotierten, das andere mal, weil sie gemeindepolitisch die von uns erstrebte und ihnen bei der Gemeinderatswahl vorgeschlagene gemeinsame Front für den Kampf um eine Arbeitermehrheit im Starsbourger Gemeinderat verhinderten. Der eine, indem er sich auf dem Wege des Proporz in die Funktion eines Büttels von Frey begab, der andere, weil er sich am Gängelbände von Ross-Schall führen lässt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Auch eine Arbeitermehrheit hätte im Rahmen der Gemeinde der Wirtschaftskrise kaum einen Damm entgegenzusetzen können. Auch eine Arbeitermehrheit hätte das Budgetgleichgewicht herstellen müssen. Aber eine Arbeitermehrheit, die diesen Namen verdient, hätte alles tun müssen, um diesen Ausgleich unter restloser ausschöpfung aller gesetzlichen Möglichkeiten auf Kosten der Besitzenden durchzuführen und sie hätte darüber hinaus in Verbindung mit allen sozialistisch und kommunistisch verwalteten Kommunen und der gesamten proletarischen Einheitsfront den Kampf dafür führen müssen, dass den Gemeinden das Recht zur Erschliessung neuer, die Besitzenden belastender Steuern gegeben worden wäre und sie hätten zu diesem Zweck entsprechende detaillierte Anträge in den Gemeinderäten einbringen und durch kraftige ausserparlamentarische Massnahmen unterstützen müssen.

Der ganze Unterschied zwischen einer solchen Gemeindepolitik und der der Sozialisten und der Volksfront im Gemeinderat wird offenkundig, wenn man die Freyschen Vorschläge zur Herstellung des Budgetgleichgewichts betrachtet, die in ihrem Kern sämtlich darauf hinauslaufen, die Lasten unter der Devise der sogenannten "gerechten Verteilung der Lasten" auf die breiten Massen des Proletariats und des werktätigen Mittelstandes abzuwälzen. Niemand im Gemeinderat hat Anträge gestellt, die auf die Befreiung der Werktätigen und die Belastung der Besitzenden hinauslaufen; Niemand hat auch nur einen Antrag gestellt, der eine progressive Staffelung der Tarife unter Befreiung der kleinen Hauseigentümer usw. vorsehen. Im Gegenteil. Man betrachte nur den Wassertarif, der steht zwar eine progressive Staffelung vor, aber eine solche zugunsten der Grossabnehmer.

Für das werktätige Volk ergibt sich aus der Budgetdebatte und der Haltung der Parteien dieses Gemeinderats nur eins: der Kampf gegen die Hungers- und Verelendungspolitik muss in die Massen getragen werden. In den Massenorganisationen und durch sie muss der Druck des arbeitenden Volkes nach einer Forderung herbeigeführt werden. Dazu gehört in erster Linie der Druck auf die Politik der Zusammenarbeit mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien und die Orientierung auf die Auslösung des Massenwiderstandes durch die beharrliche und zähe kommunistische Arbeit in den Massenorganisationen.

=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o=o

An die unitären Gemeindearbeiter:

WAS GESCHIEHT MIT DEM VERMÖGEN DER UNITÄREN GEMEINDERARBEITER?
oo

Einige grundsätzliche Bemerkungen.

Die unitären Gemeindearbeiter haben sich trotz Imbs, Gabol und Zeller für die Gewerkschaftseinheit ausgesprochen. Sie haben diese Einheit erstrebt und sich im "Roten Gemeindearbeiter" wiederholt für die "ehrlische" Einheit ausgesprochen. Darunter verstanden wir und sicherlich auch die Mehrheit der unitären Gemeindearbeiter unter anderen auch; dass das von den Mitgliedsbeiträgen zusammengesetzte Vermögen der Syndikate beider Vereinigungspartner der Einheitsgewerkschaft, d. h. dem Kampfe der vereinigten Mitglieder der Einheits-syndikate zugeführt wird. Die Mitglieder beider Richtungen haben ihre Syndikatsbeiträge weder Zeller, noch Seyler zur freien Verfügung, noch zur Verwendung für Zwecke zugeführt, die mit dem Charakter und den Aufgaben der Syndikate nichts zu tun haben. Sie haben ihren Syndikatsbeitrag weder Zeller, Gabol oder Imbs, noch Seyler, Fuhro dargebracht, sondern ihrem Syndikat und seinen ureigensten Zwecken, die im Statut jedes Syndikats festgelegt sind; Daraus folgt, dass das Syndikatsvermögen ohne Unterschied und von beiden Seiten, gleichgültig ob es sich um lokales oder departementales handelt, der vereinigten Gewerkschaft und ihren Mitgliedern zugeführt werden muss. Die Einheits-CGT ist vom Tage der vollzogenen Verschmelzung beider Gewerkschaftsrichtungen die Rechtsnachfolgerin der ehemals getrennten Gewerkschaften und ist daher verpflichtet

allen Mitgliedern ohne Unterschied der ehemaligen Richtung gegenüber den statutarischen Verpflichtungen nachzukommen. Jeder Versuch des einen oder anderen Partners der Vereinigung Syndikatsvermögen und Gelder dem Einheitssyndikat zu entziehen oder noch kurz vor der Vereinigung für Zwecke auszugeben, die nichts mit dem syndikalistischen Gedanken zu tun haben, muss daher angeprangert und als syndikatsfeindlich auf das nachdrücklichste bekämpft werden, von wem und mit welchen Begründungen solche Bestrebungen auch ausgehen mögen. Und es ist die Pflicht beider, zur Vereinigung schreitenden Gewerkschaften darüber zu wachen, dass alle durch sie zusammengetragenen Syndikatsgelder den Einheitssyndikaten zugeführt werden. Es ist dies im besonderen die Pflicht all jener, die wollen, dass die Einheits-CGT ein Kampfinstrument wird und der weiter fortschreitenden Kapitaloffensivem kühnlich entgegentritt und dafür auch der finanziellen Ausrüstung bedarf. Deshalb müssen gerade die revolutionären Gewerkschaftler hier auf das peinlichste gewissenhaft sein, denn wenn die Gewerkschaftsvereinigung von beiden Seiten mit gegenseitigen Mogeleien auf finanziellen Gebiet beginnt, gewinnen dabei nur einige Profitoure, die Mitglieder der Einheits-CGT aber können dabei nur verlieren.

Was aber tut der Vorstand der unitären Gemeindearbeiter?

Unsere obigen Bemerkungen sollten eigentlich Selbstverständlichkeiten enthalten, die gar nicht besonders hervorzuheben wären. Das sie aber notwendig erscheinen, scheint uns das Verhalten des Vorstandes des unitären Gemeindearbeitervorstandes zu bestätigen. Was über die Vermögenswirtschaft dieses Syndikatsvorstandes an die Öffentlichkeit dringt, ist so ungeheuerlich, dass es uns notwendig erscheint dem Syndikatsvorstand einige konkrete Fragen zur Beantwortung vorzulegen, ehe wir unsererseits alle Folgerungen diesen Kameraden gegenüber zu ziehen gedenken.

Allen Mitglieder sind noch die Kassenberichte der unitären Gemeindearbeiter vom verflossenen Jahr in Erinnerung, die ein genau fixiertes Vermögen auswiesen. Das unitäre Syndikat besteht 15 Jahre und rühmte sich keinen Sekretär und sonstigen Angestellten unterhalten zu haben. Vor einigen Wochen noch war ein ansehnliches Vermögen vorhanden und dahoben auch der Wille, dieses Vermögen restlos und ehrlich in die Einheitsgewerkschaft einzubringen. Diese Haltung soll sich - anscheinend auf Einwirkung von Hueber - unmittelbar vor der bevorstehenden Vermögensübergabe radikal geändert haben. Wir greifen aus der Fülle der Gerüchte und Informationen, die wir hierüber erhalten haben, einige Fragen heraus.

Wir stellen die Anfrage, was hat der Syndikatsvorstand mit dem Vermögen der Unitären Gemeindearbeiter gemacht?

Ist es wahr, dass der Vorstand der unitären Gemeindearbeiter nicht einmal mehr imstande sein soll, der Union in Colmar das letzte Vierteljahr an Beiträgen zu bezahlen?

Wir stellen weiter die Frage: Was ist mit den 8 600 Frs. geschehen, die vom Vorstand bei der Imprimerie Solidarité (Druckerei Huebers) angelegt worden sind und die Eigentum des Syndikats waren und wofür Hueber einen Schuldschein ausgestellt hatte? Ist dieses Geld vom Vorstand eigenmächtig Hueber geschenkt worden, wie jetzt behauptet wird?

Wir stellen weiter die Frage: Entspricht es den Tatsachen, dass Seyller und Fuhre eigenmächtig und ohne vorher einen Beschluss einzuholen, einen Auftrag auf Druck von 600 Gewerkschaftskalender an die Imprimerie Solidarité in Höhe von 1 800 Frs. gegeben haben? Ist es wahr, dass der Kassierer diesen Betrag bereits an die Druckerei abgeliefert hat, obwohl für den Kalender keinerlei Bedürfnis vorliegt, da sich die meisten Kameraden bereits mit dem allgemeinen CGTU-Kalender eingedeckt haben? Welches sind die Beweggründe der genannten Kameraden auf diese Weise das Syndikatsvermögen zu verschleudern?

Wir beschränken uns heute darauf, weitere Fragen zu stellen. Sie werden zur gegebenen Zeit gestellt werden, wenn der Vorstand glaubt auf unsere Fragen schweigen zu müssen. Die revolutionären Gemeindearbeiter wollen nicht, dass ihre Ehrliche, aber auf politischen Motiven beruhende Abneigung gegen den Reformismus der Imbs, Zeller, Gabel für eine elende und gewerkschaftsschädigende Ge-

"Der Faschismus nützt die Unzufriedenheit, welche im Volke herrscht aus, indem er behauptet die Ursache an diesem Elend sei der Parlamentarismus, diesen will er ersetzen durch ein Regime der starken Hand. In seiner Demagogie geht er soweit und behauptet, die Republik von den Staviskis zu säubern."

Wie antwortet darauf die Ortsgruppe:

"Demgegenüber müssen wir mit dem Volke kämpfen für eine soziale Besserstellung, dann wird auch das Vertrauen der Massen in unsere Partei wieder zunehmen, denn in der heutigen Situation muss für die Werktätigen die Verteidigung der republikanischen Freiheiten im Vordergrund stehen;"

Unsere Pfastätter Freunde wollen also der Anklage gegen den korrupten bürgerlichen Parlamentarismus durch die Faschisten dadurch begegnen, dass sie für die soziale Besserstellung kämpfen und für die Erhaltung der republikanischen Freiheiten eintreten wollen. Es ist offensichtlich, dass dies eine unzureichende und schlechte Position gegenüber den Faschisten ist, wenn sie sagen, dass unter den republikanischen Freiheiten die Staviskis profitieren.

Wenn die Kommunisten der faschistischen Demagogie wirksam begegnen wollen, müssten sie darauf ungefähr folgendes antworten:

Wir sind keine Anhänger des bürgerlichen Parlamentarismus und keine Verteidiger der republikanischen Freiheiten für die Staviskis, noch für die de Wondols. Wir sind nur für die demokratischen Rechte der Werktätigen, die ihr Faschisten dem arbeitenden Volke unter Hinweis auf Staviski rauben wollen. Indem ihr vorgebt den Staviskis die Rechte zu nehmen, nehmt ihr sie uns, denn in einem Regime hat das arbeitende Volk kein Recht mehr sich frei zur Verteidigung seiner Rechte zu organisieren. Die Staviskis aber werden ohne dieses Recht, weil sie unter eurem Regime im Besitz ihrer zusammen gegaunerten Millionen bleiben, ungehindert von einer öffentlichen Kontrolle - die ihr ja abschafft - so wie bisher auf den Hintertreppen der Politik ihre dunklen Geschäfte betreiben können. Der ganze Unterschied zwischen dem heutigen und eurem Regime wird sein: heute erfahren wir noch dass wir bestohlen werden, bei Euch werden wir infolge des faschistischen Monopols auf die öffentlichen Meinungsfabriken nicht einmal erfahren wie sehr wir betrogen und begaunert wurden. Das alles weil ihr nur den Parlamentarismus und damit unsere spärlichen Rechte, aber nicht den Kapitalismus beseitigen wollt, aus dem täglich neue Staviskis auftauchen. Wir werden im Unterschied zu Euch das ~~Wunder~~ Übel mit der Wurzel ausreissen, damit alle Staviskis, die heutigen und die morgigen, die bekannten und die unbekannt, wirklich verschwinden. Damit wir dies können, werden wir allen Staviskis die republikanischen Rechte nehmen und die demokratischen Rechte nur und ausschliesslich dem arbeitenden Volke geben. Das wird die Diktatur der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sein; Sie wird hart gegen die Ausbeuter sein und ihre ganzen Aufgaben von den Interessen der Ausbeuteten bestimmen lassen, die die Träger dieser Diktatur sind.

Warum können die Pfastätter Kameraden nicht so den Faschisten entgegentreten? Warum müssen sie sich wenn auch ungewollt zum Verteidiger des korrupten bürgerlichen Parlamentarismus machen? Nicht weil sie ungeschickt sind, sondern weil die Partei im Kampfe gegen den Faschismus sich auf den Boden der bürgerlichen Demokratie gestellt hat, weil sie erklärt, heute stehe die Frage bürgerliche Demokratie oder faschistische Diktatur. In Wahrheit steht sie so: von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen oder zur proletarischen Diktatur.

In dem Bestreben alles zur breitesten Volksfront zu sammeln, geraten unsere Pfastätter Kameraden in den schlimmsten opportunistischen Sumpf. In der Sucht nach Forderungen die alles ohne Unterschied der Klasse vereinigen sollen, wollen sie eine Volksfrontaktion aller Parteien, die dazu bereit sind für eine neue Brücke und für einen deutschsprachigen Sender für Elsass-Lothringen durchführen. Es kann offenbar nicht der Sinn der antifaschistischen Einheitsfront sein, solche Forderungen auszuknobeln, die alles verbinden und die in der Volksgemeinschaft münden. Bei den Volksfrontforderungen der Pfastätter Kommunisten handelt es sich in Wahrheit um grosszügige Ablenkungsaktionen von den wirklichen Aktionen gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus. Die Pfastätter schreiben noch: "Die SP lehnt jede Zusammenarbeit mit der UPR ab. Die UPR hingegen war gewillt eine gemeinsame Aktion gegen den Krieg durchzuführen, wagt aber nicht in gemeinsamer öffentlicher Versammlung diesen Standpunkt aufrecht zu erhalten. Was ist zu tun?"

So geht es einem wenn man auf allen Pferden reiten will, am Schlusse liegt man neben allen Pferden. Und die Regionalleitung hat dazu nichts zu sagen!

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Möllerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 2/III. Jahrgang.

Zweite Januarwoche 1935. 6

Die Politik der Woche:

DIE REDE ROOSEVELTS UND DIE POLITIK DES AMERIKANISCHEN IMPERIALISMUS.

Die amerikanische Regierung hat dem Kongress (dem amerikanischen Parlament) einen Gesetzentwurf vorlegen lassen, der die Haltung der Ver. Staaten im Falle eines Krieges, an dem sie nicht selbst teilnehmen regeln soll. Nach diesem Gesetzentwurf soll der Präsident ermächtigt werden, im Falle eines Krieges, die Ausfuhr von Waffen nach den kriegführenden Ländern zu verbieten, sowie die Ausfuhr von gewissen wichtigen Rohstoffen (wie z. B. Petroleum) nach diesen Ländern auf die Durchschnittsmenge der letzten Jahre vor dem Kriegsausbruch zu beschränken.

Diese Massnahmen sollen alle kriegführenden Staaten ohne Ausnahme treffen, jedoch soll der Präsident im Einverständnis mit dem Kongress das Recht haben, Änderungen vorzunehmen, das heisst diese Massnahmen zu Gunsten einzelner kriegführender Staaten zu mildern. Ferner sollen amerikanischer Bürger oder Schiffe, die den Verkehr mit kriegführenden Ländern aufrechterhalten, dies künftig auf eigene Gefahr tun.

Die amerikanische Regierung verfolgt mit diesem Gesetzentwurf in erster Linie die Absicht, eine engere Zusammenarbeit des amerikanischen und des britischen Imperialismus zu ermöglichen - und zwar im Hinblick auf den Vorstoss des japanischen Imperialismus gegen den amerikanischen und englischen Einfluss in Ostasien. Die amerikanische Regierung verzichtet jetzt auf die Forderung der Freiheit der Meere im Kriege (lies auf die Forderung des freien Handels mit allen kriegführenden Staaten); ihr neues Neutralitätsgesetz bedeutet, dass die Ver. Staaten Blockademaassnahmen der englischen Flotte bzw. Sanktionen des Völkerbundes (von denen die amerikanische Regierung mit gutem Grund annimmt, dass sie nur mit Einverständnis Englands verhängt werden können) nicht stören und innerhalb eines gewissen Rahmens sogar unterstützen wird. Allerdings wahrt sich die amerikanische Regierung ihr Entscheidungsrecht; sie denkt nicht daran, sich z. B. zur Unterordnung unter Entscheidungen des Völkerbundes zu verpflichten.

Wieweit Roosevelt mit seiner Politik im Kongress durchdringt, ist noch eine Frage. Innerhalb der amerikanischen Bourgeoisie wenden sich gegen ihn einmal diejenigen Kreise, die von dem neuen Gesetz eine Einschränkung gewinnbringender Exportgeschäfte befürchten, zum anderen auch die Gegner der Preisgabe einer "Isolationspolitik" des amerikanischen Imperialismus zugunsten einer Annäherung an England.

Zur Begründung seiner Aussenpolitik hat Roosevelt eine Botschaft verlesen, in der er feststellte, dass die antidemokratischen Autokratien, die dem Kult des Säbels frönen, d. h. die faschistischen Diktaturen Deutschlands und Italiens sowie Japan, die Träger der Kriegsgefahr seien und dass die Demokratie, so wie sie z. B. in Amerika bestehe, also die bürgerliche Demokratie, eine Garantie des Friedens darstelle. Diese Rede Roosevelts hat G. Péri veranlasst, in der Pariser "Humanité" vom 6. Januar folgenden Dithyrambus anzustimmen:

"So stark ist der Friedenswille der Volksmassen, so gross ist die Macht un-

sonstige Lösung, des Kampfes für den Frieden, so offenkundig ist die Gefahr, in die der Faschismus den Frieden bringt, dass der Führer eines grossen kapitalistischen Staates - am Vorabend einer grossen Wahl - gezwungen ist, sich die bekanntesten Formeln unseres Wortschatzes zu eigen zu machen."

Sicher ist richtig, dass die italienischen und deutschen Faschisten und die japanischen Militaristen die kriegslüsterntesten Imperialisten und die Hauptgefahr für den Frieden sind. Es ist auch richtig, dass die Tatsache, dass Roosevelt es angebracht findet, scharf gegen den Faschismus zu polemisieren, darauf zurückzuführen ist, dass die breiten Massen des amerikanischen Volkes von Hass und Abscheu gegen den Faschismus erfüllt sind. Aber es ist keineswegs die Aufgabe der Kommunisten, Beifall zu klatschen, wenn ein kapitalistischer Staatsmann radikal redet - insbesondere nicht, wenn er es am Vorabend einer grossen Wahl tut, wo es sich für ihn darum handelt, die Massen einzuseifen, um ihre Stimmen einzufangen. Und wenn Péri darüber hocherfreut ist, dass Roosevelt dieselben Formulierungen benutzt wie die Kommunisten, so hat er gar keinen Grund dazu. Er hätte vielmehr Anlass festzustellen, dass in dem heutigen Wortschatz der Kommunisten etwas fehlt, wenn der Führer des grössten kapitalistischen Staates der Welt, der Geschäftsführer des amerikanischen Finanzkapitals sich diesen Wortschatz so leicht zu eigen machen kann. In der Tat fehlt dank der Volksfrontpolitik in der letzten Zeit in der Sprache der täglichen Agitation der Sektionen der KI fast völlig (soweit es sich nicht um die Verteidigung des Rätereigens in der Sowjetunion handelt) die Kritik der bürgerlichen Demokratie. Und gerade aus Anlass der Rede Roosevelts ist es angebracht, diese vom Standpunkt einer kommunistischen Politik notwendige Kritik zu üben. Gegenüber Roosevelt gilt es festzustellen, dass die bürgerliche Demokratie ebenso wenig eine Garantie des Friedens ist, wie sie z. B. eine sichere Garantie der politischen Rechte der Arbeiter ist. Schon vor Roosevelt hat der amerikanische Präsident Wilson die Auffassung propagiert, dass die bürgerliche Demokratie den Frieden sichere, was ihn nicht gehindert hat, selbst den imperialistischen Krieg mitzumachen. Roosevelts Verteidigung der bürgerlichen Demokratie ist nicht zuletzt dazu bestimmt, die Zusammenarbeit der Völkerstaaten mit der anderen grossen bürgerlichen Demokratie, mit England propagandistisch zu begründen. Wir haben in der jüngsten Zeit am Plan Laval-Hoare gesehen, dass die englische gut bürgerlich-demokratische Regierung alles andere als eine zuverlässige Stütze des Friedens gegen die faschistischen Kriegstreiber ist. Und Roosevelt ist in dieser Hinsicht von demselben Kaliber wie die Baldwin und Konsorten.

Wenn die Arbeiterklasse tatsächlich und wirksam gegen die imperialistischen Kriegstreiber kämpfen will, dann darf sie sich keine Illusionen über die imperialistischen Regierungen machen, auch wenn diese noch so demokratische Reden halten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

KOMMT ES ZUR PETROLEUMSANKTION ?

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Durch das neue amerikanische Neutralitätsgesetz, das es der amerikanischen Regierung ermöglichen wird, die Petroleumausfuhr nach Italien auf ein relativ geringfügiges Mass zu beschränken, wird die Frage der Verhängung der Petroleumsanktion durch den Völkerbund aufs neue gestellt. Allerdings muss hier der Völkerbund die Initiative ergreifen. Aber Laval denkt nicht daran und in der englischen Regierung scheinen die Meinungen geteilt zu sein. Der englische Imperialismus hat grosse Angst, dass ein Sieg der Abessinier über die Italiener dem Prestige der "weissen Rasse", d. h. der Imperialisten in Afrika einen schweren Stoss versetzt und möchte deshalb dem abessinischen Krieg ein baldiges Ende bereiten. Über die Methode wie das geschehen soll, scheinen aber die englischen Imperialisten nicht ganz einig zu sein. Von Eden heisst es, er wolle die Petroleumsanktion, um Mussolini zu zwingen, den Feldzug in Afrika einzustellen. Andere Kreise in England wollen eine Neuauflage des Hoareschen Planes, irgendein Kompromiss mit Italien, das den Faschismus zufriedenstellt. Es zeigt sich immer wieder, dass die imperialistischen Regierungen weder willens noch fähig sind, konsequent gegen die Kriegspolitik des italienischen Faschismus aufzutreten. Damit der Völkerbund in der Frage der Petroleumsanktion etwas tut, muss die Arbeiterklasse ihre bürgerlichen Regierungen unter Druck setzen.

Die "VOLKSFRONT" AUF GRIECHISCH.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Pariser "Humanité" v. 8. Januar veröffentlicht folgende Meldung:

"Eine Erklärung der Kommunistischen Partei Griechenlands.
Die Havasagentur meldet: "Athen, 7. Januar. Eine kommunistische Delegation sprach im königlichen Schloss vor. Sie gab eine Erklärung ab, dass die von der Delegation vertretene Partei sich im Rahmen des gegenwärtigen Regimes betätigen werde, da sie in König-Georg II. eine Garantie gegen den Faschismus und gegen jedes autoritäre Regime erblicke."

Wenn diese Meldung zutrifft, so ist sie ein neuer Beweis für die vorderbliebenen Folgen der Volksfrontpolitik. Die kommunistische Partei Griechenlands hatte seiner Zeit eine Politik der Volksfront mit den bürgerlichen Republikanern gegen die monarchistischen Restaurationsversuche der Regierung Tsaldaris eingeschlagen. Nach dem Militärputsch des General Kondylis war die KP-Griechenlands sogar bereit, ihre Volksfrontpolitik auf den linken Flügel der Monarchisten um Tsaldaris auszudehnen. Dann kehrte der König der Griechen nach Griechenland zurück. Er hatte vorher mit dem Führer der bürgerlichen Republikaner, Venizelos, eine Abmachung getroffen, wonach die Venizelisten sich um den Preis einer Amnestie verpflichteten, die Wiederherstellung der Monarchie anzuerkennen. Gestützt auf diesen Verrat der bürgerlichen Republikaner an der Republik konnte der König Georg den General Kondylis abhalten, der dem König jede wirkliche Macht absperehen und ihn nur als Kulisse seiner persönlichen Diktatur benutzen wollte. Die bürgerlichen Republikaner feiern jetzt den König als einen Hort der Demokratie. In Wirklichkeit hat ihr Verhalten die persönliche Macht des Königs ungeheuer verstärkt und gibt ihm die Möglichkeit in Zukunft bei Zuspitzungen der politischen Lage (und solche Zuspitzungen sind unvermeidlich) diese seine Macht diktatorisch anzuwenden.

Der Verrat der Venizelisten war voraussehbar und die Bereitschaft der KPG., mit ihnen ein Bündnis abzuschließen, bewies nur ein vollständiges Verkennen des Wesens der bürgerlichen Republikaner. Wenn das Bestreben, die Verbindung mit den bürgerlichen Linksparteien die griechischen Kommunisten jetzt dazu führt, dass sie Loyalitäts-erklärungen für die Monarchie abgeben, so zeigt das nur, zu welchen politischen Konsequenzen die Volksfrontpolitik führen kann.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE LIGEN NACH ANNAHME DES LIGENGESETZES.

oo

Das Gesetz über die Ligen ist angenommen. Die Faschisten aber sind ebenso frech wie zuvor. Man hört nichts davon, dass das Gesetz gegen die Faschisten angewandt worden wäre.

Die KPF verlangt jetzt, dass die Massen die Durchführung dieses Gesetzes von unten kontrollieren sollen. Wie aber sollen sie das tun, wenn sie keine Organe dazu haben. Die KPF war und ist gegen den antifaschistischen Massenselbstschutz. Sie hatte vorübergehend die Losung der Schaffung einer Organisation der "republikanischen Verteidigung" aufgestellt, sie aber fallen gelassen, als das Gesetz über die Ligen in der Kammer angenommen worden war.

Es stellt sich immer mehr heraus, dass die Haltung der KPF zum Gesetz über die Ligen gefährlicher Selbstbetrug war und ist.

o o o o o o o o o

Ach wie bald schwindet Schönheit und Gestalt!

DIE "RETTER" DER RICHTIGEN IVKO-POLITIK.

o-

Der ehemals mit der IVKO sympathisierende Kam. E.M. sieht sich veranlasst auf unseren Artikel ind Nr. 70. der "Arbeiterpolitik" so etwas wie eine Antwort in der "Luz" v. 7. Januar zu geben.

In seinem Antwortartikel geht M. mit keinem Wort auf unsere Argumente ein. In Ermangelung wirksamer Argumente macht er den aussichtslosen Versuch, unseren Artikel als die persönliche Auffassung des Schreibers widerzugeben, die angeblich zu den Auffassungen der Mitglieder der IVKO und ihren Sympathisierenden in Gegensatz stehen soll.

Wir erklären hiermit, dass der erwähnte Artikel restlos den Auffassungen unserer Leitung entspricht und in allen Punkten den wiederholt bekundeten Auffassungen unserer Mitglieder Ausdruck verleiht.

Unsere Mitgliedschaft hat einstimmig dem Briefe aller IVKO-Organisationen an das EKKI der KI zugestimmt, einschliesslich der beiden Militanten, die jetzt

aus persönlichen Gründen andere Erkenntnisse in sich aufgenommen haben. Unsere erweiterte Leitung hat als Antwort auf einen Brief des Schreibers des Huma-Artikels (denn zur persönlichen Vertretung seiner Ansichten konnte er sich nicht bereit finden) mit Einschluss der beiden, jetzt wegen organisations-schädigenden Verhaltens reglementierten Kameraden, eine Entschliessung angenommen, in der sie ihre völlige Übereinstimmung mit der Kritik der IVKO am politischen Kurs der KI nach dem VII. KI-Kongress Ausdruck gibt und wörtlich erklärt:

"Die KPO-Strasbourg weist jeden Versuch auf anderem Wege zur Wiedervereinigung zu gelangen, entschieden zurück. Sie wird jeden Schritt in der Richtung der Wiedervereinigung nur im engsten Einvernehmen mit der IVKO unternehmen."

Diese Entschliessung wird der kommenden Mitgliederversammlung unserer Gruppe als einmütige Meinung unserer erweiterten Leitung vorgelegt werden und ihre Entscheidung wird zeigen, wie wenig erfolgreich die jetzt so emsig betriebenen Hausbesuche bei den Militanten der IVKO durch Beauftragte der KP-Instanzen ~~sind~~ für die Zersetzung der hiesigen KPO und zur Sabotage einer wirklichen Wiedervereinigung mit der gesamten IVKO sind.

Die mit der IVKO Sympathisierenden aber werden Gelegenheit erhalten, frei von Gerüchtemacherei und der jetzt so beliebten Uhrenbläserei in einer Informationsversammlung eine wirkliche und tatsächliche, an Hand der Politik der IVKO in der Frage der Wiedervereinigung dokumentierte Darstellung unserer Stellung zu erhalten. Falls der Kam. E. M. Neigung haben sollte auf diesem Boden in freier Rede und Gegenrede seinen angeblich von allen Seiten unterstützten Standpunkt zu präzisieren, haben wir dagegen nichts einzuwenden.

E. M. sieht sich in seinem Artikel auch veranlasst, gegen das innerparteiliche Regime in der IVKO aufzutreten, dass den Militanten angeblich nicht erlauben soll ihrer politischen Meinung Ausdruck zu geben. Er möge sich in diesem Punkte besser informieren und sich nicht nur kritiklos inspirieren, bezw. missbrauchen lassen. Wir raten ihm dringlich, sich nicht zum Fürsprecher für Handlungen gebrauchen zu lassen, die in keiner Organisation ungeahndet bleiben können. Oder ist der Versuch von Militanten der KP, das weitere Erscheinen der "Humanité" unmöglich zu machen, nicht als organisations-schädigende Handlung zu bewerten? Werden solche Versuche in der KP anders qualifiziert und ohne Sanktionen gelassen? Die beiden von unserer Leitung reglementierten Militanten haben in Übereinstimmung mit dem jetzigen spiritus-rector von E. M. den Versuch gemacht, das weitere Erscheinen unserer "Arbeiterpolitik" unmöglich zu machen. Dafür gibt es in der IVKO genau so wenig Handlungsfreiheit wie in jeder anderen Organisation. Unsere Mitglieder werden Gelegenheit erhalten zu diesem Fall organisations-schädigenden Verhaltens Stellung zu nehmen und die Antwort wird klar und unzweideutig sein. Aber vielleicht fragt EM einmal bei seiner Parteileitung ein, warum Diskussionsartikel von KP-Militanten zur Regionalkonferenz nicht veröffentlicht wurden. Wenn seine Artikel bereitwillige Aufnahme in der "Huma" finden, dann vor allen deshalb weil sein unbekundetes Streben zur Durchsetzung der richtigen Politik der IVKO in der Partei, sich bisher nur in der Veröffentlichung von Artikeln gegen die IVKO ausserte. Kein Wunder, dass ihn dann Zeit- u. Raummangel an der Vertretung der IVKO-Politik gegenüber der Volksfrontpolitik in Innerfrankreich hindern müssen. Kam. EM unternimmt auch den aussichtslosen Versuch zu beweisen, dass die IVKO nach dem 7. KI-Kongress eine "neue" Politik eingeleitet habe. Die gesamte Beweisführung ist uns bereits von anderer Seite bekannt und steht in einem so auffälligen Kontrast zu der bisher vertretenen Auffassung des Kam. M., dass wir wohl annehmen dürfen, dass er sich neuerdings von einer mit der Zersetzung der IVKO beauftragten Hand inspirieren liess. Das betrübliche dabei ist nur, dass der Kam. M. sich auf diese Weise in ein Instrument gegen die von ihm noch im November "als einzig richtige" kommunistische Politik der IVKO bezeichnete politische Linie der IVKO missbrauchen lässt und in einem kaum geahnten Galopptempo all seinen Treuschwüren und Erklärungen zuwider handelt, die er mit seinem Übergang zur KP an die Adresse der IVKO verbunden hat. Nur um seinen Verrat an seinen uns schriftlich übermittelten Erklärungen zu verschleiern, muss Kam. M. jetzt den kramhaften und aussichtslosen Versuch unternehmen, "nachzuweisen", dass nicht er, sondern die IVKO sich geändert hat; dass die IVKO "offensichtlich seit dem 7. Kongress eine neue Politik betriebe habe", aber beileibe nicht der Kam. M. Das alles muss uns der Kam. E. M. sagen, der seit über einem Jahr keine organisatorischen Verbindungen zu uns unterhielt und weder an einer Leitungssitzung, noch an einer Mitgliederversammlung unserer Gruppe

-ausser einem Vortragsabend -teilgenommen hat, Kam. E.M. wird daher verzeihen, wenn wir "naiven" und ääufend an der aktiven Arbeit der IVKO beteiligten Militanten über seine neueste Entdeckung einigermassen erstaunt sind und sie restlos als Phantasieprodukt seines spiritus-rector erklären.

Wir wissen, dass uns der Kam. EM in einem Briefe vom 22. Nov. -also vor etwas mehr als einem Monat und einige Monate nach Beendigung des VII. KI-Kongresses-, indem er uns seinen Eintritt in die KP mitteilte, wörtlich mitteilte:

"Die Politik der IVKO als solche ist eine richtige und konsequente kommunistische Politik und ist als einzige in Einklang zu bringen mit den Tagesaufgaben der elsässischen, der französischen und der übrigen Arbeiterschaft. Ich unterstreiche dies besonders und werde nächst wie vor diese klare und erfolgversprechende Politik verteidigen und mich dafür einsetzen."

Das teilte uns EM am 22. Nov., also einige Monate nach dem 7. KI-Kongress mit; um am 7. Januar zu entdecken, dass er mit seinem Eintritt in die KP "eine tatsächliche und beabsichtigte Verurteilung der "neuen" Politik der IVKO-Instanzen" aussprechen wollte.

Ehe der Hahn dreimal krächte ; ; ;.

Am 22. Nov. sagt derselbe EM in seinem Briefe an die IVKO:

Es ist eine Tatsache, dass die Taktik der KP jeden Tag fehlerhafter wird und dass sie nicht richtig den unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft, sowie deren Endkampf nützt. Dies wegleugnen, wäre der Arbeiterschaft einen schlechten Dienst erweisen."

Und Kam. EM begründete seinen individuellen Eintritt in die KP damit, dass nur auf diesem Wege die richtige und gesunde Politik der IVKO entscheidend auf die falsche Strategie der KP einwirken könne", um am 7. Januar zu entdecken, dass er mit seinem Eintritt in die KP bewusst und absichtlich diese "neue" Politik der IVKO-Instanzen verurteilen wollte. Das alles kommt reichlich spät. So also sind solche Worte zu bewerten, wie sie am Schluss seines Abschiedsbriefes an die IVKO stehen:

"Ich gehe von Euch mit den besten Erinnerungen und mit der Überzeugung, dass die Politik der IVKO die richtige, konsequente kommunistische Politik ist, dass es zu schade ist; sie ohne Nutzen zu verwenden, dass sie hineingetragen gehört in die Partei ; .."

Und ehe der Hahn dreimal krächte ... da hatte sich EM, falschen ¹ Inspirationen folgend, in ein willfähriges Werkzeug der KP-Bürokratie gegen die Trägerin, der einzig richtigen und erfolgversprechenden komm. Politik verwandelt. Wir schlagen ein Kreuz und konstatieren mit Betrübnis: unser herzliches Beiloid!

Sollen wir uns angesichts solcher Tatsachen noch mit den "Argumenten" auseinandersetzen, die uns da von EM als blosses Echo höherer Umgebung für die "neue" Politik der IVKO dargeboten worden? Wir sollen unseren früheren Standpunkt zur Partei durch einen grundsätzlichen Kampf gegen die KP und KI ersetzt haben? Sollen wir gegen eine solche Räuberpistole auch noch polemisieren? Wir gehören nicht zur Kategorie jener, die die Politik einer Partei und Gruppe aus dem Kaffeegesatz weissagen. Wir sind gewohnt Beweise zu hören und wie schwach es mit diesen bei EM, resp. ktv. seinem spiritus-rector bestellt ist, ergibt sich daraus, dass er zu bewussten Unwahrheiten Zuflucht nehmen muss. So behauptet EM, dass ihm der Schreiber unseres ersten Antwortartikels ein Protokoll über "solche" Verhandlungen, nämlich über Verhandlungen zur Schmiedung eines prinzipienlosen Blocks der IVKO, mit rechten und linken Sozialdemokraten, halbtrotzkistischen Gruppen, ehemaligen Ultralinken usw. gegeben habe. Dieses Protokoll enthält auch nicht den leisesten Beweis dafür, dass die IVKO mit all diesen Gruppen Verhandlungen zur Schmiedung eines prinzipienlosen Blocks zum Kampfe gegen die KP und KI geführt hat. Diese Besprechungen mit führenden deutschen Sozialdemokraten hatten überhaupt keinen Verhandlungsgegenstand, sondern waren unverbindliche gegenseitige Informationen. Wirkliche Verhandlungen haben lediglich mit den Vertretern der Revolutionären Sozialisten Deutschlands stattgefunden, die in dem von EM erwähnten Bericht garnicht enthalten sind. Bei diesen Verhandlungen ist eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Aufbaus illegaler Kaderegewerkschaften in Deutschland auf dem von

der KPD-O erarbeiteten Boden festgelegt worden. Wenn EM nach den Arranguren prinzipienloser Blocks sucht, dann mögen er sich die Volksfrontpolitik der KPF und die Verhandlungen der Vertreter der KPD mit Vertretern der bürgerlich liberalen und der Zentrumsopposition betrachten, vielleicht merkt er dann an welche Adresse seinen Vorwürfe mit einem Schein von Berechtigung gerichtet werden können.

Wie die Politik der KPF qualifizieren, ist in jeder Nummer der "Arbeiterpolitik" zu lesen und er möge uns daraus nachweisen, wo wir die Parteileitung ungeschont kritisiert haben.

EM der sich da über die einheitsfeindliche Haltung der IVKO-Instanzen auslässt, möge doch endlich in der "Huma" mitteilen, dass die IVKO ein Verhandlungsangebot an die KI zum Zwecke einer ehrlichen Wiedervereinigung gerichtet hat und die KI darauf keine Antwort gegeben hat. Und er möge uns doch endlich verraten, wie wohl dieses "einheitsfreundliche" Verhalten zu qualifizieren ist.

Im übrigen möchten wir nur betonen, die Wiedervereinigung der IVKO mit der KI ist keine Angelegenheit zwischen der KPO-Strasbourg und EM, respktiv, seinem spiritus-rector, sondern allein eine Angelegenheit zwischen der KI und der IVKO. EM ist uns nur ein warnendes Beispiel wie man es nicht machen darf, wenn man sich nicht in ein willführiges Werkzeug gegen die richtige Politik der IVKO verwandeln will. Wir danken für diesen praktischen Anschauungsunterricht und gehen zur Tagesordnung über.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Man will den Hecht ohne den Kopf:

Die Regionalkonferenz der KP, die IVKO u. die Wiedervereinigung.

=====
=====

Seit der Anwesenheit eines Sonderbeauftragten zur Zersetzung der IVKO legt die Parteibürokratie der KP im offenen Gegensatz zu ihren bisherigen Gepflogenheiten einen staunen erregenden Eifer für die sogenannte Wiedervereinigung mit der hiesigen IVKO-Gruppe an den Tag. Wiederholt hat die gesamte IVKO sich an die KI gewendet, um ihre Zulassung als Gast auf dem VII. Kongress der KI zu erreichen. Es erfolgte keine Antwort. Als die KI auch die ausserhalb der KP stehenden Revolutionäre zur vorbereitenden Diskussion zum VII. Kongress einlud, machte die IVKO von dieser Einladung Gebrauch und sandte drei Diskussionsartikel ein. Keiner dieser Artikel wurde veröffentlicht. Nicht einmal eine Empfangsbestätigung erfolgte. Nach dem 7. Kongress folgte die IVKO einer Erklärung des Gen. Dimitrow und präziserte ihren Standpunkt zu den Beschlüssen des Kongress in einem Briefe an die KI, verbunden mit der Aufforderung zur Abhaltung von Verhandlungen zum Zwecke der Wiedervereinigung unter Hinweis auf den Beschluss zum Rechenschaftsbericht des EKKI, der formal die innerparteiliche Demokratie in der KI einführt. Das EKKI gab auch darauf keine direkte Antwort. Eine indirekte Antwort erfolgte insofern, als in allen Sektionen der IVKO auf dem Wege über einzelne, im Auftrage der KP-Instanzen handelnde Leute, der Versuch unternommen wurde, den Hecht ohne den Kopf, d. H. die Mannschaften und Unteroffiziere der IVKO ohne die Offiziere und den Generalstab zu bekommen. Diese Versuche waren nur eine Bestätigung dafür, dass der bürokratische Zentralismus, umrahmt von formalen Bekenntnissen zur innerparteilichen Demokratie und mit einem ordentlichen Schuss blinden Führerkults ergänzt (nur mit einem opportunistischen Inhalt gegenüber dem früher ultralinken), weiter aufrechterhalten werden soll. Wenn dem nicht so wäre, dann hätte die KI sich genau so um die IVKO bemühen müssen, wie man sich jetzt um die Strasbourger Gruppe bemüht. Nachdem die Versuche, die Mannschaften der IVKO ohne die Offiziere und den Generalstab zu bekommen, fehlgeschlagen sind, sucht man sie jetzt in Strasbourg unter Anleitung eines dazu besonders befähigten Spezialisten zu wiederholen.

Nachdem man uns bisher in allen Tonarten totzuschweigen suchte; unsere Briefe -den letzten vom 20. Sept.-unbeantwortet liess, ist auf einmal ein heisses Liebeswerben um die Gunst der IVKO -Kameraden mit einer deutlichen Spitze gegen die bösen IVKO-Instanzen begonnen worden, die angeblich dem ehrlichen Streben unserer Mitglieder nicht Rechnung tragen will. Das alles ist zu deutlich auf die Melodie abgestellt: "Wir möchten den Hecht ohne den Kopf, die Mannschaften ohne die Offiziere und den Generalstab der IVKO." Und warum?

Die Führer wissen, dass die Mannschaften und Unteroffiziere ohne die Offiziere und den Generalstab ihrer opportunistischen Politik, die nur fähig ist neue Niederlagen vorzubereiten, nicht ernsthaft gefährlich werden können. Bereits heute ist mit der Hand zu greifen, dass die unter dem Konnewort "Volkfrontpolitik" segelnde Politik in Frankreich und überall früher oder später zu einer eklatanten Pleite führen muss. Und diese Pleite, wird so wie die deutsche Niederlage, das Ende des ultralinken Kurses einleiten, der Anfang vom Ende des opportunistischen Kurses sein, der mit dem VII. KI-Kongress unter dem Stern der französischen Partei obligatorisch in allen ausserrussischen Sektionen eingeleitet wurde.

Und wenn die Instanzen der KI mit einer bedauernswerten Beharrlichkeit alle Verhandlungsangebote der IVKO-Leitung ablehnen, dann deshalb, weil die der IVKO keine Möglichkeit geben will, innerhalb der KI-Sektionen den Kampf gegen den opportunistischen Kurs zu ~~ganz~~ führen. Das heisst, die Instanzen wollen sich ihr Führermonopol sichern, unbekümmert wie die Geschichte ihre politische Führungsqualitäten beurteilt, sie wollen auf jeden Fall das Problem der politischen Führung an Hand der geschichtlichen Tatsachen und der Erfahrung der Mitglieder nicht erörtern wissen, obzwar anders als auf diesem Wege keine politische Führung in einer revolutionären Partei, die die Welt verändern will, geschaffen werden kann. Deshalb lehnt die KI den Generalstab und die Offiziere der IVKO ab, obzwar sie selbst beschleunigen muss, dass die IVKO eine kommunistische Organisation mit einer kommunistischen Politik ist. Deshalb verlegt man sich auf Manöverchen die Mannschaften und die unteren Kader gegen die Führung auszuspielen. Bei diesem Geschäft ist jetzt Strassbourg an der Reihe, da die grösseren Objekte sich für diese Versuche als untauglich erwiesen.

Und wie das gemacht wird, Alles erfolgt nach den Gesetzen der Überraschungstaktik. Sonntag früh erscheint je ein Kurier bei unseren Kam.R. und H. mit einer Einladung zur Teilnahme an der Regionalkonferenz. Zweck und Inhalt dieser Einladung wird geheim gehalten. Kam.R., der sich endlich vormittag um 1/2 11 Uhr in der Konferenz einfinden konnte, bittet dort ums Wort, um in kurzen Zügen den Standpunkt der Strassbourger KPO zum VII. KI-Kongress u. zur Frage der Wiedervereinigung der Konferenz zu unterbreiten. Man vertröstet ihn auf nachmittags und als er endlich zu Wort kommen soll, wird die Debatte geschlossen; auf Anweisung von Thorez. Eine Begründung dafür ist immer zur Hand. Der wahre Grund: Man will dem Vertreter der IVKO kein Forum geben.

Eine verhinderte Erklärung.

So lassen wir denn hier folgen, was Kam.R. auf der Regionalkonferenz erklären sollte und die Rayonleitung der KP mag dies als vorläufige Antwort auf ihren Brief zu unserer Mitgliederversammlung zur Kenntnis nehmen.

Kam.R. wollte erklären, und zwar im Einverständnis mit unserer Leitung: "Unsere Stellungnahme zu den Beschlüssen des VII. KI-Kongresses und zur Politik der KPF ist bekannt. Unsere Haltung zur Politik der elsässischen Partiregion ebenfalls; da wir unsere Stellungnahme laufend in unserer "Arbeiterpolitik" präzisiert haben.

Wir solidarisieren uns einmütig mit der im Briefe der IVKO-Organisationen an das Ekki der KI ausführlich dargelegten Stellungnahme zu den Beschlüssen des VII. Kongresses und der Kritik an der Politik, die auf Basis dieser Beschlüsse nach dem Kongress zur Praxis aller ausserrussischen Sektionen geworden ist. Wir haben uns ebenfalls mit dem im Briefe der IVKO-Organisationen vorgeschlagenen Angebot auf Verhandlungen zwecks Wiedervereinigung aller IVKO-Organisationen auf der Grundlage der Anerkennung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses, des Programms und der Statuten der KI einverstanden erklärt, unter Hinweis auf den Beschluss, der zum Rechenschaftsbericht des Ekki angenommen wurde und die innerparteiliche Demokratie im Sinne des demokratischen Zentralismus zur Grundlage des inneren Parteiregimes machen soll.

Wir wünschen und verlangen, dass alle OVKO-Organisationen - weil sie Organisationen von Kommunisten sind und eine richtige kommunistische Politik vertreten - ohne Ausnahme und geschlossen wieder aufgenommen werden. Wir lassen nicht zu, dass man die eine IVKO-Gruppe gegen die andere auszuspielen versucht und hinter dem Rücken der gewählten Instanzen der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition die Sache der Wiedervereinigung herabzusetzen und zu diskreditieren versucht. Entweder sind wir Kommunisten, dann sind

es im besonderen die führenden Militanten der IVKO. Entweder ist die KI für die Wiederaufnahme der IVKO-Kameraden ohne von ihnen die Kapitulation vor einem politischen Kurs zu verlangen, den sie aus wohl abgewogenen Gründen für fehlerhaft halten, entweder gibt es Raum in den Sektionen der KI, die noch vorhandenen Differenzen auszutragen, dann kann es nur eine geschlossene und einheitliche Wiederaufnahme geben und zu diesem Zweck muss sich die KI zum Angebot der IVKO äussern; oder, die IVKO kann bei Aufrechterhaltung ihres kritischen Standpunktes zum sogenannten Volksfrontkurs usw. nicht aufgenommen werden und dann soll man dies sagen. Zu Zwangsmanövern geben wir uns nicht her, damit diskreditiert man nur den ehrlichen Willen der KI zur Wiedervereinigung, damit erweckt man nur den Eindruck, dass trotz aller Botenungen im Grunde am innoren Regime der KI und ihrer Sektionen nichts geändert ist.

Wir kennen die deutschen, die amerikanischen, die tschechischen Genossen der IVKO. Wir wissen, dass sie Kommunisten sind. Deshalb verlangen wir Verhandlungen mit den Instanzen der IVKO, der wir angeschlossen sind und mit der wir gemeinsam und solidarisch für die Wiedervereinigung und eine richtige kommunistische Politik kämpfen.

Deshalb wünschen wir von Euch, dass Ihr dafür sorgt, dass die KI mit der IVKO über die Wiedervereinigung verhandelt, damit ihre erprobten Kader der kommunistischen Weltarmee wieder zugeführt werden können."

A. Roefanz, B. Hirtzel. -o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o- A. Quiri, T. Pfaff.

Kleinigkeiten:

Die Jahresgeneralversammlung der "Aurora", die am 7. Januar bei Anwesenheit von 55 Mitgliedern stattfand, fasste nach Entgegennahme des Geschäftsberichts einstimmig den Beschluss, den Anschluss an die FSGT zu vollziehen. Damit hat sich die "Aurora" der wiedergeeinigten Arbeitersportbewegung als dienendes Glied wieder angeschlossen.

Der Gedanke zur Gründung eines autonomen Gemeindearbeitersyndikats soll, wie wir hören, von Rasputin-Gootz ausgegangen sein. Der Vater dieses Gedankens lässt auch Schlüsse auf die Absichten zu, die mit der verachteten Etablierung eines eignen Gewerkschaftsladens verfolgt worden: für die A. u. B.-Partei wieder eine molkende Kuh zu schaffen, wie es das verflorsene unitäre Syndikat der Gemeindearbeiter war. Dafür bedanken sich alle Gemeindearbeiter, die die Gewerkschaft als ein Instrument zur Verteidigung ihrer Interessen betrachten.

Die "FP" regt sich furchtbar darüber auf, dass die Kommunisten in Mülhausen und Colmar bei der Budgetberatung Anträge einbrachten, die darauf hinausliefen die Werkstätigen von neuen Lasten zu befreien und die Reichen stärker zur Aufbringung der kommunalen Lasten heranzuziehen. Der "FP" sind diese Anträge der Kommunisten natürlich ein neuer Beweis, wie einheitsfeindlich die Kommunisten sind und wie ihr ganzes Denken darauf gerichtet ist das Ansehen der SFIO herab zu setzen. Wer für die Befreiung der Werkstätigen von neuen Lasten und für die Heranziehung des Besitzes eintritt, schädigt also die SFIO. Dieses Eingeständnis der "FP" ist sehr wertvoll. Nun wissen wir auch warum die Imbs-Naegelen gegen die Aktionseinheit und für das Proporzbündnis mit M. Walter und Ch. Frey sind.

Die Bauarbeiter haben ihre Verschmelzung vollzogen. Kam; Hinkor hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, dass nun auch bald die politische Einheit kommen möge. Eine einfache Addition der Kräfte ist nicht immer ein Gewinn. Dies trifft auch auf die politische Einheit mit den Imbs-Naegelen, Blum usw. zu. Wir sind da bescheidener: Kam, Hinkor möge in seiner Partei für das nächste eintreten; für den Bruch der SFIO mit Walter-Frey und für die Herstellung der Aktionseinheit in Strasbourg. Die Bauarbeiter werden davon mehr profitieren, als von Ausflügen ins Wolkenkuckucksheim.

Der Arbeiterturnverein "l'Avenir" veranstaltet am 2. FeB., nachmittags 3 Uhr im Union-Theater einen bunten proletarischen Sports- und Kulturabend, der ganz im Zeichen des antifaschistischen Kampfes, für den Sozialismus und gegen die Hitlerolympiade steht. Sprech- u. Bewegungschöre mit über 100 Mitwirkenden, werden neben sportlichen Leistungen, einem Kunstturnermatch und den Darbietungen des Arbeiter-Symphonieorchesters "Liberté"-Schiltigheim der Veranstaltung den Stempel aufdrücken. Der Vorverkauf der Programme beginnt nächste Woche. Der Eintrittspreis beträgt 2,50 Frs. Die Parole jedes Strasbourger Arbeiters am 2. Februar ist: Auf zur "l'Avenir".

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 5/III. Jahrgang.

Dritte Januarwoche 1936.

Zur bevorstehenden Kammerwahl:

DAS "PROGRAMM" DER VOLKSFRONT.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Nach monatlichen Beratungen hat das Nationalkomitee des "Rassemblement populaire", das ist die Spitzenorganisation der Volksfront, der Vertreter der radikalen Partei, der SFIO, der KPF, ferner der CGT und der CGTU angehören, ein gemeinsames Programm zu den Fragen der Innen- und Aussenpolitik, sowie zu den Problemen der Wirtschaft angenommen. Dieses Programm soll, wie L. Blum im "Populaire" schreibt, als Grundlage für ein Zusammengehen der Parteien der Volksfront im zweiten Wahlgang der bevorstehenden Kammerwahlen, für eine Zusammenarbeit dieser Parteien im neuen Parlament und für eine eventuelle Linksregierung dienen. Das Programm ist also ausschliesslich für den Gebrauch bei Wahlen und im Parlament gedacht. Es ist keine Rede davon, dass die Volksfront als solche sich verpflichtete, mit ausserparlamentarischen Mitteln für die in diesem Programm enthaltenen Forderungen einzutreten. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn im Bunde mit der radikalen Partei können Arbeiterorganisationen nichts anderes fertig bringen als parlamentarische Manöverchen. Die Forderungen des Programms selbst sind äusserst dürftig und entsprechen keineswegs den dringenden Nöten der Werktätigen Frankreichs. Man merkt es diesen Forderungen an, dass bei ihrer Formulierung darauf acht gegeben wurde, die Führer der Radikalen um Gottes Willen nicht abzustossen; diese Forderungen sind denn auch so ausgefallen, dass sie im Grunde genommen, die Radikalen zu nichts verpflichten, dass die Radikalen, wenn sie einmal mit Hilfe der Volksfront ein Wahlerfolg errungen und sich einen ausschlaggebenden Einfluss in der Regierung gesichert haben, dank den kautschukartigen Formulierungen des Volksfrontprogramms freie Hand für alle möglichen Verrätereien in ihrer Regierungspolitik haben.

Im Kampfe gegen die Faschisten fordert das Programm die Anwendung des Gesetzes über die Ligen und der Paragraphen des Strafgesetzbuches über Verschwörungen gegen die Sicherheit des Staates. Die jüngsten Ereignisse in Limoges, wo die Führer der SFIO wegen Übertretung der Notverordnung über Versammlungsverbote angeklagt worden sind, zeigt, was diese Forderung des Volksfrontprogramms wert ist. Die Notverordnung über Versammlungsverbote wurde s. Zt. als eine Massnahme gegen die Faschisten ausgegeben, jetzt wird sie im Dienste der Faschisten gegen die Führer der Antifaschisten von Limoges angewandt. Es ist eine Illusion zu glauben, der Faschismus könne durch die Anwendung von Gesetzesmassnahmen von der Art des Ligengesetzes seitens bürgerlichen Regierungen geschlagen werden.

Zur Kolonialfrage verlangt das Programm der Volksfront die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Prüfung der Lage in den Kolonien nachdem es sich wiederholt, z. B. im Fall Stavisky erwiesen hat, dass solche Kommissionen das reine Theater sind.

Zur Frage der Notverordnungen verlangt das Programm "solange als die Notverordnungen nicht vollständig und so rasch als möglich (das "als möglich" ist bezeichnend. Die Red. der "Arbeiterpolitik".) aufgehoben worden sind", die Milderung dieser Notverordnungen für die am härtesten von ihnen Betroffenen. Die Volksfront hat sich also mit dem Weiterbestehen der Notverordnungen abgefunden, die SFIO und leider auch die KPF haben durch ihre Zustimmung zu dem Volksfrontprogramm praktisch den Kampf gegen die Notverordnungen aufgegeben. Die Radikalen werden sicher stets, wie bisher, Argumente bei der Hand haben, um zu

weisen, dass die vollständige Aufhebung der Notverordnungen nicht "möglich" sei.

Von der Forderung der Nationalisierung der Bank von Frankreich, die in den Veranstaltungen der Volksfront öfters als agitatorisches Frunktstück serviert wurde, ist nur die Forderung eines grosseren Einflusses der Regierung in der Leitung dieser Bank übrig geblieben. Die Aktionäre der Bank von Frankreich sollen aber ihre Bank-Aktien behalten.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft wird die Erhöhung der Erzeugerpreise und die Schaffung eines nationalen Getreideamtes, d. h. eines Getreidemonopols gefordert. Die Konsumentenpreise für landwirtschaftliche Produkte sollen gleichzeitig gesenkt werden. Das ist aber, wie alle Erfahrungen unter kapitalistischen Verhältnissen zeigen, ohne Antastung des kapitalistischen Systems unmöglich. Die Schaffung staatlicher Getreidehandelszentralen usw. hat überall in kapitalistischen Ländern sowohl die Lebenshaltungskosten gesteigert als auch die grosse Masse der kleinen Bauern geschädigt und weiter ruiniert.

In der Frage der Steuern wird weder die Befreiung der ärmeren Volksschichten von steuerlichen Lasten, noch eine wirklich starke Belastung der Reichen gefordert. Die Einkommensteuersätze für Einkommen über 75 000 Frs. sollen zwar erhöht werden. Von einer Vermögenssteuer, wie sie der Forderung der KPF, dass die Reichen zahlen sollen, entsprechen würde, ist aber keine Rede. Vielmehr spricht das Programm von einer "fiskalischen Entspannung im Hinblick auf einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung" - eine Phrase, die von den Kapitalisten (und zwar auch von den Kapitalisten der radikalen Partei) im Sinne einer weiteren Steuersenkung zu ihren Gunsten ausgelegt werden wird.

Das Programm der Volksfront ist kein Kampfprogramm, das den Interessen der werktätigen Massen entspricht. Es ist ein neuer Beweis für die Unfruchtbarkeit und Schädlichkeit der Volksfrontpolitik.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE UBERSICHT.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Japaner verlassen die Flottenkonferenz.

Der Bruch Japans mit der Flottenkonferenz, die seit Dezember in London tagt, ist vollzogen worden, weil die japanische Forderung nach der Flottengleichheit mit Amerika und England, nicht erfüllt wurde. Der japanische Imperialismus will volle Freiheit für seine Küstungen im Stillen Ozean haben, um seine Raubpläne in Ostasien durchzuführen. Da die Ausdehnungsbestrebungen des japanischen Imperialismus von England und den Ver. Staaten mit dem grössten Misstrauen betrachtet werden, lehnten diese beiden imperialistischen Mächte die japanische Forderung ab, da seine Annahme die Vorherrschaft Japans im Stillen Ozean bedeutet hätte. Mit dem Auszug Japans aus der Flottenkonferenz ist diese faktisch tot, auch wenn sich England mit seiner Absicht, die Konferenz ohne die Japaner, aber unter Hinzuziehung Deutschlands und der Sowjetunion fortzuführen, durchsetzen sollte. Die Folge des Scheiterns der Flottenkonferenz wird ein verstärktes Wettwüsten zur See und die Verschärfung der Gefahr eines imperialistischen Krieges im Fernen Osten, des Kampfes um die Beherrschung des Stillen Ozeans sein.

Ein Vorstoss der Nazis gegen den Locarnovertrag.

Die Nazis führen seit kurzem eine heftige Pressekampagne gegen angebliche Geheimabkommen, die zwischen den englischen und französischen Generalstäben über den Schutz der französischen Ostgrenze geschlossen sein sollen. Bekanntlich finden seit Anfang Dezember Besprechungen zwischen den Admiralitäten und Generalstäben Frankreichs und Englands über eine Zusammenarbeit der beiden Flotten im Mittelmeer statt. Wie die Nazipresse behauptet, sei bei diesen Besprechungen nicht nur über eine gegenseitige Hilfeleistung im Falle eines italienischen Angriffs gesprochen worden, sondern es seien auch Massnahmen zur gemeinsamen Verteidigung der französischen Ostgrenze beraten worden. Die Nazis sehen darin eine "Bedrohung" Deutschlands und erklären bereits in ihrer Presse, dass die englisch-französischen Abkommen eine Verletzung des Locarnopaktes bedeuteten und dass Deutschland infolgedessen nicht mehr durch die Bestimmungen des Locarno-Vertrages gebunden sei. Den Nazis geht es dabei vor allem um den Artikel des Locarno-Vertrages über die entmilitarisierte Zone. In dem Aufrüstungsplan der Nazis ist diese Bestimmung ein Störungsfehler. Sie

suchen deshalb nach einem Vorwand, um den Locarnovertrag zu kündigen und die bisher entmilitarisierten Rheinlande militärisch zu befestigen.

Die Reise Schuschnigg nach Prag.

Die bevorstehende Reise des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg nach Prag ist deshalb bedeutungsvoll, weil sie eine Schwenkung in der aussenpolitischen Orientierung Österreichs anzeigt. Die stärkste Stütze des österreichischen Klerikofaschismus war bisher das faschistische Italien. Seit der Entwicklung Italiens in das abessinische Abenteuer stellt der italienische Faschismus nur noch eine zweifelhafte Hilfe für die Schuschniggregierung dar. Die österreichische Regierung sieht sich deshalb nach neuen Bundesgenossen um.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus dem III. Reich:

Die Bauern werden aufsässig,
=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:

Im Hochwald, nahe der Grenze des ehemaligen Saargebiets geht es den Bauern unter der faschistischen Diktatur sehr schlecht. Der Einfluss der NSDAP auf die Bauern geht deshalb ständig zurück. Bei befohlenen Aufmärschen kommen in einigen Dörfern nur noch Grüppchen von Aufrechten. Merkte man sich früher diejenigen, die keine Hakenkreuzfahne herabhängten, so merkt man sich heute die, die eine herabhängen. Auch die Zeit, da man still und scheu aneinander vorüber ging, ist in den Dörfern vorbei. Heute pflegt man ausgedehnte Diskussionen überall. Und die Bauern haben wahrhaftig Grund dazu ihre Lage zu besprechen.

Der Betrug der Molkereigenossenschaften.

Besonders wild sind die Bauern auf die Molkereigenossenschaften, an die sie ihre Milch abliefern müssen. In einer Versammlung der Bauern die zur Molkerei Niederlosheim gehören, machte sich der Zorn der Bauern in scharfen Angriffen auf die Leitung der Genossenschaft und den Kreisleiter Luft.

Früher bekamen die Bauern Fettprämien entsprechend dem Gehalt ihrer Milch. Der Fettgehalt der Milch wurde täglich festgestellt und die Bauern bekamen am Monatsende für den Monatsdurchschnitt ihre Prozente. Heute wird nur einmal im Monat der Fettgehalt der Milch festgestellt, ohne dass der Bauer erfährt an welchem Tage das geschehen ist. Die Fettprämien erreichen aber in keinem Falle mehr als 4 %, während sie früher viel höher waren. Die Nazigenossenschaftsleitung betrügt die Bauern.

Wollen die Bauern 1/4 Pfund Butter von der Molkerei haben, so müssen sie das Fehlen vorher anmelden. Die Folge dieser Zustände ist die

Sabotage der Milchablieferung.

Die Bauern werden durch die Öbtpolizei immer häufiger ermahnt Milch abzuliefern. Besondere Werbekommandos suchen an Sonntagen die Bauern auf, betteln und drohen; als Landesverräter sollen die Bauern angeprangert werden, die keine, oder nicht genügend Milch abliefern. Fährt aber am nächsten Morgen das Auto der Molkereigenossenschaft vor, dann steht doch wieder keine Milch vor dem Tore. Die Bauern sabotieren!

Die "Viehversammlung."

In einem Hochwalddorf in der Nähe von Losheim fand kürzlich eine Versammlung der Mitglieder der Viehversicherung (allgemein genannt Viehversammlung) statt. In dieser Versammlung zog der Vorsitzende eine Mitteilung des Landrats aus der Tasche, wonach die Versicherten rückwirkend bis zum Jahre 1932 5% Erhöhung des Versicherungsbeitrags zahlen sollten. Zuerst stutzten die Bauern. Aber dann hatte bald einer ausgerechnet, dass der Gesamtbetrag den Wert von soundsoviel Stück Vieh ausmacht. Jetzt stellte sich dem einzelnen der Betrag in Mark und Pfennigen und auch in Stück Vieh dar, um den er geschröpft werden sollte. Jetzt schrie jeder einzelne Bauer seine Wut über das Nazisystem in die Versammlung. Der Vorsitzende erklärte, dass man dem Vorlangen des Landrats nur nachkommen könne, wenn man 7 bis 10 Jahre Zeit gelassen bekäme. (Die Bauern scheinen ihre Zeitrechnung schlauerweise des 1000 jährigen Reich Hitlers anzupassen). Einstimmig wurde dann von der Versammlung der Beschluss gefasst: Der Flurhüter wird mit dem Schreiben des Landrats zu diesem zurückge-

Worauf es bei den Wahlen ankommt ist, dem Bürgerblock aller Schattierungen die Einheitsfront des Proletariats gegenüberzustellen und die Mittelschichten für diese Einheitsfront zu gewinnen.

Wir werden in einem folgenden Artikel uns mit der Haltung der UPR beschäftigen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Was wird aus der Lingolzheimer Lederfabrik?

Wo bleibt die Aktion der Arbeiter?

=====
=====

Am verflorenen Montag tagte in Paris eine ordentliche und eine ausserordentliche Generalversammlung der Aktionäre der "Tanneries de Franco" in Lingolsheim.

Aus dem der Öffentlichkeit übergebenen Geschäftsbericht geht hervor, dass, das im 30.6.36. abgeschlossene Geschäftsjahr einen Verlust von 1 018 752 Frs. ausweist, der mit den früheren Verlustsiffern ein Gesamtdefizit von 31 353 752 Frs. ergibt. Der Verlust des verflorenen Geschäftsjahres soll nur auf die Liquidation eines Fiskus in der Bilanz zu hoch eingeschätzten Postens zurückzuführen sein. Der Geschäftsbaumatz sei weiter zurückgegangen, aber die Gesellschaft habe durch Senkung der Produktionskosten (Löhne) eine Herabsetzung der Gesamtkosten erreicht. In den letzten Monaten habe die Gesellschaft mit Gewinn gearbeitet.

Im Februar soll eine neue ausserordentliche Generalversammlung der Aktionäre einberufen werden, die über die Frage der Auflösung oder Weiterführung des Betriebes entscheiden soll. Die Gerüchte, wonach die Gläubiger die ihren unterbreiteten Vergleichsvorschläge abgelehnt hätten, wurden vom Präsident des Verwaltungsrates dementiert.

Aus der Tagespresse erfährt man Einzelheiten aus dem stinkenden Korruptionssumpf, in dem die Lingolzheimer Lederfabrik versinkt. Millionen und Abermillionen (es wird behauptet) Staatsgelder, dazu Millionen von Suprgeldern kleiner Steuer sind eines Handvoll Gauner ausgeliefert worden. Die Arbeiter und Werktätigen sind die Opfer.

Zwei Lösungen sind in Aussicht genommen. Die eine, die von der Konkurrenz angestrebt wird, fordert die Stilllegung des Betriebes. Die andere Gruppierung fordert neue Staatsgelder an die Privatkapitalisten und weitere Lohnsenkungen für die Arbeiter - um den Betrieb rentabel und konkurrenzfähig fortführen zu können. Beide Lösungen sollen auf Kosten der Arbeiter durchgeführt werden.

Die Gewerkschaften, die KPF und die SFIO haben bisher nichts getan um eine solche Lösung zu verhindern. Die "NW" fordert, wie wir dies bereits festgestellt haben, ebenfalls nur neue Staatskredite an die Privatunternehmer.

Was müssten die Gewerkschaften und die proletarischen Parteien tun? Das erste und entscheidende wäre die Einleitung einer Campagne, um die Liquidierung des Bankrotts auf Kosten der grosskapitalistischen Gauner und ihrer Hintermänner durchzuführen. Der Betrieb müsste diesen Herren aus den Händen und schuldenfrei der Arbeiterschaft übergeben werden und mit Betriebskapital vom Staat ausgestattet werden, damit er unter der Kontrolle der Arbeiter und Angestellten des Betriebes und der Gewerkschaften die Produktion fortführen kann. Die Verzinsung der neuen Staatskredite dürfte erst von dem Zeitpunkt ab und in der Höhe erfolgen, von dem ab der Betrieb nach Sicherstellung der mit den Gewerkschaften vereinbarten Löhne Betriebsüberschüsse erwirft.

Um die Regierung und die Interessenten unter Druck zu setzen, damit sie einer solchen Lösung zustimmen, müssten die Arbeiterorganisationen eine besondere Untersuchungskommission bilden, die alle Gaunereien im einzelnen nachvollzieht aufdeckt, die Verantwortlichen und Schuldigen mit ihren Hintermännern denunziert und die Beschlagnahme ihrer Vermögen, ihre Haftbarmachung fordert und erkämpft. Das kommunistische Gemeinderat müsste sich in diese Aktion einschalten und auch seinerseits die Aktion der Arbeiterorganisationen tatkräftig unterstützen.

Vorschlägen der SFIO Vorschläge entgegengesetzt, von denen der eine in seiner Tendenz kleinbürgerlich-reaktionär ist. In dem Bestreben nur gesetzlich zulässige Massnahmen vorzuschlagen, hat sie die Erhöhung der Warenhausabgabe bis zur gesetzlich zulässigen Höchstgrenze gefordert. Das nennt der neue Regionalleiter Rosenblatt "Die Reichen zum zahlen zwingen". Dabei weiss jedermann dass die Warenhausabgabe eine Umsatzsteuer ist, die auf die Käufer abgewälzt wird, also eine indirekte Verbrauchsteuer, die zwar formell vom Warenhausbesitzer bezahlt, aber in Wirklichkeit aus den Taschen der Kleinen genommen wird. Es bedarf keiner langen Beweisführung, dass die SFIO solchen Vorschlägen gegenüber leichtes Spiel hat. Sollte dem neuen Regionalleiter nicht bekannt sein, dass diese Warenhaussteuer ein besonderes Prunkstück der nationalsozialistischen Demagogie ist, um die kleinbürgerlichen Geschäftsleute einzufangen? Statt Vorschläge zu machen, die die ausserparlamentarische Kampfkraft der Einheitsfront heben, die Gegenstand einer Aktion gegenüber dem bürgerlichen Staat werden, der verhindern will das die Reichen zum zahlen gezwungen werden können und zu diesem Zweck mit seinen Gesetzen den Arbeitermehrheiten die Belastung der Reichen unmöglich machen will, hat die Regionalleitung der Partei den Mülhauser Kameraden im letzten Moment Forderungen empfohlen, die in ihrer Tendenz die gegenteilige Wirkung auf die Einheitsfront haben müssen.

Statt dass die Parteileitung ihren Fraktionen mit sachkundigen Vorschlägen vom Boden des Kommunismus zu Hilfe kommt, lässt sie sie erst in Stich und bittet sie dann mit Vorschlägen, die Ausdruck krassesten Opportunismus sind, wie dieser Vorschlag auf Erhöhung der Warenhausabgabe. Wenn die Mülhauser Gemeinderatsfraktion der KP die erlittene Schlappe wettmachen will, muss sie gemeinsam mit den Kameraden der IVKO für eine richtige kommunistische Politik kämpfen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Der kluge Mann baut vor. Hueber, der in Strassbourg Volksfront mit den hitlerisch eingestellten Autonomisten macht, beginnt sich in steigender Masse von der innerfranzösischen Volksfront abzugrenzen. In einem Artikel über die "Pariser Volksfront" heisst es u. a. : "wenn die Volksfront oder der Linksblock in neuer Auflage versagt, laufen die enttäuschten Truppen nicht mehr zu den Kommunisten (wie's früher war!); sie laufen diesmal schnurstracks zu den Rechtsverbänden und zu den Faschisten. Darin liegt die Gefahr von morgen." Die A. u. B;-Partei richtet sich also ebenso wie die UPR schon auf den kommenden Bankrott der Volksfront ein, um dann mit zu den Profitierenden zu gehören.

Was der Patron M. Walters nicht alles donkt. Im "Elsässer" wird in einem längeren Artikel über das Thema "der Vatikan und der Abessinienkonflikt" auch eine Rede des Papst Pius XI. vom August 1935 zitiert. Im Anschluss daran wird vermerkt, dass der Papst zweifellos davon überzeugt gewesen sei, dass es sich bei dem italienischen Krieg gegen Abessinien um einen kolonialen Verteidigungskrieg für Italien handelt, der "insfern alle Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung der vorhandenen Streitigkeiten erschöpft waren, nach den Prinzipien der katholischen Moral erlaubt blieb." Mussolini führt also nach den Prinzipien der katholischen Moral mit seinem räuberischen Überfall auf Abessinien, mit seinen Bombenangriffen auf die abessinische Zivilbevölkerung und die Lazarette des Roten Kreuzes nichts als einen kolonialen Verteidigungskrieg zur Sicherung seiner Grenzen und zur Ausdehnung seiner von Tag zu Tag wachsenden Bevölkerung. Es zeigt sich also, dass die vom Papst erläuterte Moral nichts ist als die kapitalistische Räubermoral, die dem Starken das Recht gibt den Schwachen auszuraubern. Wir danken dem "Elsässer" für diese Auskunft und die Arbeiter werden gut tun, sie in den Kreisen der katholischen Werktätigen weitgehend bekannt zu machen.

Nach diesen päpstlichen Auslassungen wird auch verständlich, warum M. Walter in der Toga des Friedensengels gegen die Sanktionspolitiker zu Felde zieht: man darf Mussolini nicht bei seinem Verteidigungskrieg gegen die beutegierigen und Italien in seinen Grenzen bedrohenden Abessinier stören. Wozu doch die katholische Moral alles gut ist!

Unsere sächlichen Elzianer Die Elz hat entdeckt, dass der ehemalige schweizerische Frontistenführer Dr. H. Vonwyl keineswegs von den Nazis gewaltsam nach Deutschland verschleppt worden sei. Bei den Akten soll sich ein Brief von V. befinden, aus dem hervorgehe, dass er die Absicht hatte nach Deutschland zu reisen.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 4/III. Jahrgang.

Vierte Januarwoche 1936.

Zur innerpolitische Lage:

DIE REGIERUNGSFRISE.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Regierung Laval hat ihre Demission gegeben. Mit der Rücktrittsankündigung Herriots und der anderen radikalen Minister war das ganze Kabinett Laval erledigt. Ist dieser Schnitt der radikalen Partei ein Beweis dafür, dass nunmehr in ihr ein entschiedener Kampf an der Seite der Arbeiterparteien erwartet werden kann, sind die letzten Ereignisse ein Beweis für die Richtigkeit der Volksfrontpolitik?

Das ist keineswegs der Fall. Das Exekutivkomitee der radikalen Partei hat zwar in seiner Resolution erklärt, dass die Politik Lavals im Widerspruch zur "Doktrin" der radikalen Partei stehe, hat aber gleichzeitig Herriot seiner Anerkennung versichert, obgleich Herriot samt den anderen radikalen Ministern die Politik Lavals bis zuletzt mitgemacht und durch seine Unterstützung überhaupt erst ermöglicht hat, obgleich Herriot jetzt seinen Rücktritt damit begründet, dass die Rechte den Burgfrieden, den er getreulich eingehalten hätte, gebrochen habe. Diese Argumentation Herriots ist alles andere als eine Kriegserklärung an die Rechte, als ein prinzipieller Bruch mit der Politik der "Union nationale".

Auch nach der Tagung des radikalen Exekutivkomitees ist es keineswegs klar, welches nun eigentlich die gegenwärtige "Doktrin" der Radikalsozialisten ist. Daladier wurde zum Parteipräsidenten gewählt, aber gleichzeitig wurde Herriot bedeutet, dass er diesen Posten jeden Augenblick wieder haben könne, wenn er es nur wünsche. Nun ist Daladier für die Volksfront eingetreten, während sich Herriot sorgfältig gehütet hat, sich irgendwie auf die Volksfront festzulegen. Ausser Daladier schworen noch andere Redner der Volksfront Treue, in der Resolution der Tagung aber wurde die Volksfront nicht erwähnt. Die Radikale Partei hält sich also alle Wege frei. Sie hat Laval fallen gelassen, weil er am Vorabend der Wahlen ein allzu kompromittierlicher Bundesgenosse ist, sie wird die Volksfront ausnützen, um bei den Wahlen dank der Unterstützung der Arbeiterparteien Mandate zu ergattern, aber sonst hat sich die radikale Partei alle Möglichkeiten zu Regierungskombinationen mit Bundesgenossen, die rechts von ihr stehen, offen gehalten.

Das bestätigt auch die Presse der SFIO und der KPF unfreiwillig in ihren Artikeln. L. Blum schreibt, dass die SFIO bereit sei, eine Volksfrontregierung mitzumachen, ein rein radikales Kabinett zu unterstützen, ja sogar jede Kombination zu unterstützen, die bis zu den Wahlen "genügende Garantien für die republikanische Ordnung im Innern und die kollektive Sicherheit nach aussen bietet". Das heisst nicht mehr und nicht weniger als dass die SFIO bereit ist, als eine sogenannte Übergangsregierung zu unterstützen, die aus den Radikalen und der gemässigten Rechten besteht. Eine solche Regierung wäre in der Sache nichts anderes als eine Regierung Laval ohne Laval. Eine solche Regierung würde alles andere als eine Garantie gegen den Faschismus und gegen imperialistische Mächenschaften gegen den Frieden sein. In den wirtschaftlichen Fragen würde eine solche Regierung die Lavalsche Politik der Kapitalsoffensive faktisch fortsetzen.

Auch die "Humanité" bezieht eine ähnliche Linie. Sie fordert in ihrer Nummer vom 22. Januar ein Kabinett, das "entschlossen ist, die Ligen zu zügeln, den Frieden zu organisieren und jeden Angriff gegen den Franken abzuschlagen", ohne

sich weiter darüber auszulassen, wie ein solches Kabinett zusammengesetzt sein soll, was daraufhin deutet, dass die "Humanité" den Standpunkt von L. Blum teilt.

Der Effekt der Volksfrontpolitik besteht also darin, dass die Radikalen faktisch keinen Druck von links zu fürchten haben, mehr noch, dass sie jetzt ihren parlamentarischen Schacher um Ministerposten mit dem Sagen der SFIO und selbst der KPF betreiben können. Bei der Volksfront ist es wie bei jedem Bündnis mit bürgerlichen Parteien so, dass nicht der proletarische Bundesgenosse den bürgerlichen nach sich zieht, sondern dass der bürgerliche Partner den proletarischen an der Nase herumführt und in seiner Bewegungsfreiheit einschränkt. Die Volksfrontpolitik ist für die Arbeiterparteien eine Kette von Rückzügen vor den Radikalen, von Konzessionen an diese. Erst verlangte die Volksfront eine Linksrégierung, jetzt ist sie schon mit einer republikanisch angestrichenen Kombination der Mitte, der Radikalen und der gemässigten Rechten zufrieden. Das ist die Logik der Dinge. Denn wenn man sich einmal auf den Weg der Unterstützung bürgerlicher Régierungen begibt, dann ist es wirklich kein wesentlicher Unterschied, ob man eine Linksrégierung unterstützt oder eine andere "republikanische" Kombination, denn in den Grundfragen der kapitalistischen Innen- und Aussenpolitik besteht tatsächlich kein grundsätzlicher Unterschied zwischen Herriot und, sagen wir, Flandin.

Die Arbeiter müssen sich darüber im klaren sein, dass diese negativen Leistungen der Volksfrontpolitik zugleich die Kapitalisten und ihre faschistischen Sidlinge zu neuen Vorstössen ermuntern.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE ÜBERSICHT.

oooooooooooooooooooooooooooo

Der Tod des englischen Königs.

Der Tod des englischen Königs ist für die Anhänger der bürgerlichen Demokratie in den verschiedensten kapitalistischen Ländern ein Anlass zu allerlei rührseligen Reden und Artikeln. In England lässt die Führung der Arbeiterpartei ihre Treue zum "angestammten Herrscherhaus" in bangalischer Beleuchtung erglänzen und auch die französischen bürgerlichen Politiker lassen bei dieser Gelegenheit ihre republikanischen Grundsätze, die sie sonst so anpreisen, hübsch zu Hause. Es wird jetzt viel darüber geschrieben, dass die britische Monarchie eine demokratische Einrichtung sei und selbst in der "Humanité" erzählt Gabriel Péri, dass das englische Volk "mit Recht oder Unrecht" in der Monarchie einen Damm gegen faschistische Unternehmungen sehe. G. Péri hätte seinen Lesern ruhig sagen sollen, dass diese Vorstellung des englischen Volkes die Übrigen von dem fortgeschrittenen Teil der Arbeiterklasse trotz der Leitung der Führer der Arbeiterpartei nicht geteilt wird - durchaus falsch ist. Die Monarchie ist in England allerdings mit der bürgerlichen Demokratie eng verbunden, aber das ist kein Beweis dafür, dass die Monarchie zu einer demokratischen Einrichtung werden kann, sondern zeigt nur, welche reaktionären Züge die bürgerliche Demokratie auch in England, wo sie schon entwickelt ist, aufweist. Solange die britische Bourgeoisie ihre Klassenherrschaft in parlamentarisch-demokratischen Formen ausüben kann, wird die Monarchie sich streng an die konstitutionellen Regeln halten, was keineswegs bedeutet, dass der König nicht hintenherum, wie das Georg V. wiederholt getan hat, seinen Einfluss im reaktionären Sinne in die Wegschale werfen kann. Kommt es aber in England zu einer Krise des parlamentarischen Systems, dann wird die "konstitutionelle" Autorität des Königs sich im gegebenen Augenblick ebenso zugunsten des Faschismus auswirken, wie die Autorität des italienischen Königs zugunsten von Mussolini beim Marsch auf Rom, und wie die Autorität Hindenburgs zugunsten der Nazis am 30. Januar 1933.

Die Völkerbundstagung.

Die jüngste Völkerbundstagung hat gezeigt, dass trotz dem Rücktritt von Hoare die englischen und französischen Imperialisten keineswegs daran denken, ihre Kompromisspolitik gegenüber Mussolini ganz aufzugeben. Von der Petroleumsanktion ist einstweilen keine Rede und zwar nicht nur, weil Laval nichts davon wissen wollte, sondern auch weil die englische Regierung darauf keinen Wert legt. Auf einen Antrag Abessinians um finanzielle Hilfe des Völkerbundes ist dieser nicht eingegangen, denn die imperialistischen Mächte fürchten, dass allzu grosse Siege der Abessinier das Prestige der weissen Unterdrücker unter den Kolonialvölkern gefährden könnten.

welche sozialistischen Massregeln auf dem Gebiete der Industrie und sogar auf die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung.

Ein glänzendes Geschäft für die bürgerlichen Republikaner, aber wahrer politischer Selbstmord für die Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Um das zu verstehen genügt es, näher einzugehen auf den ausdrücklichen Verzicht auf die Enteignung des Grossgrundbesitzes.

Spanien ist ein Land in dem die Masse der Bauern und Landerbeiter erdrückt wird von der Tatsache des halbfeudalen Grossgrundbesitzes, des spanischen Adels und der Kirche. Die Enteignung des Grossgrundbesitzes ist hier die grundlegende Massregel der bürgerlichen Revolution, die immer noch aussteht. Sie ist unentbehrlich, um die Masse der Bauern und Landerbeiter für die Revolution zu gewinnen und ihr Bündnis mit der Arbeiterklasse herzustellen. Die Agrarrevolution in Spanien, das heisst die entschuldigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes und seine Übergabe an die Bauern und Landerbeiter ist nicht weniger grundlegend, wie sie im zaristischen Russland war.

Der Verzicht auf die Durchführung der Agrarrevolution durch die Sozialdemokratie, solange sie an der Regierung teilnahm, ist einer der entscheidenden Gründe für den ruckelhaften Gang der bürgerlichen Revolution gewesen und dafür, dass die Reaktion auf dem Lande wieder Fuss fassen konnte. Dieser Verzicht und die Enttäuschung der Bauern und Landerbeiter darüber, war ebenfalls einer der entscheidenden Gründe dafür, dass der Oktoberaufstand nicht das entsprechende Echo auf dem Lande gefunden hat.

Jetzt darauf verzichten, wo die Reaktion drängt und dran ist, dem republikanischen Regime durch einen Staatsstreich den Todesstoss zu versetzen, um eines Wahlblocks mit einem Teil der bürgerlichen Republikaner willen, heisst nichts anderes, als die Bauern dem Bündnis mit einem Teil der liberalen Bourgeoisie opfern. Eine wirkliche Abwehr des angedrohten Staatsstreichs kann nur das revolutionäre Bündnis der Arbeiter mit den Bauern und Landerbeitern und nur durch ihre ausserparlamentarische Aktion gesichert werden. Der Verzicht auf die Agrarrevolution heisst die Bauern u. Landerbeiter geradezu dafür präparieren, dass sie den Staatsstreich passiv über sich ergehen lassen und dass die Arbeiterklasse wieder isoliert bleibt. Es ist dies die typische menschewistische Politik, die Lenin ein Menschenalter lang bekämpft hat und die jetzt von der KP-Spaniens mit dem Segen der KI durchgeführt wird.

Die Wahlplattform der Volksfront in Spanien ist ein vernichtendes Urteil über die Taktik der Volksfront, das heisst der Bündnispolitik mit der liberalen Bourgeoisie anstelle eines wirklichen Bündnisses mit den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Eine Antwort an die "Humanität":

Ist die Warenhausabgabe die Verwirklichung der Losung "Die Reichen
müssen zahlen"?

Wir haben in der vorausgegangenen "AP" zur Budgetdebatte in Mülhausen Stellung genommen. Dabei haben wir die Deckungsvorschläge der SFIO kleinbürgerlich-reformistisch genannt und die ablehnende Haltung der KP gegenüber der von der SFIO beantragten Erhöhung der Badepreise und ihre Forderung nach Freilassung der kleinen Hauseigentümer von der Erhöhung der Taxen als richtig bezeichnet. Stellung nahmen wir gegen einen Deckungsvorschlag der KP und zwar gegen die beantragte Erhöhung der Warenhausabgabe von 0,2 auf 1,5 %, weil die Warenhausabgabe einer Steuer auf den Umsatz ist und nicht aus dem Mehrwert der Warenhauskapitalisten, sondern von den Konsumenten bezahlt wird, die in der Mehrzahl der Fälle Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger sind. Wir erklärten, dass eine solche Steuer nicht als die Verwirklichung der Losung der KP "Die Reichen sollen zahlen" ausgegeben werden kann, wie dies in öffentlicher Versammlung vom Regionalleiter der Partei Rosenblatt, geschehen ist. Wir nannten die Warenhaussteuer ein Frunkstück der hitlerischer Demagogie.

Die KP kam zu dem Vorschlag auf Erhöhung der Warenhausabgabe, weil sie peinlich darauf bedacht war, nur solche Deckungsvorschläge zu machen, die sich im Rahmen des "gesetzlich erlaubten" bewegen, also innerhalb der Grenzen, die der

bürgerliche Staat den Gemeinden für die Erhebung ihrer Steuern gezogen hat. Wir setzten hinzu, dass die kommunistische Aufgabe in der proletarischen Einheitsfront darin bestehen musste, solche Vorschläge auszuarbeiten, die darauf hinauslaufen, die Massen gegen den bürgerlichen Staat zu mobilisieren, der es den Gemeinden verbietet den Reichen die kommunalen Lasten aufzubürden? Vorschläge also, die den Massen an Hand ihrer eignen praktischen Erfahrung demonstrieren, dass man die gesetzlichen Schranken durchbrechen muss, will man die Reichen zum Zahlen zwingen. Man sollte meinen, dass eine solche Haltung für Kommunisten nichts absonderliches ist. Die "Humanité" v. 21. 1. beweist uns in einem längeren Artikel "Die Ivko im Warenhaus" das Gegenteil.

Da der "Republikaner" den Teil unseres Artikels wiedergab, der sich dagegen wendet, die Warenhausabgabe als die Verwirklichung der Lösung "Die Reichen sollen zahlen" auszugeben, verfällt die "Humanité" gegenüber der IVKO in einen Zustand bürokratischer Überheblichkeit und Raserei. Weil wir den Rosenblattschen Erkenntnissen nicht folgen können, werden wir als "verfehlte Politikanten" bezeichnet, die irgendwo existieren und irgendwo ein unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgezogenes Blättchen herausgeben (wie lieblich sich das im Munde einer Arbeiterzeitung ausnimmt). Der "Republikaner" wird dann angefleht, doch nicht mehr die "AP" zu zittern, sondern ihr einen Platz auf dem Abort einzuräumen. Wir verzichteten auf die neuerdings in der "Humanité" installierte Reckschleuder und ihre Äusserungen einzugehen. Ihr blosser Wiedergabe allein richtet den Verfasser.

Hitler und die Warenhaussteuer.

Die "Humanité" behauptet Hitler sei nie für die Warenhaussteuer eingetreten, sondern allein für die Abschaffung der Warenhäuser. Das stimmt nicht. Hitler ist sowohl für die Abschaffung der Warenhäuser u. Konsumvereine, als auch für ihre Sonderbesteuerung eingetreten. Die Abschaffung wurde als Ziel, die Sonderbesteuerung als eine Tappenforderung auf dem Wege dazu ausgegeben. Zur Macht gekommen, hat Hitler zwar nicht die Warenhäuser abgeschafft, aber die Sonderbesteuerung der Warenhäuser verschärft und die Konsumvereine in die Liquidation getrieben. Der Hitlerische Kampf für die Sonderbesteuerung hatte kleinbürgerlich-reaktionären Inhalt. Die kleinen Geschäftsleute erhofften von dieser Steuer, dass sie ihnen die Konkurrenz der Warenhäuser vom Halse schafft. Der Faschismus hat mit dem Kampf gegen die Warenhäuser und ihre Sonderbesteuerung - die hintenherum durch staatliche Subventionen ausgeglichen wurde - ganz entsprechend seinem Wesenszug gehandelt; die eine soziale Schicht der Werktätigen gegen die andere auszuspielen, die Bedürfnisse der einen anscheinend zu befriedigen, aber auf Kosten einer anderen Schicht der Werktätigen, so dass am Schluss alle werktätigen Schichten geprellt werden und der lachende Dritte das Monopolkapital ist.

Ist die Warenhausabgabe abwälzbar?

Die "Humanité" behauptet, nein. Und zwar deshalb, weil die els.-loth. Warenhäuser infolge höherer Verkaufspreise und niedrigerer steuerlicher Belastung wie im Inneren einen Mehrprofit gegenüber den Warenhauskapitalisten in Innerfrankreich haben und, weil zweitens, die von der KP in Mülhausen beantragte Erhöhung der Warenhausabgabe von 0,2 auf 1,5 % weder auf den Konsumenten, noch auf die Lieferanten der Warenhäuser abgewälzt werden kann. Als zusätzliches Argument wird für die Warenhausabgabe noch angeführt; "umsomhr (ist die Warenhausabgabe gerechtfertigt) als ja der Profit nicht in der Stadt bleibt, sondern in das Innere Frankreichs in die Hände anonymer Aktionäre fließt".

Nehmen wir das "zusätzliche" Argument zuerst, Wenn das "umsomhr, als ja der Profit nicht in unserer Stadt bleibt" bei Bilgor-Rossó zu lesen wäre, wäre uns das noch verständlich, was es aber in einer kommunistischen Zeitung zu tun hat, ist uns "verfehlten Politikanten" bescheiden ausgedrückt, unverstündlich. Umsomhr, als es den Kommunisten bisher gleichgültig war, ob der Profit in die Taschen fremdstämmiger und "anonymer", oder nicht-anonymer, aber heimischer und alteingesessener Kapitalisten fließt. Diese Scheidung in "anonyme" und nicht-anonyme, raffende und schaffende Kapitalisten war bisher ein Privileg der faschistischen Demagogie, erfunden um die Masse irre zu führen. Im Munde eines Kommunisten hat dieses "umsomhr, der Profit nicht in unserer Stadt bleibt" nichts zu suchen. Für Kommunisten gibt es keinen privilegierten Profit und keine privilegierten Profiteure. Dieses "umsomhr" kann doch nur einen Sinn ha-

Wenn damit gesagt werden soll, dass die Warenhausabgabe "umsomehr" gerechtfertigt ist, als damit ja nicht unsere heimischen, sondern nur die innerfranzösischen Kapitalisten getroffen werden. Wir hoffen nicht, dass für die "Humanität" der Profit der heimischen Kapitalisten in die zu verteidigenden Heimatsrechte eingereicht worden ist, sondern nehmen an, dass hier ein etwas wackliger Kommunist der Redaktion unbesonnen ein Ei ins Nest gelegt hat. Auf jeden Fall empfehlen wir der Humanität-Redaktion sich in Zukunft die Manuskripte ihres Schreibers "gegen die IVKO im Warenhaus" vor Veröffentlichung etwas genauer anzusehen, "umsomehr" er die Eigenschaft besitzt die KP zu kompromittieren. Denn mit den "Abort"-Beweisen ist es ja nicht getan.

Nun zu den eigentlichen Beweisführungen. Selbst die Tatsache eines Mehrprofits der els.-Loth. Warenhäuser zugegeben, folgt daraus keineswegs, wie die "Humanité" dociert, dass die Warenhausabgabe aus diesem Mehrprofit bezahlt wird. Hier ist unzweifelhaft der Wunsch der Vater des Gedankens. Wenn wir der Logik der Humanität folgen, hätte also Hr. Frey in Strasbourg mit der vom ihm vorgeschlagenen Erhöhung der Warenhausabgabe den Profit der anonymen Warenhausaktionäre geschmälert. Aus dem Vorhandensein eines Mehrprofits zu folgern, dass nun die Steuern der Warenhäuser aus diesem Mehrprofit bezahlt werden, ist ein Kunstgriff. Im Kabarett lassen wir uns so etwas gefallen, aber in der rauhen Wirklichkeit nicht.

Der Schreiber des "Humanité"-Artikels merkt das selbst. Da die Abwälzbarkeit einer Steuer ihre Schranken hat und letzten Endes über Abwälzbarkeit oder Nichtabwälzbarkeit der Klassenkampf entscheidet, wird uns erklärt, dass die Warenhausabgabe aus zwei Gründen nicht abwälzbar ist: 1.) eine Erhöhung der Steuer um 1,2 % soll deshalb nicht abwälzbar sein, weil die Erhöhung der Warenpreise um 1,8 v. Hundert die Warenhäuser der erfolgreichen Konkurrenz der kleinen Geschäftleute aussetzt, und 2.) soll die Abwälzung auf die Lieferanten deshalb unmöglich sein, weil die Warenhäuser bereits jetzt vom billigsten Lieferanten ihre Waren beziehen.

In Wahrheit ist ein Umsatzsteuermehrsatz von 1,5 v. Hundert für die Warenhäuser nicht imstande den Vorteil des Warenhauses gegenüber dem kleinen Geschäftsmann aufzuheben, selbst wenn er restlos auf die Warenpreise aufgeschlagen wird. Ein kleiner Preisaufschlag (bei 10 Frs. Einkauf 18 Centime) genügt um die gesamte Mehrbesteuerung auf den Käufer abzuwälzen. Aber die Abwälzung kann auch durch kombinierte Massnahmen herbeigeführt werden: etwas Preisaufschlag, etwas Qualitätsverschlechterung, ein wenig Druck auf die Warenhausgestellten und auf die Lieferanten, die in der Zeit der Krise und Absatzstockung nicht gern so fette Lieferungen, wie die an die Warenhäuser, verlieren, und die Abwälzung ist vollzogen. Sollte die Warenhausabgabe auch nur teilweise nicht abwälzbar sein, müsste sie so hoch sein, dass die restlose Abwälzung dem Warenhaus alle Vorteile für den Käufer gegenüber dem kleinen Geschäftsmann entzieht. Dazu aber langt der Satz von 1,5 % nicht aus und damit würde auch nicht das erreicht, was die KP mit der Warenhausabgabe erreichen wollte; den Profit der Warenhauskapitalisten zu schmälern und nicht die Konsumenten belasten.

Es ist eben nicht so, dass, weil der Kapitalist nicht jeder Steuer abwälzen kann, er keine Steuer mehr abwälzen kann. Seit Lasalle kämpft die Arbeiterbewegung gegen die Steuern auf dem Umsatz. Die Warenhausabgabe ist aber keine Steuer auf den Gewinn, sondern auf den Umsatz. Die Arbeiterbewegung kämpft für direkte Steuern auf Einkommen, Vermögen, Erbschaft usw., und zwar für die progressive Staffelung unter Freilassung einer bestimmten Mindestgrenze. Warum? Weil diese Steuern faktisch nur auf dem Wege der Steuerhinterziehung nicht durch die Kapitalisten, also die Reichen bezahlt werden können. Wenn der Gewinn der Warenhauskapitalisten steuerlich geschmälert werden soll, dann muss man schon für eine Warenhausgewinnsteuer mit progressiver Staffelung eintreten und damit in Verbindung die Arbeiterkontrolle der Produktion zu organisieren versuchen. Das verbietet aber der kapitalistische Staat den Gemeinden. Aber warum dann nur die Warenhauskapitalisten besteuern. Bei Hitler war die Forderung nach Sonderbesteuerung der Warenhäuser klar, bei Kommunisten aber ist es nicht verständlich.

Deshalb hielten wir die Haltung der Mülhauser Kameraden für einen Ausrutscher, verursacht durch das Bestreben eine Erhöhung der Badepreise zu verhindern und dafür - um den Sozialisten entgegenzukommen - "gesetzlich erlaubte" Deckungsvorschläge zu machen. Nachdem der Ausrutscher als die Verwirklichung der Lösung "Die Reichen sollen zahlen" ausgegeben wurde, haben wir sagen, dass wir

diesen Ausrutscher für wenig kommunistisch halten, und eine Auseinandersetzung mit den Sozialisten auf dieser Ebene wenig ertragreich für den Kommunismus sein kann.

Es freut uns, dass die "Humanité" nach einem ordentlichen Wortgetöse gegen die böse IVKO dies am Schluss selbst einsieht. Wir nehmen das Wortgetöse gelassen zur Kenntnis und denken: Ein getroffener Hund bellt!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

UM die Lingolsheimer Lederfabrik:

Die Gewerkschaften zur drohenden Stilllegung.

====

Am Donnerstag, den 18.1. fand in Lingolsheim eine gutbesuchte Betriebsversammlung der "Tanneries de France" statt. Einstimmig wurde eine Entschliessung in dieser Frage angenommen, in der mit aller Macht gegen die beabsichtigte Schliessung des Betriebs protestiert wird und die Behörden darauf aufmerksam gemacht werden, dass durch die Schliessung etwa 1000 Arbeiter u. Arbeiterinnen dem grössten Elend preisgegeben werden. Wörtlich heisst es dann:

"...ersuchen die Regierung durch Bereitstellung von Mitteln (ähnlich wie bei Citroën) den Betrieb zu sanieren und leistungsfähig zu gestalten, damit derselbe im vollen Umfange arbeiten kann,

rdern die gewählten Volksvortreter auf, sich diese Forderung zu eigen zu machen und dieselben in allen Körperschaften zu verteidigen."

Wir haben an dieser Stelle wiederholt unsere Stellung zum Fall der Lingolsheimer Lederfabrik präzisiert. Wir wiederholen hier nochmals: Der Fall der Lingolsheimer Lederfabrik deckt einen stinkenden Korruptionssumpf auf. 31 353 752 Fra beträgt das seitherige Defizit, 110 Millionen hat der Staat bereits in diesen Betrieb gesteckt um die Privatkapitalisten schadlos zu halten. Die bürgerliche Justiz hat sich zum Komplizen derjenigen gemacht, die den Betrieb in den Ruin trieben, als er für sie keine profitable Angelegenheit mehr war. Diejenigen Kapitalisten aber, die ihre Obligationen und Bons nicht rechtzeitig und ohne grösseren Verlust abtossenden konnten und die im Falle der Auflösung nur mit einem verschwindenden Bruchteil ihrer angelegten Gelder rechnen können, rufen jetzt wieder nach Staatshilfe, mit dem Versprechen, die begonnene Sanierung noch nachdrücklicher als bisher auf Kosten der Arbeiter und Angestellten durchzuführen.

Wenn die Gewerkschaften jetzt ihre Stimme mit denen dieser kapitalistischen Interessenten vermischen, ohne die Forderung nach Liquidierung des Bankrotts (? Kosten der grosskapitalistischen Gauner und die Weiterführung des Betriebes unter der Kontrolle der Arbeiter und Angestellten damit zu verbinden, dann wirken sie praktisch, wenn auch unbeabsichtigt dafür, dass die Korruptionswirtschaft sanktioniert, die Ansprüche der Verantwortlichen auf Kosten der breiten Steuerzahler und im besonderen auf Kosten der Arbeiter u. Angestellten der Lingolsheimer Lederfabrik befriedigt werden.

Wir fordern demgegenüber die Sanierung auf Kosten der grosskapitalistischen Gauner und ihrer Hintermänner, wir fordern die schuldenfreie Unterstellung und Weiterführung des Betriebes unter der Kontrolle der Arbeiter u. Angestellten, wir fordern die Ausstattung des Betriebes mit dem erforderlichen Betriebskapital durch den Staat, aber keinen Centime den grosskapitalistischen Bankerotteuren, wir fordern die Befriedigung der kleiner Sparer auf Kosten der für den Bankerott Verantwortlichen und die Beschlagnahme ihrer Vermögen zum Zwecke ihrer Haftbarmachung. Wir fordern die Einsetzung einer Untersuchungskommission der Arbeiterorganisationen, die alle Gaunerweien im einzelnen aufdeckt und die Verantwortlichen denunziert.

Dafür fordern wir die Einheitsfront von SFIO, KPF und den Gewerkschaften und die Einleitung einer ausserparlamentarischen und parlamentarischen Aktion. Warum ruht sich hier niemand? Warum entfaltet die Partei keine Initiative, warum nicht die "union départementale" der Gewerkschaften? Hier ist Grund und Anlass zur Bildung einer wirklichen Volksfront auf der Grundlage von Forderungen, die den grundlegenden Interessen der Arbeiter entsprechen.

UM DIE EINHEIT IM SERVICES PUBLICS.

Zwischen den Ex-Unitären und den Ex-Konföderierten im Services Publics ist

DIE STELLUNG DER IVKO ZUR WIEDERVEREINIGUNG.
 ooo

Die zwei aus der IVKO ausgeschlossenen Militanten B. Wenker und E. Georges haben seit ihrem Ausschluss ein aussergewöhnliches Aktivitätsbedürfnis gegenüber der IVKO. Sie sind jetzt sogar dazu übergegangen eine eigne Zeitung herauszugeben, in der sie bemüht sind im Auftrage der Instanzen der KP die IVKO zu verleumden. Ein besonderes Steckenpferd ist die Behauptung, dass die IVKO-Instanzen keine Wiedervereinigung wollen, dass sie die Kapitulation der KI vor der IVKO erstreben, dass die IVKO ihren bisherigen Kurs auf Wiedervereinigung aufgegeben habe und diesen Kurs durch eine Linie ersetzt habe, die auf die Bildung eines prinzipienlosen Blocks mit rechten u. linken Sozialdemokraten, Halbtrozkisten usw. abgestellt sei. Gleichzeitig behaupten diese Kameraden im höheren Auftrage, dass die "Arbeiterpolitik" sich aus einem Organ für den Kommunismus, in ein Organ gegen die KPF und den Kommunismus umgewandelt habe, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, dafür aus der "Arbeiterpolitik" auch nur einen Beweis anzuführen. Denn die Kritik, die die "Arbeiterpolitik" an der Winzenheimer Taktik und am sogenannten "Volksfrontkurs" übt, übt sie im Interesse des Kommunismus und übt sie seit diesem Kurs eingesetzt hat. Die beiden Ausschlossenen haben nie, auch nur mit einem Sterbenswörtchen an dieser Haltung der "Arbeiterpolitik" Kritik geübt. Sie haben diese Entdeckung erst gemacht, als sie aus rein persönlichen Motiven diese Entdeckung machen mussten und ihre Kapitulation vor dem Volksfrontkurs der Partei in dieser Weise zu rechtfertigen verpflichtet waren.

Um den jetzt in die Welt gesetzten Verleumdungen gegenüber der IVKO ein entschiedenes Dementi entgegenzusetzen, lassen wir hier den Schlussabsatz des Briefes der IVKO-Konferenz an das EKKI der KI folgen, der von allen organisierten Mitgliedern der Strassbourger IVKO-Gruppe, mit Einschluss der Kam. Wenker und Georges gebilligt wurde und dem der Vertreter unserer Gruppe auf der IVKO-Konferenz im Auftrage unserer Mitgliedschaft zugestimmt hatte:

"Die Kriegsgefahr wird immer drohender. Mussolini beginnt den Kolonialkrieg. Hitler rüstet fieberhaft. Die zunehmende Verschärfung der Klassenspannungen in Hitlerdeutschland kann beim jetzigen Zustand der KPD und der Schwäche aller Arbeiterorganisationen nicht zur Organisierung und Verstärkung des Massenkampfes bis zum Sturz des Faschismus ausgenutzt werden. Das Fehlen einer kampffähigen kommunistischen Partei in Italien hat Mussolini ermuntert, aus den inneren Schwierigkeiten ins Kriegsabenteuer zu flüchten. Wir halten es für unsere Pflicht, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, um in allen Ländern die kommunistische Partei so zu stärken, dass sie fähig ist, den Massenwiderstand zu organisieren und ihm kommunistische Führung zu geben. Die geschulten konspirativ arbeitenden Mitglieder der KPD-O können dabei wirksam mitarbeiten. In Amerika hat die KPO entscheidende Positionen in den Gewerkschaften, die für die Durchführung der vom VII. Kongress beschlossenen Gewerkschaftstaktik ein unentbehrlicher Ausgangspunkt sind. In den anderen Ländern, wo die IVKO Mitglieder und Anhänger hat, verfügt sie über wichtige Positionen in proletarischen Massenorganisationen und geschulte Kader.

Die Prüfung der Beschlüsse hat uns zu dem Ergebnis geführt, dass sie die Grundlage bieten,

- 1.) um den ultralinken Kurs zu liquidieren,
- 2.) um die von uns für notwendig erachtete und vom VII. Kongress beschlossene Reform der KI durchzuführen;
- 3.) um mit einer richtigen Einheitsfronttaktik und kommunistischen Gewerkschaftsarbeit eine Politik zur Eroberung der breiten werktätigen Massen für den Kommunismus zu machen;
- 4.) dass noch eine Reihe Unklarheiten, Lücken und Fehler in den Beschlüssen und Hemmungen bei ihrer Durchführung in der KI und ihren Sektionen vorhanden sind, die zu gefährlichen ultrarechten Abweichungen führen können, ist unsererseits kein Hindernis zur Wiedervereinigung. Diese Unklarheiten, Lücken und Fehler können und müssen in einer breiten organisierten Diskussion in der gesamten Mitgliedschaft beseitigt werden.

Mit Hilfe der Parteidemokratie wird es möglich gemacht, dass verschiedene Standpunkte - natürlich im Rahmen der kommunistischen Grundsätze - innerhalb der Partei bestehen und voll zum Ausdruck kommen können, ohne die Disziplin der Partei zu gefährden oder ihre Kampfkraft zu schwächen. Die Parteidemokratie bedeutet, dass eine Minderheit das Recht hat, ihren Standpunkt innerhalb

der Grenzen der kommunistischen Grundsätze zum Ausdruck zu bringen, dass aber die Entscheidungen der Mehrheit von der gesamten Mitgliedschaft ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten durchgeführt werden müssen. Wir verlangen keine Sonderrechte. Wir sind bereit, unsere Organisation aufzulösen, wenn die Einheit auf der Grundlage der innerparteilichen Demokratie, wie sie hier umrissen ist, hergestellt ist. Die innerparteiliche Demokratie für alle Mitglieder genügt uns vollkommen für die disziplinierte Mitarbeit in den Reihen der kommunistischen Internationale und ihren Sektionen.

Das Büro der IVKO schlägt deshalb eine Aussprache mit Vertretern der KI vor, um über die konkrete Durchführung der Vereinigung der IVKO mit der KI und ihren Sektionen zu beraten.

Wir ersuchen das EKKI, Ort und Zeit dieser Beratung anzusetzen und uns baldigst davon Mitteilung zu machen."

Hier ist die Stellung der IVKO zur Wiedervereinigung wiedergegeben, wie sie der KI angetragen wurde. Die IVKO hat darauf keine Antwort erhalten. Statt dessen sind in einigen Organisationen der IVKO Versuche unternommen worden die Mitglieder der IVKO unter Umgehung der Instanzen für den Übertritt zur Partei zu gewinnen. Diese Versuche sind überall von der Mitgliedschaft zurückgewiesen. Zwei Personen haben sich in der deutschen Gruppe für eine solche Art der "Wiedervereinigung" gebrauchen lassen. Die Gründe für ein solches Vorgehen liegen auf der Hand. Für diese Personen handelt es sich nicht um die Wiedervereinigung, sondern um die Sabotage einer wirklichen Wiedervereinigung auf dem Boden der innerparteilichen Demokratie.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Lügen haben kurze Beine:

Zum Ausschluss Wenker-Georges.

Die beiden Ausgeschlossenen Wenker und Georges, haben in dem von den Parteiinstanzen finanzierten Blatt "zum Kampf gegen die richtige Politik der IVKO und zur Sabotage einer wirklichen Wiedervereinigung aller IVKO-Organisationen mit der KI und ihren Sektionen, dass von Anfang bis zu Ende von Verleumdungen strotzt, auch die "wirklichen" Gründe ihres Ausschlusses bekannt gegeben. Zur Steuer der Wahrheit tragen wir hier nach:

1.) Die Kam. Wenker und Georges sind bis zum Auftreten des Parteibeauftragten für die wirkliche Wiedervereinigung der IVKO mit der KI gemäß den Aufforderungen unserer Mitgliedschaft eingetreten. Sie haben (laut Protokoll, dass von ihnen gebilligt wurde) dem Brief der IVKO-Organisationen an das EKKI vorbehaltlos zugestimmt. Sie haben der in Nr. 68, der "Arbeiterpolitik" veröffentlichten Entschliessung zur Wiedervereinigung zugestimmt, die ausdrücklich solche Sonderbündeleien, wie sie sie nachträglich auf höhere Eingebung betrieben, verurteilte.

2.) In der Leitungssitzung, in der der Antrag auf Funktionsenthebung der Kam. Georges behandelt wurde, lag gar kein Antrag gegen Kam. W. vor. Er selbst hat diesen Antrag provoziert, da er am Schluss der Sitzung auf eine Anfrage mitteilte, dass er entgegen seinen abgegebenen Erklärungen die Schreibmaschine für die Herstellung der "Arbeiterpolitik" nicht zur Verfügung stellt.

3.) Die Behauptung, dass in der Leitung der IVKO ein Kamerad sitzt, der einen ausgeschlossenen Kameraden der Polizei denunzierte, ist ein ausgemachter Schwindel, der zu verbreiten nur Leute fähig sind, die mit der Wahrheit so umspringen, wie es die Kam. Georges gegenüber der Leitung getan hat. Wir sind bereit einem unparteilichen Schiedsgericht beizutreten, dass diese Frage untersucht und es wird feststellen müssen, dass die IVKO gegenüber dem Ausgeschlossenen vollkommen korrekt gehandelt hat. Im Übrigen können unsere Leitungsmitglieder unter Eid versichern, dass die Kam. Georges war, die es der IVKO durch fortgesetzte Unwahrheiten unmöglich machen wollte, den ausgeschlossenen Kameraden an die Abgabe seiner, im von der Gruppe zur Verfügung gestellten Materialien zu erinnern.

4.) Die Kameradin G. hat den Abziehhapparat verweigert und wie sie selbst erklärt hat - vor Neugen - erst durch das "rowdymässige" Verhalten des Abholers sich anders besonnen. Vielleicht verrät sie worin dieses rowdy mässige Verhalten bestend.

Und nun schwindelt weiter.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 5/III. Jahrgang.

Erste Februarwoche 1936.

Zur innerpolitischen Lage:

DIE REGIERUNG SARRAUT UND DIE ARBEITERKLASSE.
oo

Die halbfaschistische und faschistische Presse ist über den Sturz Laval's sehr erbost und überschüttet deshalb das Kabinett Sarraut mit saftigen Schimpfwörtern. Auf der anderen Seite stellt die Presse der Radikalen, der SFIO und der KPF die Lage so dar, als ob mit dem Rücktritt Laval's eine grundlegende Änderung in der Innen- und Aussenpolitik Frankreichs erfolgt wäre. In Wirklichkeit hat sich mit der Ersetzung Laval's durch Sarraut nichts Wesentliches geändert.

Sarraut stand und steht auf dem rechten Flügel der radikalen Partei. Er ist nicht nur der Mann, der s. Zt. erklärt hat, "der Kommunismus - das ist der Feind", er hat nicht nur an den Regierungen der Union nationale unter Poincaré und Doumergue als Minister teilgenommen, er gehörte bis zuletzt zu denjenigen Radikalen, die am treuesten zu Laval hielten. Sarraut versuchte ursprünglich, seine Regierung auf der Basis der Union nationale, d. H. auf derselben Basis wie die Regierung Laval zu bilden; er hat solchen Anzweiflungserregern wie Fernot und Franklin-Bouillon Ministerportefeuilles angeboten. Wenn Sarraut bei den Rechtsparteien auf teilweise Ablehnung stiess, so lag das gewiss nicht daran, dass es ihm an Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit ihnen gefehlt hätte, sondern daran, dass die mehr oder weniger mit den Faschisten liierten Rechtsparteien jetzt die Hände für die bevorstehenden Wahlen frei haben wollen. Aber auch so ist die Regierung Sarraut derart, dass kein Irrtum darüber möglich ist, dass sie im grossen und ganzen die Politik Laval's - vielleicht mit einer grösseren Dosis republikanischer Phrasen - fortsetzen wird. Die Finanzen verwaltet Regnier, der Mann, der schon unter Laval Finanzminister war und für die Hungernotverordnungen verantwortlich ist. Als neue Errungenschaft weist das Kabinett Sarraut den zum Gesundheitsminister ernannten klerikalischen Reaktionsär Nicolle auf, der einer der reichsten Grosskapitalisten Frankreichs und im ganzen Norden als "charfmacher" berüchtigt ist. Aussenminister ist Flandin, der voriges Jahr die Kampagne für die Notverordnungen einleitete und der bereits erklärt hat, dass er die auswärtige Politik Laval's in ihren Grundzügen weiterführen wolle. Der "Manchester Guardian" bemerkt, dass Flandin von der faschistischen Presse ganz zu unrecht als Vertreter energischer Sanktionen gegen Italien angegriffen werde, dass er vielmehr im Oktober zu denjenigen gehört habe, die sich mit Laval gegen einen Druck auf Mussolini gewehrt haben. Eine grosse Rolle hat bei der Bildung des neuen Kabinetts Georges Mandol gespielt, der jetzt zum Postministerium nach die Verwaltung von Elsass-Lothringen hinzubekommen hat. Mandol, der in der Presse vielfach als der eigentliche Kopf der neuen Regierung bezeichnet wird, ist der Mann, der die Postbeamten nach Kräften schikanieren wird. Er wird in Elsass-Lothringen sicher seine Erfahrungen in bezug auf polizeiliche Unterdrückungsmassnahmen (er hat im Kriege unter Clemenceau die brutalen Verfolgungen von Kriegsgegnern inspiriert) praktisch anwenden.

Nun weist aber die Regierung Sarraut einen grösseren Prozentsatz von Radikalen und sonstigen Vertretern der Linken auf als die Regierung Laval, darunter solche prominenten Repräsentanten der Volksfront, wie die Radikalsozialisten Guernut und Lay, und die Führer der "Union socialiste", Paul Boncour und Déat.

Am Sonntag, den 2. Feb. nachmittags 3 Uhr erscheint alles im Union-Theater zum Bunten proletarischen Sport- u. Kulturabend der "l'Avenir".

Die SFIO und das Kabinett Sarraut.

L. Blum benutzt die Anwesenheit dieser Volksfrontpolitiker im Kabinett Sarraut einerseits und die Angriffe, denen diese Regierung von rechts ausgesetzt ist, andererseits, um daraus den Schluss zu ziehen, die Regierung Sarraut sei trotz ihrer reaktionären Züge im Grunde genommen eine Linksregierung, die von der Arbeiterklasse unterstützt werden müsse.

Dieses Raisonement stimmt nur insofern, als eine rein radikale Regierung in ihrer Politik auch nicht linker wäre als die Regierung Sarraut und das die Regierung Sarraut den Grad an Linksheit zum Ausdruck bringt, den die bürgerliche Linke in Frankreich aufweist. Der grosse Mann der radikalen Partei, Herriot, hat dieser Tage eine Rede gehalten, die zeigt, auf welchen Illusionen jede Politik des Bündnisses der Arbeiterparteien mit den Radikalen aufgebaut ist. Herriot erklärte, dass er zwar für die Sanktionen sei; aber für "Mässigung" in ihrer Anwendung. Laval hat nicht viel anders gesprochen. In bezug auf Massnahmen gegen das Kapital erklärte Herriot, dass es "erwiesen" sei, dass man die Kapitalflucht nicht bekämpfen könne. In eine klarere Sprache übersetzt, heisst das, dass Herriot gegen eine Erhöhung der Steuern für die Besitzenden ist, weil das die Kapitalflucht zur Folge habe, von der er fälschlicherweise behauptet, man könne sie nicht verhindern.

Die sozialdemokratische Politik der Unterstützung bürgerlicher Linksregierungen war stets falsch und auch die freundliche Haltung L. Blums gegenüber der Regierung Sarraut, die ihrer Zusammensetzung nach nicht einmal eine Linksregierung ist, ist falsch. In der SFIO soll es übrigens starke Widerstände gegen eine Politik der Unterstützung der Regierung Sarraut geben, besonders im Norden, der stärksten Organisation der Sozialisten, wo der neue Minister Nicolle den Arbeitern nur allzu gut bekannt ist.

Die KPF und die Regierung Sarraut.

In früheren Zeiten hätte die KPF L. Blum wegen seiner Haltung scharf angegriffen. Jetzt erleben wir es, dass die KPF dank der Volksfrontpolitik in dasselbe Horn bläst wie der Führer der SFIO. In der Pariser "Humanité" v. 29. Januar schreibt Vaillant-Couturier, nachdem er auf die reaktionäre Zusammensetzung der Regierung Sarraut eingegangen ist: "Das ist bekannt, aber ... Aber wird sind begierig, die Bedingungen zu kennen, die Männer wie Guernut, Delbos, Jean Zay, die glühende Mitglieder der Volksfront und durch den Eid des 14. Juli gebunden sind, für ihre Mitarbeit an diesem Ministerium der Liquidation gestellt haben. Wir stellen überdies fest, dass das Ministerium auf der Rechten heftig von den Freunden Lavals angegriffen wird... Und dann ist immerhin Laval ~~gefallen~~ gefallen. Die Massen haben ihn gestürzt und sie wollen ihn nicht zurückkehren sehen. Niemand soll also auf unsere Sympathien oder Antipathien für diese oder jene Mitglieder des Ministeriums spekulieren... Und vor allem soll man nicht glauben, dass wir fähig seien, in die allzu plumpe Falle eines Manövers zum Zwecke der Spaltung der Volksfront hineinzurennen". Vaillant-Couturier erklärt dann weiter, dass eine Regierungserklärung im Parlament selten die Bedeutung einer Tat habe und dass die Kommunisten die Taten der Regierung erwarteten. "Diese Taten", fährt Vaillant-Couturier fort, "müssen, damit wir sie unterstützen, von zwei wesentlichen Gesichtspunkten im Rahmen einer Friedenspolitik geleitet sein. Das Gesetz muss gegen die Aufrührer (die Faschisten) angeandt werden, das Land muss in freier Wahl befragt werden". Diese Stellungnahme Vaillant-Couturiers entspricht der Erklärung des Parteitags der KPF, in der die Unterstützung der Politik einer Linksregierung durch die Kommunisten unter der Bedingung der Anwendung des Gesetzes gegen die Ligen und der Sicherung normaler Wahlen zugesagt wurde. Der Parteitag spricht allerdings noch von einer Linksregierung, aber seine Erklärung wurde vor der Bildung der Regierung Sarraut abgegeben und jetzt wendet Vaillant-Couturier sie auf diese Koalition der Radikalen mit Teilen der Rechten an.

Die KPF ist also bereit, die Regierung Sarraut in ihren "Taten" zu unterstützen. Statt diese Regierung von vornherein zu bekämpfen, stellt die KPF ihr einen politischen Kredit aus, ist sie bereit, sie praktisch zu unterstützen, erweckt sie Illusionen in den Massen, als ob diese kapitalistische Regierungskombination imstande wäre, auch nur irgendeine wirksame Massnahme gegen den Faschismus zu ergreifen. Vaillant-Couturier ist so um die Erhaltung der Volksfront bedacht, dass er bereit ist, den Radikalen ihre Bündnisse mit den Nicolle etc. zu gestatten, dass er bereit ist, die reaktionäre Ministerkombination der

Radikalen zu unterstützen, damit nur die Volksfront gewahrt wird. So erweist sich die Volksfrontpolitik immer mehr nicht als ein Mittel, um der Arbeiterklasse Bundesgenossen zu erwerben, sondern als ein Instrument zur Untergebundenheit der Arbeiterparteien unter die kapitalistische Politik der radikalen Bourgeoisie. Es ist ein unfreiwilliges Zeugnis für den ganzen Jammer der Volksfrontpolitik, wenn Vaillant-Couturier sich bescheiden nach den "Bedingungen" erkundigt, unter welchen Bedingungen die "glühenden Mitglieder" der Volksfront aus den Reihen der Radikalsozialisten sich mit offenen Faschistenfreunden à la Nicole an einen Tisch setzen und zusammenarbeiten. Worte sind allerdings keine Taten, aber wenn Vaillant-Couturier daraus den Schluss zieht, die KPF brauche sich nicht daran zu stossen, wenn Sarraut im Parlament erklärt, er wandle in den Fusstapfen Lavals, so ist das ein recht trauriger Dreh, denn die Taten Sarrauts werden sicher noch reaktionärer sein als seine Worte. Eine Politik, die auf die Taten Sarrauts wartet, ist nichts anderes als das Eingeständnis, dass die KPF mit ihrer Volksfrontpolitik immer unfähiger wird, wirkliche Aktionen der Arbeiterklasse zu organisieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Unsere Stellung:

DER PARTEITAG DER KPF.
oooooooooooooooooooooooooooo

I.

In seiner Eröffnungsrede auf dem Parteitag der KPF feierte Marcel Cachin die organisatorischen Fortschritte der Partei, die sie in der letzten Zeit erzielt hat. Diese organisatorischen Erfolge wurden von der Parteiführung als Zeugnis für die Richtigkeit ihrer Politik aufgeführt. Nun ist zweifelsohne der organisatorische Zustand der KPF heute besser als in den Tagen des ultralinken Kurses. Aber das will noch gar nichts besagen, dass mit ihrer Politik alles in Ordnung sei, ja; diese organisatorischen Fortschritte beweisen nicht einmal, dass der jetzige opportunistische Kurs der KPF weniger schädlich ist als der frühere ultralinke. Ein sektiererischer Kurs der Kommunistischen Partei hat meistens eine geringere Anziehungskraft auf die Massen als eine opportunistische Politik, die sich weit verbreiteten bürgerlich-demokratischen Vorurteilen anpasst. Aber der Prüfstein für die Richtigkeit der Taktik einer kommunistischen Partei sind nicht organisatorische Erfolge an sich, sondern die Fähigkeit der Partei, die Massen, die sie beeinflusst und organisiert, in Aktionen zu führen, diese Aktionen weiter zu treiben und so die Voraussetzungen für den Sieg der Revolution zu schaffen. Organisatorische Erfolge, die nicht mit einer Erhöhung der Fähigkeit der kommunistischen Partei zu revolutionären Aktionen, mit einer Stärkung ihrer Kampfkraft, verbunden sind, sind sehr unsicher und können direkt zu einer Gefahr werden, nämlich dann, wenn sie die Kommunisten dazu verleiten, selbstzufrieden an einer falschen Taktik festzuhalten und die Selbstkritik in den eignen Reihen zu vernachlässigen. Die KPD hat in den Jahren der Weltwirtschaftskrise vor der Errichtung der Nazidiktatur beachtliche organisatorische Fortschritte erzielt. Die Mitgliederzahlen der KPD wuchsen, bei den Wahlen kam sie zuletzt bis auf 6 Millionen Stimmen. Aber es wurde der KPD zum Verhängnis, dass sie diese Fortschritte als Beweis für die Richtigkeit des ultralinken Kurses ansah und die Warnungen der Kommunistischen Opposition überhörte, die immer wieder daraufhinwies, dass die organisatorischen Fortschritte der KPD keineswegs mit einer Steigerung ihrer Aktionskraft verbunden waren, dass eine Ersetzung der falschen ultralinken Politik durch eine richtige kommunistische Taktik notwendig war, damit die KPD einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus führen konnte. Die falsche Taktik der KPD führte dazu, dass sie trotz des Einflusses, den sie auf Millionen deutscher Arbeiter ausübte, unfähig war, den Sieg des Faschismus zu verhindern, und dass durch diesen Sieg die organisatorischen Fortschritte, die sie in den Jahren vor 1933 errungen hatte, ungenutzt gemacht wurden.

Die französischen Arbeiter müssen diese Erfahrungen berücksichtigen. Die Tatsache, dass die Mitgliederzahl der KPF zunimmt, darf die französischen Arbeiter und insbesondere die Kommunisten, nicht veranlassen, zu übersehen, dass die außerparlamentarische Aktion der Werktätigen gegen Kapitaloffensive und Faschismus sich nicht nur nicht entwickelt hat, sondern dass umgekehrt Ansätze dazu versackt sind. Die Volksfront hat der KPF Erfolge gebracht, die Scheinerfolge sind, weil sie auf der anderen Seite die Aktionsfähigkeit der Partei durch die Volksfronttaktik gehemmt und eingeschränkt wird.

Für den Parteitag von Villeurbaine war es kennzeichnend, dass auf ihm keiner bei Kritik an dem opportunistischen Kurs der Parteiführung laut wurde. Das ist sicher

nicht nur dem Umstand zuzuschreiben, dass die Parteimitglieder von den organisatorischen Erfolgen beeindruckt sind, das ist auch darauf zurückzuführen, dass trotz den wiederholten Befeuerungen verschiedener Führer der KPF in ihren Parteitagsreden in der Partei keine wirkliche innerparteiliche Demokratie herrscht. Jede Kritik an der Volksfrontpolitik wird als "Sektierertum", "Trotzkismus" usw. abgestempelt, obgleich man weder Sektierer noch Trotzkist zu sein braucht, um zu finden, dass sein Bündnis mit kapitalistischen Parteien falsch ist. Auf der anderen Seite hat auch die Führung der KI anlässlich des Parteitags keinerlei Kritik an der Politik der KPF geübt. Dabei hat die KPF die in den Beschlüssen des VII. Kongresses geforderte Schaffung von breiten Klassenorganen der Einheitsfront völlig vernachlässigt und die von denselben Beschlüssen verlangte Schaffung eines antifaschistischen Massenschutzes offen sabotiert. Aber Cachin konnte auf dem Parteitag erklären, dass die KPF ständig in "voller Harmonie" mit der KI gehandelt habe. In seinem Brief an den Parteitag hat Dimitrow gleichfalls die Fortschritte der KPF gelobt, ohne in irgendeinem Punkte eine konkrete Kritik an ihrer Politik zu üben. Das zeigt, dass die Führung der KI bei der Durchführung der Beschlüsse des VII. Kongresses keinen Wert darauf legt, richtige Beschlüsse, die dem opportunistischen Rechtskurs im Wege stehen, in die Praxis umzusetzen. (Fortsetzung folgt)

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE ÜBERSICHT.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Tagung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion.

Im Mittelpunkt der Tagung des Zentralexekutivkomitees der SU, die vor kurzem in Moskau stattgefunden hat, stand die Beratung des Plans und des Staatshaushalts für das Jahr 1936, das vierte Jahr des zweiten Fünfjahresplanes. Aus dem Bericht des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, des Gen. Molotow, über die Ergebnisse des Jahres 1935 geht hervor, dass der Jahresplan für 1935 in den wichtigsten Produktionszweigen überholt wurde. In der Industrie wurde die Produktion nicht um 16 % gegenüber 1934 (wie vorgesehen), sondern um 20,4% gesteigert; sowohl in der Schwerindustrie als auch in der Leichtindustrie, Holz- u. Nahrungsmittelindustrie wurde der Plan überholt. Von besonderer Wichtigkeit ist, dass auch im Verkehrswesen, das bisher ein Sorgenkind der Sowjetwirtschaft war, der Plan überboten wurde. Diese Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Industrie u. im Verkehrswesen im verflochtenen Jahr sind zu einem grossen Teil auf die Stachanowbewegung zurückzuführen. In der Landwirtschaft wurde der Plan für den Abbau von Baumwolle u. Zuckerrüben überholt, die Getreideernte brachte mehr als 5 1/2 Milliarden Pud Getreide. Ein grosser Erfolg war der Aufschwung der Viehzucht, die lange Zeit unbefriedigend war, so besonders der Rindvieh-, Schweine- und Schafzucht. Die Aufhebung des Kartensystems, die Festsetzung von Einheitspreisen für Lebensmittel, die damit verbundene Senkung der Marktpreise um 25 - 30% führten zu einer Steigerung des Reallohnes der Arbeiter u. Angestellten, das Wachstum der Kollektivwirtschaften zu einer Zunahme der Einkünfte der Kollektivbauern. Dazu kommt noch die bessere Versorgung der Sowjetbevölkerung mit Massenbedarfsartikeln, die Entwicklung des Schulwesens, der sozialen Einrichtungen aller Art, so dass das dritte Jahr des zweiten Fünfjahresplanes eine bedeutende Erhöhung des Lebensstandards der werktätigen Massen der SU brachte.

Der Plan für 1936 sieht einen Zuwachs der Bruttonproduktion der gesamten Industrie von 23% gegenüber 1935 vor (Produktionsmittelindustrie 22,6, Massenbedarfsartikel 23,7 %); in der Landwirtschaft soll die Bruttonproduktion gegenüber 1935 um 24,2% gesteigert werden (Ackerbau 23,6, Viehzucht 26,1 %). Der Durchschnittslohn soll gegenüber 1935 um 8,5 % höher sein, das Budget der Sozialversicherung steigt um 19 % (auf 8 Milliarden Rubel), der Gesamtumfang der Ausgaben für gesellschaftliche und kulturelle Bedürfnisse der Bevölkerung wird um 33,6 % erhöht und beträgt 17 638 Millionen Rubel. Besondere Aufmerksamkeit wird in dem Plan 1936 dem Wohnungsbau zugewandt, die Ausgaben für ihn betragen 3 Milliarden, 65 Millionen Rubel (Steigerung 60 %). Diese Ziffern lassen voraussehen, dass das vierte Jahr des zweiten Fünfjahresplans ein weiterer Triumph der Sowjetunion auf ihrem Weg zur klassenlosen Gesellschaft sein wird.

Grosses Aufsehen im Ausland erregte die Rede des stellvertretenden Volkskommissars für Verteidigung, des Gen. Tuchatschewski, über den Stand der Verteidigung in der SU (Ausbau der Roten Armee und ihrer Verteidigungsmittel). Im Jahre 1936 umfasst die Rote Armee 1 300 000 Mann. Das Budget für die Landesverteidigung beträgt 14,8 Milliarden gegenüber 8,2 Milliarden Rubel im Jahre 1935.

Mit Stolz konnte Tuchatschewki erklären, dass die Rote Armee bereit ist, alle Angriffe auf die SU siegreich abzuschlagen.

Die Wahlen in Griechenland.

Bei den Wahlen in Griechenland haben die verschiedenen monarchistischen Parteien zusammen nur eine Minderheit der abgegebenen Stimmen erhalten. Die stärkste Partei im neuen Parlament sind die Venizelisten, die sich allerdings neuerdings auch auf den Boden der Monarchie gestellt haben. Die Kommunisten haben 15 Sitze erhalten, was ein beachtlicher Erfolg ist, deren Wert allerdings dadurch herabgemindert wird, dass die KP Gr. in den Wahlen nicht unter eigenem Banner, sondern als "Volksfront" mit einem ziemlich verwaschenen Programm allgemein-demokratischer Forderungen aufgetreten ist. Die jetzigen Wahlen zeigen wohl ein Schwindel das s. Zt. von Kondylis veranstaltete Plebiszit über die Wiederherstellung der Monarchie war und welcher Wert solchen Terrorplebisziten, wie sie auch in Hitlerdeutschland stattfinden, beizumessen ist.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zum Föderationskongress der SFIO vom Bas-Rhin:

Wohin des Weges ?

=====
 =====

Am Sonntag tagt der Föderationskongress der SFIO des Bas-Rhin. Ein besonderer Tagesordnungspunkt lautet; "Stellungnahme zu den Kammerwahlen".

Es ist nicht unbekannt, dass der Föderationsvorstand und die "FP" seit geraumer Zeit eine lebhaftige Kampagne gegen die KP betreiben. Der politische Sinn dieser Kampagne ist bekannt: Der Föderationsvorstand der SFIO will bei den Kammerwahlen jenes Spiel wiederholen, dass bei den Gemeinderatswahlen im eklatanten Widerspruch zum Aktionspakt und den zentralen Vereinbarungen zwischen SFIO und KPF gespielt wurde. Ein Spiel, das, wie die Erfahrungen zeigen, darauf hinausgeht, unter der Stichmarke des Proporzorganisation, Presse und Militanten der SFIO in den Dienst von Politikern und Parteien zu stellen, gegen die sich der Aktionspakt richten soll.

Der Föderationspräsident Naegelen hat in der "FP" diesen Weg, den ehrlichen und geraden Weg genannt, der der SFIO gestatten soll ihren Prinzipien treu zu bleiben. Dabei weiss inzwischen jedes Kind, dass dieser "gerade" und "ehrliche" Weg schnurstraks zur Koalition mit den Politikern führte, die ~~sich~~ gestern u. heute begeisterte Lobsänger des H. Laval und seiner Politik sind. Dieser "gerade" und "ehrliche" Weg kann bei seiner weiteren Befolgung nur dazu führen, dass die SFIO fortlaufend und ständig gegen die elementarsten und grundlegendsten Interessen der Arbeiter verstossen muss. Muss, sagen wir ausdrücklich, denn in der Zusammenarbeit mit den Frey, Walter u. Co. gibt es keinen anderen Weg, als die Mitwirkung an der Durchführung der Kapitaloffensive auf Lohn u. Brot der Werktätigen, weil dieser Weg für das Kapital im Zeichen der Krise zu einer Lebensnotwendigkeit geworden ist.

Und es ist ein ebenso ehernes muss, dass die Opfer dieser Politik gegen diesen "geraden" und "ehrlichen" Weg aufbegehren und es ist nur selbstverständlich und einleuchtend, dass selbst diejenigen in der soz. Partei u. Anhängerschaft dagegen aufbegehren, die zu den Leidtragenden dieses "geraden" und "ehrlichen" Weges gehören. Es gehört die ganze kleinbürgerliche Mentalität eines Naegelen und Imbs dazu, die Reaktion der Massen auf diesen "geraden" u. "ehrlichen" Weg als eine Ausgeburt kommunistischer Wühlmäuse und "notorischer" Arbeiterspalter auszugeben. Dem Imbs-Naegelen wäre es anscheinend erwünscht, wenn sich die Faschisten zum Mundstück der Unzufriedenheit jener Massen machen würden, die täglich durch ihren "geraden" u. "ehrlichen" Weg an der Seite der Frey, Walter u. Co. vor den Kopf und Magen gestossen werden. Dieser "gerade" u. "ehrliche" Weg gleicht auf ein Haar dem Weg der deutschen Sozialdemokratie, von dem sich inzwischen schon herum gesprochen hat, wohin er geführt hat.

Will die Föderationskonferenz der SFIO diesen "geraden" u. "ehrlichen" Weg weitergehen? Wollen die soz. Arbeiter um eines lumpigen Mandats willen u. den sonderbaren "Proporzprinzipien" zuliebe, für die Kandidaten der Union nationale, für die Reaktion ihre Stimme im II. Wahlgang angeben und damit all dem ihr Gesicht schlagen, was ihnen täglich im politischen Teil der "FP" aus Paris von ihrer Zentrale gesagt wird?

Darüber hat die Föderationskonferenz zu entscheiden. Die Arbeiter werden ihre Entscheidung danach auch über die Entscheidung der SFIO-Konferenz fällen.

propagiert, in der Hoffnung auf diesem Wege die Stimmen der KPF einzuhandeln und der KPF als Äquivalent die Hueberstimmen ausserhalb Strassburgs anzutragen, gar keine schlechte Rechnung wie man sieht.

Hueber hat sich zu diesen Stimmen bisher nicht geäussert. Auf wiederholten Anfragen, nach den Kandidaten der Volksfront, ist den Mitgliedern bisher keine Antwort gegeben worden. Stattdessen hat Hueber erst einmal eine "Funktionär-sitzung" einberufen.

Die Leitung der KPF -Strasbourg scheint aber auch gegenwärtig wieder, genau wie bei der Gemeinderatswahl die Zeit zu verschlafen und ihre Initiative auf die Zeit zwischen I. und II. Wahlgang zu verlegen, nachdem SFIO und Hueberpartei bereits ihre Wahltaktik festgelegt haben, statt ihre Vorschläge an Leitung u. Mitgliedschaft der nichtkommunistischen Arbeiterparteien in einem Augenblick heranzutragen, wo in diesen Organisationen um die Wahltaktik und die eventuellen Wahlbündnisse in der Mitgliedschaft gestritten wird.

Angesichts der derzeitigen Lage in der Hueberpartei müssten ihr folgende Vorschläge unterbreitet werden:

- 1.) Wirklicher Bruch mit den Elzianern, diesen Hitleragenten, wie auch mit Rossé (Colmar) und tatsächliche Verwirklichung des Aktionspaktes zwischen KPF und Hueberpartei auf der Grundlage des zwischen SFIO und KPF zentral vereinbarten Aktionsprogramms;
- 2.) Bruch mit den Elzianern auch im Gemeinderat und gemeinsamer Kampf für den Sturz der Proporzherrschaft und für den Kampf um eine Arbeitermehrheit auf der Mairie;
- 3.) Gemeinsamer Druck auf SFIO auf Aufgabe ihrer Bündnispolitik mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien und Schaffung der Aktionseinheit auf Basis der zentral zwischen SFIO und KPF vereinbarten Aktionsprogramms.

Das sollten die Minimalforderungen der Partei sein, deren Realisierung die Partei als Voraussetzung für die Unterstützung im II. Wahlgang stellt, weil anders eine Änderung der politischen Lage zugunsten der Arbeiterschaft in Strassburg nicht herbeigeführt werden kann.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Genau wie Hueber:

Die "ehrlichen" IVKO-Militanten über uns unehrliche.

=====
 Wir sind also im Bilde: es gibt zwei ehrliche IVKO-Militanten und die heissen

Wenker u. Georges. So zu lesen in ihrer, von den KP-Instanzen finanzierten Blatt zum Kampf gegen die IVKO. Da wir nicht mit Wenker-Georges zur Partei laufen, wenn sie es für ratsam befinden, sind wir plötzlich "unehrlich", denn "die ehrlichen IVKO-Militanten und Sympathisierenden werden dagegen ihren Platz in der "einnahmen"; so heisst es in ihrem Blatte. Weil wir nicht so tanzen, wie die "Geistesriesen" (wir sind ja nur "Geistesschwache" u. "Charlatane", siehe Seite 8 ihres Blattes) wünschen, müssen wir natürlich unehrlich sein. Wie bescheiden doch diese einfachen Soldaten sind, die keine "Offiziere" sein wollen, die die "Befehle eines Generalstabs" auszuführen" haben.

Die Haltung von uns "Unehrlichen" wird natürlich aus "persönlichen Motiven" bestimmt. Nur die zwei ehrlichen IVKO-Militanten u. ihr Berater sind zugleich auch die einzigen, die aus "reinen und lauterem" Motiven handeln und wer daran zweifelt, der begibt sich natürlich auf das Gebiet des "persönlichen Tratschs", ein Gebiet, das zu betreten den beiden "Ehrlichen" nicht im Traume einfällt.

Und da die "Unehrlichen" nun einmal die verabscheuungswürdige Gewohnheit haben, genau nachzuweisen, dass die "Ehrlichen" von einem genau bestimmbar Zeit-punkt ab (das alles lässt sich protokollarisch nachweisen) ihren Standpunkt geändert haben und gegen die vorher mit ihrer Zustimmung festgelegte Linie in der Frage der Wiedervereinigung aufzutreten begannen, sind wir natürlich "g-hässig" und Liebhaber des persönlichen Tratschs.

Wenn wir E. Moerschols Taten seine eignen uns brieflich übermittelten Gelübde gegenüberstellen, begeben wir uns selbstverständlich in die "wiederungen Hueberscher Polemik; obzwar Hueber ähnlich schöne Bekenntnisse zur richtigen IVKO-Politik abgelegt hat und als man deren Realisierung auch in Strassburg von ihm forderte, ungefähr ähnliche "Erkenntnisse" von sich gab, wie jetzt die "ehrlichen" IVKO-Militanten. Denn es ist natürlich nichts als eine "Unverfroren-

heit" der "Unehrlichen" auch nur einen Augenblick an die Ehrlichkeit der Erklärungen der "Ehrlichen" gedacht oder geglaubt zu haben, die da meinten Politik und Charakter müssen nicht unbedingt sich ausschliessende Gegensätze sein. Wir haben eben geglaubt Rossé und Rossésche Erklärungen können nicht das Vorbild kommunistischer Kämpfer sein.

Die "ehrlichen" IVKO-Militanten ziehen auch Hueber in die Debatte.

Wir "Unehrlichen" erinnern uns da einiger Begebenheiten.

Als die IVKO von Hueber-Mourer forderte ihre Politik in Übereinstimmung zu bringen, mit der von der IVKO-Konferenzen festgelegten politischen Linie, andernfalls der Trennungsstrich zwischen ihnen und der IVKO gezogen wurde, was hätten wir da?

Rasputin-Goetz tauchte seinen Federkiel in die Tinte und schrieb: Die IVKO, wer ist denn das? Das sind drei Emigranten, die um der Gnade der Aufenthaltsgenehmigung durch den frz. Imperialismus teilhaftig zu werden, uns politisch an diesen Imperialismus verkaufen wollen.

Damals waren es also auch schon die materiellen Interessen des "IVKO-Generalsstabs", die der Beweggrund für das Handeln der IVKO gewesen sein sollten. Man schaue in das Blatt der "Ehrlichen". Dieselbe uns von Hueber her bestens bekannte "Ehrlichkeit", nur dass an die Stelle von Valot und des frz. Imperialismus jetzt die amerikanischen Dollars getreten sind, um derentwillen die ganze IVKO - mit Ausnahme der zwei "Ehrlichen" und ihres Beraters - mit Mann und Maus kehrtschwenk in der Frage der Wiedervereinigung gemacht haben sollen.

Das wagen die "Ehrlichen" Kameraden gegenüber zu behaupten, die im Interesse einer richtigen kommunistischen Politik allen "fetten" Posten entzagten, die, wenn es die ~~W~~Reinhaltung der Komm. Grundsätze der IVKO erforderten, sich von Hueber, Bringolf, Kilbom trennten, ohne danach zu fragen, ob die Emigranten der KPD-O am nächsten Tage etwas zu fressen haben. Wenn materielle Interesse das Leitmotiv für die Haltung der IVKO-Instanzen abgeben würden, dann wäre wohl das gebotene dem Beispiel der beiden "Ehrlichen" zu folgen.

Und sogar die Sache mit dem Polizeidenunzianten haben sie Hueber abgeguckt, der damals E.M. diesen Titel anhing, worüber ja die Kameraden der "l'Avenir" im Bilde sind.

Wir meinen, man muss heute ebenso gegen den opportunistischen Strom schwimmen, wie wir vorher gegen den ultralinken Strom schwammen und wir sind zugleich der Ansicht, dass dies letzten Endes auch im Interesse der KI und KPF liegt. Die "ehrlichen" IVKO-Militanten gaben vor, dies könne man nach dem VII. KI-Kongress besser u. wirksamer in der KP. Statt danach zu handeln, sehen sie das gebotene darin, die Hilfe der Partei in Anspruch zu nehmen, um auf die IVKO zu schlagen. Sie nennen das "beschwerlicher". Es geht doch nichts über die "ehrlichen unserer" "Ehrlichen".

Ein "unehrlicher" IVKO-Militant.

-----o-o-o-o-o-o-o-o-o-----
Die Generalversammlung von "l'Avenir".

Die Jahresgeneralversammlung der "l'Avenir" fand am 25. Jan. in der vollbesetzten Sportshalle statt. Der Besuch zeigte, dass die "l'Avenir" den Ernst der Stunde begriffen hat. Dies ging besonders aus dem von Kam. Marx gegebenen Geschäftsbericht des Vorstandes hervor, in dem er einleitend auf die augenblickliche pol. u. wirtschaftliche Lage einging und daraus folgerte, dass auch die Arbeitersportler sich in die antifaschistische Einheitsfront einreihen müssten. Kam. M. zeigte am Beispiel der faschistischen Überfälle die Notwendigkeit der Bildung des prol. Selbstschutzes auf, zu dem die "Avenir" die Initiative ergriffen hat.

Der technische Bericht zeigte die Vielseitigkeit der sportlichen Tätigkeit, die durchweg auf guter Stufe steht. Der Kassabericht, der schriftlich vorlag, zeigte auch auf diesem Gebiet den Verein in erfreulicher Entwicklung. In der Diskussion sprachen sich die Kameraden durchweg für die gegebenen Berichte aus, wobei mancher Fingerzeig für die Zukunft gegeben wurde. So soll vor allen die Resolution für die antifasch. Selbstschutzformationen nicht in den Akten der FSST verstauen, wie sich Kam. R. ausdrückte, sondern veröffentlicht und in den einzelnen Vereinen zur Diskussion und Durchführung gestellt werden. Die Berichte wurden einmütig angenommen, die Wahlen mit kleinen Änderungen einmütig getätigt. Um 12 1/2 Uhr fand die anregende Versammlung ihr Ende.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 6/III. Jahrgang.

Zweite Februarwoche 1936.

Nach der Kammerabstimmung für Sarraut:

DIE ARBEITERPARTEIEN UND DIE REGIERUNG.

oo

Die Regierung Sarraut hat ein starkes Vertrauensvotum im Parlament erhalten. Das hat sie vor allem dem Umstand zu danken, dass die SFIO geschlossen für sie stimmte. Eine Reihe von Abgeordneten der SFIO gab allerdings die Erklärung ab, dass sie nur aus Parteidisziplin für die Regierung gestimmt hätten und dass sie von ihr keinerlei Massnahmen im Interesse der Arbeiter erwarteten, was es den rechten Sozialdemokraten ermöglichte, den Beschluss, für Sarraut zu stimmen, in ihrer Fraktion durchzudrücken, was vor allem die Haltung der KPF. Für die Haltung der KPF ist die Rede bezeichnend, mit der Péri im Parlament die Stimmenthaltung der KP-Fraktion begründete. Péri erklärte u.a.:

"Die komm. Fraktion wird jetzt kein feindseliges Votum gegen die Regierung abgeben... Es ist das erste Mal, dass wir uns so verhalten."

Nach einigen kritischen Vorbehalten inbezug auf die Zusammensetzung der Regierung Sarraut erklärte Péri weiter:

"Aber wir vergessen nicht, dass die Existenz einer neuen Regierung das Ergebnis der hartnäckigen Anstrengungen ist, die wir hier seit Monaten machen. Dieser erste Erfolg legt uns eine Pflicht auf: alles zu tun, um die Rückkehr des politischen Systems zu verhüten, das Herr Laval repräsentierte. Eine Formel wird uns leiten, ich gebe sie Ihnen hiermit: der Faschismus, das ist der Feind."

Péri hat also in seiner Erklärung festgestellt, dass die Stimmenthaltung der KPF beim Vertrauensvotum für Sarraut eine Änderung der bisherigen Haltung bedeute, die die KPF gegenüber bürgerlichen Regierungen eingenommen hat. Auch wenn Duclos in der Pariser "Humanité" hinterher erklärt, dass die KPF Sarraut kein Vertrauensvotum erteilt habe, so bleibt die Tatsache bestehen, dass die KPF die Regierung Sarraut nicht bekämpft, sondern sie, um einen Ausdruck zu gebrauchen, der s. Zt. geprägt wurde, um die Unterstützung der Regierung Brüning durch die deutsche SP zu kennzeichnen, toleriert.

Wie wenig angebracht es ist, von der Regierung Sarraut irgendwelche Taten gegen den Faschismus und zur Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen zu erwarten, liefert jeder Tag neues Material. Der neue Unterstaatssekretär im Innenministerium Beaunite ist, wie es sich jetzt herausstellt, eingeschriebenes Mitglied der Jeunesse Patriote, einer besonders rabiaten Faschistenorganisation. Der Kriegsminister Maurin ist einerseits technischer Berater in einer Gesellschaft, die Feuerlieferungen tätigt und dem grossten Rüstungsindustriellen Frankreichs, Schneider, gehört, andererseits hat sich dieser Herr am 10. Februar 1934, d. h. kurz nach der faschistischen Emeute vom 6. Februar einer Nebenorganisation der Croix de feu als Mitglied angeschlossen.

Von einer solchen Regierung, wie es die Regierung Sarraut ist, auch nur einen Augenblick Taten gegen den Faschismus und im Interesse der Werktätigen zu erwarten, heisst sich selbst betrügen und die Arbeiter in die Irre führen. Das Argument Péris, dass man Sarraut nicht bekämpfen dürfe, weil der Faschismus der Hauptfeind sei und weil es notwendig sei die Rückkehr Laval's zu verhindern, ist das typische Argument des kleineren Übels. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat die Tolerierung Brünings damit begründet, dass Brüning von den Nazis bekämpft werde, dass die Nazis der Hauptfeind seien und dass diese

Tolerierung das Mittel sei, um Hitler von der Macht fernzuhalten. Die deutschen Sozialdemokraten haben damit nur erreicht, dass die Arbeiter verwirrt wurden und passiv blieben, während die "azis freie Bahn für die Ausbreitung ihres Masseneinflusses durch Entfaltung ihrer Demagogie hatten. Auch indem sich die französischen Arbeiterparteien mit der Verantwortung für die reaktionäre Ministerkombination Sarraut belasten, erleichtern sie dem Faschismus nur die Entfaltung seiner Demagogie. Schon in der Parlamentssitzung erklärten die Faschisten höhnisch und der faschistische Propagandist Kerillis wiederholt es in der Presse, dass die Volksfront reine Demagogie betriebe, wenn sie behaupte, die 200 reichsten Familien Frankreichs zu bekämpfen u. gleichzeitig dem Minister Nicolle, der zu diesen 200 Familien gehört, das Vertrauen aussprechen, wenn sie gegen die Rüstungsindustrie aufträte und zur selben Zeit dem Minister Maurin, der im Dienste dieser Rüstungsindustrie stehe, unterstütze etc. etc. (Man werfe nur einen Blick in den "Elsässer Kurier" des ehemaligen Volksfrontkandidaten Rossé und man wird Musterbeispiele dieser faschistischen Demagogie finden.)

Die französischen Faschisten haben in der letzten Zeit keine besonderen Fortschritte in der Gewinnung von Anhängern gemacht und zum Teil sogar an Einfluss verloren. Indem die Arbeiterparteien mehr oder weniger freundschaftliche Beziehungen zu der reaktionären Regierung Sarraut anknüpfen und auf die antifaschistischen "Taten" dieser Regierung warten, statt die Massen ausserhalb des Parlaments zum Kampf gegen den Faschismus zu organisieren, geben sie den Faschisten die Möglichkeit zu einem neuen Auftrieb. Die Haltung der SFIO und KPF zur Regierung zeigt, dass die Volksfrontpolitik keineswegs die richtige Methode zur Bekämpfung des Faschismus ist, sondern nur die französische Arbeiterschaft auf die Bahn der Politik des "kleineren Übels" führt, deren verhöhnisvolle Wirkungen sich in anderen Ländern in tragischer Form geäußert haben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Parteitag der KPF:

DIE REDE VON THOREZ.

oooooooooooooooooooooooooooo

II.

Das politische Hauptreferat der Tagung hielt Kam. Thorez, der es unternahm, die Volksfrontpolitik zu begründen und zu verteidigen. Die Rede von Thorez ist in einer Hinsicht lehrreich: in seinen Darlegungen über die Volksfront verwickelte sich Thorez in offenkundige Widersprüche und lieferte damit einen neuen Beweis dafür, dass es unmöglich ist, eine kommunistische, marxistisch-leninistische Begründung der opportunistischen Volksfrontpolitik zu geben.

Thorez erklärte, dass es falsch sei, die Volksfront als eine Erweiterung des alten Kartells der Linken durch Hinzutritt der Kommunisten zu betrachten. "Das Kartell", sagte Thorez, "bestand darin, dass ein Teil der Arbeiterklasse einem Plan der Bourgeoisie folgte". Die Volksfront soll nun nach Thorez bedeuten, dass die Arbeiterklasse die Werktätigen der Mittelschichten beeinflusse u. sie veranlasse, ihr gegen den Faschismus und das Kapital Gefolgschaft zu leisten. Thorez will uns also einreden, dass die radikalen Kapitalisten, in denen er ganz richtig nur einen Clan der Bourgeoisie sieht, wenn sie sich lediglich mit der SFIO verbünden, sich wie durch ein Wunder in Werktätige, die gegen den Kapitalismus kämpfen, verwandeln, sobald die Kommunistische Partei mit ihnen ein Bündnis schliesst. Die neuesten Ereignisse zeigen auch, wie wenig die Thorezsche Behauptung, dass die Arbeiterklasse in der Volksfront die Führung habe, der Wahrheit entspricht. Die radikalen Partner der Volksfront haben die reaktionäre Regierung Sarraut gebildet und die Arbeiterparteien begnügen sich damit, hinter den Radikalen herzulaufen und von dieser Regierung die Taten zu verlangen, die eigentlich durch Aktionen der Arbeiterklasse verwirklicht werden müssten.

Mit derselben Unbekümmertheit erklärte Thorez einerseits, dass die Volksfront ein Bündnis mit den Mittelschichten zwecks Beseitigung des Kapitalismus sei, andererseits aber, dass die Volksfront auf der Erkenntnis beruhe, dass es unrichtig sei, alle bürgerlichen Parteien als eine reaktionäre Masse zu betrachten. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge so, dass auch die allerlinksten bürgerlichen Parteien gegen die Beseitigung des Kapitalismus sind.

Am widerspruchsvollsten waren die Ausführungen von Thorez über die Volksfront-

Eine interessante Diskussion:

DUCLOS UND L. BLUM ÜBER DIE VOLKSFRONTREGIERUNG.

oo

In einer Resolution des kommunistischen Parteitag_{es} in Villeurbanne heisst es u. a.:

"Die grosse Aufgabe, die die gegenwärtigen Ereignisse auferlegen, besteht in der Organisation grosser Volksmassen in zahlreichen Komitees. Hierin besteht die wahre Garantie der Verteidigung der demokratischen Freiheiten und nicht in den Angeboten zur Teilnahme an der Regierung, die bedauerlicher Weise von Seiten von Organisationen sich häufen, die sich auf die Arbeiterklasse berufen."

L. Blum, der Führer der SFIO, antwortete auf die Weigerung der KPF, an einer Volksfrontregierung auf parlamentarischer Basis teilzunehmen, unter anderem folgendes:

"Offenbar unterscheidet die KPF zwischen einer Volksfrontregierung auf parlamentarischer Grundlage, die sofort möglich sei, die sie aber ablehne, und einer ausserparlamentarischen Volksfrontregierung, die sich auf eine starke Massenbewegung und Massenorganisationen stützen soll, die sie annahme, für die aber die Voraussetzungen in unbestimmter Ferne liegen;"

L. Blum fährt dann fort:

"Aber ich bin sicher, dass ich mich nicht völlig täusche, wenn ich behaupte, dass die ungeheure Mehrheit der Leute, die zur Volksfront oder Volkssammlung strömen - die Arbeiter und Bauern inbegriffen - sie (die Volksfrontregierung) im unmittelbaren und einfachen Sinne verstehen. Volksfront oder Volkssammlung bedeutet in ihren Augen Zusammenhalten gegen einen möglichen Überfall des Faschismus, sie bedeutet gemeinsame Anstrengungen, um zu regieren und die Ungerechtigkeiten zu mildern, die der Nährboden für den Faschismus sind. Volksfront bedeutet gemeinsamer Wille, die Erneuerung eines faschistischen Angriffs zu verhindern, die die Unfähigkeit einer Mehrheit, zu regieren, hervorrufen würde. Das ist es, was die in der Volksfront versammelten Massen quasi einmütig und ganz ehrlich denken. Wenn die Partei ablehne, um abzuwarten, bis die Zeit für die "richtige" Volksfrontregierung da sei, so würden sich die Massen als irreführt fühlen."

Auf L. Blum antwortet Duclos, einer der Sekretäre der KPF, unter anderem folgendes: (Humanité v. 28. 1. 36.)

"In all unseren Artikeln, Resolutionen, Parteidokumenten kann man nichts finden, was zu glauben erlaubt, dass die KP eventuell die Teilnahme an einer parlamentarischen Regierung annehmen könnte, selbst wenn man sie zu diesem Zweck "Volksfrontregierung" taufte."

Duclos zitiert dann die Bedingungen, die Dimitrow auf dem VII. KI-Kongress für eine Volksfrontregierung aufgestellt hat und fährt dann fort:

"Jetzt von einer Volksfrontregierung zu reden, heisst in Wahrheit von einer rein parlamentarischen Regierung reden."

Duclos zählt dann kurz die Erfahrungen der deutschen, österreichischen und spanischen Sozialdemokratie auf, die gegen die Teilnahme an einer parlamentarischen Regierung sprechen.

Diese Diskussion ist deshalb wichtig und aufschlussreich, weil sie die inneren Widersprüche, die wunden Punkte und die politische Wirkung der Losung der Volksfrontregierung besonders anschaulich und konkret aufzudecken erlaubt.

Was L. Blum und die SFIO wollen, ist die Teilnahme der Kommunisten an der üblichen parlamentarischen Koalitionsregierung, also das durch die Kommunisten erweiterte "linkskartell. Es braucht auf Grund der deutschen, spanischen und anderen Erfahrungen nicht ausführlich nachgewiesen zu werden, dass eine solche Regierung keinerlei einschneidende Massregeln zugunsten der Arbeiterklasse gegen den Faschismus durchsetzen könnte. Wie soll es zum Beispiel möglich sein, zusammen mit den Radikalen die Notverordnungen Laval's aufzuheben, wo die Radikalsozialisten in der Regierung Laval entscheidend dabei mitgewirkt haben, diese Notverordnungen durchzusetzen, sie aufrechtzuerhalten und die ersten Versuche der ausserparlamentarischen Aktion dagegen, nämlich die Streiks in Brest und Toulon zum Scheitern zu bringen? In einer solchen Regierung könnte die KP

zusammen mit der Sozialdemokratie nur heillos blamiert werden. Den Gewinn hätte der Faschismus. Die KPF hat natürlich vollkommen recht, wenn sie die Teilnahme an einer solchen "Volksfrontregierung" ablehnt.

Aber Duclos hat bezeichnenderweise nicht geantwortet auf den schwerwiegenden Einwand L. Blums, dass die grosse Masse der Teilnehmer der Volksfront die Volksfrontregierung im parlamentarischen Sinne vorstehe, dass sie sie jetzt haben will und nicht in unbestimmter Zukunft, dass die Massen sich getäuscht fühlen, ihre Geduld erschöpft wird, wenn ihnen bei jeder neuen Regierungskrise die Aussicht auf eine Volksfrontregierung eröffnet wird, um ebenso ständig wieder in weitere unbestimmte Ferne gerückt zu werden, zugunsten der einzig "richtigen" Volksfrontregierung, für die die Voraussetzungen nie zu kommen scheinen.

Natürlich ist das kein Grund für die KPF, sich wegen dieser Illusionen auf eine parlamentarische Volksfrontregierung einzulassen. Aber das Schlimme daran ist, dass die Lösung der Volksfrontregierung notwendig zu solchen Illusionen führen muss! Warum? Weil die Volksfront selbst, so wie sie heute vorhanden ist, nichts anderes ist, als eine Coalition parlamentarischer Parteien. Die Volksfrontkomitees im Lande sind keine wirklichen Massenorgane - sie sind lediglich die Übertragung der Gruppierung der entsprechenden Kammerfraktionen (Groupe de gauche) auf das Land. Eine andere als parlamentarische Grundlage für eine Volksfrontregierung ist tatsächlich nicht vorhanden, und deshalb ist die Erwartung in den Massen, dass eine Volksfrontregierung eine parlamentarische Koalition sei, unvermeidlich und dementsprechend ihre Enttäuschung, dass mit der Verwirklichung nicht Ernst gemacht wird. Eine Lösung, die solche Illusionen unvermeidlich macht, ist falsch.

Die Widersprüche der Lösung Volksfrontregierung.

Nehmen wir die Definition der Volksfrontregierung, wie sie von der KPF gegeben wird: eine Volksfrontregierung als eine Regierung der Radikalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten auf ausserparlamentarischer Grundlage. Wir sagten bereits, dass eine solche ausserparlamentarische Grundlage heute nicht vorhanden ist. Aber was noch mehr ist, sie kann garnicht geschaffen werden, solange die jetzige Volksfront beibehalten, solange nicht mit ihr gebrochen wird. Dies deshalb, weil die Funktion der Radikalsozialisten in der Volksfront gerade darin besteht, ausserparlamentarische Massenaktionen gegen die Notverordnungen usw. zu verhindern (was ihnen bis heute vollständig geglückt ist). Wirkliche Massenorgane, die die Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Klassen auf einer revolutionären Grundlage verbinden, können aber nur im Zusammenhang mit ausserparlamentarischen Massenaktionen geschaffen werden. Das Entstehen solcher Organe setzt voraus, den Bruch mit den bürgerlichen Führung der kleinbürgerlichen Massen, die der Radikalsozialistischen Partei folgen, also den Bruch mit der Radikalsozialistischen Partei als Partei. Solche Organe können nur entstehen, wenn versucht wird, die kleinbürgerlichen und halbproletarischen Massen, die der Radikalsozialistischen Partei angehören, unmittelbar mit der Arbeiterklasse verbünden, sie von ihrer Partei loszulösen und sie gegen ihre Partei in den Kampf zu führen.

Das aber wird gerade durch das Bestehen des parlamentarischen Bündnisses mit der Radikalsozialistischen Partei, also durch die Volksfront, so wie sie ist, unmöglich gemacht.

Es entsteht so folgende Alternative: Entweder wird aus der Volksfront als einer parlamentarischen Koalition von Arbeiterparteien mit einer bürgerlichen Partei die logische Konsequenz gezogen und eine parlamentarische Volksfrontregierung gebildet, dann ist dasselbe Fiasko, das die sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierungen in Deutschland, Spanien usw. erlitten haben, unvermeidlich, nur dass es in diesem Falle auch die Komm. Partei mitbetrifft und dass die Niederlage der Arbeiterklasse umso umfassender, ihre Verwirrung umso grösser, die Möglichkeiten ihrer Wiedererhebung umso schwieriger werden.

Oder: Man erklärt, eine solche Regierung ist nur auf ausserparlamentarischer Grundlage möglich, man ist aber nicht imstande unter Beibehaltung der Volksfront eine ausserparlamentarische Grundlage zu schaffen; dann kommt es entweder überhaupt nicht zur Verwirklichung einer Volksfrontregierung und naturgemäss zu einer tiefgehenden Enttäuschung der Volksmassen, die dem Faschismus zugute kommt, Oder man lässt sich schliesslich auf eine ausserparlamentarisch

Die Arbeiterklasse weiss, dass die nationalen Parteien im Elsass bemüht sind, die elsässischen Kommunisten der Zusammenarbeit mit Hitler zu bezichtigen. Der Fall Hugo Eberlein ist ja dafür ein besonderes Musterbeispiel. Gesinnung und Einstellung des H. Mandel sind ein Beweis, dass er im Kampfe gegen die Kommunisten keine Skrupel kennt.

Der angebliche Aufschwung der nazistischen Propaganda aber ist nichts als die Ausbeutung der Krise und der ihr gegenüber von den nationalen Parteien befolgten Politik der Kapitaloffensive auf die werktätigen Massen in Stadt und Land durch die autonomistische Bewegung. Indem die SFIO im Unterelsass sich dieser Politik als Stützbalken zur Verfügung stellt und damit die Voraussetzungen und Grundlagen für die proletarische Einheitsfront und ihre Aktion gegen die Kapitaloffensive zerstört oder vielfach erschwert, arbeitet sie praktisch jenen in die Hände, die sich hier infolge der fehlenden Klassenaktion als die parlamentarischen Vertreter der Nöte der Massen aufspielen können und sie als ein ausschliessliches Produkt der Zugehörigkeit Elsass-Lothringens zu Frankreich ausgeben.

Die Arbeiterklasse will weder von Hitler und seinem III. Reich, noch von einer Politik der Zwangsassimilierung und der Kapitaloffensive etwas wissen. H. Mandel aber bedeutet das letztere, denn niemand bildet sich ein, dass das Blend der Arbeiter und Kleinbauern durch die Hinzuziehung von Vertretern der elsass-lothringischen Handelskammern und Landwirtschaftskammern zu den Handelsvertragsverhandlungen zu beheben ist. Das arbeitende Volk Elsass-Lothringens muss der Politik der starken Hand und der "Union nationale" die Politik der proletarischen Einheitsfront zum Kampfe gegen die soziale und nationale Unterdrückung entgegensetzen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wie die Auflösung der Ligen aussieht:

Die "republikanische" Armeo,

=====
=====

Im "Republikaner" v. 4. Februar wurde unter Colmar ein Bericht über die letzte Versammlung der Feuerkreuzler veröffentlicht, in dem es u. a. heisst:

"Am Vorstandstisch hatten u. a. Platz genommen 2 Offiziere in Uniform. Unter den Anwesenden selbst waren mehrere höhere Militärfunktionäre, ebenfalls in Uniform."

Das alles geschieht unter einer Regierung, in der massgebliche Vertreter der Volksfront vertreten sind und nach dem ein Gesetz zur angeblichen Entaffung und Auflösung der Ligen von Kammer und Senat votiert wurde. Daraus ergibt sich ein übriges Mal, wie irrig die Auffassung ist, der bürgerliche Staatsapparat könne in ein wirksames Kampfinstrument gegen den Faschismus verwandelt werden und der Arbeiterklasse die Aufgabe des Kampfes gegen den Faschismus durch die selbstständige Aktion abnehmen.

Die "Humanité" knüpft an den Bericht des "Republikaners" einen Kommentar, in dem sie gegen den Präfekten Stellung nimmt, der nichts tut um den Gesetzen Geltung zu verschaffen und um die Republik zu schützen. Sie fordert deshalb die Anwendung des Ligengesetzes. Die das Gesetz anzuwenden bestimmen, sind aber der Staat, die Regierung und der Herr Präfekt, der nach der "Humanité" nichts als ein treuer Diener der herrschenden Klasse und der Kapitalisten ist. Woraus sich wohl ergibt, dass die Arbeiterklasse die Entaffung und Auflösung der faschistischen Ligen in ihre eignen Hände nehmen muss, wenn sie wirklich aufgelöst werden sollen. Deshalb erheben wir in voller Übereinstimmung mit dem VII. KI-Kongress auch die Forderung nach Schaffung überparteilicher Abwehrformationen. Leider müssen wir die Erfahrung machen, dass die Partei diese Forderung totschweigt und alles tut, damit die Arbeiter sie nicht befolgen. Wir denken da nur an die Art und Weise in der der Antrag von "l'Avenir" behandelt wird. Die Arbeiter dürfen sich damit nicht abspesen lassen. Die steigende Aktivität der Faschisten zeigt ihnen, dass die Hoffnung auf die antifaschistische Aktivität des bürgerlichen Staates eine gefährliche Illusion ist.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus Lothringen:

Steigende Provokationen der Faschisten.

=====
=====

Am 29. 1. war hier eine Versammlung der Volksfront. Gleich am Anfang der Versammlung war eine starke Oppositionsgruppe bemerkbar. Vorgesehen waren 3 Red-

bürgerlichen Sportorganisationen, an dessen Spitze ein Faschist steht, kritisiert. Wir lehnen diesen Beitritt ab, weil er unserer Ansicht mit dem Klassencharakter unvereinbar ist, der den Arbeitersportorganisationen eigen sein soll. Die Erwartungen und Hoffnungen, die an diesen Eintritt geknüpft worden, sind unserer Ansicht irreal und die Linie, die von den Zentralinstanzen der FSGT mit diesem Eintritt verbunden wird, läuft auf eine Verwässerung der sportpolitischen Linie des Arbeitersports hinaus. Wir forderten deshalb auch eine gründliche Diskussion dieser Frage im "Sport-Ouvrier" unter Darlegung beider Standpunkte und im Anschluss daran eine Stellungnahme der Vereine als der elementarsten Voraussetzung für einen Beschluss der Instanzen in einer so hochwichtigen Frage.

Im "Sport Ouvrier" sind bisher nur Auszüge aus dem Bericht der Befürworter des Anschlusses an das CNS veröffentlicht worden. In diesen Auszügen heisst es nach Wiedergabe der Fragen, die die Föderationsleitung der FSGT an das CNS gestellt hat: "Die Vertreter des CNS haben mündlich und abschliessend auch schriftlich keinerlei Einwendungen gegen diese Forderungen erhoben".

In einer kleinen Notiz der gleichen Nummer des "Sport-Ouvrier" heisst es dann, dass der Föderationskongress in Lille die Frage des Anschlusses an das CNS zurückgestellt habe, da der Anschluss erst dann vollzogen werden kann, wenn das CNS auf die von der FSGT gestellten Bedingungen im günstigen Sinne und präzise antwortete.

Folglich muss doch wohl das CNS bisher weder günstig noch präzise geantwortet haben, was mit den Feststellungen der Befürworter des Eintritts nicht recht harmonieren will;

Es wäre an der Zeit, wenn "Sport-Ouvrier" nun auch einmal den Gegnern des Eintritts in das CNS das Wort erteilen würde, damit die Vereine und die Mitglieder sich ein wirklich sachgemässes Urteil in dieser Frage bilden können.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Eine eindrucksvolle Veranstaltung von "l'Avenir".

=====
 Der bunte proletarische Sport- und Kulturabend von "l'Avenir" hat gehalten,

was er versprochen hat. Er war im besten Sinne des Wortes eine Werbe- und Kampfveranstaltung des Arbeitersports mit eindeutiger revolutionärer Tendenz. Gegen den Faschismus, gegen die Hitler-Olympiade, gegen den imperialistischen Krieg und für die Befreiung der Arbeiterklasse, das war die Grundtendenz, die vom Anfang bis zum Ende der Veranstaltung ihren Stempel aufdrückte und die auch durch die Begrüssungsansprache des Kam. Marx in eindrucksvollen Worten unterstrichen wurde.

Natürlich gab es auch noch einige Schwächen, so bei der roten Spartsparade und im besonderen beim Einheitsfrontlied, wo nur der Refrain klappte. Aber das waren Kleinigkeiten, die am Gesamteindruck nichts ändern konnten. Besonders hervorzuheben ist, dass auch die Musik des Arbeiter-Symphoniorchesters "Liberté" Schiltigheim unter der vorzüglichen Leitung des Kam. Schermutzky der Tendenz der Veranstaltung bestens angepasst war.

Die Besucher -es mögen über 1000 gewesen sein -folgten der Veranstaltung von anfang bis zum Ende mit grösster Aufmerksamkeit und der reiche Beifall bezeugte, dass "l'Avenir" mit ihrem neuzeitlichen und dem Kampf der Arbeiterklasse voll verbundenen Programm volles Verständnis und restlose Anerkennung gefunden hat.

Die sportlichen Darbietungen standen auf besonderer Höhe. Der Kunstturner-match Schweiz-Elsaas zeigte eine seltene Höhe technischen Könnens, aber auch, dass unsere heimischen Sportler ihren Schweizer Gästen noch unterlegen sind. Trotzdem soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Differenzen in der Punktzahl nicht erheblich war und Kam. Stöckel die zweitbeste Einzelleistung zu erzielen vermochte.

Besonderen Beifall fanden wieder unsere Kleinen, die ihre Sache gut beharrten und in manchen Punkten sogar bühnensicherer waren als die Grossen. Auf jeden Fall waren sie ganz bei der Sache und machten ihre Vorführungen vorzüglich.

Beifall fand auch das Neck- und Haschspiel; obzwar uns schien, dass das ihm zugrunde liegende Motiv nicht die notwendige Beziehung zum Inhalt der Gesamtveranstaltung hatte, einer Meinung, die wir hier Ausdruck geben wollen, obzwar wir wissen, dass sie keine allgemeine Zustimmung findet.

Wahre Lachsalven bei alt und jung löste eine Einlage der drei urkomischen Petras aus.

Wir sind fest überzeugt, dass "l'Avenir" sich mit dieser eindrucksvollen Veranstaltung neues Vertrauen und neue Freunde geschaffen hat, und dem Arbeitersport neue Sympathien zugeführt hat.

-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Der "Republikaner" und die Sprachenfrage. Der "Republikaner" fordert im Anschluss an eine Schwurgerichtsverhandlung gegen eine Frau, dass man verlangen müsse, dass die Geschworenen beide Sprachen perfekt beherrschen müssten. Eine solche Forderung, wie sie hier vom "Republikaner" erhoben wird, bedeutet praktisch, dass alle die vom Amt eines Geschworenen ausgeschalten sind, die nicht beide Sprachen perfekt beherrschen. Bei Lage der Dinge würde dies bedeuten, dass insbesondere die werktätigen Schichten überwiegend vom Geschworenenamt ausgeschaltet würden. Das Geschworenenamt ist bereits heute überwiegend ein Privileg der besitzenden Schichten. Die Forderung nach perfekter Beherrschung beider Sprachen durch die Geschworenen würde das Schwurgericht noch ausgeprägter zu einem bürgerlichen Klassengericht machen, als es dies heute schon ist. Deshalb ist uns der Standpunkt des "Republikaners" unverständlich. Die Forderung einer Arbeiterzeitung muss unserer Ansicht gerade die umgekehrte sein. Nach unserer Auffassung müsste die Amtssprache bei Gerichtsverhandlungen, in denen der Angeklagte deutsch spricht, eben deutsch sein und umgekehrt. Die Geschworenen müssten jeweils die Sprache beherrschen, die der Angeklagte spricht und die in diesem Fall die Amtssprache zu sein hätte. So würde es auch den Werktätigen, die in ihrer grossen Mehrzahl eben nicht beide Sprachen perfekt beherrschen, möglich gemacht das Geschworenenamt mehr als bisher auszuüben. Dafür aber sollte doch eine Zeitung wie der "Republikaner" doch wohl Verständnis haben.

Hueber und Moskau-Paris. Im Anschluss an die Wiedergabe eines Zitats von Rosa Luxemburg über die französische Bourgeoisrepublik aus der "Humanité" lässt sich die "NW" wie folgt vernehmen: "Und Moskau hat, noch garnicht so lange, diesen Laval mit grossem Pomp empfangen, um mit dieser französischen Bourgeoisrepublik ein Bündnis zu schliessen."

Diesen Speech gibt derselbe Mann von sich, der für die Verständigung der französischen Bourgeoisrepublik mit dem Hitlerreich eintritt und zur Rede gestellt, erklärt, dass man in der Aussenpolitik am innerdeutschen Regime keinen Anstoss nehmen dürfe, da man diese Antipathien im Interesse des "Friedens" unterdrücken müsse. Für die Sowjets aber dürfen solche Überlegungen gegenüber der französischen Bourgeoisrepublik natürlich keine Rolle spielen. Und warum: weil Hitler und seinen Agenten in Elsass-Lothringen die franko-russische Verständigung nicht passt, da sie die Realisierung der imperialistischen Räuberabsichten des III. Reiches stört. Also muss Hueber als der Trabant unserer Hitlerfreunde auch gegen die russisch-französische Verständigung und für die deutsch-französische Verständigung sein. Sage mir mit wem Du umgehst und ich sage Dir wer Du bist!

Die "ELZ" und Henriot. P. Henriot, ein wüster Demagoge und reaktionär übelster Sorte hat vor kurzem in Strassbourg einen Vortrag über Aussenpolitik gehalten. Zur blossen Charakterisierung dieses Mannes genügt eins. Ernante den "Abschluss des franko-russischen Vertrags eine überflüssige Brückierung des III. Reiches. Das deutsche Volk habe wie jedes andere Anspruch auf einen genügenden Lebensraum", der nach Henriot im Osten liegt. Er propagierte dann eine Koalition Italien, Frankreich, Deutschland. Es ist charakteristisch, dass die UPR-Presse diesen Vortrag sympathisch kommentiert. Die "ELZ" aber konstatiert: "Ein deutsch-französisch-italienischer Block könnte ein Grundpfeiler des Friedens in Europa, wahrscheinlich das Beginn der Einigung unseres Kontinents sein." Wir brauchen ja nur die Auswirkungen des Romer Abkommens, also der französisch-italienischen Freundschaft in Abessinien ins Auge zu fassen, um die Wirkung der Elzischen Koalition für den Frieden richtig zu würdigen. Zum Glück weiss man schon, welche Bewandnis es mit der Elzischen Friedenspolitik hat.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Möllerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 7/III. Jahrgang.

Dritte Februarwoche 1936

Die Taten der Regierung Sarraut.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die KPF hat bekanntlich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung Sarraut erklärt, dass sie dieser Regierung gegenüber keine von vornherein feindselige Haltung einnehmen, sondern ihre Taten abwarten werde. In einem Artikel in der Basler "Rundschau" v. 6. Februar schrieb Berlitz, er hoffe, dass die radikalen Minister sich des "Vertrauens" würdig erweisen werden, das ihre Partei in sie gesetzt habe.

Inzwischen hat die Regierung Sarraut ihre Regierungstätigkeit begonnen. Es ist schon heute klar, dass der Optimismus der KPF in bezug auf die Taten dieser Regierung völlig unangebracht war.

Die KPF erwartete, dass die Regierung das Gesetz über die Ligen gegen die Faschisten anwenden würde. Die Regierung Sarraut hat in dieser Hinsicht nichts getan u. macht auch keine Anstalten dazu, das Ligengesetz in irgendeiner Weise gegen die Faschisten anzuwenden. Der Kampf der Regierung gegen den Faschismus beschränkt sich auf ein paar schüchternen Versuche, die Vorlesungen des Professors Jèze gegen Störungen durch randalierende faschistische Studenten zu schützen, wobei es der Regierung bisher noch nicht gelungen ist, mit diesen faschistischen Lausejungen fertig zu werden.

Die KPF hat von der Regierung Sarraut ferner erwartet, dass sie den Franken ohne neue Belastung der Armen schütze. Was den Franken anbelangt, so ist er gegenwärtig besonders wacklig. Die Notverordnungs politik, die Laval mit Hilfe von Regnier, der jetzt auch in der Regierung Sarraut Finanzminister ist, im Namen der Herstellung des Budgetgleichgewichts durchführte, hat zur Folge gehabt, dass vom Budgetgleichgewicht keine Rede ist, und dass im Jahre 1936 ein Defizit von 15 bis 17 Milliarden Franken zu erwarten ist, wovon die Regierung bis zum 1. Juni 7 Milliarden aufbringen muss. Die Regierung Sarraut und ihr Finanzminister Regnier denken natürlich nicht daran dieses Defizit durch eine Belastung der Besitzenden zu decken, sondern suche eine Anleihe in England aufzunehmen, um bis zu den Wahlen durchzukommen. Nach den Wahlen die Sintflut - scheint die Parole zu sein, von der sich, frei nach Ludwig XV., die Regierung Sarraut bei ihrer Finanzpolitik leiten lässt.

Mit der englischen Anleihe hat es nun folgende Bewandnis : Einmal ist die Bank von England keineswegs an einer Erhaltung der Frankenwährung interessiert, sondern im Gegenteil der Ansicht, dass eine Devaluation des Franken eine der Voraussetzungen für die endgültige Stabilisierung der Pfundwährung darstellt. Die Bank von England wird also vielleicht eine vorübergehende Hilfe zur Stützung des Franken gewähren, dann aber erst darauf drücken, dass der Franken devalviert wird. Zum anderen ist zur Durchführung der Anleihe die Mitwirkung der Bank von Frankreich notwendig, und die Leiter der Bank von Frankreich werden auch bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, der Regierung bestimmte Forderungen im Interesse des Grosskapitals zu stellen.

Aber auch wenn die Regierung ihre englische Anleihe erhält, ist damit das Defizit keineswegs beseitigt und, wie die englische Presse mitteilt, wird in den Kreisen der französischen Politiker schon davon gesprochen, dass nach den Wahlen die Devaluation des Franken unausbleiblich sei.

Was die Devaluation (Abwertung) ist, braucht nicht näher erklärt zu werden. Sie bedeutet eine automatische Kürzung der Löhne und Gehälter und eine teilweise Enteignung der kleinen Sparer.

Die Regierung Sarraut, deren einziges Bestreben es ist, bis zu den Wahlen im Amte zu bleiben, ohne bei irgendjemanden anzustossen, leistet durch ihre Politik faktisch Vorarbeit für die Devaluation; sie liefert dem Grosskapital die Möglichkeit, durch die Regenten der Bank von Frankreich einen neuen Vorstoss der Kapitaloffensive vorzubereiten.

Die Haltung der Arbeiterparteien.

Die SFIO und die KPF begnügen sich in dieser Situation, die Taten bzw. das Nichtstun der Regierung Sarraut wohlwollend zu beobachten u. im Übrigen einen Erfolg der Volksfront bei den Wahlen abzuwarten. Dabei ist es klar, dass die faschistischen u. sonstigen Reaktionäre schon heute darauf spekulieren, (Siehe Rossé und die UPR im Elsass) dass die Volksfrontparteien, wenn sie bei den Wahlen einen Erfolg erzielen, gezwungen sein werden, die Verantwortung für die Devaluation zu übernehmen und sich so in den Augen der Massen zu kompromittieren. Die KPF hätte also alle Veranlassung, die Sarrautsche Politik des Fortwurstelns nicht zu decken, sondern auf der ganzen Linie zu bekämpfen. Die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie suchen jetzt einander die Verantwortung für die Devaluation, mit der sie alle mehr oder weniger rechnen, zuzuschieben. Die KPF müsste die zur Devaluation führende Politik der Bourgeoisie aller Richtungen bekämpfen und dafür Sorge tragen, dass sie nicht auch noch mit der Verantwortung belastet wird, wenn der Franken stürzt. Aber die KPF kennt aber leider, wie das Péri im Parlament erklärte und Berlioz in dem erwähnten Artikel wiederholt, "keinen höheren Ehrgeiz, als der Volksfront gut zu dienen". Deshalb lässt sie Sarraut und Regnier wirtschaften

Man wird uns vielleicht einwenden, dass die Regierung Sarraut doch eine begrüssenswerte Tat vollbracht habe, indem sie sich für die Ratifizierung des Paktes mit der Sowjetunion einsetzt. Aber auch hier hat die Arbeiterklasse keinerlei Veranlassung, der Regierung Sarraut Vertrauen zu schenken. Die bürgerlichen Verteidiger des Paktes mit der SU verteidigen ihn nämlich auf eine sehr eigentümliche Weise. Sie beweisen, dass Frankreich in dem Falle, dass die SU angegriffen wird, immer noch einen Haufen Vorwände haben werde, um sich vor einer Hilfeleistung für die SU zu drücken. Gerade bei dieser Gelegenheit wäre es die Aufgabe der Kommunisten, den Arbeitern zu sagen, dass auf die Freundschaft der Bourgeoisie zur SU kein Verlass ist, dass auch die sowjetfreundlichsten unter den imperialistischen Politikern keine unbedingt zuverlässigen Bundesgenossen der SU sind. Eine solche Haltung der Kommunisten wäre umso notwendiger gewesen, als die SFIO anlässlich des Paktes mit der SU von neuem die Verbundenheit des Reformismus mit dem französischen Imperialismus dadurch zum Ausdruck brachte, dass sie die bürgerlichen Vorbehalte zum Pakt mit der SU unterstützte.

-o-o-o-o-ooo-o-o-o-o-

Aussenpolitische Übersicht:

Die Pariser Verhandlungen.

oooooooooooooooooooooooooooo

Bei den diplomatischen Verhandlungen, die in Paris über die österreichische Frage geführt wurden, hat die Kleine Entente es abgelehnt, eine Garantie für die Unabhängigkeit Österreichs abzugeben, wenn die Grossmächte sich nicht an dieser Garantie beteiligen u. die österreichische Regierung auf die Restauration der Habsburger verzichtet. In der Restaurationsfrage hat Starhemberg, der bei den Verhandlungen in Paris teilgenommen hat, nur eine vom Standpunkt der Kleinen Entente halbgefriedigende Erklärung abgegeben, in der die österreichische Regierung versichert, dass das Problem der Restauration der Habsburger im Augenblick nicht aktuell sei u. dass die österreichische Regierung in dieser Frage nichts unternehmen werde, ohne vorher mit den Grossmächten Rücksprache genommen zu haben. Was die Garantie der Unabhängigkeit Österreichs durch die Grossmächte anbetrifft, so haben England u. die Sowjetunion es abgelehnt, besondere Verpflichtungen in dieser Hinsicht zu übernehmen; England, weil es keine Bindungen auf dem Kontinent eingehen, die SU, weil sie Vorträge, die sie nicht anerkannt hat, nicht garantieren will. Es ist jetzt geplant, anstelle der Garantie der Grossmächte den Artikel 16 des Völkerbundespaktes auszubauen. Die auf diese Weise festgelegten Massnahmen gegen einen eventuellen Angreifer würden dann auch für den Fall eines Angriffs der Nazis

auf Osterreich in Frage kommen. Da die Engländer und Franzosen die Absicht haben, Italien bei diesen Verhandlungen heranzuziehen, ist damit zu rechnen, dass bald wieder ein Kompromissvorschlag im abessinischen Konflikt nach der Art des Hoare-Lavalplanes auftauchen wird.

Das greifbare Resultat der Pariser Verhandlungen sind die Abmachung zwischen Frankreich u. Rumänien. Frankreich hat sich bereit erklärt, die rumänische Erdölproduktion aufzubauen und hat die Nazis aus dem Felde geschlagen, die ihrerseits die rumänische Bourgeoisie durch wirtschaftliche Vorteile auf ihre Seite ziehen wollten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zum Parteitag der KPF:

DIE STELLUNG ZUR GEWERKSCHAFTSFRAGE.

oo

Die Behandlung der Gewerkschaftsfrage auf dem Parteitag zeigte, dass die KPF infolge ihres opportunistischen Kurses nicht imstande ist, in dieser lebenswichtigen Frage eine Stellung einzunehmen, die es den Kommunisten gestattet würde, den revolutionären Einfluss in den Gewerkschaften zu stärken und den Einfluss des Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung auszuschalten. Die Vereinigung der Gewerkschaften hat deren Anziehungskraft verstärkt und ihnen neue Mitglieder zugeführt. Aber man muss sich darüber im klaren sein, dass die bisher unorganisierten Arbeiter, die sich jetzt den Gewerkschaften anschließen, von ihnen Taten erwarten. Wenn die vereinigten Gewerkschaften, die Erwartungen, die die Massen jetzt in sie setzen, nicht erfüllen, dann wird unter diesen Massen das Gefühl einer bitteren Enttäuschung Platz greifen u. die Folge würde dann eine gefährliche Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation sein. Deshalb ist es notwendig, dass die Kommunisten die Mittel aufzeigen, mit deren Hilfe die durch die Vereinigung gesteigerte organisatorische Kraft der Gewerkschaften zu Aktionen im Interesse der Arbeiterschaft ausgewertet werden kann.

Auf dem Parteitag von Villeurbaine hat nun Frachon vorgeschlagen, dass das Programm der Volksfront als Grundlage für die Tätigkeit der vereinigten Gewerkschaften dienen sollte. Dieses Programm soll nach Ansicht Frachons an die Stelle der beiden Pläne der CGT und CGTU treten. Das Programm der Volksfront ist aber keineswegs geeignet als Richtlinie für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu dienen. Im Vergleich zu dem Programm der Volksfront ist selbst der wirtschaftsdemokratische Plan der CGT noch radikal. Das Programm der Volksfront ist bekanntlich unter Teilnahme von Vertretern der Radikalen u. anderer linksbürgerlicher Organisationen ausgearbeitet worden und auch danach ausgefallen. Die Forderungen dieses Programms sind auf Wunsch der bürgerlichen Partner der Volksfront ganz allgemein u. vieldeutig formuliert worden, damit die den bürgerlichen Parteien der Volksfront angehörenden kapitalistischen Unternehmer nicht abgestossen werden. Deshalb kann das Programm der Volksfront kein Kampfprogramm der Arbeiterklasse sein und es ist ein Zeichen für die opportunistische Konfusion, die in der Führung der KPF herrscht, wenn Frachon dieses kautschukartige Missgebilde als Programm für die Gewerkschaften vorschlägt, die bekanntlich nur dann ihren Aufgaben voll auf gerecht werden können, wenn ihre Politik auf der Erkenntnis beruht, dass sie eine Klassenorganisation des Proletariats sind, die sich zum Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und für die Beseitigung des Kapitalismus bekennen muss.

Um heute eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu betreiben, wäre es am besten, aus den Plänen der CGT und CGTU die wichtigsten Forderungen herauszunehmen u. für diese Forderungen Einheitsfrontaktionen der Arbeiterklasse vorzubereiten. Zu diesem Zweck müssten sich die Gewerkschaften der Einheitsfront der Arbeiterparteien anschließen. Heute haben wir den paradoxen Zustand, dass die Gewerkschaften zwar der Volksfront angehören, wo ihre Beteiligung ebenso wenig wie die der Arbeiterparteien u. der anderen Arbeiterorganisationen überhaupt im Interesse der Arbeiter liegt, aber nicht der proletarischen Einheitsfront. Die Gewerkschaften müssten zusammen mit den Arbeiterparteien für die Schaffung breiter überparteilicher Organe der proletarischen Einheitsfront sorgen und sich auch für die Schaffung eines antifaschistischen Massenselbstschutzes einsetzen. An die Stelle der wirtschaftsdemokratischen und staatskapitalistischen Losungen des Planes der

CGT (u. auch des Planes der CGTU) müsste als Ergänzung der Tagesforderungen eine Propaganda für revolutionäre Übergangslösungen insbesondere der Lösung der Arbeiterkontrolle der Produktion treten. Auf diese Weise könnte eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik in die Wege geleitet werden, könnten Aktionen der Arbeiterklasse organisiert werden, die imstande wären, auch die nicht-proletarischen Werktätigen mitzureissen.

Wenn die Kommunisten sich aber nach dem Vorschlag von Bracon innerhalb der Gewerkschaften für die Annahme des Volksfrontprogramms als Richtlinie des gewerkschaftlichen Kampfes einsetzen, dann wird das eine Verwirrung bei den revolutionären Gewerkschaftern und eine Stärkung der Positionen der Reformisten zur Folge haben.

In der Agrarfrage hat der Parteitag von Villeurbaine die opportunistische Linie fortgesetzt, die die KPF in ihrem jüngsten Agrarprogramm eingeschlagen hatte. Das Referat von Renaud Jean war eine Lobpreisung der falschen Lösung der Revalorisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch staatskapitalistische Massnahmen u. eine Empfehlung der nicht minder falschen Taktik des Bündnisses mit rechtsstehenden, d. h. mit dem Faschismus sympathisierenden bäuerlichen Gruppierungen.

DAS PARTEITAGSMANIFEST.

oooooooooooooooooooooooooooo

Das vom Parteitag beschlossene Manifest ist, wenn man so sagen darf, eine würdige Krönung der opportunistischen Politik der KPF. Dieses Manifest zeichnet sich vor allem durch seine nationalistische Phrasologie aus.

Die KPF beruft sich bekanntlich jetzt bei ihrer Volksfrontpolitik eifrig auf die "revolutionären Traditionen" Frankreichs. Was aber jetzt in den Kundgebungen der KPF als "revolutionäre Tradition" des französischen Volkes figuriert, ist nicht die wirkliche revolutionäre Tradition der französischen Werktätigen, sondern die bürgerlich-demokratische, nationalistische Verstümmelung u. Verfälschung dieser Traditionen, wie sie besonders bei den Radikalsozialisten seit jeher gang und gäbe ist. Die Radikalsozialisten geben sich gerne als Nachfolger der Jakobiner aus, indem sie sich auf die kleinbürgerliche u. nationalistische Beschränktheit der Jakobiner, auf deren Festhalten an den Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung berufen. Das, was die wahre geschichtliche Grösse der Jakobiner ausmacht, wird aber in der "revolutionären Tradition" der bürgerlichen Republikaner Frankreichs verschwiegen oder verschleiert, nämlich die Tatsache, dass die Jakobinerdiktatur eine revolutionäre Diktatur der plebejischen Massen gegen die Feudalherren und auch gegen die grossen Kapitalisten war. Die Jakobinerdiktatur war nur deshalb fähig, die feudalen Ausbeutungsverhältnisse radikal zu beseitigen und das feudale Eigentum zu zerstören, weil sie bei all ihrer kleinbürgerlichen Beschränktheit nicht davor zurückschrackte, die kapitalistischen Eigentümer zu terrorisieren und kapitalistische Spekulanten auf die Guillotine zu schicken. Was an der Tradition der Jakobiner wirklich wertvoll ist, das ist nicht die Trikolore, sind nicht bürgerlich-demokratische und nationalistische Phrasen, nicht das, was die grosse französische Revolution als eine bürgerliche Revolution von der proletarischen Revolution unterscheidet, sondern das, was ihr als einer gewaltigen Erhebung der werktätigen Massen mit der proletarischen Revolution gemeinsam ist. Das, was an den Jakobinern beschränkt und klein war, wird von der heutigen französischen Republik verkörpert, das, was an den Jakobinern gross und weisend war, wird heute weitergeführt von der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Die proletarische Diktatur hat in der Sowjetunion nicht nur die Überreste des Feudalismus beseitigt, sondern auch den Kapitalismus, sie hat sich nicht damit begnügt, die Auswüchse der kapitalistischen Spekulation zu bekämpfen, sondern der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt ein Ende gemacht. Aber dabei ist das proletarische Diktatur das Beispiel an revolutionärer Tatkraft, das die Jakobiner geliefert haben, sicher zu gute gekommen.

In den heutigen Ausserungen der KPF-Führung wird auch, so wie das bei den Reformisten in der französischen Arbeiterbewegung schon immer üblich war, zu gunsten der bürgerlich-demokratisch u. nationalistisch verfärbten u. verstümmelten sogenannten "revolutionären Tradition" die Tatsache unterschlagen,

dass die französische Arbeiterbewegung "über eine lange Tradition des revolutionären Kampfes gegen die bürgerliche Republik u. gegen die bürgerlichen Republikaner verfügt. Das ist die Tradition der Juntschlacht, der Kommune, des Kampfes von Guesde und Lafargue gegen die Politik des Bündnisses mit den Radikalen, des Kampfes gegen den Millerdandismus usw. Dieser Tradition des revolutionären Kampfes gegen die bürgerliche Republik u. die bürgerlichen Republikaner war es zu verdanken, dass bei der Spaltung von Tours im Jahre 1920 die Mehrheit der Mitglieder der Sozialistischen Partei sich zur kommunistischen Internationale bekannte. Heute aber wird diese Tradition um der Volksfrontpolitik willen verleugnet. In dem Manifest des Parteitages von Villeurbaine lesen wir, "dass der heldenhafte Kampf der Pariser Communarden unter der roten Fahne den Erfolg " der Republik " gegen die Anhänger der Monarchie und des Kaiserreichs gesichert" habe. Das ist eine glatte Geschichtsfälschung. Die Communarden haben nicht für "die Republik", nicht für bürgerliche Republik, sondern gegen sie, für die proletarische Republik gekämpft. Die bürgerliche Republik hat die Kommune niedergeworfen und zu den Schächtern der Kommune gehörten nicht nur Royalisten und Bonapartisten, sondern in erster Linie auch die bürgerlichen Republikaner.

Im Manifest des Parteitages von Villeurbaine macht sich im Namen der für den Hausgebrauch der bürgerlichen Republikaner zurecht gemachten und jetzt auch von der KPF übernommenen "revolutionären Traditionen" die nationalistische Phrase breit. Das Manifest stellt die Losung eines "freien, starken u. glücklichen Frankreichs" auf, wobei nicht gesagt wird, ob ein starkes imperialistisches Frankreich oder ein starkes Sowjetfrankreich gemeint ist. Auch die französischen Chauvinisten sprechen bekanntlich vom "freien, starken und glücklichen Frankreich"; Die Losung des Klassenkampfes gegen die Ausbeuter wird in dem Manifest ersetzt durch die den Bedürfnissen der Volksfrontpolitik angepasste Parole der "réconciliation française" (der Völkerverbrüderung der Franzosen), der "Einigkeit des französischen Volkes im Kampfe gegen die 200 Familien". Die 200 Familien, das sind die reichsten französischen Grosskapitalisten, das sind die ~~dominierenden~~ Eigentümer der Grossbanken und Trusts; aber diese 200 Familien können nur deshalb Frankreich kommandieren, weil sie die ausschlaggebende Kraft der französischen Kapitalistenklasse sind. Die Klasse der französischen Kapitalisten, die in dem Manifest vollkommen verschwindet, besteht nicht nur aus den 200 Familien. Thorez erwähnte z. B. in seiner Rede auf dem Parteitage, dass es in Frankreich 140 000 Grossgrundbesitzer und Grossbauern gebe. Will die KPF sich etwa mit diesen französischen Kulaken "versöhnen"?

Wort der internationalen proletarischen Solidarität im Klassenkampf gegen die Weltbourgeoisie und für die Verteidigung der Sowjetunion Ausdruck zu geben, bringt das Manifest allgemeine Phrasen über Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker, wie sie bei bürgerlichen Pazifisten u. sonstigen fortschrittlichen Bürgern üblich sind. Es heisst im Manifest:

"Das Volk von Frankreich will den Frieden in der internationalen Brüderlichkeit. Mit der kommunistischen Partei grüsst es in der Sowjetunion den Hort des Friedens und die grosse Hoffnung der menschlichen Verbrüderung. Es grüsst im deutschen Volke das Volk der Denker u. Dichter, das von Hitler gemartert wird. Es grüsst im italienischen Volke das Volk der Künstler u. der lateinischen Zivilisation, das Mussolini unter seinem Stiefel hält".

Das ist keine kommunistische Sprache, sondern bürgerliches Phrasengewäsch oberster Art. Die KPF hat die Pflicht, den Arbeitern zu sagen, dass der Friede nur gesichert werden kann, wenn sie die Friedenspolitik der SU durch ihren eignen Kampf gegen die Imperialisten unterstützen. Es ist aber nicht Sache der Kommunisten, durch Redensarten von Völkerverbrüderung oder, wie es an einer anderen Stelle des Manifests heisst, von "Zusammenarbeit der Völker", den Klassengegensatz zwischen internationalem Proletariat und Weltkapital zu verwischen und zu verschleiern.

Die Kommunisten sehen unserer Ansicht nach in der SU nicht nur den Hort des Friedens, sondern vor allem auch das Land der proletarischen Diktatur, das Land des Sozialismus, in dem die Kapitalisten als Klasse liquidiert worden sind.

Um die Gewerkschaftseinheit bei den Gemeindearbeitern:

Wird Imbs den Forderungen der Föderation folgen?

=: = : =

Wir haben in der vorigen Nummer unserer Arbeiterpolitik die Lage bei den Gemeindearbeitern aufgezeigt, wie sie sich auf Grund des Verhaltens der Leitung des Hauptvorstandes der Services Publics und des Transportwesens von Bas-Rhin in der Frage der Gewerkschaftseinheit herausgestellt hatte.

Wir berichteten gleichzeitig, dass die Syndikatsvorsitzenden der Gemeindearbeiter, des Elektrizitätswerkes und von Gas u. Alcock sich an die Föderation um einen Schiedsspruch in der bekannten Streitfrage gewandt hatten.

Schon wenige Tage danach, wurde dem Vorsitzenden des Einheitssyndikats der Gemeindearbeiter durch die Föderation mitgeteilt, dass die gemischte Kommission sich bereits mit der Angelegenheit befasst habe und der Auffassung sei, dass den Ex-Unitären ein permanenten Sekretär in der einheitlichen Leitung der Organisation einzuräumen sei. In dem Schreiben wurde zugleich der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, dass diese Frage noch immer nicht geregelt sei, da die Föderation dem Kam. Imbs den erwähnten Standpunkt bereits schriftlich mitgeteilt habe.

Nachdem die Föderation im Sinne der Forderung der Überwiegenden Mehrheit der ex-konföderierten und der ex-unitären Gemeindearbeiter entschieden hat, liegt es jetzt an dem Kam. Imbs und dem Hauptvorstand für Bas-Rhin daraus die Folgerungen zu ziehen, damit die Gewerkschaftseinheit in Services Public ebenfalls auf das schnellste und entsprechend den Wünschen der Gemeindearbeiter perfekt gemacht wird. Es liegt an den Gemeindearbeiter diesen, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, damit im Hinblick auf die bevorstehenden Angriffe der Proporzstadtverwaltung eine geschlossene und kampfbereite Abwehrfront vorhanden ist.

-o-o-o-o-o-ooo-o-o-

Aus der Bewegung.

=: = : = : = : = : = : = : = : = : = : = : = : =

d

Unsere letzte Versammlung, in der Kam. R. Bericht über die Verhandlungen mit der Partei bezügl. der Wiedervereinigung erstattete, gestaltete sich äusserst interessant. Alle Kameraden, auch die Sympathisierenden billigten vorbehaltlos den Standpunkt der IVKO, wonach eine Wiedervereinigung nur von unten und oben und auf dem Boden der Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie in Frage kommt.

Interessant war, aus dem Munde Sympathisierender zu hören, wie man ihre Unterschrift für die sogenannte Wiedervereinigung quasi ergaunerte. Ferner konnte berichtet werden, dass die Versuche zur Abbestellung der "Arbeiterpolitik" gerade ins Gegenteil umgeschlagen sind. Das vorläufige Resultat sind fünf neue Abonnenten. Damit bleibt unser Einfluss nach wie vor ungeschwächt und die Zeit wird kommen, wo auch die Schwankenden und Irreführten sich offen zur Politik der IVKO bekennen und sich restlos unseren Standpunkt restlos anschliessen werden.

Anschliessend wurde zur politischen Lage und den Kammerwahlen Stellung genommen. Wir werden den Standpunkt der IVKO in einem späteren Artikel präzisieren.

Von Bedeutung ist noch, dass der in Aussicht gestellte schriftliche Bescheid der Partei bis heute noch nicht eingetroffen ist.

Für unseren Kampffond gingen rund 20 Frs. ein, für die an dieser Stelle nochmals gedankt sei.

An unsere Mitglieder und Sympathisierende richten wir den Apell neue Kämpfer und Abonnenten für unsere "A.P." zu gewinnen denn noch nie war es notwendiger unsere Politik an breitere Schichten heranzutragen als gegenwärtig

Kleinigkeiten:

Hugo Eberlein im Hungerstreik. Wir haben seiner Zeit fortlaufend über die Verhaftung des bekannten deutschen Kommunisten Eberlein in Strassbourg berichtet und dabei auch die niedrige und gemeine Hetzkampagne niedriger gehalten, die im Zusammenhang mit diesem Fall von der sogenannten nationalen Presse betrieben wurde. Inzwischen hat sich auch der "Elsässer" in die Gesellschaft jener eingereiht, die absolut wollen, dass der Fall Hugo Eberlein mit dem franco-russischen Pakt in Zusammenhang gebracht werden soll.

Die Verhaftung und weitere Festnahme Hugo Eberleins ist ein einziger Skandal. Monate sind bereits seit seiner Festnahme vergangen, ohne dass der Untersuchungsrichter das Verfahren der Untersuchung abgeschlossen hätte. Die nationalistische Presse setzt jetzt die Lüge in die Welt, der Prozess sei mit Rücksicht auf die russisch-französischen Beziehungen und im Interesse der reibungslosen Annahme des sowjetrussisch-französischen Beistandspaktes vertagt worden. Inzwischen aber meldet die "Humanité", dass Hugo Eberlein gegen die fortlaufende Verschleppung seines Prozesses in den Hungerstreik getreten ist.

Die Kommunisten ohne Unterschied der Richtung haben nur ein Interesse: das unverzüglich mit diesem Justizskandal ein Ende gemacht wird. Hugo Eberlein ist ein politischer Flüchtling, der ein Anrecht auf das Asylrecht hat. Die nationalistischen und faschistischen Kreise haben sich des Falles Eberleins bemächtigt, um daraus Kapital zu schlagen. Nur deshalb hat auch bisher der Prozess nicht stattgefunden.

Wir appellieren an alle Arbeiterorganisationen ihre Stimme für die sofortige Freilassung Hugo Eberleins zu erheben. Es darf nicht länger geduldet werden, dass ein deutscher Emigrant nur deshalb in Haft behalten wird, weil es die nationalistische Pressejournalaille so will.

Rossé gegen den franco-russischen Pakt. Der bei der Generalratsersatzwahl im Kanton Winzenheim auch von den Kommunisten unterstützte UPR-Député Rossé hat im "Paris-Midi" bekannt gemacht, dass er sich entschlossen habe, von der Kammertribüne herab sein Wort gegen den franco-russischen Pakt einzulegen. Der Colmarer Député lässt mitteilen, dass der franco-russische Pakt dazu geeignet sei, dass das Elsass infolge seiner geographischen Lage die katastrophalen Folgen eines neuen Krieges mit Deutschland zu tragen habe. Da der franco-russische Pakt aber die deutsch-französische Verständigung fast verunmögliche, werde die UPR gegen die Ratifizierung des Paktes stimmen.

Jederman weiss, dass der franco-russische Pakt in keiner Weise gegen Deutschland gerichtet ist und es Deutschland beisteht dem Pakt beizutreten. Wenn Herr Rossé im franco-russischen Pakt ein unüberwindliches Hindernis zu der von ihm gewünschten deutsch-französischen Verständigung sieht, so ergibt sich daraus, dass die Rossésche deutsch-französische Verständigung nichts anderes beinhaltet, als dass Frankreich Deutschland freie Hand im Osten gebe. H. Rossé will also die imperialistische Verständigung, die wie das Romer Abkommen zeigt, nichts anderes als eine Ermunterung zum imperialistischen Kriege ist. Dafür aber bedanken sich die Werktätigen bestens.

Léon Blum von Faschisten niedergeschlagen. Bei der Beerdigung eines Faschistenführers in Paris geriet Léon Blum in die von den Faschisten errichteten Absperrketten. Als er von den Faschisten erkannt wurde, wurde er von ihnen niedergeschlagen, sodass er ins Krankenhaus überführt werden musste. In der Kammer herrschte ob des Überfalls grosse Empörung. Der Ministerpräsident Sarraut sah sich veranlasst einige unverbindliche Versprechungen zu machen. Er enthielt sich aber jeder klaren und eindeutigen Verpflichtung. Eine Vertretung der Linksdelegation wurde beim Ministerpräsidenten vorstellig. Der dreiste und freche Überfall auf Léon Blum zeigt den Arbeitern, dass sie sich nicht mehr auf leere Versprechungen der Regierung abfinden dürfen, dass sie endlich zum Schutz ihre Funktionäre, der Veranstaltungen und Einrichtungen der Arbeiterbewegung zur Bildung überparteilicher antifaschistischer Abwehrformationen übergehen müssen, wollen sie wirklich die faschistischen Organisationen entwaffnen und auflösen.



ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 8/III/Jahrgang.

Vierte Februarwoche 1936.

Nach dem Attentat auf Léon Blum:

WAS NUN ?

oooooooooooooooo

Die Arbeiterschaft Frankreichs hat den faschistischen Überfall auf Léon Blum mit gewaltigen Kundgebungen in Paris u. anderen Städten des Landes beantwortet. Die Pariser Demonstration vom letzten Sonntag war grösser als alle antifaschistischen Kundgebungen der letzten Jahre. Es hat sich vom neuem gezeigt, dass die Massen der Werktätigen Frankreichs den Faschismus verabscheuen und bereit sind, gegen ihn zu kämpfen. Aber es genügt nicht, diesen Kampfwillen zu begrüßen, es ist notwendig sich darüber klar zu werden, was nunmehr praktisch getan werden muss, damit die Wirkung der antifaschistischen Demonstrationen nicht verpufft, damit greifbare Ergebnisse des antifaschistischen Kampfes erzielt werden, damit den faschistischen Mordbanden endlich ihr Handwerk gelegt wird.

Der Überfall auf Léon Blum hat der Arbeiterklasse einen augenfälligen Beweis dafür geliefert, dass die Faschisten weder durch die Annahme des Gesetzes über die Ligen noch durch die republikanischen Phrasen der Regierung Sarraut daran gehindert wurden, ihre Provokationen fortzusetzen, ja noch zu vermehren.

Der Überfall auf Léon Blum war kein vereinzelt Ereignis, sondern nur die krasseste Ausprägung der systematischen Terror- u. Provokationstätigkeit der Faschisten. Wochen- u. Monatslang hatte die faschistische Presse ungestraft eine Mordhetze gegen Blum, Cachin, Frot u. a. Persönlichkeiten der Linken betreiben können. Die faschistischen Studenten konnten ungehindert nichtfaschistische Akademiker terrorisieren.

Es wäre eine Illusion zu glauben, das sei jetzt durch die Massnahmen der Regierung Sarraut gegen die "Action Française" anders geworden. Selbst wenn die Regierung die royalistische Bewegung, die sich um die "Action Française" schart, wirklich verboten hätte, auch dann wäre damit weder die faschistische Gefahr noch der faschistische Terror wesentlich geschwächt. Die "Action Française" gehört bekanntlich zu den organisatorisch und politisch am wenigsten einflussreichen Gruppen des französischen Faschismus, wenn einzelne schwache faschistische Organisationen verboten werden, die stärkste faschistische Organisation Frankreichs, die Croix de Feu, aber bestehen bleibt, so ist der Endeffekt eines solchen "Kampfes" gegen den Faschismus nur die Konzentration der faschistischen Kräfte. Die "Croix de Feu" sind keineswegs besser als die "Action Française", sondern haben sich in Limoges u. anderwärts gleichfalls als Mordbande erwiesen.

Aber die Energie der Regierung Sarraut hat nicht einmal dazu gereicht, die "Action Française" wirklich zu verbieten. Die gleichnamige Zeitung erscheint ruhig weiter u. Charles Maurras kann dort nach wie vor seine Mordartikel schreiben. Dieser selbe Maurras macht sich in einem seiner letzten Artikel über die Regierung lustig, indem er eine ganze Reihe royalistischer Organisationen aufzählt, die von der Regierung nicht verboten worden sind. Das Verbot der "AF" ist also eine reine Komödie.

Damit aber die Regierung auch nur zu dieser lächerlichen Viertelsmassnahme bereit war, war es notwendig, dass Léon Blum beinahe ermordet worden war, war eine einhellige Empörung der Massen nötig. Damit Sarraut wieder etwas tut oder

auch nur tut, als ob er etwas unternähme, muss der faschistische Terror wohl neue Opfer fordern. Die Methode, mit der Sarraut gegen den Faschismus "kämpft", eröffnet der Arbeiterklasse die Perspektive neuer faschistischer Terrorakte, solange, bis es zu spät ist, einen erfolgreichen Widerstand gegen die faschistischen Diktaturpläne zu organisieren.

Zieht die Lehren.

Die Lehre der letzten Ereignisse ist, dass die Arbeiter nicht darauf warten dürfen, dass irgendeine bürgerliche Regierung und der bürgerliche Staatsapparat mit dem Faschismus aufräumen, sondern dass sie das selbst besorgen müssen.

Im "Populaire" schrieb dieser Tage Séverac, dass die Demonstration der Pariser Arbeiter am Sonntag gezeigt hätte, dass das Proletariat sehr gut imstande sei, mit dem Faschismus Schluss zu machen, wenn es nur wolle. Séverac meint aber, es sei gut, wenn die Arbeiter jetzt noch davon Abstand nähmen u. es der Regierung überliessen, gegen die Faschisten vorzugehen. Séverac "warnt" dann aber die Regierung: wenn sie nichts Ernsthaftes unternähme, würde den Arbeitern die Geduld ausgehen.

Diese Politik, die hier im Zentralorgan der SFIO vorgetragen wird, ist geradezu katastrophal. Wenn man der Regierung und den Faschisten zu verstehen gibt, dass die Arbeiter auch dann nichts tun, wenn sie alle Möglichkeiten dazu haben, ihre Kräfte zu entfalten, dann ermuntert man nur die Regierung zu weiterem Nichtstun und die Faschisten zu neuen Terrorakten. Die Kampfberedtschaft der Massen aber muss schliesslich einer Enttäuschung Platz machen, wenn sie in r wieder mit Hoffnungen auf Sarraut, auf das Gesetz über die Ligen usw. abge-speist werden.

Auch die KPF-Führung hat sich (so auch in einem Artikel der Pariser Humanité) in diesen Tagen praktisch darauf beschränkt, die Anwendung des Gesetzes über die Ligen von der Regierung zu fordern. Dimitrow schrieb dieser Tage einen Artikel, der zeigt, dass die Führung der KI die Schwächen der politischen Haltung der KPF spürt ohne sich allerdings über die Ursachen dieser Schwächen völlig im klaren zu sein. Dimitrow meint, mit Gesetzen allein könne man den Faschismus nicht erledigen, dazu sei die Aktion der Massen, der Kampf für die materiellen Interessen der Massen notwendig. Aber auch Dimitrow hält an der Volksfront fest. Und wie soll eine Aktion der Massen in Gemeinschaft mit der radikalen Partei entwickelt werden? Die radikale Partei ist die tragende Säule der Regierung Sarraut und diese Regierung hat durch ihr Polizei- und Militäraufgebot gegen die streikenden Arbeiter von Marseille ein deutliches Beispiel ihrer Stellung zum Kampf der Arbeiter für die Verteidigung ihrer materiellen Interessen geliefert. Mit der Volksfront, und ohne Kampf gegen die Regierung Sarraut kann die Aktion der Massen, von der Dimitrow spricht nicht verwirklicht werden.

Bezeichnend ist aber, dass weder die KPF noch Dimitrow die Losung aufstellen, die nach den Ereignissen der letzten Tage die Losung der Stunde für die französischen Arbeiter sein müsste, die (auch vom 7. Weltkongress der Komintern aufgestellte, allerdings der opportunistischen Volksfrontpolitik widersprechende) Losung der Schaffung eines überparteilichen antifaschistischen Selbstschutzes. Dafür gilt es jetzt einzutreten. Denn nur wenn ein solcher Selbstschutz existiert, kann auch ein Verbot der faschistischen Organisationen wirksam sein.

oooooooooooooooooooo

DIE PARLAMENTSDEBATTE ÜBER DEN PAKT MIT DER SU. oo

Am Dienstag wurde die Debatte über die Ratifizierung des Paktes zwischen Frankreich u. der Sowjetunion in der Kammer fortgesetzt. Es sprachen vor allem die faschistischen Gegner des Paktes, u. a. Taittinger und Philippe Henriot. Ihre Argumente bestanden in der Hauptsache in den bekannten Mörchen von "Moskaus Gold" u. in Hassausbrüchen gegen den Kommunismus und die Kommunistische Internationale. Einige der faschistischen Redner, so z. B. Taittinger, begründeten ihre Ablehnung des Paktes auch noch mit aussenpolitischen Argumenten. Sie behaupteten, der Pakt bedeute eine feindselige Haltung gegenüber Deutschland, mit dem sich zu verständigen, die wichtigste Aufgabe Frankreichs im Augenblick sei.

Aber mit dieser Auffassung zur Verständigung mit Deutschland fand Taittinger nicht einmal auf der Rechten ungeteilten Beifall, denn kaum hatte er seinen Vorschlag vorgebracht, als auch schon der bekannte reaktionäre Abgeordnete Franklin-Bouillon sich in diesem Punkte von ihm abgrenzte und gegen seine Ausführungen protestierte. Dieser Zwischenfall zeigt am deutlichsten die Unstimmigkeit, Verwirrung und Desorientierung der französischen Reaktionäre in der Frage des Paktes zwischen Frankreich und der Sowjetunion. Wenn sie sich in der Bekämpfung des Paktes aus innerpolitischen Gründen auch einig sind, so verfügen sie doch über kein gemeinsames aussenpolitisches Programm, das sie dem Fakt Frankreichs mit der Sowjetunion entgegenstellen könnten. Die Verständigung mit den Nazis auf Kosten der Sowjetunion, die eine Handvoll von Faschisten prodigen, stösst bei entschiedenen Kreisen der französischen Rechten auf heftige Ablehnung, weil sie befürchten, dass nach einem eventuellen Sieg der Nazis über die SU mit Hilfe des französischen Imperialismus Frankreich einem siegreichen Hitlerdeutschland erst recht zum Opfer fallen würde. So zeigt der Kampf der Franklin-Bouillon, Korillis usw. gegen den Pakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion, wie die französische Reaktion zwischen der Angst vor dem deutschen Imperialismus und der Angst vor dem Kommunismus schwankt.

Der Standpunkt der KPF in der Diskussion vertrat Péri. Die Schwäche seiner Ausführungen bestand einmal darin, dass er die schwankende Haltung der französischen Bourgeoisie gegenüber dem Pakt mit der SU nicht genügend scharf geisselte und nicht zeigte, ein wie unsicherer Fundament die imperialistische Frankreich schon heute ist und zum anderen darauf, dass er die Aufgaben der französischen Arbeiterklasse im Kampfe für die Verteidigung der SU nicht genügend klar herausarbeitete.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die spanischen Wahlen:

DER VOLKSFRONTWAHLSIEG UND SEINE BEDEUTUNG.

oo

In Spanien haben die Wahlen mit einem Erfolg der Volksfront geendet. Der Volksfront gehören in Spanien die linksbürgerlichen Parteien, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und ein Teil der Syndikalisten an. Was beweist das Ergebnis der spanischen Wahlen? Beweist es die Richtigkeit der Volksfrontpolitik?

Keineswegs. Die Pariser "Humanité" und der "Populaire", die sich beide zur Volksfrontpolitik bekennen, stellen fest, dass der Linksruck bei den spanischen Wahlen in erster Linie eine Auswirkung des heroischen Aufstandes vom Oktober 1934 ist. Die spanischen Arbeiter sind zwar damals niedergeschlagen worden, aber ihr Kampf hat ihnen bewiesen, welche Kraft sie verkörpern. Die asturischen Bergarbeiter, die zwei Wochen lang eine ganze Armee im Schachielten, haben dem spanischen Proletariat gezeigt, wozu es fähig sein könnte, wenn es als Ganzes in Aktion tritt. Die Niederlage, die die spanischen Arbeiter im Kampf erlitten hatten, hatte andere Folgen als das kampflöse Zurückweichen der Arbeiter in anderen Ländern. Die spanischen Arbeiter fühlten sich nicht geschlagen, die bauten ihre Organisation rasch wieder auf. Das hat dazu geführt, dass die Kräfte der spanischen Reaktion, Monarchisten, Klerikale, Faschisten, trotz allen Anstrengungen nicht in dem Masse, wie sie das erhofften, in dem Massen Fuss fassen konnten und jetzt bei den Wahlen Schiffbruch erlitten haben.

Hat aber das Bündnis der republikanischen Bourgeoisie, die Volksfront, die Kräfte der Arbeiterklasse verstärkt? Das ist nicht der Fall. Die republikanische Bourgeoisie spielte bei den Oktoberkämpfen 1934 eine klägliche Rolle. Als sie sah, dass die Arbeiterbewegung trotz der Niederlage einen neuen Aufstieg nahm, suchte sie sich ihrer zu bedienen, um wieder zur Macht zu gelangen. Es ist für die spanischen Republikaner bezeichnend, dass sie bei den Verhandlungen über das Volksfrontprogramm Wert darauf legten, sich öffentlich von einer Reihe von revolutionären Forderungen abzugrenzen, so insbesondere von der Forderung der Konfiskation des Grossgrundbesitzes. Dabei ist die Agrarfrage eine Kernfrage der spanischen Revolution; die spanische Reaktion stützt sich bekanntlich auf den halbfeudalen kirchlichen und privaten Grossgrundbesitz. Die bürgerlichen Republikaner setzten es gleichfalls durch, dass ihnen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten der Volksfront eine Mehrheit gegenüber den Arbeiterparteien gesichert wurde. Auch die Forderung nach einer staatlichen Arbeitslosenversicherung wurde von den bürgerlichen Republi-

kähern abgelehnt. Selbst eine rein staatskapitalistische Massnahme, wie die Verstaatlichung der Bank von Spanien, die nicht mit Socialismus zu tun hat, wurde von den bürgerlichen Volksfrontpartnern verworfen.

Die Volksfrontpolitik bestand also darin, dass die Arbeiterparteien den bürgerlichen Republikanern die Möglichkeit gaben, die Arbeiterbewegung und deren Einfluss unter den nichtproletarischen Werktätigen auszunützen, um sich eine politische Position zu schaffen, zu der die eignen Kräfte der bürgerlichen Linken sicher nicht ausreichten.

Die gewaltigen Demonstrationen, mit denen die spanischen Arbeiter in allen Teilen des Landes auf die Bekanntgabe der Wahlergebnisse reagierten, zeigen, dass sie jetzt etwas anderes erwarten, als eine blosse Personalveränderung in der Regierung. Schon haben die spanischen Arbeiter durch Massenkundgebungen durchgesetzt, dass die Freilassung der politischen Gefangenen begonnen hat. Infolge der Faltung der Arbeiterparteien machen sich die spanischen Arbeiter wahrscheinlich noch Illusionen über die Volksfront. Aber es wird sich bald zeigen, dass eine linkabürgerliche Regierung den Massen nichts das geben kann, was sie erwarten und was sie brauchen.

Die spanischen Kommunisten stehen jetzt am Scheidewege. Setzen sie die Volksfrontpolitik fort, dann werden sie, wie das angekündigt wird, zusammen mit den Sozialdemokraten eine linksbürgerliche Regierung unterstützen, (inzwischen haben die bürgerlichen Republikaner der Volksfront mit Azana an der Spitze bereits die neue Regierung gebildet) denn wird die Autorität der KP in der Augen der Massen leiden, dann wird dadurch die aufsteigende Massenbewegung nur gehemmt werden. Durch eine Politik der proletarischen Einheitsfront aber, die die Bewegung der Arbeitermassen weitertreibt und sie mit dem Kampf der Bauern verbindet, können die spanischen Kommunisten dagegen die Voraussetzungen für einen siegreichen Kampf der Arbeiter und Bauern Spaniens um die Macht schaffen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus dem III. Reich:

NAZIMETHODEN ZUR TUBERKULOSEBEKÄMPFUNG.

oo

Unbeachtet von der breiten Öffentlichkeit, vor allem des Auslandes, wird im Hitlerreich immer energischer die Forderung propagiert, ein Gesetz zu erlassen, dass die offenen und unheilbaren Tuberkulosen der Zwangsisolierung unterwerft. In der medizinischen Fachpresse, so in der "Münchener Medizinischen Wochenschrift" (Heft 35/1935) wird allen Ernstes die "Sterilisierung aller Kranken mit fortschreitender oder fortgeschrittener Tuberkulose" gefordert.

Wenn die Weltöffentlichkeit nicht Alarm schlägt, kann diese Propaganda Erfolg haben. Nicht nur diese Zeitschrift, sondern in massgebenden höheren Stellen der Naziregierung wird diese Forderung unterstützt. Was das bedeutet, dazu nur einige Hinweise:

In Deutschland erkranken nachweislich 20 % der Bevölkerung im zeugungsfähigen Alter an Tuberkulose, die in wechselnden Verhältnissen wieder ausheilt, nicht ausheilt, bemerkt wird oder nicht bemerkt wird. Wenn die genannte Forderung Gesetz wird, bedeutet das, dass die Nachkommenschaft von 13 Millionen Menschen ausgeschaltet wird.

Wir überlassen es jedem normal denkenden Menschen, sich selbst auszumalen, was das sozial, moralisch, medizinisch, volkswirtschaftlich usw. bedeutet.

Nicht die Tuberkulose dieser "sterilisierten Volksgenossen" wird bekämpft oder ausgeschaltet, nur die Zeugungsfähigkeit der Kranken beschäftigt diese Nazimediziner. Die Ansteckungsgefahr dieser 13 Millionen wird durch die Sterilisierung in keiner Weise eingeschränkt. Bis heute liegt kein stichhaltiger Beweis für die Vererbung der Tuberkulose vor. Jeder Mensch kann bei entsprechenden Voraussetzungen (schlechte Ernährung, schlechte allgemeine Lebensbedingungen, Krankheiten etc.) an Tuberkulose erkranken, unabhängig von seinen "Erbeschaften". Der Grund für die Vorschläge der Nazimediziner ist:

Der Staat will kein Geld für die Bekämpfung und Behandlung der Tuberkulosekranken ausgeben, sondern nur für die "volkserhaltenden" Zwecke. Deshalb steckt man die bereits schwer an Unterernährung, Erwerbslosigkeit und dergleichen

gefährdete Grosstadtjugend ins Landjahr unter den unhygienischsten Bedingungen und begünstigt dadurch die Anstockung dieser Jugend mit Tuberkulose in diesem besonders gefährlichen Altersjahr.

Die Zeche bezahlt das Proletariat und der verelendete Mittelstand. Immer mehr Menschen werden im "blühenden" Alter durch die Schwindsucht vernichtet. Diese Opfer sollen durch einen "erbtüchtigen" Nachwuchs in Zuchthöfen ersetzt werden, wo die "gebärfähigsten" nordischen Frauen mit den zeugungstüchtigsten" nordischen Männern gepaart werden. Zu diesem Zweck schreibt der Chef der grössten deutschen Frauenkliniken ein Buch über das Problem: "Können nordische Frauen ostische Kinder gebären?", angezeigt in der "Münchener Medizinischen Wochenschrift";

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Föderationskongress der SFIO des Bas-Rhin:

Für die Front-populaire.

=:==:==:==:==:==:==:==:==:==:

Am verflossenen Sonntag tagte in Strassbourg der Kongress der SFIC von Bas-Rhin. Die Konferenz hat ihren Willen in einer Entschliessung ausgedrückt, in der es heisst:

"Der Kongress der Fédération du Bas-Rhin ... beschliesst, im Rahmen der Beschlüsse des ausserordentlichen Nationalkongresses von Boulogne-sur-Seine, betreffs Durchführung des Front-populaire bei den nächsten Kammerwahlen, alles zu tun, um die Niederlage der faschistischen Reaktion und den endgültigen Sieg der demokratischen Freiheiten zu erreichen."

Naegelen erklärte zur Kommentierung dieser Entschliessung in seinem Schlusswort auf der Konferenz:

"... Deshalb erklären wir; ja Einheit mit der KPF und den Radikalen, aber nicht mit Hueber und den Autonomisten. In allen Wahlweisen kommt der Front-populaire für den 2. Wahlgang in Betracht."

Wir verzichten hier darauf, auf solche Ungereimtheiten, wie den "endgültigen Sieg der demokratischen Freiheiten" durch die nächste Kammerwahl einzugehen. Unsere Leser wissen, dass die demokratischen Freiheiten der Werktätigen - die der Bourgeoisie zu verteidigen lehnen wir ab - endgültig nur durch die Diktatur des Proletariats gesichert werden können. Von Bedeutung an der erwähnten Entschliessung ist lediglich, dass sie eine Ablehnung des von Naegelen in der "FPB" auch für die Kammerwahl propagierten freiwilligen Proporz beinhaltet, der bekanntlich von Naegelen und dem Föderationsvorstand als der "gerade" und "ehrliche" Weg bezeichnet wurde.

Ist es bessere Einsicht, ist es das Scheitern der Versuche für die Kammerwahl die monströse Proporzfront von den Gemeinderatswahlen wieder zu erwecken oder ist es der in der SFIO wachsende Widerstand gegen die Sabotage des Aktionspaktes und der Politik der Zusammenarbeit mit den bürgerlich reaktionären Parteien, der jetzt Naegelen veranlasste ein Bekenntnis zum Zusammengehen mit den Kommunisten abzulegen? Oder ist es gar nur reine Mandatshunger, den man nunmehr auf dem Wege über die Erweckung der Front-Populaire zu befriedigen gedenkt?

Das sind so einige Gedanken, die die Entscheidungen der Föderationskonferenz der SFIO im Hinblick auf die bisherige Politik der SFIO im Bas-Rhin auslösen müssen. Dies umso mehr, da Naegelen mit grosser Hartnäckigkeit nur vom Front-populaire, aber nicht von der proletarischen Einheitsfront sprach, dass die Radikalen im Bas-Rhin offen und ungekünstelt für Laval eingetreten sind und sehr resolute Anhänger der Deflationspolitik, also der Politik der Kapitalsoffensive auf die Werktätigen sind, dürfte auch der SFIO bekannt sein.

Eine weitere Bemerkung Naegelons lässt gleichfalls den Schluss zu, dass es der SFIO mit ihrem Bekenntnis zum Front-populaire nicht um die Aktionseinheit zum Zwecke einheitlicher Aktionen gegen die Kapitalsoffensive handelt, sondern um engbegrenzte Wahlabsichten. Naegelen deutete mit keinem Wort die Notwendigkeit des Bruches mit den bürgerlichen Parteien an, mit denen die SFIO in Strassbourg die Stadtverwaltung beherrscht. Im Gegenteil! Naegelen erklärte, dass im kommenden Wahlkampf nicht die Deflationspolitik, sondern die faschistische Ge-

fahr die grösste Rolle spielen werde, Was soll das heissen? Der wirkliche Kampf gegen den Faschismus ist untrennbar mit dem Kampf gegen die Deflationspolitik verbunden. Nur in dem Masse wie die Einheitsfront sich zum Verteidiger der materiellen Interessen der werktätigen Massen macht, vermag sie diese Massen um sich zu sammeln und sie dem Faschismus gegenüberzustellen. Die Erklärung Naegelen aber lässt den Schluss zu, dass die SFIO lediglich die Absicht hat bei den Kammerwahlen den Front populaire zu verwirklichen, aber garnicht daran denkt ihre Politik der Zusammenarbeit mit den Dekretpolitikern Frey, Walter usw. in der Stadtverwaltung aufzugeben.

Eine solche Einheitsfront ist ein Betrug und eine Täuschung der Arbeiter, die die Kommunisten nicht begünstigen dürfen, wollen sie nicht den Hueber, Ross und Konsorten die Hasen in die Küche treiben.

Die SFIO muss mit dem Hin- und Hergefackel Schluss machen. Sie muss sich klar und eindeutig für die Aktionseinheit aussprechen, deren Grundlage das zentral zwischen SFIO und KPF vereinbarte Aktionsprogramm sein kann, ergänzt durch die Forderung der Arbeiterkontrolle der Produktion. Und sie muss daraus alle Konsequenzen ziehen, d. h. sie kann nicht auf der einen Seite zusammen mit den Kommunisten Wahlen machen, dann wieder einmal mit den Bürgerlichen gegen die Kommunisten, um in der Hauptsache mit den Frey, Walter in Koalitionspolitik zu machen, also mit jenen, gegen die sich die Aktionseinheit richten soll.

Hier ist völlige Klarheit nötig.

— o o o o o o o o o o —

Hueber über die prol. Einheitfront:

"Eine Politik zum kotzen".
=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:

Mohn und Naegelen haben in einer Kundgebung der vereinigten Gewerkschaften das Wort gegen den Faschismus ergriffen. Dies trotz des scharfen politischen Gegensatzes, der zwischen Mohn und Naegelen wegen der Propropolitik des letzteren besteht und trotz der nicht gerade zärtlichen Polemik, die die "FP" gegen Mohn führte.

Hueber und die "NW" sehen in dem gemeinsamen Auftreten von Mohn und Naegelen einen Anlass, sich mit Ekel von einer solchen Politik abzuwenden.

Das ist der zartfühlende Hueber, der ja schon immer die proletarische Einheitsfront verabscheute, wie der Teufel das Weihwasser!

Für Hueber-Mourer ist die proletarische Einheitsfront zum kotzen. Sie sind zwar bereit mit einem solchen Erzdemagogen, wie Rossé, mit einem Hitlerianer wie Rossé und mit einem M. Walter Einheitsfront zu machen. Das alles ist ihnen garnicht zum kotzen, sondern entspricht ganz ihrer politischen Mentalität. Aber wenn Mohn u. Naegelen, als Mitglieder der Einheits-CGT in einer Versammlung gemeinsam gegen einen gemeinsamen Feind auftreten, dann steigt ihnen der Ekel in die Kehle und sie möchten kotzen. Dabei sind die vergangenen Polemiken zwischen Mohn und Hueber auch nicht gerade durch eine besonders tugendhafte Erziehung gekennzeichnet gewesen.

Aber wir kennen die Schmerzen Huebers u. Mourers. Wir wissen warum ihnen eine wirkliche und nicht nur ointägige und auf eine Versammlung begrenzte Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten den Ekel in die Kehle treiben würde. Wenn die proletarische Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes und unter Ablehnung jeder Klassenzusammenarbeit zustande käme, dann wäre das demagogische Spiel, das heute Hueber-Mourer als angehliche Klassenkämpfer noch mit Erfolg treiben können, bald zum Scheitern verurteilt. Wenn Hueber-Mourer sich nicht mehr als die sogenannte Arbeiteropposition im Gemeinderat etablieren können, dann ade Mandate und ihr in so greifbarer Nähe winkende Députés-Posten.

Wir wollen die wirkliche proletarische Einheitsfront der Arbeiter und ihrer Organisationen zum gemeinsamen Kampf. Wir haben die Grundlagen und Voraussetzungen dieser Einheitsfront zur Genüge an dieser Stelle umschrieben.

Wir sind sowohl bereit mit Naegelen, als auch mit Hueber gemeinsam in dieser Front zu kämpfen, wenn sie dafür die Voraussetzungen schaffen und wir kämpfen

4.) Inbezug auf die Els., Arbeiter- u. Bauernpartei hält die IVKO daran zu betonen, dass für sie eine Unterstützung ihrer Kandidaten im II. Wahlgang nur in Frage kommt, wenn die Els. Arb. u. Bauernpartei bereits im I. Wahlgang ihr Bündnis mit den hitlerisch orientierten Autonomisten löst und sich zur tatsächlichen Verwirklichung der Aktionseinheit mit der KPF und SFIO auf Basis des Aktionsprogramms bereit findet, dass zentral zwischen SFIO und KPF vereinbart worden ist.

Wenn die genannten Parteien, diese elementaren und selbstverständlichen Bedingungen nicht erfüllen, ist die IVKO der Meinung, dass die KPF auch im II. Wahlgang ihre Kandidaten aufrecht erhalten müsste, da dies allein den Interessen der Arbeiterklasse und allen Werktätigen dienen kann. Sie selbst wird ihr Verhalten von diesen Gesichtspunkten bestimmen lassen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Allerlei Wichtiges.

Mourer gegen den franco-russischen Pakt. In einem Augenblick da sich die gesamte elsässische Reaktion von Roos über Rossé und Oberkirch gegen den franco-russischen Pakt vereinigt, kann Mourer, der Député der Els. Arb. u. Bauernpartei nicht fehlen. Da es ihm infolge eines bedauerlichen Beinleidens nicht vergönnt ist mit Rossé, Oberkirch und Consorten von der Parlamentstribüne seine "proletarische" Stimme gegen diesen "Kriegspakt" und für die Verständigung zwischen dem imperialistischen Frankreich und dem auch so friedfertigen Deutschland Adolf Hitlers zu erheben, hat er sich bescheiden in der "NW" dem Goebelsschen Trompeter P. Schall von der "Elz" angeschlossen. Während Rossé nur ganz geheimnisvoll andeutete, dass man die Verständigung mit Deutschland durch den franco-russischen Pakt verunmögliche, ohne dafür die Gründe genau zu präzisieren, scheut sich der Pseudo-Kommunist Mourer nicht, die Katze aus dem Sack zu lassen. Nach ihm sind die Verhältnisse in Ost- und Südosteuropa auf die Dauer unhaltbar. Als Beweis führt er zwar den polnischen Korridor an, aber jedes Kind weiss, dass Hitler Polen den Status-quo für 10 Jahr garantiert hat und daher der polnische Korridor nicht der wahre Grund der Mourererischen Abneigung gegen den franco-russischen Pakt sein kann. Mourer deutet auf den polnischen Korridor, aber jedermann weiss, dass Hitler ganz andere Pläne verfolgt. Mourer ist nicht so dumm, um nicht zu wissen, dass sein Eintreten für das Prinzip der freien Hand Hitlers in Ost- und Südosteuropa ein ~~Reiz~~ Eintreten für die Ablenkung des hitlerischen Expansionsdranges nach dem Osten und eine auf dieser Basis herbeigeführte deutsch-französische Verständigung, ebenso der Verbote eines imperialistischen Krieges ist, wie die imperialistische Verständigung Lavals mit Mussolini. Mourer weiss dies und da er es weiss, muss man den Arbeitern sagen, dass Mourers deutsch-französische Verständigung ein Eintreten für den Krieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion, das Land des Sozialismus ist.

Mourer scheut sich nicht die Verdächtigung auszusprechen, dass heute ebenso der russische Rubel rollt, um den franco-russischen Pakt unter Dach und Fach zu bringen, wie seinerzeit beim Abschluss des Vorkriegsbündnisses Frankreichs mit dem zaristischen Russland. So etwas wagt sich den Arbeitern noch als Kommunist vorzustellen, während doch seine politische Wandlungsfähigkeit und seine Gebundenheit an den hitlerisch orientierten Autonomismus eher auf gewisse Markbeträge schliessen lässt.

Die Wahlen zu den Krankenkassenausschüssen haben den christlichen Gewerkschaften einen Erfolg, den wiedervereinigten Gewerkschaften eine Schlappe gebracht. Während die Agitation der Einheits-CGT völlig ungenügend war, haben die christlichen Gewerkschaften im Verein mit den kirchlichen Organisationen und allen reaktionären Vereinigungen eine rührige öffentliche Agitation und eine ebenso emsige Kleinarbeit geleistet. Besonders der Selbstversicherten und der Dienstboten nahmen sie sich an.

Hinzu kam noch, dass unter den Mitgliedern der vereinigten Gewerkschaften in Strasbourg gegenseitige Streichungen vorgenommen wurden. Ein Resultat des Nichtvorhandenseins der proletarischen Einheitsfront und der durch SFIO und Hueberpartei hervorgerufenen konfusen Lage in der Arbeiterbewegung. Das Ergebnis in Strasbourg wird wahrscheinlich dazu führen, dass die Christen gemeinsam mit den Vertretern der sogenannten Arbeitgeberlisten den Vorstand der Ortskrankenkasse beherrschen werden.

Nach dem Attentat auf Léon Blum:

Was tut not?

Das Attentat auf Léon Blum hat blitzartig die gegenwärtige Lage erhellt.

Trotz Ligengesetz, von Kammer und Senat votiert,

trotzdem massgebliche Anhänger der Volksfront, wie Delbos, Zay, Chautemps, Boncour, Déat u. a. der Regierung Sarrault angehören,

hat die Regierung Sarrault nichts getan, um die faschistischen Banden zu ent-
waffnen und aufzulösen, hat sie nichts getan um das Ligengesetz gegen die
faschistischen Mordorganisationen anzuwenden.

Durch ihr Nichtstun, durch ihre Politik des Fortwurstelns, hat sie die faschis-
tischen Jünglinge ermuntert, hat sie die faschistischen Organisationen er-
müht, hat sie die Mordhetze der faschistischen Führer begünstigt.

Deshalb die Überfälle auf Frot im Pariser Justizpalast,

Deshalb die von Mussolini inspirierten Skandalzonen an der Pariser Univer-
sität gegen den Professor Jéze,

Deshalb die Versammlungsprengung in der Aubette in Strasbourg,

Deshalb das Attentat gegen Léon Blum.

LASST EUCH NICHT TÄUSCHEN

=====

durch die gross angekündigten Massnahmen Sarraults gegen die "Action Fran-
çaise".

Deren Führer, die seit Monaten zum Mord an den Arbeiterführern auffordern
erfreuen sich weiter der republikanischen Freiheit,
das Organ der "Action Française" ist trotz Verbot der Organisation weiter-
erhoben und hetzt weiter und macht sich lustig über das Verbot ihrer Or-
ganisation, indem es all die royalistischen Organisationen aufzählt die vom
Verbot nicht betroffen werden.

Was nützt die Auflösung der "Action Française", wenn die grossen faschis-
tischen Organisationen, wie die "Croix de Feu", weiter bestehen bleiben, die
durch eine solche teilweise Auflösung nur zum Sammelbecken aller Faschis-
ten werden?

Das Sarraultsche Verbot ist kein Schlag gegen den Faschismus, sondern ein Mit-
tel zur Konzentration aller Faschisten in einer grossen faschistischen Orga-
nisation, wie der "Croix de Feu", die wie Limoges zeigt, nicht minder rabiat
gegen die Arbeiterklasse vorgeht, wie die zahlenmässig schwache und unbedeu-
tende Royalistische Organisation.

Lasst Euch nicht durch die Sarraultschen Scheinmassnahmen täuschen!
Sie sind nur Sand in Eure Augen! Sie sollen Euch nur beruhigen, Eure Erre-
gung vermindern, Eure eigne Klassenaktion zugunsten eines nichtsagenden
Scheinkampfes der Regierung einschläfern.

DAS DARF NICHT GESCHEHEN!

=====

Ihr müsst wissen; der Kampf gegen den Faschismus fordert zwei Dinge:

1.) die geschlossene Aktion der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische
Krise und die Kapitalsoffensive auf Lohn, Brot und Arbeit der Werktätigen.

Das aber ist solange unmöglich, solange sich Arbeiterorganisationen in ir-
gendeiner Form mit bürgerlichen Parteien koalieren, sei es unter der Bezeich-
nung Proporz, Volksfront oder Front-populaire.

2.) den geschlossenen einheitlichen ausserparlamentarischen Kampf gegen die
faschistischen Banden, indem ihr gleichzeitig die Verteidigung Eurer Organi-
sationen, ihrer Einrichtungen, ihrer Veranstaltungen und ihrer Führer in Eure
Hände nehmt, indem ihr den faschistischen Mordbanden Euren überparteilichen
antifaschistischen Selbstschutz entgegensetzt.

Indem ihr das erste Tut werdet ihr alle Werktätigen um Euch scharen und verhindern, dass der Faschismus zu einer Massenbewegung wird,

Indem Ihr das zweite tut, werdet ihr den faschistischen Terror brechen und die Auflösung der faschistischen Organisationen erzwingen und sicherstellen.

Indem Ihr Euch auf die Regierung verlasst, wird der Faschismus nur frecher und herausfordernder werden.

Wenn Ihr nicht wollt, dass die Erregung verebbt, dass der Hass gegen die faschistischen Banden verpufft, dass Morgen das gleiche Spiel beginnt,

dann berauscht Euch nicht an grossen Demonstrationen, sondern verlangt und sorgt dafür, dass Eure Kundgebungen, Eure Demonstrationen wirkliche Ergebnisse zeitigen, wirkliche Resultate zur Folge haben.

FORDERT

dass ohne Verzug die Aktionseinheit zwischen Sozialisten und Kommunisten in Strasbourg um im gesamten Unterelsass für die gemeinsame Aktion realisiert wird;

FORDERT

dass die vereinigten Gewerkschaften dem Aktionspakt und der proletarischen Einheitsfront beitreten, denn nur wenn die wirtschaftlichen Kampforganisationen dem Pakt angehören, kann die proletarische Einheitsfront wirkliche Aktionen gegen die Notverordnungen und die Kapitalsoffensive organisieren.

Parteilpolitische Neutralität der Gewerkschaften? Ja!

Politische Neutralität der Gewerkschaften? Nein! Weil sie ein Verderb für das arbeitende Volk ist.

FORDERT

dass endlich mit der Bildung des überparteilichen antifaschistischen Selbstschutzes ernst gemacht wird.

Der Kongress der Arbeitersportorganisationen von Elsass-Lothringen hat in dieser Frage bereits einen zustimmenden, einstimmigen Beschluss gefasst.

Aber es kommt auf die Durchführung an!

Der überparteiliche antifaschistische Selbstschutz soll auf der Grundlage der wiedervereinigten Arbeitersportorganisationen als Organ der proletarischen Einheitsfront mit Unterstützung der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterparteien gebildet werden.

Lasst Euch nicht durch schöne und radikale Worte, denen keine Taten folgen, betören, Der Worte sind genug gewechselt, jetzt lasst uns endlich Taten sehen.

Lasst nicht locker! Unterstützt diese Forderungen in Euren Gewerkschaftsversammlungen, in Euren Sportsvereinen, in Euren Betriebsversammlungen! Sendet Delegationen aus Vertretern aller Richtungen zu den Führungen und fordert von ihnen:

HER MIT DER PROLETARISCHEN AKTIONSEINHEIT AUCH IN STRASBOURG!

HER MIT DEM ANTIFASCHISTISCHEN SELBSTSCHUTZ!

HER MIT DEN EINHEITLICHEN AKTIONEN FÜR LOHN, BROT UND ARBEIT, FÜR DIE AUFLÖSUNG ALLER FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN UND IHRE ENTWAFNUNG UNTER DER KONTROLLE DER ORGANE DER EINHEITSFRONT!

Kommunistische Partei-Opportunisten
(I.V.K.O.)

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 9/III, Jahrgang.

Erste Märzwoche 1935.

Sarrauts Schoinkampf gegen den Faschismus:

WOHIN SOLL DAS FÜHREN?
oooooooooooooooooooooooooooo

In seiner Sitzung v. 20. Februar hat das Koordinationskomitee der KPF und der SFIO eine Entschliessung angenommen, in der es feststellt, dass "Männer wie Maurras und Zeitungen wie die "Action Française" nach wie vor die Freiheit der Aufforderung zum Mord geniessen u. dass die Auflösung der Ligen u. Verbände der "Action Française" noch nicht wirksam geworden ist". Das Koordinationskomitee protestiert weiter dagegen, dass die Pariser "Humanité" u. andere proletarische Zeitungen von den Gerichten verfolgt werden, während die faschistischen Banditen der Croix de Feu, die in die Räume der sozialistischen Seine-Föderation eingebrochen waren, freigesprochen werden.

Diese vom Koordinationskomitee angeführten Tatsachen sind ein schlüssiger Beweis dafür, dass die Regierung Sarraut weder fähig noch gewillt ist, ernsthafte Massnahmen gegen den Faschismus zu ergreifen, dass der Bürgerliche Staatsapparat die Polizei und Justiz, den Faschismus faktisch begünstigt u. dass die selbstständige Aktion der Arbeiter notwendig ist, wenn den faschistischen Mörderbanden wirklich zu Leibe gegangen werden soll. Das Koordinationskomitee, d.h. die Zeitungen der SFIO und der KPF ziehen aber diese Folgerungen nicht. Am Tage nach der Tagung des Koordinationskomitees haben die Parlamentsfraktionen der SFIO und der KPF der Regierung Sarraut das Vertrauen ausgesprochen, obwohl die Entschliessung des Koordinationskomitees beweist, dass die Taten der Regierung Sarraut nicht das Vertrauen, sondern das Misstrauen der Arbeiter verdienen.

Die KPF hat sich am 21. Februar nicht mehr bloss der Stimme enthalten, wie nach der ersten Erklärung der Regierung Sarraut in der Kammer, sondern hat offen für die Regierung gestimmt. Die KPF tat das, weil die Regierung von der Rechten angegriffen wurde, die ihr vorwarf, dass sie die Volksfrontdemonstration v. 16. Februar zugelassen u. nicht verboten habe. Aber das Argument, dass man eine Regierung unterstützen müsse, bloss weil sie von rechts angegriffen wird, ist nichts anderes als das berüchtigte Argument vom "kleineren Übel", mit dem die deutsche Sozialdemokratie solches Unheil angerichtet hat. Das Verhalten der KPF-Fraktion ist umso mehr zu verurteilen, als Sarraut in seiner Rede vor der Kammer mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zu verstehen gab, dass er einen wirklichen Kampf der Arbeiter gegen den Faschismus ablehnt u. mehr als alles andere fürchtet.

Sarraut erklärte wörtlich:

"Angesichts der Erregung des Volkes (über das Attentat auf Léon Blum);; habe ich vorausgeföhlt, was kommen wird, denn ich kenne die Reflexe von Paris. Ich habe eine ganze Reihe von Strafexpeditionen kommen sehen... Ich habe gerade vermeiden wollen, dass das Gesetz der Vergeltung angewandt werde. Zweifellos hätte ich die Polizei dagegen aufgeboten, aber das hätte zu Blutvergiessen geführt, was manche, wie ich weiss, hingenommen hätten, aber was ich nicht hinnehme... Derjenige, der das Gewitter aufziehen sah, das plötzlich ausbrechen konnte, musste das Sicherheitsventil öffnen. Ich habe es geöffnet u. ich beglückwünsche mich dazu".

Sarraut sagt also ganz zynisch, dass er die Volksfrontdemonstration nur gestattet habe, um ein "Sicherheitsventil" zu öffnen, d.h. um zu verhindern, dass die

Arbeiter nicht bloss demonstrieren, sondern darüber hinaus wirklich mit dem Faschismus aufräumen. Sarraut erklärt weiter, dass er, wenn die Arbeiter gegen die faschistischen Banden losgegangen wären, bereit war, die Polizei auf die Arbeiter schießen zu lassen. Und dafür spricht ihm die KPF das Vertrauen aus!

Die Pariser Demonstration v. 16. Februar hatte gezeigt, dass die Massen gegen den Faschismus zum Kampf bereit sind. Aber die Führungen der Arbeiterparteien haben nichts getan, um diesen Kampfwillen auszuwerten. Von der Schaffung eines antifaschistischen Massenschutzes ist keine Rede. Statt dessen wird die Regierung Sarraut unterstützt, die den Faschisten kein Haar krümmt u. die oben-drei noch, wie das die zitierten Worte Sarrauts zeigen, die antifaschistischen Arbeiter offen verhöhnt. Kein Wunder, dass die Faschisten wieder froh werden. So hat de la Rocque in den letzten Tagen eine Reihe von Massenversammlungen in Paris veranstaltet, an denen 50 - 60 000 Personen teilnahmen. Das zeigt, dass die faschistische Gefahr sich nicht vermindert, sondern durch die Passivität der Führung der Arbeiterparteien immer wieder genährt wird.

Die verhängnisvollen Wirkungen der Politik der Volksfront u. der Unterstützung der Regierung Sarraut, zeigen sich auch auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter. In Marseille ist der Streik der Hafenarbeiter abgebrochen u. der angekündigte Generalstreik abgeblasen worden. Der Arbeitsminister in der Regierung Sarraut, Frossard, spielte bei dieser Gelegenheit den Schlichter. Der Reise von Frossard nach Marseille gingen Verhandlungen von Führern der vereinigten CGT mit der Regierung voraus. Die Presse der KPF und der SFIO preis das durch Frossards Vermittlung mit den Unternehmern abgeschlossene Abkommen ein grossen Sieg der Arbeiter. In Wirklichkeit ist dieses Abkommen ein Kompromiss. Die Vertrauensleute der Gewerkschaften werden zwar nicht gemassregelt, aber ihnen wird jedes Recht abgesprochen, gegenüber den Unternehmern als Sprecher der Arbeiter aufzutreten. Bei Streitfällen müssen sie sich an den Gewerkschaftssekretär wenden, der einen Ausschuss, der paritätisch aus Vertretern der Gewerkschaften u. der Unternehmer zusammengesetzt ist, anrufen kann. Ein solches Kompromiss als grossen Sieg anzupreisen, ist eine Irreführung der Arbeiter. Wenn es in Marseille wirklich zu dem angekündigten Generalstreik gekommen wäre, dann hätten die Arbeiter sicher Aussicht gehabt, ein besseres Ergebnis zu erzielen. Die Volksfrontpolitik, die Politik der Regierung Sarraut führt, wie das Marseiller Beispiel zeigt, dazu, dass die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter gebremst werden, dass in ihnen nicht alle Kampfmöglichkeiten ausgenutzt werden. Früher hat die KPF ein solches Verhalten der Gewerkschaften wie beim Marseiller Streik mit Recht als Streikabwürgung bezeichnet. Jetzt unterstützt sie es, wenn die CGT-Reformisten Streiks abwürgen. Das ist ein neuer Beweis dafür, dass die opportunistische Volksfrontpolitik ein Hemmnis für eine wirkliche Entfaltung der ausserparlamentarischen Bewegung der Massen darstellt.

- o - o - o - o - o - o - o - o - o - o - o -

Aus der Kommunistischen Internationale:

KUUSINEN IST NICHT ZUFRIEDEN.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die "Kommunistische Internationale" (Heft 1 v. 31. Januar 1936) veröffentlicht ein Referat von O. W. Kuusinen "über die Mängel u. Fehler in der Durchführung der Einheitsfrontpolitik des VII. Weltkongresses der KI", das dieser in einer Sitzung des Präsidiums des EKKI, an der Vertreter der einzelnen Sektionen der KI teilnahmen, am 20. November 1935, gehalten hat.

Das Referat von Kuusinen, das in der Zeitschrift des EKKI mit der bezeichnenden Überschrift "Kein Grund zur Selbstzufriedenheit" versehen worden ist, ist eine -wenn auch ungewollte- Bestätigung der Richtigkeit und Notwendigkeit des Kampfes, den die IVKO gegen die opportunistische Politik der Führung der KI und ihrer Sektionen führt.

Kuusinen zählt eine ganze Reihe von opportunistischen Fehlern auf, die von den einzelnen Sektionen der KI begangen worden sind. Als wir von der IVKO begannen, den opportunistischen Kurs der KI und ihrer Sektionen zu kritisieren, wurden wir als Sektierer usw. beschimpft. Die kommunistischen Arbeiter können jetzt an Hand der Rede Kuusinens feststellen, dass das "Verbrechen" der IVKO darin besteht, dass sie rechtzeitig von Fehlern gewarnt hat, die das EKKI der KI jetzt hinterher nachdem sie begangen worden sind, selber feststellen muss und dass die IVKO ferner auf die Ursachen des Opportunismus in den Sektionen der KI

Funktionären der Arbeiterparteien statutarisch unmöglich gemacht worden soll leitende Funktionen in ihrer politischen Partei zu bekleiden, und daneben eine leitende Funktion in der Einheits-CGT auszuüben. Dies zeigt, dass der reformistisch-syndikalistische Flügel der Einheits-CGT das Bestreben hat, die Vertretung kommunistischer Ansichten als Unvereinbar mit der Ausübung einer gewerkschaftlichen Funktion zu betrachten.

Es ist selbstverständlich, dass die revolutionären Gewerkschafter die parteipolitische Neutralität keineswegs in einem solchen Sinne verstehen. Die Gewerkschaft als die Kampforganisation zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen aller Lohn- u. Gehaltsempfänger gegenüber dem Patronat und dem bürgerlichen Staat muss jedem Mitglied das Recht zugestehen, seine politischen Auffassungen vom Klassenkampf der Arbeiter gegen das Kapital im Rahmen der Gewerkschaften unter Beachtung der gewerkschaftlichen Disziplin zu vertreten. Dieses Recht muss den Mitgliedern statutarisch gesichert werden und eine solche Sicherung schließt auch das Recht auf Ausübung eines politischen Mandats neben der gewerkschaftlichen Funktion ein. Nur dadurch kann einer gefährlichen Einengung der innergewerkschaftlichen Demokratie vorgebeugt werden und die Einheit solide fundiert werden.

Eine weitere Frage, die den Kongress beschäftigen müsste, ist das Verhältnis der Einheits-CGT zur Volksfront einerseits und zur proletarischen Einheitsfront der Arbeiterparteien andererseits. Heute besteht der paradoxe Zustand, dass die Einheits-CGT zwar der Volksfront, also dem Bündnis mit kapitalistischen Parteien, nicht aber der proletarischen Einheitsfront angehört. Der Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus aber ist unvereinbar mit einem Bündnis mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien. Es ist bekannt, dass die Radikalen, die von den Gewerkschaften bekämpfte Politik der Kapitalsoffensive, wie sie in den Notverordnungen ihren Ausdruck fand, ermöglicht haben und sich bei den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit resolut auf die Seite der kapitalistischen Klasse und des bürgerlichen Staates gestellt haben; Wir verweisen hier nur auf die Haltung der Radikalen zu den Notverordnungen und zu den Kämpfen in Bresst und Toulon, die im Anschluss an die Verkündung der Notverordnungen stattfanden.

Andererseits kann die proletarische Einheitsfront nur dann wirksame ausserparlamentarische Massenkämpfe zur Verteidigung der materiellen Interessen der Arbeiterklasse führen, wenn die Gewerkschaften nichts abseits von der proletarischen Einheitsfront stehen, sondern in und mit ihr gemeinsam den Kampf führen. Die Frage der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust, die Frage der ausreichenden Betreuung und Unterstützung der Erwerbslosen, die Überwälzung der Lasten der Krise auf die Schultern der Besitzenden; alle diese Fragen bedürfen der einheitlichen ausserparlamentarischen Aktion und der Einreihung und der Unterstützung der proletarischen Einheitsfront durch die Gewerkschaften. Mit der Volksfront, d. h. im Bündnis mit den kapitalistischen Parteien kann dieser Kampf nicht geführt, sondern nur gehemmt und gebremst werden. Deshalb müssen die Gewerkschaften ihr Verhältnis zur Volksfront lösen und stattdessen der proletarischen Einheitsfront beitreten.

Eine weitere Frage ist die Frage des Programms der Einheits-CGT. Die CGTU hat als einheitliche Plattform der Einheits-CGT das Volksfrontprogramm vorgeschlagen. Die CGT hat diesen Vorschlag abgelehnt und hält nach wie vor an ihrem Plan fest. Das Volksfrontprogramm ist ein Programm der Vereinbarung mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien und ist auch danach ausgefallen. Die Gewerkschaft ist eine Klassenorganisation und muss ihr Programm ausschliesslich von den Interessen der Arbeiterklasse bestimmen. Sie kann daher nicht ein Programm wie das Volksfrontprogramm, das selbst nicht einmal in der Frage der Notverordnungen dem Verlangen der Arbeiterklasse Rechnung trägt, als Grundlage ihrer Aktionen nehmen. Andererseits lehnt der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse auch die kapitalistisch-planwirtschaftlichen Forderungen des CGT-Programms ab. Das Bestreben der revolutionären Gewerkschafter müsste daher darauf ausgerichtet sein, aus beiden Plänen einige wenige, alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen Richtungen vereinigende Forderungen herauszugreifen und sie in einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm als einheitliche Grundlage der gesamten Einheits-CGT dem Kongress zu unterbreiten, für das gemeinsam mit den Arbeiterparteien eine parlamentarische und ausserparlamentarische Kampagne eingeleitet werden müsste und durch sich steigende, an die jeweilige Kampfkraft der Massen angepasste Aktionen seiner Verwirklichung entgegenzuführen wäre. Wir deuteten hier nur einige Fragen an:

den und daher eine weitere Anstellung eine Vergeudung der Mitgliedsbeiträge.

Wir haben hier nicht notwendig zu betonen, dass wir mit den Argumenten des Hauptvorstandes nicht einig gehen. Die Begründung für die Ablehnung des Kam. Mohr als Permanente ist mehr als oberflächlich. Wenn der Hauptvorstand wirklich die Einheit wollte, und von einer Vermehrung des ständigen Personals verschont bleiben wollte, brauchte er nur einen seiner sechs ex-konföderierten Sekretäre entlassen. Hätte die unitäre Gewerkschaft einen bezahlten Sekretär gehabt, dann hätte dies der Hauptvorstand sowieso tun müssen, wenn er seinen wiederholt betonten Sparsamkeitsgrundsätzen hätte treu bleiben wollen.

Die Hartnäckigkeit mit der der Hauptvorstand ohne Rücksicht auf die dadurch eintretenden Folgen auf seinem Standpunkt bestehen bleibt, ist für uns nur eine Bestätigung dafür, dass er den Kam. Mohr nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen ablehnt.

Welche Folgerungen sollen nun aus dieser intransigenten Haltung des Hauptvorstandes gezogen werden? Keineswegs der Verzicht auf die weitere Verfolgung der Gewerkschaftseinheit! Der Kampf gegen die Kapitalsoffensive und den Faschismus erfordert eine einheitliche Gewerkschaft. Ohne und gegen die ex-konföderierten Kameraden kann dieser Kampf nicht organisiert und geführt werden. Deshalb müssen die rev. Gewerkschafter nach wie vor die Realisierung der Gewerkschaftseinheit eintreten. Sie müssen die Fédération als Schlichter anrufen und ihre Bereitwilligkeit bekunden, deren Entscheidung ohne Vorbehalt anzunehmen, d. h. die Gewerkschaftseinheit auch dann zu realisieren, wenn dieser Entscheidung nicht ihren berechtigten Forderungen entspricht. Sie müssen dann eben i. der Einheitsgewerkschaft sich als wirksamste Vertreter der materialen Interessen der Mitglieder erweisen und sich auf diesem Wege das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder zu erwerben versuchen. Gestützt auf diese Mehrheit müssen sie dann ihre übrigen Ansprüche in der Organisation durchsetzen.

Die Fédération muss an Ort und Stelle eine Prüfung der Lage vornehmen und einen Schiedsanspruch stellen, dem sich beide Teile im voraus zu unterwerfen haben. Der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar und muss realisiert werden. Die Militanten müssen alles tun, damit allen Hindernissen zum Trotz und allen Sabotageversuchen der Imbs zuwider die Einheit in Services Publics realisiert wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Eine Erklärung des Kam. Mark:

Damit Klarheit herrsche.

==:==:==:==:==:==:==:==:==:==

In der Märznummer der "Revue du Personnel des Services Publics" ist eine Notiz unter der Überschrift "einer der Bescheid weiss, und ehrlich die Wahrheit sagte" erschienen, zu der ich mich genötigt sehe folgendes zu erklären:

1. In der Frage der Finanzpolitik der Syndikatsleitung der ex-unitären Gemeindearbeiter habe ich in der erwähnten Versammlung der Section Port-Autonomie auf den Bericht der "Arbeiterpolitik" verwiesen, dem bisher von keiner Seite widersprochen wurde und mit dessen Folgerungen ich mich völlig solidarisiere.
- 2.) Der Versuch des Hauptvorstandes des Services Publics, mich unter Hinweis auf die von mir gebilligte Finanzpolitik des ex-unitären Syndikats für die Haltung des Hauptvorstandes in der Frage der Gewerkschaftseinheit zu reklamieren, weise ich zurück.
- 3.) Ich billige restlos die Forderung der Ex-Unitären auf eine entsprechende Vertretung im ständigen Personal der Leitung des Services Publics unter Hinweis auf die Mitgliederzahl der Ex-Unitären, wie in bezug auf die Struktur der Einheitsgewerkschaft des Services Publics.
- 4.) Ich bin der Meinung, dass diese Fragen ohne Gefährdung der Gewerkschaftseinheit durch Anrufung der Fédération und Unterwerfung unter deren Entscheidung durch beide Teile bereinigt werden müssen und können. Aufgabe der revolutionären Gewerkschafter des Services Publics muss es dann sein, sich durch ihre vorbildliche Arbeit und ihre Vorschläge das Vertrauen der Mehrheit der Syndikatsmitglieder zu erwerben. Darauf gestützt muss dann in der Organisation eine Politik sichergestellt, den Statuten eine Fassung gegeben werden, wie sie den berechtigten Forderungen der unitären Kameraden entspricht.

Charles Mark.

Achtung Holzarbeiter! Am Sonntag, den 1. März, nachmittags 2 Uhr findet im Volksgarten die ordentl. Jahresgeneralversammlung statt. Wir ersuchen unsere Freunde und Anhänger restlos daran teilzunehmen.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op^osition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - M^ollerstrasse 3 - STRASBOURG

N^o 10/III. Jahrgang.

Zweite M^orzwoche 1936.

Um den abessinisch-italienischen Konflikt:

UM DIE PETROLEUMSANKTION

Auf der Tagung des Sanktionsausschusses des V^olkerbundes (des sogenannten A^ochzehnerausschusses) teilte der englische Aussenminister Eden mit, dass seine Regierung beschlossen habe, sich f^ur die Anwendung der Petroleumsanktion gegen Italien einzusetzen. Diese Entscheidung der englischen Regierung kam z. n^och ubererraschend, denn noch vor kurzem hatte sich Eden in seiner grossen Unterhausrede uber die britische Aussenpolitik z^urlautend uber die Frage der Sanktionen ausgesprochen. Diese Rede Edens wurde im allgemeinen als ein Verzicht auf die Anwendung der Petroleumsanktion aufgefasst. Was hat nun die britische Regierung bestimmt, jetzt f^ur die Petroleumsanktion einzutreten? Da ist einmal die Massenstimmung in England, die sich gegen ein Sabotage der Sanktionen und gegen den Verzicht auf die Petroleumsanktion wendet. Da sind ferner die milit^orischen Erfolge, die die italienischen Truppen in der letzten Zeit in Abessinien erzielt haben. Als es den Italienern in Abessinien milit^orisch schlecht ging, wuchs in den f^uhrenden Kreisen des britischen Imperialismus die Bereitschaft zu einem Kompromiss mit Mussolini auf Kosten Abessinien. Englische Politiker sprachen es offen aus, dass allzu grosse milit^orische Erfolge der Abessinier f^ur das Prestige der "weissen Rasse", d. h. der imperialistischen Raubm^ochte, gef^ohrlich seien. Andererseits hat der britische Imperialismus auch kein Interesse daran, dass die Italiener in Abessinien zu weit vordringen und sich dort allzu sehr breit machen. Deshalb tritt der britische Imperialismus jetzt f^ur die Petroleumsanktion ein. Aus dem Gesagten geht jedoch hervor, dass damit noch keineswegs neue Versuche der englischen Regierung, mit Mussolini einen faulen Kompromiss zu schliessen, ausgeschlossen sind. Der englische Imperialismus geht es nicht um die Freiheit und Unabh^ongigkeit Abessinien, sondern darum, eine Gef^ohrdung seiner Machtpositionen durch die imperialistische Eroberungspolitik Italiens zu verhindern. Was Abessinien anbelangt, so m^ochte der englische Imperialismus selbst dort den ausschlaggebenden Einfluss haben; er f^urchtet nicht nur eine italienische E^ofestsetzung in Abessinien, sondern auch dass ein starkes Abessinien zum Vorbild f^ur die unterdr^ockten Kolonialv^olker Afrikas wird, die um ihre Befreiung k^ompfen.

Die Haltung des franz. Imperialismus.

Die Vertreter der franz^osischen Regierung in Gen^ove, Flandin u. Paul-Boncour haben, als ihnen Eden die Entscheidung der britischen Regierung uber die Petroleumsanktion mitteilte, ihre Bem^uhungen darauf konzentriert, die Inkraftsetzung dieser Massnahme, die den italienischen Faschismus empfindlich treffen kann, m^oglichst hinauszuschieben. Sie haben es erreicht, dass, bevor eine Entscheidung uber die Petroleumsanktion getroffen wird, zuerst noch einmal ein "letzter Vers^ohnungsversuch" gemacht wird. Italien und Abessinien werden aufgefordert, Verhandlungen uber die Einstellung der Feindseligkeiten aufzunehmen. Die franz^osische Regierung m^ochte mit diesem Vorschlag Mussolini, die M^oglichkeit geben, durch Verhandlungen, die in die L^onge gezogen werden, die Anwendung der Petroleumsanktion hinauszuschieben. Es ist aber keineswegs gesagt, dass es der franz^osischen Regierung gelingt, auf diese Weise die Petroleumsanktion zu sabotieren. So hat z. B. die Sowjetunion, als sie dem franz^osischen Vorschlag, noch ein Verhandlungsangebot an Mussolini zu richten, zustimmte, damit keineswegs beabsichtigt, dem italienischen Faschismus eine Geloggenheit zu bieten, die An-

wendung der Petroleumsanktion durch endlose Verhandlungen zu hintertreiben. Dagegen ist es klar, dass dies und nichts anderes die Absicht der französischen Regierung ist.

Die Rechtspresse stellt jetzt triumphierend fest, dass Flandin u. Paul-Boncour praktisch dieselbe Politik gegenüber Italien betreiben wie s. Zt. Laval. Das radikalsozialistische "Oeuvre" versucht, die Regierung Sarraut auf die Weise zu verteidigen, dass es behauptet, ihre Vorschläge erfolgten in einem anderen "Geist" als die Lavals, auch wenn sie mit ihnen inhaltlich übereinstimmten. Es kommt in der Politik bekanntlich nicht auf die Absichten, sondern auf die Taten an. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass es eine Illusion sei, zu glauben, zwischen der Aussenpolitik eines Laval einerseits und der Herriot, Paul-Boncour etc. andererseits bestünde ein grundsätzlicher Gegensatz. Die Regierung Sarraut und die radikale Partei sind ebenso treue Vertreter des französischen Imperialismus wie Laval und sein Anhang. Daran wird auch durch die Tatsache nichts geändert, dass die bürgerliche Linke eifrig ihre Treue zum Völkerbund und zum Völkerbundspakt beteuert. Der Völkerbundspakt kann sehr verschieden ausgelegt werden. Es genügt z. B. nicht, wie das die Presse der SFIO und der KPF tut, anlässlich des neuen Verhandlungsangebots an Mussolini zu fordern, dass eine Beilegung des italienisch-abessinischen Krieges nur im Geiste des Paktes erfolgen dürfe. Die Arbeiterschaft muss sich gleichzeitig gegen alle Versuche wenden, den Pakt im Sinne eines imperialistischen Schachers auf Kosten der Unabhängigkeit Abessiniens auszulegen, so wie das z. B. seiner Zeit in dem Vorschlag des Fünferkomitees, der eine tatsächliche Aufteilung Abessiniens vorsah und von dem jetzt wieder gesprochen wird, geschehen ist. Die Arbeiterschaft Frankreichs muss unabhängig von der Bourgeoisie im Einklang mit den Proletariern der anderen Länder, im Einklang mit der Sowjetunion, ihre Stellung zum abessinischen Krieg verfechten, und sie muss Versuche einer Begünstigung der Mussolinischen Raubpläne auf jeden Fall bekämpfen, auch wenn sie von Leuten wie Paul-Boncour, die sich zur Volksfront zählen, ausgehen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die UPR im Dienste des imperialistischen Krieges u. Adolf Hitlers:

Die Feinde des Friedens im Schafspelz.

==::

Die UPR-Presse und insbesondere die Presse des ehemaligen Volksfrontkandidaten "gegen Faschismus u. Notverordnungen" (frei nach dem KP-Wahlflugblatt zum 2. Wahlgang im Kanton Winzenheim) bemühen sich, den franco-russischen Pakt als eine unmittelbare Bedrohung Elsass-Lothringens auszugeben. Mit grossen Lettern verkünden sie, dass die Vertreter des els.-loth. Volkes mit einer Ausnahme der Ratifizierung des Paktes ihre Stimme versagten und damit den Befürchtungen Ausdruck verliehen, die von der UPR im Namen des els.-loth. Volkes beredeten Nachdruck gegeben wurden. Herr Rossé sieht bereits im Geiste die Elsässer in den Eisfeldern Russlands verenden. Er lässt seine ganze bilderreiche Phantasie spielen, um dem elsässischen Volke den deutsch-französischen Krieg mit all seinen Schrecken für die Grenzbevölkerung, als unvermeidliches Resultat des Paktes und der dadurch torpedierten deutsch-französischen Verständigung auszumalen.

Neuerdings wird auch noch eine interne Anweisung der Militärbehörde, die für den Kriegsfall die Räumung bestimmter Orte an der deutsch-französischen Grenze vorsieht, von der UPR-Presse gegen den franco-russischen Pakt herangezogen und die deutsch-französische Verständigung ein übriges mal als letzte Rettung dafür angepriesen Elsass-Lothringen die Schrecken eines Krieges zu ersparen.

So heisst es im Anschluss an eine Würdigung des für den Kriegsfall vorgesehenen Räumungsplanes im "Els. Kurier":

"Darum muss oben alles getan werden, um einen neuen Krieg zu vermeiden. Man müsste an der Menschheit verzweifeln, wenn es nicht gelingen sollte, einen neuen Krieg unmöglich zu machen. Was sich aber die oben visierte gewisse Presse bis heute leistet, das ist ein Spiel mit dem Feuer! Dem muss ein Ende gemacht werden.

Zwei grosse Kulturvölker wie Frankreich und Deutschland müssen sich verständigen können. Dann besteht keine Kriegsgefahr mehr für Europa. Die von der sozialistischen Presse befürwortete Politik der Einkreisung Deutschlands durch den franco-russischen Pakt wäre ein Verbrechen an der Menschheit, da diese Politik unabwendbar zum Kriege führen würde.

Darum! Nieder mit den Kriegshotzern und Saboteuren des Friedens! Nieder mit dem Kriege! Wir wollen in Frieden weiter leben und arbeiten am Aufbau einer besseren Zukunft!"

Dieser Theaterdonner zeigt, dass die gesamte Reaktion im Elsass sich den franco-russischen Fakt als Wahlschlager auserkoren hat. Aus diesem Grunde ist es nötig, die Haltung der UPR etwas eingehender unter die Lupe zu nehmen und auf ihren wahren Gehalt zurückzuführen.

Wohin führte die frz.-italienische Verständigung?

Rossé erklärt man müsse alles tun, um einen neuen Krieg zu verhindern. Das Mittel dazu sei allein die deutsch-französische Verständigung. Man fasse die Wirkung, der auch von der UPR gelobten und gebilligten italienisch-französischen Verständigung ins Auge. Und welche Haltung nahm die UPR im italienisch-abessinischen Konflikt ein? Nach anfänglichem Sträuben gegenüber dem Raubkrieg Mussolinis, erfolgte bald darauf eine Wendung zu Gunsten des italienischen Raubkrieges. Diese Wendung war verbunden mit einer fortlaufenden Beschuldigung gegen die Arbeiterparteien, sie würden mit ihrer Forderung auf durchgreifende wirtschaftliche Massnahmen gegen den Angreifer einem europäischen Kriege vorarbeiten. In Wahrheit arbeitete die UPR mit ihrer italien- und mussolinifreundlichen Haltung einem europäischen Kriege vor. Denn wenn der italienische Imperialismus ohne Widerstand zu finden, ohne auf den Protest und die Aktion der Arbeiter aller Länder zu stossen, Abessinien überfallen, dem abessinischen Volke seine Unabhängigkeit rauben und sein Gebiet anektieren darf, dann ist dies eine Ermunterung für all jene imperialistischen Länder, die ebenfalls die Absicht haben auf Raub auszugehen. Das heisst, die Haltung Rossés und der UPR im abessinisch-italienischen Konflikt war und ist Handlangerdienst für alle jene Imperialisten, die infolge ihrer aggressiven und auf die Entfesselung des Krieges eingestellten Pläne, an der Sabotage der Kollektivsicherheit und des kollektiven Beistandes im Falle eines kriegerischen Überfalls interessiert sind, weil ihre Eroberungspläne nur dann Aussicht auf Verwirklichung finden können, wenn es ihnen gelingt, die aus den verschiedensten imperialistischen Interessen an der Erhaltung des Status quo interessierten Mächte einerseits und die Sowjetunion andererseits, zu trennen und gegeneinander auszuspielen.

Heute weiss jeder politisch interessierte Werktätige, dass die mit so grossem Tamtam begrüßte und von der gesamten nichtkommunistischen Presse als eine Garantie des Friedens ausgegebene ital.-Frz. Verständigung ein Schritt in der Richtung der Entfesselung des Krieges Italiens gegen Abessinien war. Diese Verständigung war eine imperialistische, sie vollzog sich auf Kosten eines Letzten und barg daher alle Elemente eines kommenden Krieges in sich. Sie war ein Versuch, die imperialistischen Appétite Mussolinis auf Kosten Anderer zu befriedigen, um ihn als Bundesgenossen gegen das imperialistische Deutschland und seine gegen die Macht u. Sicherheit des französischen Imperialismus gerichteten Eroberungspläne zu erhalten.

Die italienisch-französische Verständigung entpuppte sich im Handumdrehen als ein Element, das den Krieg Mussolinis gegen Abessinien ermunterte, wenn nicht gar auslöste. Und die UPR war und ist Anhängerin dieser imperialistischen Verständigung und deshalb im vollem Umfange für deren kriegerische Folgen mit verantwortlich.

Ist die franco-russische Verständigung eine imperialistische Verständigung?

Der franco-russische Pakt ist im Gegensatz zum Romer Abkommen kein imperialistisches Abkommen, weil die Sowjetunion keine imperialistischen Interessen verfolgt und dies deshalb, weil es das Land des Sozialismus ist. Auch dem imperialistischen Frankreich werden in diesem Pakt keinerlei Über die Sicherung seiner Grenzen hinausgehende Interessen garantiert. Der Pakt sieht weder direkt noch indirekt einen Angriff oder eine Begünstigung gegen einen Dritten vor, Frankreich und Sowjetrußland verpflichten sich einzig u. allein sich gegenseitig beizustehen im Falle eines Angriffs (eines unprovizierten) auf ihre europäischen Grenzen.

Die UPR die für die imperialistische Verständigung mit Italien war, erhebt sich jetzt gegen den franko-russischen Pakt. Sie kann mit keinem Wort nachweisen, dass diesem Pakt aggressive Tendenzen zu Grunde liegen. Trotzdem versucht sie dem werktätigen Volke Els.-Lothringens das Gruseln vor dem Pakt beizubringen. Mit einem Unverfrorenheit und Demagogie, die ihresgleichen sucht, sucht sie als unmittelbare Folge des Paktes den deutsch-franz. Krieg und die Verwandlung Els.-Lothg. in eine Kriegszone an die Wand zu malen.

Und warum? Weil sich das friedfertige Reich Adolf Hitlers durch diesen Pakt bedroht fühlt! Wie aber kann es sich bedroht fühlen? Es kann sich doch nur bedroht fühlen, wenn es selbst mit Angriffsabsichten und Drohungen gegen einen der Paktpartner schwanger geht. Rossé und seinesgleichen mögen doch dem werktätigen Volke sagen, wieso und weshalb der Pakt Deutschland bedroht. Die imperialistischen Befühle des Herrn Hitler, die durch den Pakt bedroht worden, sind sie etwa die Gefühle des Herrn Rossé?

Die deutsch-Frz. Verständigung ein Schritt zum Kriege.

Nach Rossé und der UPR ist der franko-russische Pakt ein Schritt zum Kriege, obzwar diesem Pakt keinerlei aggressive Tendenzen und keinerlei Eroberungspläne zu Grunde liegen. Die deutsch-französische Verständigung aber ist das Heil, ist der europäische Friede, ist die Garantie dafür, dass das Elsass nicht mehr Kriegszone wird. Das ist eine froche und grobe Lüge und ein Betrug am werktätigen Volke.

Die deutsch-französische Verständigung ist heute nur als imperialistische Verständigung möglich, mit den gleichen Folgen, wie sie der franz.-ital. Verständigung auf dem Fusse folgten. Warum? Die Ablehnung Hitlerdeutschlands dem franko-russischen Pakt beizutreten, enthält bereits die Antwort darauf. Indem die UPR die Frage an die Werktätigen Elsass-Lothringens richtet: "Wollt Ihr Euch für die Sicherung der Grenzen des bolschewistischen Russlands opfern und Euer Land in eine Kriegszone verwandeln?" bestätigt sie selbst die imperialistischen Angriffs- u. Eroberungsabsichten Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion. Indem sie erklärt, der franko-russische Pakt verunmögliche jede deutsch-franz. Verständigung, enthüllt sie indirekt die Tatsache, dass die deutsch-französische Verständigung nur auf dem Boden möglich ist, dass Frankreich sein Desinteressement an der Aufrechterhaltung des Status-quo in Osteuropa erklärt, also Hitlerdeutschland frei Hand zur Realisierung seiner imperialistischen Raub- u. Eroberungsabsichten in Osteuropa lässt. D. h. die UPR ist insgeheim der Ansicht, Frankreich müsste den Krieg Hitlers in Osteuropa ebenso begünstigen u. ermuntern, um zu einer deutsch-frz. Verständigung zu gelangen, wie es dies, um zur ital.-Frz. Verständigung zu gelangen, tat gegenüber den Plänen Mussolinis gegen Abessinien.

Das ist der wahre Sinn, der von der UPR mit so schwungvollen Phrasen vom F. 10-ten propagierten deutsch-französischen Verständigung und ihrer Kampagne gegen den franko-russischen Pakt. Das sind die Leute, die unter dem Motte "Rettung unserer Heimat" bereit sind, einen europäischen Krieg zu entfachen und die Geschäfte der deutschen Reichstagsbrandstifter im Elsass zu besorgen. Die "deutsch-französische Verständigung, dann besteht keine Kriegsgefahr mehr in Europa" orakelt Rossé. Die deutsch-französische Verständigung, und der Krieg in Europa ist in Reichweite, antworten wir!

Schützt die deutsch-frz. Verständigung das Elsass?

Die Apostel der UPR, die von einem fanatischen Hass gegen die Sowjetunion erfüllt sind, dass sie darüber die Katholikenverfolgungen in Hitlerdeutschland vergessen, sprechen es nicht aus, aber es liegt all ihren Argumenten zugrunde: "Lasst doch den Hitler seinen Krieg in Osteuropa machen, wenn wir in Elsass-Lothringen dadurch unser Land von einem neuen Krieg bewahren können, dann kam uns dies nur recht sein." Abgesehen davon, dass sich unsere Christen von der UPR damit im vollen Glanze zeigen, ist dieser Standpunkt zugleich ein Freibillet für Hitler, sich morgen Elsass-Lothringen zum Kriegsschauplatz auszusuchen. Denn nur Narren u. Betrüger können glauben, weil die deutsche Diplomatie vorübergehend einzelne ihrer imperialistischen Programmpunkte zurückstellt, seien sie überhaupt liquidiert. Hitler ist kein solcher Idiot, dass er nicht mit allen Mitteln versucht, die der Realisierung seiner Eroberungspläne entgegenstehenden Mächte zu teilen und gegeneinander auszuspielen, um seine Expansionspläne mit Aussicht auf Erfolg durchzusetzen. Wenn Hitler die deutsch-

französische Verständigung entsprechend den Wünschen unserer "Heimatrechtler" gelänge u. damit das imperialistische Frankreich zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber seinen Osteuropaplänen veranlassen könnte, dann würde ein siegreicher Ausgang eines solchen Krieges für Hitler die völlige Umkehrung der derzeitigen Machtverhältnisse in Europa zugunsten des deutschen Imperialismus zur Folge haben, dass der deutsch-frz. Krieg die unausbleibliche Folge wäre. Das begreifen sogar die real denkenden französischen Imperialisten. In diesem Falle würde das Elsass nicht nur unweigerlich Kriegsschauplatz, sondern auch ein Objekt der Hitlerischen "Befreiung" vom französischen Joch.

Wofür das elsässische Volk kämpfen muss.

Das ureigenste Interesse des werktätigen Volkes von Elsass-Lothringen fordert daher gerade die entgegengesetzte Politik, wie der UPR, dieser Partei der Begünstigung des imperialistischen Krieges in Europa.

Das arbeitende Volk Elsas-Lothringens muss daher mit ganzer Kraft für jene Friedenspolitik eintreten, die auf der Unteilbarkeit des Friedens und dem Prinzip der Kollektivsicherheit beruht, wie sie von der SU vertreten und von der int. Arbeiterklasse unterstützt wird.

Die Arbeiterklasse weiss, dass solange die imperialistischen Interessen der Bourgeoisie die Politik beherrschen, diese Prinzipien nicht gesichert sein können und dass allein die einheitliche u. selbstständige Klassenaktion sie sicherzustellen vermag. Eine Aktion, die von der Erkenntnis getragen ist, dass die imperialistischen Interessen aus der Aussenpolitik nur ausgeschaltet werden können, wenn ihren Trägern jegliche politische Macht genommen wird.

Die Arbeiterklasse weiss, dass der franko-russische Pakt an sich noch keine Garantie für den Frieden ist. Sie weiss auch, dass die französische Bourgeoisie im Falle eines Angriffs auf die SU alles tun wird, um die SU zu betrügen, soweit dies die imperialistischen Interessen dieser Bourgeoisie geraten erscheinen lassen.

Daher ist die Frage des Friedens heute wie ehedem abhängig von der Kraft u. der Entschlossenheit mit der die Arbeiterklasse eines jeden Landes ihren revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisiherrschaft fortführt.

Wo die UPR in diesem Kampfe steht, ist bekannt; bei den Feinden der Sowjetunion und der internationalen Arbeiterklasse. Dies mit aller Hartnäckigkeit; Schonungslosigkeit und ohne jedes Schwanken dem arbeitenden Volke zu zeigen, ist eine der ersten u. vornehmsten Aufgaben der Kommunisten u. aller Arbeiter.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Graf Casimir in Strasbourg.

=====
 =====
 =====

Er, der Graf u. Colonel de la Rocque hat vor einem auserlesenen Publikum (unzählige Autos standen um das Sängershaus herum; berichtet die "NN") in Strasbourg eine Rede gehalten. Die republikanische Polizei war auf's Äusserste darauf bedacht, dem Grafen ihren Schutz zu gewähren, auf das ihm nichts geschehe u. diesem "Führer" nicht die Verachtung u. Missbilligung bekundet wird von jenen, denen er seine sportlichen Künste so oft angedroht und die er zu degradieren, sich vorgenommen hat.

Aus dem ganzen Elsass war das "Volk" zusammengetrommelt worden und in Luxusautos (unzählige, sagt die "NN") war es erschienen, um dem Führer ~~ihre~~ seine Huldigung darzubringen. Der Herr Colonel schlägt jetzt einen anderen Ton an. "Man muss seine Kraft zeigen, um sie nicht anwenden zu brauchen"; schwadronierte er. Er weiss warum. "Wenn man uns jedoch auflösen will, so werden gewisse Leute merken, dass man gewisse Bewegungen nicht auflösen kann"; so räsionierte der Herr Graf weiter. Er irrt auch hier. Seine Stärke ist die Schwäche seiner Gegner. Wenn die Arbeiterklasse will - und diesen Willen zu erwecken ist unsere Aufgabe - dann wird es sich zeigen, dass gewisse Bewegungen sehr schnell vom Erdboden verschwinden.

Der Colonel sucht auch den Elsässer zu schmeicheln. Er ermahnt sie an ihrem Dialekt festzuhalten. Um das zu erreichen muss sich wohl der Colonel in Strasbourg einfinden? Indem er sich vor einer Tatsache vorbeugt, meint er wohl etwas besonders Anziehendes gesagt zu haben?

Der Herr Graf ist selbstverständlich auch gegen Moskau und für einen Aus-

gleich mit Deutschland. Auch das haben wir schon von anderer Seite gehört. Die Herren verlieren aus Hass gegen den inneren Feind -den sie zu degradieren versprechen, so bald sie dazu imstande sind -sogar jedes Augenmass für die eignen imperialistischen Interessen "ihres" Landes.

Der Auftritt des Faschistenführers de la Rocque nach dem Attentat auf Léon Blum, nach der grandiosen Manifestation in Paris zeigt, dass der Faschismus sein Spiel weiter treibt. Er hat seine Taktik, aber keineswegs sein Ziel geändert. Er ruft heute zur Versöhnung aller Franzosen auf, um die Energie, die Wachsamkeit und die Kampfentschlossenheit seiner Gegner zu lähmen und einzuschläfern. Die Arbeiterklasse wäre zu bedauern, die sich durch solche Töne einschläfern liesse. Im Gegenteil. Der Faschismus fühlt seine heutige Schwäche. Er kämpft um die Aufrechterhaltung seiner Organisation. Er rekonstituiert sich als politische Bewegung und sucht sich ein demagogisches Programm zu geben. Er bleibt darum nicht minder gefährlich. Deshalb muss die Arbeiterschaft ihren Kampf um die völlige Aufhebung der demokratischen Rechte der Faschisten mit noch grösserer Energie fortsetzen. Sie muss ihre selbstständige Klassenaktion entwickeln und damit im Zusammenhang den antifaschistischen Selbstschutz ins Leben rufen, weil es keinen Zweck hat, auf die zu zählen, die sich als Schutz des Grafen und Colonel de la Rocque erweisen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung:

Die ordentliche Generalversammlung der Holzarbeiter.

=====
 Die Generalversammlung der wiedervereinigten Holzarbeiter wickelte sich in voller Disziplin ab. Der Bericht des Vorstandes, der vom Kam. R. gegeben wurde sowie der Bericht der Verwaltung, wurden einstimmig akzeptiert. Ebenso die Kassenberichte. Durch die Abschaffung des Genter Systems machten sich für die Syndikate eine Neuregelung notwendig. Die vom Vorstand vorgelegte Neuregelung wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Die Krankenunterstützungsätze wurden gleichfalls in ihrer Berechnung geändert und erführen eine kleine Erhöhung.

Die Vorstandswahl erfuhr keine Änderung, da aus der Mitte der Versammlung mehrfach der Wunsch ausgedrückt wurde, dass der aus der Verschmelzungsversammlung hervorgegangene Vorstand für ein weiteres Jahr die Leitung beibehalte. In diesem Sinne wurde einstimmig beschlossen.

Die Vorstandswahl erfuhr keine Änderung, da aus der Mitte der Versammlung mehrfach der Wunsch ausgedrückt wurde, dass der aus der Verschmelzungsversammlung hervorgegangene Vorstand für ein weiteres Jahr die Leitung beibehalte. In diesem Sinne wurde einstimmig beschlossen.

Der Kongress von Toulouse wird für den Anschluss an die Federation von entscheidender Bedeutung sein. Das Strassbourger Holzarbeitersyndikat wird ebenfalls in Toulouse vertreten sein und in einer nächsten Mitgliederversammlung wird darüber Bericht gegeben werden. Der Kam. R. als Vorsitzender und der Kam. S. als Sekretär sprachen über die momentane politische und wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der Berufsfragen. Die Diskussion unterstrich im wesentlichen diese Ausführungen.

Durch die Gewerkschaftseinheit muss die antifaschistische Front verstärkt werden. Nicht durch parlamentarische Manöver, sondern durch ausserparlamentarische Aktionen kann die Lage geändert werden. Regierungen kommen und gehen, die Notverordnungen und das Elend der Arbeiter u. Erwerbslosen aber bleiben. Die Arbeiterschaft als Majorität beliebt gegenüber einem ausbeutenden Minorität leider in der Defensive. Hier muss eine Änderung eintreten. Steigern wir unsere Aktivität und unser Solidaritätsgefühl, als Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf. In diesem Sinne wollen die Holzarbeiter in Zukunft arbeiten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Das Genter System ist gefallen:

Warum ohne einheitliche Aktion?

=====
 Das Genter System ist jetzt endgültig abgeschafft. An seine Stelle ist ein Unterstutzungssystem getreten, dass auch nicht im entferntesten als ein Ersatz des geraubten Genter Systems angesprochen werden kann. Die Reduzierung der Unterstutzungssätze für die Organisierten ist so einschneidend, dass die Art, in der die vereinigten Gewerkschaften auf die Abschaffung reagierten, bei den direkt Betroffenen eine durchaus verständliche Reaktion auslöste.

Die "FP" versucht die Tatsache, dass der Abbau ohne einen Protest erfolgte,

Die "FP" versucht die Tatsache, dass der Abbau ohne einen Protest erfolgte,

dass die Aktionsseinheit gegen die Durchführung dieser Regierungsverordnung nicht in Erscheinung trat, dass die CGT-Gewerkschaften sich völlig passiv erhielten, mit allen möglichen demagogischen Mätzchen aus der Welt zu schaffen. Sie verweist auf die Gemeinde Bischheim, die sich dem décret-Lois bogte. Sie deutet auf die zustimmende Haltung der Volksfrontfraktion im Gemeinderat. Sie vergisst nicht zu betonen, dass der Verwaltungsvorschlag der weitgehendste ist, der bisher von einer Stadtverwaltung eingebracht wurde. Sie tut alles, um zu beweisen, dass der Abbau infolge der Regierungsverfügung zu einer zwingenden und unausweichbaren Aufgabe für die Stadt wurde, der sich niemand zu entziehen vermochte. Also war es auch nutzlos dagegen eine Aktion der Arbeiter anzubieten. Dazu werden den Erwerbslosen noch einige nichtssagende und zu keiner Handlung verpflichtende Versprechen gemacht, wonach die SFIO selbstverständlich heute, wie ehemals für die Rückgabe des Genter Systems eintreten werde.

Das alles sind nicht einmal wirksame Phrasen. Fest steht, dass die Leitung der CGT nichts unternahm um die Regierung durch eine Aktion der Arbeiter unter Druck zu setzen. Wenn die Regierung aber auf keinen Widerstand stösst, weshalb soll sie dann nachgeben? Bei den Erwerbslosen erweckt eine solche Haltung, wie sie die CGT einnahm mit Recht den Eindruck, dass sie von den noch Arbeitenden bei der Verteidigung ihrer Belange im Stich gelassen werden. Allein die solidarische Aktion der Erwerbslosen mit den Arbeitenden aber vermochte einen Druck auf die Regierung auszuüben.

Es ist die Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftler in den wiedervereinigten Gewerkschaften, dafür zu sorgen, dass mit einer solchen Politik der Passivität gegenüber den Anschlägen der Kapitaloffensive gebrochen wird.

Kurze Mitteilungen:

Kapitalistischer Bankerott. Auf einer Konferenz der Bürgermeister von Haut-Rhin teilte der Maire von Bühl mit, dass seine Gemeinde am Ende ihres Leistungsfähigkeit ist. Seit 3 Jahren zählt die Gemeinde mit 3 000 Einwohnern 5 - 600 Erwerbslose. Die Kommunalinnahmen sind um 75 % zurückgegangen. Der Versuch durch Arbeitsbeschaffungsprojekte die Krise zu bekämpfen, scheiterte an ihrer Finanzierung. Die Gemeinde hat 130 Zuschlags-Centimes. Um das Budget auszugleichen hätte sie 365 gebraucht. Diese Last kann die gänzlich verarmte Gemeinde nicht tragen.

Der anwesende Präfekt antwortete dem Maire von Bühl. Der Staat könne nicht die ganzen Lasten der Krise tragen. Der Staat sei nicht allein verantwortlich. Die Schliessung der Fabriken übersteige die Machtmittel des Staates.

Sie übersteigt die Macht des Staates, weil der Staat ein kapitalistischer ist und weil er vor dem Privateigentum an den Produktionsmitteln seine Machtlosigkeit eingestehen muss. Warum aber kämpft die Gemeinde nicht um die Wiedereröffnung und Weiterführung der Betriebe unter der Kontrolle der Arbeiter. Wenn die Betriebe verschuldet sind, dann müssen sie nur unter kapitalistischen Verhältnissen still gelegt werden. Wenn den Kapitalisten das Verfügungsmonopol über die Betriebe genommen wird, wenn die Wirtschaft auf die Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft umgestellt wird, dann wird auch in Bühl die Arbeitslosigkeit überwunden werden. Dazu bedarf es allerdings des Kampfes auf einer anderen Ebene als bisher.

Croix de Feu in die Flucht geschlagen. In Regisheim versuchten die Feuerkreuzler eine öffentliche Versammlung durchzuführen. Die antifaschistischen Arbeiter, Bauern u. Geschäftsleute waren aber nicht gesonnen, den Faschisten ihre Gemeinde zu überlassen. Alle gingen rechtzeitig zum Versammlungsort. Für 8 Uhr war die Versammlung angesetzt. Um 8 Uhr 15 übernahmen die Antifaschisten die Versammlungsleitung. Die Feuerkreuzler bekamen in der Diskussion das Wort. Aber sie wurden von der Versammlung gestäubt. Die Freude der Regisheimer war gross. Der Sieg über die Faschisten aber wird erst dann ein vollständiger sein, wenn überall die Einheitsfront geschaffen wird und bei jeder Gelegenheit den Faschisten eine Abfuhr bereitet wird.

Die "Elz" wünscht Konaszonziä Anschlüssen an die Wiedergabe einer Polemik der "Arbeiterpolitik" gegen den "Republikaner" in der Sprachenfrage bei den Schwurgerichten, richtet die "Elz" die Bitte an uns, den von uns in dieser Frage eingenommenen Standpunkt doch bis zu Ende zu durchdenken, vielleicht würden wir

dann zu einer anderen Meinung über die Autonomisten kommen. Diese Bitte ist völlig unangebracht. Wir haben unsere Gedanken sowohl über die nationale Frage, als auch über die Autonomisten von der "Elz" konsequent zu Ende gedacht. Das Resultat darüber haben wir wiederholt bekannt gegeben und es ist der "Elz" nicht unbekannt geblieben. Unsere Abneigung und Feindschaft zum Elz'schen Autonomismus liegt bekanntlich auf anderem Gebiete, als dem der Sprachenfrage. Die "Elz" bescheinigt uns täglich wie nötig es ist, dass sich die Arbeiterbewegung von ihnen weit, sehr weit distanziert.

Hueber bezieht seine Wahllinie von Rossé. Die "NW" als spezifisch elsässisches Organ mit der bewussten Tendenz der Beschränkung auf das Elsass, äussert sich in ihrer Nr. v. 3/III. auch vom bevorstehenden Wahlkampf. Unter der Überschrift "Weg mit solchen Volks"-Vertretern" fordert sie die Wähler auf, den Sozialisten und Radikalen eine Absage bei den Wahlen zu erteilen.

Nun ist bekannt, dass das Elsass keinen Radikalen und nur einen Sozialisten in der Kammer hat. Der Sozialist hat gegen die Notverordnungen u. für den franco-russischen Pakt gestimmt, während die Mehrzahl der elsässischen Abgeordneten zu den Klerikalen und bürgerlichen Demokraten gehörte u. an fast allen reaktionären Akten aktiv mitgewirkt haben. Wenn Hueber jetzt die Parole gegen die Radikalen und die Sozialisten ausgibt, so beweist dies, dass er den Kampf mit der elsässischen Reaktion und nicht gegen sie führen will. Hofft er auf diese Weise sich die Unterstützung der UPR zu erschleichen? Die Argumente, die die "NW" gegen die Sozialisten u. Radikalen vorbringt, sind jedenfalls nicht die Argumente der Arbeiter gegen diese Parteien, sondern die Rossés. Sie stammen wortwörtlich aus der Agitationsmappe des "Els. Kurier". Es wird immer klarer wessen Geschäfte die "els. arb. u. Bauernpartei" damit betreibt und es ist die Aufgabe aller klassenbewussten Arbeiter dafür zu sorgen, dass diese Pseudokommunisten in ihrer wahren Gestalt erkannt werden.

FÜNF ANTIFASCHISTEN ZUM TODE VERURTEILT.

oo

Die internationale Solidarität muss den Mord der Nazis verhindern.

Das Schwurgericht Berlin-Moabit hat im Prozess gegen 25 Kommunisten furchtbare Urteile gefällt.

5 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, 5 Angeklagte erhielten je 14 Jahre Zuchthaus und 5 weitere Angeklagte Zuchthaus von 6 - 12 Jahren.

Die Neuköllner Arbeiter wurden angeklagt und verurteilt wegen einer von den Nazis am 21. August 1931 provozierten Auseinandersetzung in der Richardstrasse in Berlin-Neukölln. Die zum Tode Verurteilten sind die Arbeiter Paul Zimmermann, Bruno Schröder, Helmut Schweers, Bruno Blank u. Walter Schulz.

Der Prozess u. die Urteile des Moabiter Schwurgerichts bestätigen, dass der Hitlerfaschismus fortführt Schreckensurteile gegen die Antifaschisten zu fällen, wenn er nicht durch die internationale Aktion daran gehindert wird. Noch ist die Hinrichtung von Claus in aller Erinnerung und schon fordert die faschistische Führung in Deutschland neue Todesopfer.

Die deutsche Arbeiterklasse u. ihre illegalen Kader führen einen heroischen Kampf. Der Hitlerfaschismus muss, wenn er die antifaschistische Opposition treffen will, ihre Zentrum, die illegalen Organisationen zerschlagen und die illegalen Arbeiter mit Gefängnis, Zuchthaus u. Henkerbeil verfolgen.

Hitler kann den Werktätigen die Brotrationen nicht erhöhen, er macht ihnen Butter, Eier, Fett und Schweinefleisch streitig. Teuerung u. Hunger sind die Folgen, mit denen die Werktätigen die Hitlerschen Kriegsvorbereitungen bezahlen müssen. Aber gegen die fasch. Politik erwächst einer immer stärkere antifaschistische Opposition. Deshalb richtet sich der Hauptschlag Hitlers gegen die revolutionären Arbeiter und die Kommunisten, die Organisatoren des Widerstandes. Deshalb fordert der fasch. Terror erneut 5 Todesopfer. Die Hitlerschen Banditen wollen die Arbeiterklasse u. die Antifaschisten schrecken. Kein Nazigegner soll mehr wagen das Maul zu öffnen, Brot zu fordern, gegen die Teuerung und für höhere Löhne zu kämpfen, die fasch. Demagogie zu entlarven und für den Sturz des Faschismus zu arbeiten.

Der heldenhafte Kampf der deutschen Arbeiter muss durch die internationale Aktion ermuntert werden. Die deutschen Arbeiter selbst haben früher wiederholt Beispiele internationaler Solidarität gegeben.

Vergolten wir es ihnen jetzt. Alle Kräfte für die Rettung der Neuköllner Proletarier. Organisiert Massenversammlungen, sendet Proteste an die deutsche Regierung und an die deutsche Botschaft in Paris. Zögert nicht!

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op^osition Elsass (Section der IVKO)

N^o 11/III. Jahrgang.

Dritto Märzwoche 1936.

Zum hitlerischen Gewaltstreich:

DEM KRIEGE ENTGEGEN.
oooooooooooooooooooooooooooo

Der neueste Gewaltstreich der Hitlerregierung ist ein handgreiflicher Beweis dafür, dass die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges von Stunde zu Stunde grösser wird. Die revolutionären Arbeiter Frankreichs waren und sind Gegner der Bestimmungen des Versailler Vertrags, deshalb sind auch die Bestimmungen über die Entmilitarisierung der Rheinlande für sie alles andere als ein Fetisch. Aber die revolutionären Arbeiter Frankreichs wollen den Versailler Vertrag auf friedliche Weise liquidieren und zwar durch den Fortschritt der proletarischen Revolution in Frankreich u. Deutschland. Die revolutionäre Arbeiterschaft tritt deshalb entschieden gegen die imperialistische Revision des Versailler Vertrags auf, gegen die Hitlersche Methode der Gewaltstreiche, denn die imperialistische Liquidierung des Versailler Vertrags durch Hitler treibt zum Kriege u. dient dem Zwecke, anstelle der auf dem Frieden von Versailles begründeten europäischen Ordnung noch Schlimmeres imperialistisches Unrecht zu setzen.

Was beabsichtigt Hitler?

Hitlers Reichstagsrede zeigt ganz deutlich, was der deutsche Faschismus mit seinem neuesten Vorstoss bezweckt. Die Naziregierung will einen Keil zwischen Frankreich u. England treiben, sie will den Pakt zwischen Frankreich u. der Sowjetunion torpedieren, sie will sich vor allem freie Hand zum Angriff auf die Sowjetunion verschaffen. Die Besetzung der Rheinlande soll den deutschen Armeen bei dem von den Nazis geplanten Kriege gegen die SU den Rücken sichern. Hitler macht keinen Hehl daraus, dass das faschistische Deutschland auf kriegerische Eroberungen ausgeht. Er verlangt Kolonien, er verlangt in erster Linie auch Stücke der Sowjetunion, denn nichts anderes bedeuten seine Betrachtungen darüber, dass Deutschland im Vergleich zur SU zu wenig "Raum" habe.

Wodurch wurde Hitler sein Gewaltstreich erleichtert?

Hitler konnte seinen Gewaltstreich nur wagen, weil die letzten Monate gezeigt hatten, wie wenig die Regierungen der anderen kapitalistischen Länder fähig u. gewillt sind, irgendwelche ernstesten Massnahmen zur Sicherung des Friedens zu ergreifen. Auf Mussolinis Eroberungskrieg gegen Abessinien reagierte der Völkerbund mit scharfen Resolutionen, er ergriff aber keine wirklich wirksamen Massnahmen (Sanktionen), er erwies sich als unfähig, den italienisch-abessinischen Krieg zu verhindern u. nachdem dieser Krieg einmal ausgebrochen war, seine rasche Beendigung durchzusetzen. Die Haltung Lavals zum italienisch-abessinischen Krieg war eine direkte Ermutung für die Nazis, dem Beispiel Mussolinis zu folgen. Auch die Hetze der französischen Reaktion gegen den Pakt mit der SU u. die Bereitschaft reaktionärer Kreise in Frankreich, sich mit den Nazis gegen die SU zu verständigen, einen Krieg gegen die SU zu unterstützen, haben Hitler in seinem Vorgehen bestärkt.

Auch das, was sich jetzt nach dem Vorstoss der Naziregierung abspielt, zeigt, wie falsch es wäre, wenn die Arbeiter sich irgendwelche Illusionen über die Möglichkeiten der Sicherung des Friedens mit Hilfe der kapitalistischen Regierungen, mit Hilfe des Völkerbundes machten. Allein die proletarische Regierung der SU nimmt angesichts der kriegerischen Provokation der Nazis, ebenso

wie sie das in der abessinischen Frage getan hat, eine klare u. eindeutige Stellung im Interesse des Friedens ein. Die englische Regierung spielt jetzt gegenüber Deutschland ungefähr dasselbe Spiel, wie z. Zt. die Lavalregierung gegenüber Italien. Die französische Regierung verlangt Sanktionen gegen Deutschland, andererseits ist sie aber mehr denn je bereit, Mussolini die grössten Konzessionen zu machen, um zu verhindern, dass er sich mit Hitler vereinigt. Die Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Deutschland stösst schon aus dem Grunde auf noch grössere Widerstände als seiner Zt. im Falle von Italien, weil Deutschland im Welthandel eine grössere Rolle spielt als Italien u. weil Massnahmen gegen den deutschen Aussenhandel zahlreiche kapitalistische Interessen in den eventuellen Sanktionsländern verletzen würden. Ebenso wie beim italienisch-abessinischen Krieg zeigt es sich auch heute gegenüber Deutschland, dass die Organisation der kollektiven Sicherheit, d. h. die Sicherung des Friedens im Rahmen des Kapitalismus durch die Profitinteressen des Kapitals, durch die Gegensätze unter den imperialistischen Staaten, durch den Hass u. die Angst der internationalen Bourgeoisie vor der SU durchlöchert u. paralyisiert wird. Die Arbeiter müssen sich dessen bewusst sein, dass der Völkerbund nur dann etwas im Interesse des Friedens tun wird, wenn der Druck der Arbeiter auf ihre imperialistischen Regierungen der Friedenspolitik der SU zu Hilfe kommt u. dass auch dann der Völkerbund nur zu halber, unzulänglichen Massnahmen fähig ist. Die kollektive Sicherheit im Rahmen des Kapitalismus, der Völkerbund usw. können den drohenden imperialistischen Krieg bestenfalls um eine kurze Galgenfrist hinausschieben. Heute gilt mehr denn je der Satz dass nur der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, nur der Sieg der proletarischen Revolution den Frieden auf die Dauer sichern kann. Der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland würde die Kriegsgefahr, die von den Nazis ausgeht, mit einem Schlage u. für immer beseitigen. Der Sieg der proletarischen Revolution in Frankreich würde unmittelbar auch die faschistische Diktatur in Deutschland treffen u. die Kräfte der deutschen proletarischen Revolution anspornen u. vermehren.

Hitler der Hauptkriegstreiber, aber unsere Reaktion spielt sein Spiel.

Die Tatsache, dass die Naziregierung heute der Hauptkriegstreiber ist, darf die Arbeiter Frankreichs nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch hierzulande imperialistische Kriegstreiber gibt, die sich insbesondere jetzt durch das Vorgehen der Nazis ermutigt fühlen. Die französischen imperialistischen Kriegstreiber arbeiten in zwei Richtungen. Da haben wir einmal diejenigen, die nach der Verständigung mit Hitler rufen, die jetzt möchten, dass der Gewaltreich der Nazis anerkannt wird u. dass ihnen freie Hand zum Kriege gegen die Sowjetunion gegeben wird. Auf der anderen Seite wird, zum Teil von denselben Kreisen Stimmung dafür gemacht, dass jetzt militärische Massnahmen gegen Deutschland ergriffen werden, d. h. ein sogenannter Präventivkrieg vom Zaune gebrochen wird. Der General Castelnau, der Führer der katholischen Reaktion in Frankreich, stellt im "Echo de Paris" Betrachtungen darüber an, dass ein Präventivkrieg im gegenwärtigen Augenblick für Frankreich Aussichten auf Erfolg böte. Die faschistische Union nationale de combattants fordert die Mobilmachung einiger Jahrgänge. Der besondere Witz dabei ist, dass der Abgeordnete Goy, der einer der Führer der UNC ist, zugleich zu den Vorkämpfern der Verständigung mit Hitler gehört.

Die Freunde einer Verständigung mit Hitler u. die Anhänger eines Präventivkrieges spielen einander in die Hände. Die einen wie die anderen Treiben zum Kriege und bereiten den Boden dafür vor, dass Frankreich in einen neuen Krieg hineinschlittert, so wie 1914 die imperialistischen Regierungen in den Krieg hineingeschlittert sind. Wenn die anderen Mächte, so wie das die Freunde der Verständigung mit Hitler wünschen, den gegenwärtigen Vorstoss der Nazis einfach hinnehmen, dann heisst das, dass sie Hitler direkt dazu ermuntern, den Krieg gegen die Sowjetunion u. gegen die anderen Objekte seiner Eroberungslust zu entfesseln. Andererseits würde es nur den Anhängern eines Präventivkrieges gegen Deutschland nützen, wenn heute keine friedlichen Massnahmen gegen den Gewaltreich der Nazis, keine wirtschaftlichen Sanktionen ergriffen werden.

Die von der Regierung Sarraut ausgegebene Lesung der Union nationale dient nur dazu, den imperialistischen Kriegstreibern aller Art in Frankreich das Handwerk zu erleichtern. Die Regierung fördert durch ihre Haltung die chauvinistische Hetze u. Panikmacherei derjenigen, die eine Kriegsstimmung erzeugen wollen. Für die Arbeiterklasse kann es heute erst recht keine "nationale Einheit"

keinen Einverständnis mit der Bourgeoisie; geben, für sie handelt es sich erst recht darum, angesichts der imperialistischen Kriegsgefahr ihren eignen revolutionären Klassenstandpunkt zu entwickeln und zu verfechten.

Wie ist in dieser Lage die Haltung der Arbeiterparteien?

Die SFIO nimmt einen Standpunkt ein, der faktisch eine Unterstützung der Apestel der Verständigung mit Hitler u. eine Dossolidarisierung mit der Sowjetunion bedeutet. Paul Faure schreibt im "Populaire", dass man "stets mit jedoc über alles u. unter allen Umständen" verhandeln müsse; er erklärt gleichzeitig: "Verhandlungen mit Hitler im Rahmen des Völkerbundes können ... keine Drohung gegen die Sowjetunion sein. Die antikriegsische französische Politik muss bestimmt werden ohne Einfluss irgendeiner ausländischen Kanzlei." Was den "Rahmen des Völkerbundes" anbelangt, so ist das eine sehr dehnbare Formulierung, insbesondere im gegenwärtigen Augenblick, wo Hitler selber seinen Eintritt in den Völkerbund anbietet. Mit der "ausländischen Kanzlei" meint Paul Faure offenbar die Sowjetregierung. Paul Faure und die SFIO wollen also, um nicht in den Verdacht zu kommen, dass sie die Teilbereiten der Anhänger des Präventivkriegs unterstützen, dass die französische Regierung mit Hitler unter Umgehung der Sowjetregierung, u. d. h. notwendigerweise auf Kosten der Sowjetregierung sich verständigt. Wir sind umgekehrt der Ansicht, dass die französische Arbeiterklasse in ihrer Interesse u. im Interesse des Friedens verlangen muss, dass die französische Regierung jetzt keinerlei Schritte in außenpolitischer Hinsicht unternimmt, ohne sich mit der Sowjetregierung, mit der sie durch einen Pakt gebunden ist, zu verständigen. Das wäre eine Garantie sowohl gegen ein faules Kompromiss mit Hitler als auch gegen Tendenzen, auf die Hitlerische Politik mit gleicher Münze zu antworten und den Krieg herbeizuführen.

Eine Erklärung der Kammerfraktion der SFIO zeigt gleichfalls die Schädlichkeit des kleinbürgerlichen Pazifismus der Reformisten. Diese Erklärung erwartet alles Heil von einer allgemeinen Abrüstung und einer "wirtschaftlichen Zusammenarbeit" im Rahmen des Völkerbundes, alles - wohlverstanden - bei Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Das sind alles Utopien. Die Arbeiter müssen sich darüber im klaren sein, dass eine wirkliche Lösung aller der Fragen, die heute die imperialistische Welt aufwühlen u. dem Kriege zutreiben, nur durch die proletarische Revolution erfolgen kann.

Auch der KPF zeigen sich heute die ideologischen Verwüstungen, die die Volkfrontpolitik angerichtet hat. In einem Aufruf ruft die KPF zur "Einheit der französischen Nation zwecks Verhinderung der Katastrophe" auf. Das Pol-Büro der KPF spricht in einer Resolution gleichfalls von der "Einheit des Volkes von Frankreich gegen die 200 Familien und die Rüstungsindustriellen". Mit diesen Phrasen unterstützt die KPF ungewollt den chauvinistischen Rummel, der jetzt von der Regierung, von der ganzen französischen Bourgeoisie im Namen der "nationalen Einheit" inszeniert wird. Gerade jetzt müsste die komm. Partei mit aller Entschiedenheit proklamieren, dass es für sie keine nationale Einheit, keinen Burgfrieden mit der Bourgeoisie gibt. Die KPF beschränkt sich ferner darauf, gegen die Anhänger der Verständigung mit Hitler aufzutreten, ohne die andere Uschmiter der Kriegstreiber, die einen Präventivkrieg das Wort reden, anzugreifen. Lediglich in der Pariser "Humanité" vom 11. März finden wir in einem Artikel von Nizan, der in dieser Hinsicht einige richtige Bemerkungen macht. Die Volkfrontpolitik hindert die KPF, gegenwärtig mit aller Entschiedenheit gegen die französische Bourgeoisie u. deren Regierung aufzutreten und ihre revolutionären Ziele mit aller Klarheit zu vertreten. Statt der internationalen Solidarität der Arbeiter gegen die Imperialisten verwendet die KPF verwaschene Redensarten von "Völkerverbrüderung", statt heute angesichts der chauvinistischen Hetze der französischen Bourgeoisie gegen das deutsche Volk als Ganzes ihre Solidarität mit der deutschen Arbeiterklasse gegen den deutschen u. französischen Imperialismus zu bekunden, sucht Péri Sarraut, den Regierungschef des französischen Imperialismus, davon zu überzeugen, dass er, Sarraut einen internationalen antifaschistischen Kampf führen müsse.

Was muss die Arbeiterklasse jetzt tun?

Ihre Forderungen sind klar: Keine nationale Einheit, Kampf gegen die imperialistische Regierung und die Bourgeoisie! Auflösung der faschistischen Organisationen, Schaffung eines antifaschistischen Massenseibtschutzes. Keine Ver-

ständigkeit mit Hitler auf Kosten der Sowjetunion! Kein Präventivkrieg und keine Abenteuerpolitik, die dazu führt! Keine aussenpolitische Schritte der französischen Regierung ohne vorherige Verständigung mit der Sowjetregierung! Friedliche, wirtschaftliche Sanktionen des Völkerbundes gegen Hitlerdeutschland mit dem Ziele, von der Hitlerregierung Garantien für die Aufrechterhaltung des Friedens und insbesondere für die Sicherheit der Sowjetunion zu verlangen! Zu diesem Zwecke Kampf gegen die Regierung und Druck auf die Regierung!

Daneben muss die Arbeiterklasse eigne Aktionen unternehmen, so z.B. die Ausfuhr von Rohstoffen und anderen Produkten, die zur Aufrüstung Deutschlands dienen, nach Deutschland verhindern. Die deutschen Kanonen werden bekabählich mit den Eisenerzen der lothringischen Hüttenbarone fabriziert! Keine Illusionen darüber, dass der Frieden im Kapitalismus dauernd gesichert werden könnte! Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution! Solidarität und Unterstützung der revolutionären Arbeiter Deutschlands, die gegen das Hitlerregime kämpfen! Schutz und Verteidigung der Sowjetunion!

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Erinnern wir uns ihrer Lehren:

DIE PARISER KOMMUNE UND WIR.
oooooooooooooooooooooooooooo

Die KPF begleitet ihre Volksfrontpolitik mit fortwährenden Berufungen auf die revolutionären Traditionen Frankreichs und der französischen Arbeiterklasse. Nun ist zweifellos die Pariser Kommune das Grösste und Stolzeste, was die französische Arbeiterklasse an revolutionären Traditionen aufzuweisen hat. Die Lehren der Pariser Kommune sind aber zugleich die beste Widerlegung der Volksfrontpolitik.

In einem Brief an Kugelmann (vom 17. April 1871) schreibt Karl Marx: "Wie Du kleinbürgerliche Demonstrationen à la 13. Juni 1849 usw. mit dem jetzigen Kampf in Paris vergleichen kannst, ist mir völlig unbegreifbar". Was war nun der 13. Juni 1849? Das war in gewisser Hinsicht ein Vorbild der heutigen Volksfront. Folgendes lesen wir im "18 Brumaire des Louis Bonaparte" von Karl Marx über die politischen Führer dieser "kleinbürgerlichen Demonstration": "Die Demokraten geben zu, dass eine privilegierte Klasse ihnen gegenübersteht, aber sie mit der ganzen übrigen Umgebung der Nation bilden das Volk. Was sie vertreten, ist das Volksrecht! Was sie interessiert, ist das Volksinteresse. Sie brauchen daher bei einem bevorstehenden Kampf die Interessen und Stellungen der verschiedensten Klassen nicht zu prüfen. Sie brauchen ihre eigenen Mittel nicht allzu bedenklich abzuwägen. Sie haben eben nur ein Signal zu geben, damit das Volk mit allen seinen unerschöpflichen Ressourcen über die Dränger herfalle. Stellen sich nun in der Ausführung ihre Interessen als uninteressant und ihre Macht als Ohnmacht heraus, so liegt das entweder an verderblichen Sophisten, die das unteilbare Volk in verschiedene feindliche Lager spalten, oder die Armee war zu vertiert und zu verblendet, um die reinen Zwecke der Demokratie als ihr eigenes Bestes zu begreifen, oder an einem Detail der Ausführung ist das ganze gescheitert oder aber ein unvorhergesehener Zufall hat für diesmal die Partei vereitelt." Wir sehen, dass gewisse Phrasen, die uns heute im Zeichen der Volksfront als neue Offenbarungen serviert werden, in Wirklichkeit uralter Stumpsinn sind.

Die Kommune beruhte, wie Marx richtig feststellte, nicht wie der 13. Juni 1849 auf der Unterordnung des Proletariats unter die politische Führung des Kleinbürgertums, sondern umgekehrt auf einem Bündnis der Arbeiter und Kleinbürger von Paris unter der Führung des Proletariats.

Dieses Bündnis wurde nicht im Zeichen der bürgerlichen Demokratie und des Vertrauens auf den bürgerlichen Staatsapparat sondern im Zeichen der proletarischen Diktatur und der Zerbrechung dieses bürgerlichen Staatsapparates, der Armee und Polizei der Bourgeoisie geschaffen.

Die Lehren der Kommune beherzigen, heisst sich von allen Illusionen in Bezug auf die bürgerliche Demokratie freizuhalten, heisst auch, im Kampfe gegen den Faschismus das Heil nicht von dem bürgerlichen Staatsapparat zu erwarten, sondern nur auf die eigene Kraft der Werktätigen zu vertrauen!

ZUR LAGE UND DEN AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG IN
 ooo
 SPANIEN.
 ooooooooooooo

Die Ereignisse im Anschluss an die Wahlen in Spanien haben gezeigt, dass die Regierung Azana nur das durchgeführt hat, wozu sie von der Massenbewegung unmittelbar gezwungen wurde. Die Befreiung der politischen Gefangenen wurde von den Massen durch Demonstrationen vor den Gefängnissen und durch Aufstände in den Gefängnissen selbst unmittelbar erzwungen. Wie die Vorgänge in Madrid und anderen Orten zeigen, liess sich die reguläre Armee nicht mehr dazu gebrauchen, um den Massen entgegenzutreten. Dasselbe trifft zu auf die Wiedereinsetzung der linken Gemeinderäte in den Gemeinden. Auch das wurde von den Massen auf revolutionärem Wege unmittelbar verwirklicht. Die Regierung Azana drückte nur den Stempel auf Tatsachen, die sich ohne sie und gegen sie bereits durchgesetzt haben.

Dasselbe trifft zu auf die Massregeln, die die Regierung auf agrarischen Gebieten getroffen hat (Einstellung der Zurückgabe der Güter an die Adligen, die an dem früheren Putschversuch beteiligt waren, Einstellung der Versteigerung usw. von bäuerlichen Gütern). Aus der massenhaften Flucht von Granden (spanischer Hochadel mit Latifundienbesitz, halbfeudaler Adel) ist zu schliessen, dass unter den armen Bauern und Landarbeitern eine Bewegung, um sich der adligen Güter zu bemächtigen, entweder in Vorbereitung oder zum Teil bereits im Gange ist.

Die Regierung Azana hat zugesagt, dass sie das Volksblockprogramm durchführen werde, aber sie hat gleichzeitig die werktätigen Massen aufgefordert, ihre eigene Bewegung einzustellen u. ausschliesslich der Regierung die Durchführung des Volksblockprogramms zu überlassen. Die Regierung hat also Furcht vor der Massenaktion. Aus ihrem bisherigen Verhalten muss geschlossen werden, dass sie selbst das Volksblockprogramm nur soweit durchführen will, als sie von der revolutionären Aktion der Massen dazu gezwungen ist.

Für die politische Lage in Spanien und für die Taktik der Grossbourgeoisie, des grossgrundbesitzenden Adels usw. ist kennzeichnend, dass von der permanenten Kommission der Cortes, in der die Rechten die Mehrheit haben, das Dekret über die Amnestie einstimmig angenommen wurde. Das heisst die Rechten, die Kräfte der Konturrevolution sammeln sich jetzt hinter der Regierung Azana, so sammeln sich um das Volksblockprogramm.

Die wesentlichsten Teile des Volksblockprogramms: die Amnestie und die Wiedereinsetzung der republikanischen Gemeinderäte, sind bereits von der Massenbewegung erzwungen worden. Von den übrigen Teilen des Volksblockprogramms ist höchstens noch der Punkt, Festsetzung der Minimallohne von einiger Bedeutung für die Arbeiter. Im Ganzen aber kann das Volksblockprogramm den Bedürfnissen der Arbeiter und der armen Bauern keinesfalls genügen.

Die Arbeiter u. Bauern müssen ihre Angriffe gerade auf die Punkte konzentrieren, die die Linken Republikaner abgelehnt haben, in das Volksblockprogramm aufzunehmen. Es sind dies in der Hauptsache folgende Punkte:

a) auf dem Lande die gründliche u. vollständige Durchführung der Agrarrevolution, das heisst zunächst die entschädigungslose Enteignung des gesamten Grossgrundbesitzes des Adels und der Kirche (natürlich auch des bürgerlichen Grossgrundbesitzes) und seine Aufteilung unter die Landarbeiter, Pächter, Klein- u. Mittelbauern.

b) In der Industrie haben die Sozialdemokraten die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter verlangt, die die Linken Republikaner abgelehnt haben. Daraus geht hervor, dass auf dem Gebiete der Industrie die Lösung der Arbeiterkontrolle der Produktion, das heisst die Übernahme der Leitung der kapitalistischen Betriebe durch die Arbeiter u. Angestellten die grundlegende Lösung sein muss (dabei muss beachtet werden, dass es sich im Augenblick noch nicht darum handelt, die kapitalistischen Besitzer juristisch zu enteignen, sondern nur einstweilen die tatsächliche Leitung der Betriebe zu übernehmen, ferner dass es sich ausdrücklich nicht um die staatliche Kontrolle und Leitung der Betriebe handelt, sondern um die Übernahme der Leitung durch freigewählte Organe der Arbeiter u. Angestellten, die in den Betrieben gewählt werden u. den Betriebsbelegschaften verantwortlich sind).

c) Die linken Republikaner haben die Durchführung einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausdrücklich abgelehnt, auch dafür muss gekämpft werden, wobei die Aufbringung der Beiträge ausschliesslich von den Unternehmern zu fordern ist, während die Verwaltung ausschliesslich durch die Arbeiter vorgenommen werden soll.

d) Es ist klar, dass auch die Durchführung solcher Minimallohne, die den Forderungen der Arbeiter entsprechen, nur durch den unmittelbaren Kampf der Arbeiter selbst erfolgen kann.

e) Die linken Republikaner haben ausdrücklich die Verstaatlichung der Bank von Spanien abgelehnt, auch für sie muss gekämpft werden, wobei die Kontrolle der Staatsbank Sache entsprechender Organe der Arbeiter u. Angestellten sein muss.

f) Im Programm des Volksblocks figuriert die Forderung, dass diejenigen Beamten, Militärs usw., die sich im Zusammenhang mit den Oktoberkämpfen 1934 Übergriffe erlaubt haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Es ist natürlich völlig ausgeschlossen, dass bürgerliche Gerichte einer solchen Aufgabe gewachsen sind oder dass sie ernsthaft gewillt wären, sie durchzuführen. Eine solche Aufgabe kann nur durchgeführt werden durch Revolutionstribunale, die aus Arbeitern, Angestellten, armen Bauern u. Landarbeitern zusammengesetzt sind (das heisst von ihnen gewählt werden).

Die grundlegenden Forderungen im Interesse der Arbeiter u. der Masse der bäuerlichen Bevölkerung können u. werden nicht durch die Regierung Azana u. überhaupt nicht auf parlamentarisch-demokratischem Wege durchgeführt werden. Die Regierung Azana hat es jederzeit in der Hand, nach rechts umzuschwenken und mit der Rechten zusammen eine parlamentarische Mehrheit zu bilden. Während Sozialdemokratie, Kommunisten usw. für sich allein über keine parlamentarische Mehrheit verfügen. Daraus ergibt sich, dass die Massenbewegung nur weitergeführt werden kann und nur dann ihre revolutionären Ziele erreichen kann, wenn die Massen sich eigene breite Klassenorgane schaffen, die sich im Laufe der Massenbewegung zu Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten auswaschen, die den Massenkampf führen und schliesslich die Regierung auf der Basis der Räte übernehmen. Die Tatsache, dass es sich in Spanien zunächst noch um die bürgerlich-demokratische Revolution handelt, ist kein Beweis dafür, dass die Revolution im Bündnis mit bürgerlichen Parteien und mit parlamentarischen -demokratischen Mitteln durchgeführt ist. Die Erfahrung in China hat gezeigt, dass auch für die bürgerliche demokratische Revolution die Räte die geeignete Form des Staates darstellen. Weiter ist zu bemerken, dass die bürgerlich-demokratische Revolution keineswegs eine starre Grenze ist, bei der die Arbeiter und Bauern stehen bleiben müssen, vielmehr wird es sich zeigen, dass die Logik der Ereignisse selbst, die Grenzen der bürgerlich-demokratischen Revolution überschritten werden müssen. Es ist aber zu bemerken, dass die Enteignung des Grossgrundbesitzes und selbst die Arbeiterkontrolle der Produktion noch im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Revolution bleiben.

Nirgendwo sonst in Europa sind gegenwärtig die Voraussetzungen so günstig wie eine Revolution durchzuführen, als in Spanien. Eine der grundlegenden Voraussetzungen aber dafür ist die Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Massenpartei, die imstande ist, selbstständig die Revolution zu führen. Eine solche Partei ist heute noch nicht vorhanden. Es sind aber Elemente dafür vorhanden, aus denen sie geschaffen werden kann. Die Kommunistische Partei steht unter dem verhängnisvollen Einfluss der Volksblock- u. Volksfronttaktik. Der Bruch mit dieser Taktik ist absolut notwendig, wenn die revolutionäre Bewegung weitergeführt werden soll und wenn die Kommunisten eine führende Rolle dabei spielen sollen. Die linken Sozialdemokraten unter Caballero haben zwar einiges reformistisches Gepäck abgelagt, aber auch sie stehen noch unter dem Einfluss des Volksfrontunsinns. Es handelt sich darum, vor allem auf die KP und auf den linken Flügel der SP zu wirken, damit sie sich von der Volksfronttaktik befreien, die wirklichen Aufgaben der Revolution in Spanien sehen und instandgesetzt werden, sie durchzuführen. Man muss hinsteuern auf die Bildung einer einheitlichen kommunistischen Massenpartei aus den Elementen der bisherigen kommunistischen Partei, der linken Sozialdemokratie, sowie der Anarchisten u. Syndikalistin, die imstande sein werden, den alten reformistischen, opportunistischen u. anarchistisch-syndikalistischen Ballast loszuwerden und eine richtige kommunistische Taktik einzuschlagen.

Die internationale Bedeutung der Ereignisse und der Weiterentwicklung in Spanien kann nicht überschätzt werden. Sie ist hauptsächlich doppelt

Das faschistische Deutschland hat jetzt auf seinem Wege der imperialistischen Revision des Versailler Vertrages einen freiwillig eingegangenen Vertrag einseitig gebrochen und seine Truppen in der entmilitarisierten Zone einmarschieren lassen, das ist eine weitere Tatsache.

Und da kommen die Rossé und Konsorten und wagen es die Sowjetunion als den Kriegstreiber hinzustellen.

Nein, Ihr Herren! Die Tatsachen sagen und bestätigen es:
- Der Faschismus, das ist der Krieg! Der Sozialismus allein ist der Friede!

Rossé und Genossen haben sich mit ihrer Schreiberlei selbst gekennzeichnet. Sie sind Feinde des Friedens und Handlanger der Kriegstreiber und müssen als solche behandelt werden.

Kurze Mitteilungen.

Warum nicht auch in Strassbourg? Die Vorstände der wiedervereinigten Gewerkschaften von Colmar haben in einer Konferenz v. 6. III. zu der Abschaffung des Gontar Systems Stellung genommen. Sie fordern die Wiedereinführung des früheren Unterstützungssystems, da das neue Unterstützungssystem eine gewaltige Verschlechterung darstelle u. die Gewerkschaften in eine unhaltbare finanzielle Lage bringe. Die Vorstände appellieren an alle Gewerkschaften der Region, sich den Forderungen der Colmarer Gewerkschaftsvorstände anzuschließen und mit ihnen für die aufgestellten Forderungen einzutreten. Gleichzeitig haben die wiedervereinigten Gewerkschaften beschlossen, zur Bekräftigung und Unterstützung ihres Kampfes für die Erwerblosen eine öffentliche Massenkundgebung abzuhalten, die durch einen anschließenden Protestmarsch zur Präfektur ergänzt werden soll, woselbst dem Präfekten die Forderungen an die Regierung unterbreitet werden sollen. Warum rührt sich in Strassbourg die Union locale der wiedervereinigten Gewerkschaften nicht?

Elz'sche Entdeckungen. Die "Elz" will entdeckt haben, dass die Kommunisten seit dem Besuch Lavaurs in Moskau, für die Linie Tuchahtschowski-Schneider-Creusot eintreten und stramme Verteidiger des französischen Imperialismus und Militarismus geworden seien. Dies alles deshalb, weil die Kommunisten nicht für Hitlers Thesen eintreten und nicht mit der "Elz", der "NW" und dem "Kurier" entsprechend den Wünschen Hitlers und der französischen Reaktion gegen den franco-russischen Pakt auftreten. Die Elzianer haben nämlich entdeckt, dass, wer nicht gegen den Russenpakt auftritt, sondern für ihn eintritt, für den franz. Imperialismus und für die Militarisierung Frankreichs kämpft. Oberkirch, Wallach, Frey, Walter, Rossé usw. sind also gemeinsam mit den Taittinger, Kerillis, Ph. Henriot u. a. gegen die Militarisierung Frankreichs, denn "wer die Militarisierung Frankreichs nicht will, kann den Russenpakt nicht billigen", so verkündet die Elz. Zu solchen Fastnachtsscherzen müssen die hitlerischen Elzianer Zuflucht nehmen, um ihre Berliner Naziware an den Mann zu bringen.

Die Engagés volontaires zum Hitlerschen Handstreich. Das Comité Directeur der Fédération des Engagés Volontaires alsacien-lorrains hat sich in einer längeren Erklärung zum einseitigen Bruch des Locarovertrages zu Wort gemeldet. Die Erklärung klingt in der Forderung nach einer starken Regierung aus, die aus Ehrenmännern zu bestehen habe. Die Erklärung wendet sich auch gegen das von Wahlsorgen und den Intrigen des Kommunismus beherrschte System und appelliert, an die alten französischen "Tugenden" im Lande wieder aufzurichten, um ihm sein altes Gesicht wieder zu geben. Die Herren bekunden also die Absicht, den Hitlerschen Vertragsbruch anzunützen um den Hitlerismus für Frankreich als Rettung in Empfehlung zu bringen.

Herr Wallach, der von Wahlsorgen gepeinigte Kandidat der vereinigten Demokraten und Klerikalen hatte die Absicht im Parlament im Namen des Elsass einen Appell an den Mann zu bringen. Darin wollte er die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen für die Kammer und die Herstellung der Union sacrée fordern. Ein Beweis, dass die Herren der Reaktion die Hitlersche Aktion zu innerpolitischen Geschäften für den Faschismus und gegen die Arbeiterklasse ausnützen möchten.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 12/III, Jahrgang,

Vierte Märzwoche 1936.

Bemerkungen zur Lage:

DIE POLITIK DER KPF ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE.
oo

Die gegenwärtige Krise, die durch den Gewaltstreich Hitlers heraufbeschworen worden ist, zeigt mit besonderer Deutlichkeit die Schädlichkeit der Volksfrontpolitik. Ob die Politik, die die Kommunisten befolgen, richtig ist oder nicht, wird in letzter Instanz nicht durch Abstimmungen auf Parteitagen und Kongressen entschieden, sondern durch die Praxis, und zwar erweist es sich gerade in kritischen Situationen, in solchen geschichtlichen Augenblicken, wo über Nacht grosse Änderungen eintreten können, ob eine kommunistische Partei ihrer Aufgabe gewachsen ist oder nicht. In der gegenwärtigen aussenpolitischen Krise, die zeigt, wie bedrohlich nahe die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges näher gerückt ist, hat die Volksfrontpolitik die KPF direkt daran gehindert, ihre Aufgaben als revolutionäre Partei in der Masse, wie das angesichts der Lage notwendig wäre, zu erfüllen.

Heute wäre es unbedingt erforderlich, dass die KPF die revolutionären Pflichten der französischen Arbeiterklasse klar formulierte, dass sie alles täte, um ein selbstständiges Auftreten und selbstständige Aktionen der Arbeiterklasse angesichts der durch das Vorgehen der Nazis herbeigeführten Bedrohung des Friedens herbeizuführen. Aber wenn man Volksfrontpolitik betreibt, wenn man glaubt, in der Innenpolitik mit einem Teil der Bourgeoisie zusammengehen zu können, wenn man eine bürgerliche Regierung toleriert, dann ist man beim Ausbruch einer aussenpolitischen Krise der Gefangene dieser Politik, dann lastet diese Politik als eine schwere Hypothek auf der kommunistischen Partei und hindert sie, eine klare, revolutionäre Stellung zu den plötzlich durch die Ereignisse aufge-rollten Fragen des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegstreiber und für die Verteidigung der Sowjetunion zu beziehen. Die KPF müsste heute klarstellen, dass der Kampf der französischen Arbeiter gegen die Kriegstreiber des deutschen Faschismus und für die Sicherung der Sowjetunion zugleich ein Kampf gegen den französischen Imperialismus und gegen die imperialistischen Kriegstreiber im eigenen Lande sein muss. Die KPF müsste eindeutig erklären, dass es in diesem Kampfe keinerlei Burgfrieden mit der imperialistischen Bourgeoisie oder Teilen von ihr geben kann. Das alles wäre für die Führung der KPF nach der monatelangen Volksfrontpolitik auch dann nicht leicht, wenn sie sich über das völlig im Klaren wäre, was jetzt nötig ist. So sehen wir denn, dass die KPF in der gegenwärtigen Krise faktisch kein eigenes Gesicht zeigt, dass die Unterscheidungslinien zwischen ihrer Politik und der Politik der Regierung Sarraut-Flandin und deren Anhang verschwimmen, dass die KPF keine konkreten selbstständigen Aktionen der Arbeiterklasse vorschlägt und auch keinen Druck auf die Regierung durch ein selbstständiges Auftreten des Proletariats auszuüben versucht, um diese Regierung zu bestimmten Schritten im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Sowjetunion zu veranlassen, sondern sich darauf beschränkt, die Taten der imperialistischen Regierung Sarraut passiv abzuwarten. Die Volksfrontphrasen von der "reconciliation nationale", von der "Einheit des französischen Volkes" gegen die 200 Familien erweisen sich in der heutigen Situation als eine direkte, wenn auch ungewollte Unterstützung des chauvinistischen Rummels für die "Union nationale", für den Burgfrieden. Die gegenwärtige Lage liefert uns einen Vorgeschmack dessen, was passieren könnte, wenn die KPF ihre Volksfrontpolitik solange weitertreibt, bis wirklich ein Krieg ausbricht; es würden dann im besten Falle kostbare Tage und Wochen vergehen, bis es gelänge die Partei nach einer fürchterlichen Verwirrung und nach schweren Verlusten auf eine richtige

revolutionäre Linie zu bringen.

Die Partei muss eine selbstständige Politik treiben.

Dass die kommunistische Partei in der heutigen Situation ihr eigenes Gesicht zeigt und es in keiner Weise verhüllt, ist schon dazu notwendig, um der Panikstimmung und Verwirrung unter den Massen, die durch die Propaganda der imperialistischen Kriegstreiber erzeugt wird, entgegenzuarbeiten. Wie seiner Zeit beim Ausbruch des abessinischen Krieges, so werden auch heute die Massen von einer verlogenen Presse bearbeitet, die ihnen einzureden versucht, es gebe jetzt nur eine Wahl: entweder ein faules Kompromiss mit Hitler oder aber den Präventivkrieg des französischen Imperialismus. Gerade um auf dieses Räsonnement zu antworten, muss die kommunistische Partei in den Massen ein Programm des selbstständigen Kampfes der Arbeiter für die Erhaltung des Friedens und für die Verteidigung der Sowjetunion propagieren. Die Kommunisten müssen aufzeigen, dass friedliche Sanktionen des Völkerbundes und selbstständige Aktionen der Werktätigen gegen die Nazikriegstreiber und gegen die imperialistischen Kriegstreiber in Frankreich heute das einzige Mittel sind, um sowohl die kriegerischen Gelüste Hitlers als auch die imperialistischen Kriegstreiber im eigenen Lande zu bändigen. Aber ein solches selbstständiges Auftreten der Arbeiter kann die kommunistische Partei nur dann wirksam organisieren und fördern, wenn sie sich klar vom französischen Imperialismus abgrenzt.

Was tut die prol. Einheitsfront gegen den Krieg?

Wir haben in Frankreich angeblich eine proletarische Einheitsfront. Die letzten Tage haben gezeigt, wie wenig ein Einheitsfrontpakt bedeutet, wenn er nicht durch die ausserparlamentarische Aktion der Arbeiter und durch breite Massenorgane untermauert ist und wenn die kommunistische Partei eine opportunistische Politik betreibt. Von einheitlichen Aktionen der sozialistischen und kommunistischen Arbeiter gegen die Kriegspfeifen ist nichts zu spüren. Der Einheitsfrontpakt verhindert nicht, dass die KPF und die SFIO in der gegenwärtigen aussenpolitischen Krise eine zum Teil direkt entgegengesetzte Politik betreiben, er wirkt sich nur in der Weise aus, dass die KPF so gut wie keine Kritik an der Haltung der SFIO übt, was die Verwirrung unter den Arbeitern nur noch steigern muss. Die SFIO marschiert faktisch hinter denjenigen, die ein Kompromiss mit Hitler auf Kosten der Sowjetunion fordern. Der Generalsekretär der SFIO Paul Faure vertritt in seinen Artikeln eine Auffassung, die darauf hinausläuft, dass es das beste Mittel, zur Erhaltung des Friedens sei, keine Massnahmen gegen die kriegerische Provokationspolitik der Nazis zu ergreifen. Daneben führt die SFIO, die Massen durch reformistisch-pazifistische Utopien, wie den Vorschlag der allgemeinen Abrüstung im Rahmen des kapitalistischen Systems, in die Irre. Gegenüber diesen reformistischen Utopien müsste die KPF in ihrer Propaganda aufzeigen, dass die endgültige Sicherung des Friedens und die Beseitigung des imperialistischen Unrechts nur durch die proletarische Revolution, vor allem in Deutschland und Frankreich, möglich ist.

Passivität gegenüber den Naziprovokationen gefährdet den Frieden.

Die Sorte imperialistischer Kriegstreiber in Frankreich, (zu denen auch die Hueber, Roos, Rossé, Walter usw. im Elsass gehören) die auf die Weise auf die Entfesselung eines Weltkriegs hinarbeitet, dass sie dafür eintritt, dass Hitler freie Hand gegen Osten gelassen wird, behauptet, dass die SU jetzt versuche, Frankreich in einen Krieg hineinzutreiben. Nichts ist falscher als diese Behauptung. Die Sowjetregierung hat kein Interesse daran, dass den Nazis ihre Kriegspläne erleichtert und dass die Hitlerschen Gewaltstreich einfach hingenommen werden. Aber die Sowjetregierung hat ebenso wenig Interesse daran, dass französische Imperialisten einen Präventivkrieg vom Zaune brechen. Die Sowjetregierung hat ihren Pakt mit Frankreich abgeschlossen, um den Frieden zu erhalten, nicht aber, um von dem französischen Imperialismus in ein Kriegsabenteuer hineingezogen zu werden. Deswegen hat die Sowjetunion sich in dem Pakt nur für den Fall verpflichtet, Frankreich militärische Hilfe zu leisten, wenn dieses angegriffen werden sollte. Im Übrigen hat Litwinow in seiner letzten Rede vor dem Völkerbundsrat in London mit aller Deutlichkeit festgestellt, dass es der Sowjetunion in der gegenwärtigen Lage darum geht, den Frieden zu erhalten; allerdings hat Litwinow gleichzeitig mit Recht darauf hingewiesen, dass die Erhaltung des Friedens Massnahmen gegen die Friedensstörer erfordert und dass jede Passivität gegenüber den Provokationen der

der Nazis eine Gefährdung des Friedens bedeute.

Die Kundgebung der Einheits-CGT.

In der Kundgebung der Leitung der CGT zum Gewaltstreik Hitlers finden wir einen Satz, der sich "gegen jeden Krieg" ausspricht. Das darf nicht der Standpunkt der Arbeiterklasse sein. Diese kleinbürgerlich-pazifistische Formel spielt nur den faschistischen Kriegstreibern in die Hand, die sich jetzt die Maske von Friedensfreunden umhängen, um für eine Verständigung mit Hitler und einen Bruch des Paktes mit der Sowjetunion Stimmung zu machen. Die revolutionäre Arbeiterschaft ist nicht "gegen jeden Krieg", sie ist gegen den imperialistischen Krieg, aber sie ist z.B. heute für den Verteidigungskrieg des abessinischen Volkes gegen den italienischen Faschismus, und sie wird auch für den revolutionären Krieg sein, den die Sowjetunion führen wird, wenn sie von den Imperialisten angegriffen werden sollte. Im Falle eines Angriffs auf die Sowjetunion muss die französische Arbeiterklasse für die Erfüllung des Paktes zwischen Frankreich und der Sowjetunion eintreten. Heisst das, dass die französische Arbeiterklasse dann mit ihrer imperialistischen Bourgeoisie Burgfrieden schliessen soll? Nein, auch dann muss die Arbeiterschaft den eigenen Imperialismus bekämpfen und sich bemühen, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, um durch den Sturz der Herrschaft der eigenen Bourgeoisie die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Krieg gegen die Feinde der Sowjetunion als ein revolutionärer Krieg des Proletariats geführt werden kann. Es ist heute kein konsequenter Kampf gegen den französischen Imperialismus möglich, der nicht zugleich als Kampf für die Verteidigung und Sicherung der Sowjetunion geführt wird; es ist ohnehin wenig heute ein konsequenter Kampf für den Schutz der Sowjetunion gegen deren imperialistische Feinde möglich, der nicht zugleich als ein Kampf gegen den französischen Imperialismus, für den Sieg der proletarischen Revolution in Frankreich selber geführt wird.

Gegen den Präventivkrieg, für wirtschaftliche Sanktionen.

Es ist charakteristisch, dass die Vertreter der französischen Regierung in London wenig von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland sprachen. Unter den französischen Kapitalisten gibt es sicher nicht wenige, die lieber einen Präventivkrieg möchten als wirtschaftliche Sanktionen, die das kapitalistische Geschäft stören. Die Herren de Wendel z.B. lassen in den von ihnen bezahlten Zeitungen allerlei Kriegsschreier zu Worte kommen, gleichzeitig aber liefern sie nach wie vor Eisenerz für die Kanonenfabriken Hitlorsdeutschlands. Aktionen der Arbeiter, insbesondere der Gewerkschaften gegen Lieferungen nach Deutschland, die der Hitlorschen Aufrüstung dienen, sind deshalb zugleich das beste Mittel, um auf die Regierung einen Druck auszuüben, das sie zwingt, im Sinne der Friedenspolitik der Sowjetunion für wirksame wirtschaftliche Sanktionen gegen die Kriegstreiberei der Nazis einzutreten. Darüber hinaus ist es notwendig, dass überall Versammlungen und Demonstrationen stattfinden, die im Zeichen des selbstständigen Auftretens der französischen Arbeiterklasse für die Erhaltung des Friedens, für den Schutz der Sowjetunion stehen.

oo

o KEINE VERSTÄNDIGUNG MIT HITLER AUF KOSTEN DER SOWJETUNION! o
 o KEINE AUSSENPOLITISCHEN SCHRITTE DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG OHNE o
 o VORHERIGE VERSTÄNDIGUNG MIT DER SOWJETREGIERUNG! o
 ooo

Unsere Stellung:

ZUM CGT-KONGRESS IN TOULOUSE.

oo

Der Vereinigungskongress der Gewerkschaften in Toulouse hat der französischen Arbeiterschaft kein klares Kampfprogramm gegeben; infolge des Versagens der früheren CGTU wurde auf diesem Kongress auch nicht einmal der Versuch gemacht, dem Reformismus Jouhaux und der Seine eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik entgegenzusetzen. Der Kongress begann und endete in einer allgemeinen Konfusion. Seine Beschlüsse sind so gehalten, dass die Reformisten um Jouhaux ihre bisherige Politik mit verstärkter Autorität fortsetzen können. Wir verstehen, dass die Führer der früheren CGTU die Herstellen der Gewerkschaftseinheit nach einer jahrelangen Spaltung als einen grossen Fortschritt begrüessen und darauf bedacht sind, nichts zu tun, was als Störung dieser Ein-

heit aufgefasst werden könnte. Aber nichtsdestoweniger bleibt ihr Verhalten unentschuldigbar. Bei aller Rücksichtnahme darauf, dass den Reformisten keine Vorwände geliefert wurden, mit denen diese ein Geschrei wegen "Fraktionsarbeit" anstimmen konnten, war es die Pflicht der Vertreter der ehemaligen CGTU vom Standpunkt der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben, die jetzt vor der vereinigten CGT stehen, zu den aktuellen Fragen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der französischen Arbeiterschaft und zu den Perspektiven dieses Kampfes im revolutionären Sinne Stellung zu nehmen. Dazu hatten die Vertreter der CGTU alle Möglichkeit, statt dessen veranstalten sie Kampfabstimmungen in organisatorischen Fragen. Nach der Debatte über die Politik der Einheits CGT aber waren sie für die einstimmige Annahme einer Resolution, die widerspruchsvoll und vieldeutig ist und alle reformistischen Schweinereien ermöglicht; Diese einstimmige Abstimmung über die politische Resolution war faktisch eine Kapitulation der revolutionären Gewerkschafter vor dem Reformismus und nicht, wie das behauptet wird, eine Demonstration des einheitlichen Kampfwillens der Vereinigten CGT.

oo

Tretet ein:
 FÜR KOLLEKTIVE FRIEDLICHE SANKTIONEN DES VÖLKERBUNDES, UM
 VON DER HITLERREGIERUNG GARANTIEN FÜR DIE ERHALTUNG DES FRIEDENS UND
 FÜR DIE SICHERHEIT DER SOWJETUNION ZU ERLANGEN!
 VERHINDERT DIE TRANZPORTE VON ROHSTOFFEN U. SONSTIGEN PROG
 DUKTEN NACH DEUTSCHLAND, DIE FÜR DIE DEUTSCHE AUFKRÜSTUNG DIENEN!

oo

Die Ursache für dieses traurige Verhalten der Vertreter der ehemaligen CGTU ist die opportunistische Politik der KPF, ist die Volksfrontpolitik. Die CGTU-Vertreter konnten natürlich nicht als Sprecher einer revolutionären Gewerkschaftspolitik auftreten, wenn sie die Annahme des Volksfrontprogramms als Grundlage für die gewerkschaftliche Aktion vorschlugen. Sie machten es Jouhaux leicht, den Radikal zu spielen und zufrieden auszurufen, dass man ihn jetzt wenigstens nicht mehr als Reformisten bekämpfe! Jouhaux benutzte die Tatsache, dass die CGTU-Vertreter auf den Versuch verzichteten, die Grundsätze einer revolutionären Gewerkschaftspolitik klar zu vertreten, um seine reformistische Politik mit ziemlicher Unverschämtheit durchzudrücken. Ein Beispiel dafür ist die Redewendung von Jouhaux, dass Marx tot sei und dass er infolgedessen den Gewerkschaften keinerlei Lehren mehr geben könne. Jouhaux hat, wie dieser Ausspruch zeigt, seinerseits keinerlei Rücksichten auf die Kommunisten der CGTU genommen.

Die von dem Kongress angenommene politische Resolution billigt einerseits den Anschluss der CGT an die Volksfront und stellt andererseits den "absoluten Widerspruch zwischen den Interessen der Lohnarbeiter und ... den Interessen des Kapitalismus" fest. Das eine widerspricht dem anderen, denn die Volksfront ist bekanntlich ein Bündnis mit linksgerichteten Kapitalisten. Die Resolution macht sich ferner die wirtschaftsdemokratisch-staatskapitalistischen, von der CGTU einst scharf verurteilten Vorschläge des Plans der CGT zu eigen. Die Resolution gibt weiter Jouhaux und den Seinen die Vollmacht an Regierungsinstitutionen und am Arbeitsamt des Völkerbundes unter der Voraussetzung mitzuarbeiten, dass diese Mitarbeit der gewerkschaftlichen Kontrolle unterliegt, was nicht viel bedeutet, denn Jouhaux hat auch bisher nicht als Individuum, sondern als Generalsekretär der CGT an diesen Institutionen mitgearbeitet.

Mit dieser Resolution können die Reformisten alles anfangen und es besteht die grosse Gefahr, dass durch die Politik der Führung der Vereinigten CGT die Hoffnungen, die die Arbeiter auf die durch die Verschmelzung organisatorisch gestärkten Gewerkschaften setzen, enttäuscht werden.

Was ist jetzt zu tun? Die Gewerkschaftsmitglieder müssen überall fordern, dass die einzelnen Gewerkschaften in den einzelnen Orten und Industrien zu der Frage Stellung nehmen, welche praktischen Massnahmen getroffen werden sollen, um in ihrem Bereich den Kampf für die in der Resolution des CGT-Kongresses genannten unmittelbaren Forderungen, wie Nationalfonds zur Unterstützung der Arbeitslosen, 40 Stundenwoche, Minimallohne, Arbeitsbeschaffung, kollektive Tarifverträge etc. vorzubereiten und durchzuführen. Sie müssen auch die Leitungen der CGT und ihrer Fédérations in diesem Sinne unter Druck setzen. Sie müssen ferner dafür eintreten, dass die in der Resolution

weise nicht einmal Erwähnung.

Aussenpolitisch wird gefordert, dass die Gewählten unseres Volkes sofort nach Zusammentritt der neuen Kammer eine Erklärung für die Verständigung mit Hitlerdeutschland, für die Abrüstung (im Kapitalismus) und die Herstellung eines Friedens unter gleichberechtigten Völkern (im Zeichen des Imperialismus) abgeben sollen.

Als Kandidaten präsentiert die Landespartei: Roos im Landkreis Strassbourg, Schall in Hagenau, Meyer in Weissenburg und Hauss in Schlettstadt. In Strassbourg wird die Landespartei Mourer u. Hueber gegen die Arbeiterparteien unterstützen. In Zabern wird sie Herrn Dahlet unterstützen und in Colmar wird die sogenannte Heimatfront Rossé die Stimmen geben. Von Interesse ist, dass die UPR beschlossen hat in Schlettstadt keinen eignen Parteikandidaten aufzustellen. Ob dies eine Unterstützung Oberkirchs oder Hauss bedeutet, wird sich ja zeigen. Jedenfalls ist Herr Rossé eifrig dabei die gesamte Reaktion in Colmar für sich zu gewinnen und es ist daher durchaus möglich, dass er dafür seinen Verbündeten in anderen Kreisen entgegenkommt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Löhne sinken, der Brotpreis steigt. Vom vergangenen Montag ab sind neue Brotpreise in Kraft getreten, die eine Erhöhung von 5 - 10 Cts für 500 Gramm vorsehen. Bekanntlich wurden die Lohn- u. Gehaltsabzüge als Voraussetzung für den folgenden Preisabbau bezeichnet. Wie es damit aussieht illustriert jetzt wider die Brotpreiserhöhung. Eine Politik der Aufwertung der Preise für d. Landwirtschaft und der Herabsetzung der Löhne u. Unterstützungen ohne die Preis- u. Produktionskontrolle der Arbeiter kann keine anderen Ergebnisse zeitigen. Wollen die Gewerkschaften diese Politik weiter ohne Aktion als Antwort lassen?

Steuerhinterziehungsaffaire: Wies gemacht wird. Die Firma "Jacobert" und die "Société de Gérance", als Nachfolger der ehemaligen Firma A. Schick, standen wegen Steuerhinterziehung, begangen von 1929-1930 vor der Colmarer Strafkammer. Die Steuerhinterziehung bezieht sich auf 21 556 Fälle. Nach den Gesetzesbestimmungen sind die Transportkosten einer Warensendung von Spirituosen dann von der Luxussteuer befreit, wenn der Versand unfrankiert erfolgt. Werden die Transportkosten vom Lieferanten bezahlt, dann muss er auch dafür Steuern zahlen. Um die Steuer zu umgehen haben die angeklagten Firmen die Transportkosten ihren Klienten separat in Rechnung gestellt und befreiten sich auf diese Weise von der Steuer. Eine Untersuchung ergab, dass die Sendungen der Firmen frankiert erfolgten und daher steuerpflichtig waren.

Der Verteidiger der indirekten Steuern forderte für die Steuerhinterziehung die runde Summe von 5 500 000 Franken.

Das Urteil in dieser Angelegenheit wird am 25. April gefällt. Dieser Fall zeigt nur wie die Steuern hinterzogen werden und wie die Kapitalisten auf allen denkbaren Wegen versuchen die so dehnbaren gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, um sich einen Extraprofit in ihren Taschen zu schustern. Das die genannten Firmen in den Maschen des Gesetzes hängen blieben, ist höchst wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass sie eine ungenügende juristische Beratung bei ihren Geschäften hatten. Mit solchen Betrugsaffären wird aber erst Schluss gemacht werden, wenn mit dem kapitalistischen Geschäftsgeheimnis gebrochen und die Arbeiter ihre Kontrolle über die Produktion ausüben.

Aus der Bewegung. Am Montag, den 16/3. fand eine interessante Versammlung unserer Gruppe statt, die nach einem instruktiven und gründlichen Referat zur gegenwärtigen Lage eine gute Diskussion aufwies. Die Kameraden berichteten vor allem über starke Missstimmung unter den Arbeitern der Hueberpartei, denen die hitlerfreundliche und sowjetfeindliche Haltung Huebers nunmehr doch aufzustossen beginnt. Es wurde betont und Wort darauf gelegt gerade jetzt, diese Kameraden besonders aufzuklären. Die Kameraden billigten restlos den Standpunkt der IVKO zur gegenwärtigen Lage und versprachen beste Verbreitung unseres Aufrufs zur Kriegsgefahr.

Der Kongress von Toulouse wurde ebenfalls kurz gewürdigt und den Kameraden in einer Disposition Richtlinien für die Beurteilung des Kongresses und die jetzt folgenden Aufgaben in den Syndikaten gegeben. Der Vorsitzende drückte den Wunsch aus, gerade jetzt verstärkt an die Werbung für die richtige Politik zu gehen. Eine Tellersammlung ergab 15 Frs, wofür wir von dieser Stelle den Gebern merci sagen.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der FVKO)

N° 13/III. Jahrgang.

Fünfte Märzwoche 1936.

Zur aussenpolitische Lage:

NACH DER VÖLKERBUNDSRATSTAGUNG.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die vier Locarnomächte hatten sich in London auf ein gemeinsames Programm geeinigt. Frankreich verzichtete auf Sanktionen gegen den Bruch des Locarno-Vertrages durch Hitlerdeutschland, dagegen verpflichtete sich England zu militärischen Abmachungen mit Frankreich und Belgien. Von der deutschen Regierung sollte gefordert werden, dass sie in der demilitarisierten Zone keine Befestigungen errichte, einen Teil der Truppen zurückziehe und ausserdem die Besetzung eines 20 km Gürtels längs der Grenze durch internationale Truppen zulasse. Ferner wurde von Deutschland gefordert, dass es dem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag die Entscheidung über die Vereinbarkeit des zwischen Frankreich und der Sowjetunion und des Locarnopaktes überlasse. Nach Erfüllung dieser Bedingungen sollten mit Deutschland Verhandlungen über neue Verträge und später eine allgemeine Weltfriedenskonferenz stattfinden.

Inzwischen hat die Naziregierung diese Vorschläge in einer vorläufigen Note abgelehnt und ihrerseits neue Vorschläge für den 31. März angekündigt. Hitler hofft dann seinen Wahlschwindel ausschalten zu können.

Die italienische Regierung hat das Abkommen der Locarnomächte bisher noch nicht bestätigt. Angeblich verlangt Mussolini, dass zuerst die Sanktionen gegen Italien aufgehoben werden sollen und dass ihm das abessinische Volk verschachert wird.

Die englische Regierung hat durch Edon erklären lassen, dass sie die Beschlüsse der Locarnomächte nur als Verhandlungsvorschlag betrachte, d. h. bereit sei den Nazis weitere Konzessionen zu machen. Nur an den vorgesehenen militärischen Abmachungen mit Frankreich und Belgien will die englische Regierung festhalten.

Die französische Regierung erklärt ihrerseits, dass sie die Abmachungen der Locarnomächte als ihr "letztes Wort" auffasse. Der "Temps" deutete diese Tage in einem seiner offiziellen Leitartikel an, dass die französische Regierung, wenn England an seiner Auffassung festhalte, versuchen würde, sich ohne England direkt mit Hitler zu verständigen.

Der Völkerbundsrat ist nach Hause geschickt worden, nachdem er sich damit begnügt hatte, die Verletzung des Locarno-Vertrages durch die Naziregierung festzustellen.

Alles das zeigt, wie recht wir hatten, als wir die Arbeiter davor warnten, sich Illusionen über die Möglichkeit kollektiver Aktionen der kapitalistischen Regierungen zur Erhaltung des Friedens zu machen. Allein die Sowjetunion hat in dieser Krise eine klare und entschiedene Haltung im Interesse des Friedens eingenommen. Die imperialistischen Regierungen aber, so England und Frankreich, haben angesichts des Gewaltstreichs der Nazis bewiesen, dass sie weder fähig, noch gewillt sind, konsequente Massnahmen zur Erhaltung des Friedens zu ergreifen.

Die französische Regierung hat ihre Forderungen nach wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland mit sehr wenig Energie vertreten. Man hat den Eindruck, dass sie froh war, dass es nicht zu Sanktionen gekommen ist, weil das die Geschäfte der französischen Kapitalisten mit Hitlerdeutschland gestört hätte. Die französische Regierung war nicht so sehr bemüht, Sanktionen zur

Erhaltung des Friedens als ein Militärbündnis mit England für den kommenden Krieg durchzusetzen. Während z.B; der Pakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion ein Instrument des Friedens ist, weil es klar ist, dass die SU sich als proletarischer Staat nicht für imperialistische Kriegstreiberien missbrauchen lässt, kann ein englisch-französisches Militärbündnis, das ein Bündnis zwischen zwei imperialistischen Staaten ist, jederzeit zu einem Werkzeug zur Entfesselung eines neuen Krieges werden. Dagegen könnte nur dadurch eine gewisse Garantie geschaffen werden, dass die Sowjetunion in diesen Vertrag eingeschaltet wird und dass England bestimmte Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion übernimmt. Aber gerade hier deuten viele Anzeichen daraufhin, dass der englische Imperialismus darauf ausgeht, von der französischen Regierung als Gegengabe für einen englisch-französischen Militärvertrag eine Lockerung des Paktes zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu erlangen. Das würde heissen, dass Hitler das bekommt, was er will, nämlich freie Hand zum Angriff gegen die Sowjetunion.

Die Kriegsgefahr ist gewachsen!

Die Kriegsgefahr ist unzweifelhaft gewachsen, weil es zu keinen friedlichen Sanktionen kollektiver Art gegen Hitlerdeutschland gekommen ist, so dass diese zu weiteren Provokationen ermutigt worden ist. Der von uns erwähnte Artikel des "Temps" zeigt, dass im Zusammenhang damit die Gefahr eines Kompromisses zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus auf Kosten der Sowjetunion zunimmt.

Jetzt sind erst recht selbstständige Aktionen der Arbeiterklasse und ein organisierter Druck der Werkstätigen auf die Regierung notwendig! Leider ist davon nichts zu merken. Die II. Internationale und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale haben eine Resolution angenommen, die geflissentlich die Erwähnung von Aktionen der Arbeiterschaft unterlässt und die bei aller Verurteilung des Gewaltstreiches der Nazis der Labour Party (englischen Arbeiterpartei) die Möglichkeit lässt, die vom britischen Imperialismus betriebene Politik eines Kompromisses mit Hitler weiter zu unterstützen.

In einer Versammlung der CGT in Paris sprach sich Jouhaux unter anderem für die Revision der Grenzen - im Rahmen des Imperialismus - und für die Gewährung von Kolonialmandaten an Nazideutschland aus!

Die KPF fordert die internationale Einheitsaktion der II. Internationale und der Kommunistischen Internationale, aber ohne zu sagen, wofür. Sie stellt der Arbeiterklasse keine konkreten Aktionsaufgaben, sondern beschränkt sich darauf, die Taten der Regierung Sarraut-Flandin abzuwarten und zu kommentieren. Und immer noch finden wir in der "Humanité" Phrasen von der "nationalen Einheit"! Das ist eine verhängnisvolle Politik.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um eine Auseinandersetzung in der Volksfront:

DIE VOLKSFRONT UND DIE WAHLEN.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Diskussion, die in den letzten Tagen zwischen der radikalen Partei, der SFIO und der KPF aus Anlass des sogenannten Briefes von Vincent Auriol stattfand und sich um die Frage des Auftretens der Volksfront bei den Wahlen drehte, hat von neuem bewiesen, welches brüchiges Gebilde die ganze Volksfront ist und wie wenig die Arbeiter von ihr erwarten dürfen. Vincent Auriol, der einer der Vertreter der SFIO in dem leitenden Komitee der Volksfront (Comité du Rassemblement Populaire) ist, schlug in diesem Komitee vor, dass alle Kandidaten der Linksparteien aufgefordert werden sollten, das Volksfrontprogramm anzuerkennen und die Verpflichtung zu übernehmen, im neuen Parlament eine Regierung, die dieses Programm durchführe, diszipliniert zu unterstützen. Mit diesem Vorschlag Auriols wollte die SFIO zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einerseits wollte sie die radikale Partei auf die Bildung einer Linksregierung nach den Wahlen festlegen. Andererseits wollten die Sozialisten damit auch der KPF einen Knüppel zwischen die Beine werfen, nämlich sie verpflichten, im neuen Parlament etwaige Regierungskombinationen der Sozialisten u. Radikalen blindlings zu unterstützen. Auriol wollte nicht nur die Radikalen veranlassen, eine Trennungslinie nach rechts zu ziehen, sondern zugleich auch der Kommunistischen Partei Fesseln anlegen, damit die reformistische Politik der SFIO von links her keine Schwierigkeiten zu befürchten hat.

Die Haltung der Radikalen.

Im Namen der Radikalen Partei nahm ihr neuer Präsident Daladier in seiner Rede in Beauvais zu dem Auriolschen Vorschlag Stellung. Er lehnte ihn höflich, aber bestimmt ab. Daladier vermied es, in seiner programmatischen Rede geflissentlich, seine Partei auf das Volksfrontprogramm festzulegen und klar zu sagen, Regierungskombinationen welcher Art die Radikale Partei im neuen Parlament abzuschliessen beabsichtige. Der radikale Parteipräsident erklärte nur, dass die Radikalen im ersten Wahlgang unter eigenem Banner und mit eigenem Programm, d. h. mit dem Programm des Kongresses von Wagram, aufmarschieren und im zweiten Wahlgang mit allen antifaschistischen Kräften zusammengehen würden. Die Beschlüsse des Kongresses von Wagram, sind bekanntlich nicht nur dehnbarer als das Volksfrontprogramm, sondern lassen auch die Tür für ein Zusammengehen zwischen den radikalen und den Rechtsparteien offen. Übrigens sitzen ja auch in der Regierung Sarraut, in der die radikale Partei einen entscheidenden Einfluss ausübt, allerlei Vertreter der Rechtsparteien, darunter richtiggehende Faschisten. Die Rede Daladiers unterstreicht nur das, was sich eigentlich jeder von vornherein selbst sagen müsste, nämlich dass es unsinnig wäre zu erwarten, die Radikale Partei werde nach den Wahlen eine wesentlich andere Politik treiben als jetzt. Daladier hat ziemlich unverblümt ausgesprochen, wozu die Radikalen die Volksfront brauchen. Sie brauchen sie, um im zweiten Wahlgang Arbeiterstimmen ergattern zu können, sie brauchen sie, um die Arbeiterparteien zu binden. Aber die Radikalen denken nicht daran, in bezug auf ihre künftige Regierungspolitik irgendwelche bindenden Verpflichtungen gegenüber ihren Volksfrontpartnern einzugehen. Die Radikale Parteileitung hat demzufolge auch in verschiedenen Wahlkreisen Kandidaten mit dem offiziellen Parteistempel versehen, die aus ihrer Gegnerschaft gegen die Volksfront keinen Hehl machen.

Die Haltung der Sozialisten.

Im "Populaire" hat Léon Blum die Ablehnung des Auriolschen Vorschlages durch die Radikalen in ziemlich kläglichem Weise zur Kenntnis genommen. Blum pries bei dieser Gelegenheit die demokratische Gesinnung Daladiers, obwohl die Rede des radikalen Parteipräsidenten gezeigt hat, dass er, der als besonders linksstehender Radikaler gilt, im grossen ganzen dieselbe Politik betreibt wie der rechte Flügel seiner Partei. L. Blum betrachtet den durch den Vorschlag Auriols herbeigeführten "Zwischenfall" für erledigt. Die SFIO lässt also den Vorschlag Auriols fallen.

Die Stellungnahme der K.P.F.
oooooooooooooooooooooooooooo

Wie hat nun die KPF zu dieser Diskussion Stellung genommen? Selbstverständlich musste die KPF den Vorschlag Auriols ablehnen, denn dieser Vorschlag hatte, wie schon erwähnt, den Zweck, die KPF daran zu hindern, die Reformisten zu bekämpfen, wenn diese zusammen mit den Radikalen Koalitionspolitik im neuen Parlament treiben sollten. Die KPF durfte aber, wenn sie den Vorschlag Auriols ablehnte, das nicht in einer Weise tun, die faktisch auf eine Solidarisierung mit den Radikalen gegen die Kritik der SFIO an dieser Partei hinauslief. Die KPF muss sich gegen Manöver der SFIO, die gegen sie gerichtet sind, wehren, aber sie hat gar kein Interesse, die SFIO daran zu hindern, die Radikalen wegen ihrer Techtelmechtels mit der bürgerlichen Rechten zu attackieren. Leider hat die KPF sich bei Gelegenheit des Auriolschen Vorschlags so verhalten, dass die Reformisten der SFIO jetzt die Möglichkeit haben, mit dem verlogenen Argument hausieren zu gehen, sie stünden links von der KPF und diese hindere sie, die radikale Partei wegen ihrer Schwankungen anzugreifen. Aber das ist alles eine notwendige Folge der Volksfrontpolitik.

Das Polbüro der KPF erklärte zum Auriolschen Vorschlag, dass er falsch sei weil die Volksfront keine parlamentarische, sondern eine ausserparlamentarische Bewegung sei und deshalb nicht mit Wahlfragen verquickt werden dürfe. Auf den jesuitischen Vorschlag Auriols, der nicht nur den Radikalen Bindungen auferlegen, sondern auch die Kommunisten in eine schwierige Lage bringen sollte, reagierte das Polbüro der KPF ~~fakktisch~~ in der Weise, dass es sich faktisch für die Unterstützung von radikalen Kandidaten im zweiten Wahlgang, ohne dass diesen überhaupt irgendwelche Verpflichtungen auferlegt würden, aussprach. Das Argument mit dem ausserparlamentarischen Charakter der Volksfront ist ein schlechter Witz, denn die ausserparlamentarische Aktivität der

germeister und ging brutal gegen die Demonstranten vor, an deren Spitze der Bürgermeister marschierte.

Der Kampf um die Aufteilung des Grossgrundbesitzes.

In Astremadura erschienen die Bauern verschiedener Dörfer auf dem Herrenhof und nahmen eine Verteilung der Gutsbesitzerländereien vor, das die Bauern mit ihrem Schweiss gedüngt haben. Alles sind Güter aus dem Latifundienbesitz des Herzogs von Arden. Auf Befehl des Gouverneurs erscheint die Guardia Civil und verpflichtet die Landarbeiter wieder abziehen, unter dem ersprechen, dass binnen 2 Tagen eine Entscheidung des Gouverneurs gefällt werde. Die Bauern sind geneigt ihr Gespann und ihre Geräte zu verlassen, wenn ihnen der Boden zur Bearbeitung nicht überlassen wird.

"Mundo Obrero" schreibt dazu: "Was soll man dazu sagen, dass der Gouverneur die öffentliche Gewalt in den Dienst der Grossgrundbesitzer stellt? Steht das im Programm des Volksblocks? Entweder nehmen die Bauern sich selbst das Land oder sie bleiben ohne Land. Sie haben das Recht und die Pflicht sich das Land zu nehmen. Keinen Schritt zurück."

Risse in der Volksfront.

Azana hat der Ceda (Partei Gil Robles) den Vizepräsidentensitz in den Cortes angeboten, weil sie die stärkste Fraktion sei.

Die KP hat in Madrid der SP ein Einheitsfrontprogramm vorgeschlagen, das stark vom parlamentarischen Kretinismus beeinflusst ist.

In der Sozialdemokratie mehren sich die Stimmen für den Bruch mit dem Volksblock. Nach der Erkämpfung der Demokratie hätte man jetzt wieder einen besseren Kampfboden und müsse sich nunmehr von Azana abgrenzen. In den öffentlichen Kundgebungen, in denen Caballero und die linken Sozialdemokraten sprechen, kommt zum Ausdruck: Wir wollen ja vielmehr als das Programm des Volksblocks. Wir sind in keiner Weise damit zufrieden, aber wir halten Disziplin.

Die Muringruppe (Arbeiterpartei der Marxistischen Einigung) ist aus dem Volksblock ausgetreten. Sie ist nicht für die Losung der Räte, sondern nur für die Bildung von Einheitsfrontorganen, wie die Allianza Obrero-Arbeiter- u. Bauern-Allianzen).

-o-o-o-o-o-o-o-

Ein Brief aus dem III. Reich:Die Volksstimmung ist gegen die Hitlerdiktatur.

Unter den Kleinbürgern und Gewerbetreibenden ist eine furchtbare Stimmung. Offene Schimpfereien und verzweifelnde Anklagen gegen den unerhörten Steuerdruck, die von Amtswegen verordneten Festpreise und Handelsspannen, die verschärfte Steuerkontrolle durch die Wareneinkaufskontrolle, wodurch die Umsätze bis zum letzten Pfennig festgestellt werden können.

"Die guten Zeiten sind vorbei", so schlecht war es noch nie", hört man beim Bäcker, Metzger, Gemüse- u. Zigarrenhändler klagen. Die "treuesten Söhne des III. Reiches" sind die klassischen Meckerer und Miesmacher.

Die Arbeitslosigkeit wächst.

Die Staatskonjunktur lässt nach. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Nur die Rüstungsindustrie ist gut beschäftigt. Ständig sinken die Löhne. In der der Friedrich-August-Hütte verdienen die Eisengiesser 10 Mark weniger in der Woche als im vergangenen Jahr. Die Ursache ist das Herabdrücken der Akkordlöhne und die Abzüge, die bei Verheirateten 30 - 33% ausmachen. Bei Ledigen noch mehr. Die Stimmung in den Betrieben ist eine verzweifelnde Wut gegen die Nazis. Aber noch duckt sich alles und fügt sich, ohne sich offen aufzulohnen. Die Terrorurteile haben hier eine einschüchternde Wirkung.

Zu den niedrigen Löhnen kommt die Teuerung.

Butter und Fetta sind zeitweilig überhaupt nicht zu bekommen. Dabei steigen die Preise langsam, aber beständig. Die Metzger dürfen nur 60% des Schweinefleischbedarfs schlachten. Die Rinder sind knapp. Der Wucher blüht indirekt. Gute, teure Waren sind überall zu haben, jedoch für die breite Masse unerschwinglich. Billige Lebensmittel mit Festpreisen sind kaum zu bekommen. Die Geduld

des deutschen Michels scheint unerschöpflich zu sein.

Die Revolution als Ausweg.

Zu dem Hunger, dem Terror kommt die Furcht, dass Hitler Deutschland in einen Krieg treibt. Dabei gibt es eine weitverbreitete Stimmung unter den Nazigegegnern: Uns kann nur noch ein Krieg helfen, als die unbedingte Voraussetzung für irgendwelche politische Aktionen, in dem sie eine militärische Niederlage des Faschismus erhoffen. Von vielen wird dabei nicht bedacht, dass der Krieg eine reaktionäre Angelegenheit ist, der ohne die Waffe der revolutionären Organisation nur schlecht ausgenutzt werden kann. Die Diktatur scheint bis zur letzten Stunde stark zu sein. Trotzdem gibt uns die Entwicklung der politischen Situation Hoffnung. Das Rad dreht sich schneller. So wappnen wir uns mit Geduld, arbeiten aber nach Kräften und entsprechend dem, was auf Grund der Situation getan werden kann."

"Die ganze Nation hinter Hitler?"

Vorstehender Bericht aus Deutschland ist eine eindrucksvolle Demonstration der wirklichen Lage und der Stimmung breitesten Volksmassen unter der Hitlerdiktatur. Nicht nur die Elz, sondern auch ein Teil der bürgerlichen Presse Frankreichs versuchen den Eindruck zu erwecken, als ob in Deutschland die grosse Masse begeistert für die Nazidiktatur eintrete. Wenn im Elsass breite Schichten eine solche Auffassung teilen, dann auch deshalb, weil sie die Hitlersche Agitation im Rundfunk für bare Münze nehmen. Wenn die Masse der Kleinbürger (nicht die Arbeiter) 1933 auf die Naziagitation hereinfielen und sie ernst nahmen, so ist heute schon längst eine andere Stimmung. Man muss den Hitler, Göring, Goebels nicht aufs Maul, sondern auf die Fäuste schauen. Die Nazifäuste, die zuerst mit durchtbarer Härte auf die Kommunisten und die Arbeiterorganisationen niedersausten, prasseln schon längst auch auf Sozialdemokraten, Katholiken und die Kleinbürger nieder. Im Namen des Grosskapitals, dessen getreue Landsknechte die Nazis sind und dem die Nazis die politischen Geschäfte besorgen, wird das Volk masslos ausgeplündert und die wachsende Unzufriedenheit - die jetzt durch aussenpolitische Abenteuer abgelenkt werden soll - bis ins Lager der Bourgeoisie und der proletarischen und kleinbürgerlichen Anhänger der Nazis ist nur der Ausdruck tiefster Enttäuschungen. Noch hat sich die Arbeiterklasse in Folge des fürchterlichen Terrors, der ständig auf ihr lastet, noch nicht wieder gesammelt, noch sind die illegalen Organisationen schwach, insbesondere die illegalen Gewerkschaftsorganisationen, aber sie sind die Voraussetzung für die Zusammenfassung der Unzufriedenheit und ihr Ausserung in politischen u. wirtschaftlichen Aktionen.

"Schlimmer kann der Bolschewismus auch nicht sein", hört man heute viel in kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Kreisen, was versteckt ausgedrückt bedeutet, dass sie die proletarische Diktatur zu fürchten aufgehört haben und sie der faschistischen Diktatur vorzuziehen beginnen.

Die Hitlerwahlen werden und können kein Gradmesser für die Stimmung der Massen sein. Jeder wird zur Wahl kommandiert. Ungültig gemachte Stimmzettel werden, wie die früheren Naziwahlen beweisen, als Nazistimmen gezählt. Die Nazidiktatur macht Wahlen um ihr imperialistisches Programm in die Massen zu tragen und um ihre imperialistischen Forderungen mit der Wahlpropaganda zu untermauern. Sie werden für das Ausland gemacht, denn im Lande weiss jeder was er von den Hitlerwahlen zu halten hat.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

UPR und APNA vor der Wiedervereinigung:

Was wird nun aus der Volksfront mit der UPR?

=====
 =====

Die UPR-Presse Rossés gab in der vergangenen Woche einen Artikel des "Temps" kommentarlos wieder, in dem von der Wiederherstellung der Einheit der beiden klerikalischen Parteien des Elsass Kenntnis gegeben wurde.

Die Vertreter der Apna gaben darauf in einer Erklärung bekannt, dass die Mitteilungen des "Temps" jeder Grundlage entbehren. In keinem Augenblick sei zwischen Vertretern der UPR und der Apna über die Frage der Wiedervereinigung verhandelt worden. Zum anderen könnte eine solche bedeutende Frage nicht ohne Fühlungnahme der zentralen Instanzen der Fédération Republicaine de France, der die Apna angeschlossen ist, verhandelt werden.

Das Départementalkomitee der UPR des Unterelsasses übergab der Presse gleichfalls eine Erklärung, in der gesagt wird, dass der im "Temps"-Artikel angekündigte Fusion jede Grundlage entbehre. Zwischen den Vertretern beider Parteien haben keinerlei diesbezügliche Verhandlungen stattgefunden.

Diese Dementis können die Tatsachen nicht aus der Welt schaffen, die eine Entwicklung bestätigen, wie sie im "Temps"-Artikel etwas übereilt in ihren Resultaten vorweggenommen wurde. Wir wollen diese Tatsachen hier kurz präzisieren:

- 1.) Die UPR verfolgt im Einvernehmen mit den Pariser Regierungsstellen seit längerer Zeit eine Politik der Abkehr vom Autonomismus, dem sie sich in der Zeit, da der Autonomismus eine Massenbewegung war, genähert hatte. Sie betreibt in letzter Zeit eine offene Politik der Aussöhnung mit den sogenannten nationalen bürgerlichen Parteien, im besonderen mit den Demokraten.
- 2.) Diese Politik lief zuerst darauf hinaus die Apna auszuschalten, sie ihres Einflusses zu berauben, um sie auch dadurch bei den Pariser Regierungsstellen zu verdrängen und der UPR diese Stelle einzuräumen. Diese Politik erfolgte bereits während der Regierung Laval und hat sich seit der Übernahme der elsass-lothringischen Dienstzweige durch den Postminister Mandel ganz augenfällig verstärkt, da sie mit den Aspirationen Mandels völlig übereinstimmt, der sich ja die Aussöhnung der nationalen Parteien durch Ausräumung ihrer Missverständnisse und die Herstellung der Union-nationale in Elsass-Lothringen zum Ziel gesetzt hat.
- 3.) Dieses Zusammenspiel zwischen UPR und Regierung - hervorragend ist daran der Député Rossé beteiligt - wurde ergänzt durch einen gelinden Druck auf die Apna, der offensichtlich die Gelder des Propagandafonds gekürzt wurden, um sie der Politik der Aussöhnung mit der UPR gefügiger zu machen, da Herr Mandel offensichtlich damit rechnet, durch eine Vereinigung der UPR mit der Apna die erstere leichter auf eine feste nationale Linie zu bringen.
- 4.) Diese Politik hat bereits ihre Ergebnisse gezeitigt. Die UPR hat in Anwesenheit der beiden Départementalpräsidenten (Walter u. Brogly) auf einer Konferenz in Schlettstadt beschlossen, Herrn Oberkirch von der Apna keinen Gegenkandidaten entgegenzusetzen, andererseits soll die Apna beschließen haben der UPR keine Gegenkandidaten entgegenzusetzen. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht auch ein Entscheid der UPR für den Landkreis Strassbourg, vorerst von der Aufstellung eines eignen Kandidaten Abstand zu nehmen.
- 5.) Weiterhin ist wichtig, dass Herr Rossé einon Vertreter der "France de l'Est" ein Interview gewährte, in dem er mitteilte, dass seit langem Besprechungen stattgefunden haben, die als erstes konkretes Resultat, zu dem erwähnter Beschluss der UPR für den Kreis Schlettstadt geführt haben. H; Rossé setzte hinzu, dass er nicht einsehe, warum nicht auch im Oberelsass eine solche Einigung erzielt werden könne. Wer sie ablehne übernehme eine schwere Verantwortung, denn es müsse alles geschehen um der Volksfront eine andere Einheitsfront entgegenzusetzen. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, darauf zu verweisen, dass die gesamte UPR-Presse die Bildung einer laikalen Front in Paris zum Anlass nahm, um für eine Front der "Freiheit und der Toleranz" einzutreten, was doch in erster Linie den Zusammenschluss der Klerikalen in einer Front bedeutet.
- 6.) Von Bedeutung ist, dass nach der Veröffentlichung der Dementis der "Elsässer Kurier" schreibt:

"Die Gegner des christlichen Elsass liessen ihren Unmut (über den Temps-Artikel) freien Lauf; der nach dem "Temps" erfolgte Zusammenschluss aller christlichen Kräfte jagte ihnen Angst u. Schrecken in die Glieder. Sie sahen im Geiste schon mehr wie eine Position dahinschwimmen, welche sie nur dank der Uneinigkeit ihrer Gegner erobern u. behaupten können. Zahlreiche Telefon-Anrufe u. Zuschriften aus den verschiedensten Kreisen des christlichen Elsasses dagegen - auch von Leuten der bisherigen Apna - atmeten auf u. gaben unverhohlen ihrer Freude über die Konzentration aller Kräfte gegen das zersetzende Gottlosetum und den assimilationswütigen Antiklerikalismus kund. Sie begrüßten - wenn auch scheinbar zu früh - den Anbruch einer neuen Epoche und waren enttäuscht, dass wir keine Äusserung der UPR zum Artikel des "Temps" mitteilen konnten."

Diese Haltung zeigt an, dass gewichtige Kräfte an der Wiedervereinigung der klerikalen Parteien arbeiten, und dass speziell der ehemals mit den Autonomisten sympathisierende Rossé und spätere Volksfrontkandidat der KP zu den treibenden Kräften für den Zusammenschluss der Klerikalen gehört.

Diese Vorgänge sind eine nachdrückliche Bestätigung der Richtigkeit unserer Kritik an der Volksfrontpolitik der KP und Huebers mit der UPR. Die UPR-Josuiten, die in der Zeit der aufsteigenden autonomistischen Bewegung die Spaltung heilig sprachen und organisierten, um ihre schmutzigen Hände sowohl im Regierungsflügel, wie auch in der autonomistischen Bewegung zu haben, benutzen jetzt die Krise der autonomistischen Bewegung um die Spaltung zu liquidieren und der Arbeiterbewegung eine einheitliche reaktionäre Front entgegenzusetzen.

Es zeigt sich jetzt, dass auch im Elsass die Klassenfronten stärker und ausgeprägter hervortreten und die Klassenfragen die nationale Frage an einen zweitrangigen Platz verweisen. Hueber und die KP, die die nationale Frage zur Zentralachse ihrer Gesamtaktivität machen wollten und eine Volksfront von Rossé über Huober bis zu Roos propagierte, werden durch diese Entwicklung nachdrücklich widerlegt.

Wie lächerlich erweist sich heute die KP-Bohauptung, wonach Rossé einen linken, antifaschistischen u. antiimperialistischen Flügel in der UPR repräsentiert?

Der Regionalleiter der KP droht angesichts der erstrebten Wiedervereinigung der UPR mit der Apna mit der Wiederholung der Vorgänge bei den Senatswahlen, wo die "Wähler unter Führung unserer Partei den Kulissenschiebern einen Strich durch die Rechnung machten". Solchen einen Kohl wagt der Regionalleiter der KP den kommunistischen Arbeitern als Konsequenz des Verhaltens der UPR vorzusetzen.

Nein! Die Antwort muss der schärfste Kampf gegen die UPR als Ganzes sein, verbunden mit der Aufforderung an die Kleinbauern u. Arbeiter der UPR mit ihrer Partei zu brechen und sich direkt mit den Arbeitern ohne und gegen die UPR zum gemeinsamen Kampf für ihre gemeinsamen Interessen zu verbinden. Dazu gehört alloddings der Bruch der KP mit der verhängnisvollen Volksfrontpolitik.

-o-o-o-o-o-o-o-

Die Gemeindearbeiter appellieren an das Parlament:

Das genügt nicht.

====

Die Strاسبourger Gemeindearbeiter haben in einer einstimmig angenommenen Entschliessung der Erwartung Ausdruck gegeben, dass das Parlament und die Regierung sich nicht dem Lande zur Neuwahl stellen werden, ohne vorher die schreienden Ungerechtigkeiten der Decrets-Lois gegen das Personal der Services Publics aufgehoben und wieder gutgemacht zu haben.

Die Strاسبourger Gemeindearbeiter werden in ihrer Erwartung schwer enttäuscht worden sein. Das Parlament ist auseinander gegangen ohne auch nur einen bescheidenen Antrag auf Humanisierung der Abbau-Dekrete, geschweige deren Aufhebung beschlossen zu haben.

Die Hoffnung, dass das Parlament die Abbau-Dekrete aufheben wird, ohne dazu durch den ausserparlamentarischen Kampf der Massen gezwungen zu sein, ist eine grobe Illusion. Die Meinung, dass auf dem Wege eines Bündnisses mit den Radikalen in der Form der Volksfront die Abbaudekrete rückgängig gemacht werden, ist kleinbürgerlicher Stumpsinn.

Wenn man der soz. Presse glauben darf, ist es nur einem glücklichen Umstand zu danken, dass den Massen das göttliche Schauspiel erspart blieb, zu sehen, dass die Macher der Abbaudekrete ihre Aufhebung beantragten und ihre Gegner dagegen stimmten, um auf diesem Wege den Sturz Sarrauts zu verhindern.

Diese angekündigte Haltung der Sozialisten ist ein hinreichender Beweis dafür, was von einer Politik der Unterstützung bürgerlicher Parteien, wie der Radikalen zu erwarten ist und was das Ergebnis der Volksfrontpolitik ist.

Der Kampf gegen die Abbaudekrete kann nur ohne und gegen die Radikalen und nur vom Boden eines entschlossenen revolutionären Kampfes geführt werden. Dazu aber ist die Volksfront nicht zu gebrauchen. Wers nicht glaubt, wird es bald einsehen müssen. Das muss heute den Gemeindearbeitern gesagt werden, wenn es ihnen ihre Führung nicht sagt.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 14/III, Jahrgang.

Erste Aprilwoche 1936.

DAS HITLERPLEBIZIT. oooooooooooooooooooo

Ausserhalb Deutschlands ist man sich so ziemlich darüber einig, dass die von den Nazis veranstaltete sogenannte Reichstagswahl ein aufgelegter Schwindel war, der alle bisherigen Leistungen der Nazis auf diesem Gebiete in den Schatten stellte - und das will nicht wenig heissen. Es wäre ganz falsch, die in den amtlichen Lügnera Hitlerdeutschlands angegebenen Zahlen von Neinstimmen und Stimmonthaltungen auch nur in irgendeiner Weise als einen Massstab für die Stärke der antifaschistischen Opposition in Deutschland gelten zu lassen. Wenn bei diesem Plebizit in der Öffentlichkeit weniger Stimmen gegen die Nazis angegeben wurden, als bei den früheren "Wahlen" des Hitlerregimes, so liegt das keineswegs daran, dass die antifaschistischen Kräfte schwächer geworden seien, sondern nur daran, dass die Nazis diesmal die Wähler noch brutaler terrorisiert haben und vor allem daran, dass die Hitlerregierung diesmal noch mehr geschwindelt hat als bei früheren Gelegenheiten. Was Plebizite nach Hitlerscher Manier wert sind, haben wir ja vor kurzer Zeit in Griechenland gesehen. Bei dem von Kondylis veranstalteten Volksentscheid über die Errichtung der Monarchie gab es nur monarchistische Stimmen. Als kurz darauf Wahlen stattfanden, bei denen gewisse Garantien für die Freiheit der Abstimmung gewährleistet waren, gerieten die monarchistischen Parteien in die Minderheit.

Es muss übrigens hervorgehoben werden, dass die Besetzung der entmilitarisierten Zone von der Naziregierung unter anderem auch zu dem Zwecke unternommen wurde, der wachsenden Unzufriedenheit der Massen durch die Entfesselung einer nationalistischen Kampagne zu steuern. Die Hitlerregierung hat mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die kolossalen Rüstungsausgaben haben die Finanzen des "Dritten Reiches" ruiniert. Die Nazidiktatur muss, nur um auf wirtschaftlichen Gebiet einfach weiterwursteln zu können, einschneidende Massnahmen ergreifen. Der derzeitige Wirtschaftsdiktator Deutschlands, Schacht, verlangt zur Behebung der Finanzschwierigkeiten eine erhebliche und allgemeine Erhöhung der Steuern und einen neuen generellen Lohnabbau. Andere Kreise des deutschen Kapitals und der Nazipartei predigen die Markentwertung als Mittel zur Erleichterung der Lage der Reichsfinanzen. In beiden Fällen würde die Lage der werktätigen Massen, der Arbeiter, Bauern, Beamten und Kleingewerbetreibenden eine weitere und erhebliche Verschlechterung erfahren. Hitler hat jetzt einen nationalistischen Rummel inszeniert, weil er hofft, dass die Massen das Rhizinusöl der kommenden Finanzmassnahmen leichter schlucken werden, wenn sie vorher mit dem Schnaps des Chauvinismus besoffen gemacht worden sind.

Aus den Berichten aus Deutschland geht hervor, dass die Arbeiter in ihrer Mehrheit nicht auf den chauvinistischen Rummel hineingefallen sind, dass dieser Rummel vor allem auf die kleinbürgerlichen Schichten gewirkt hat, die begannen sich vom faschistischen Regime abzuwenden und die die Nazis jetzt, wieder für eine Zeitlang an sich gefesselt haben. Aber auf die Tage des nationalen Rummels werden die grauen Alltags der Sorge, des immer grösseren Elends folgen. Der Faschismus wird den Massen immer neue Enttäuschungen bereiten. Allerdings hängt es von der illegalen Tätigkeit der revolutionären Arbeiterschaft ab, ob diese unausbleiblichen Enttäuschungen in eine Kampfboreschaft gegen die faschistische Diktatur umgemünzt werden.

In den Industriegebieten:

25 % der Industriegebiete gegen Hitler.
oo

In Deutschland zirkuliert zur Zeit ein Witz, der besagt, dass Goebels vor der "Wahl" schlaflose Nächte hatte, da er befürchtete es würden 110 % Stimmen für den "Führer" abgegeben werden. Dieser Witz ist ein Symptom dafür, wie in den Kreisen der Arbeiterschaft der Abstimmungsrummel bewertet wird.

Inzwischen haben auch ausländische Journalisten, die an der Stimmenauszählung in einigen Berliner Wahlbezirken teilgenommen, ihre Ansichten zum besten gegeben. So schreibt der Korrespondent der "Neuen Züricher Zeitung" über seine Beobachtungen und Feststellungen, dass die Mehrheit am 29. März in diesem überwältigenden Umfange, dem Umstande zu danken sei, dass die leer abgegebenen Wahlzettel als annehmende Stimmen gezählt wurden. "Auf diese Weise sind Millionen von Stimmen, deren Urheber ein ablehnendes Votum abgeben wollte, in das Gegenteil umgedeutet worden"; heisst es wörtlich in dem Artikel des Korrespondenten.

Der Korrespondent berichtet weiter, dass von den oppositionell eingestellten Wählern nur wenige das Rätsel lösen konnten, wie man überhaupt gegen die Regierung stimmen konnte. Amtlich war bekannt gemacht worden, dass der auf dem Wahlzettel angebrachte ~~Kreis~~ Kreis mit einem Kreuz zu versehen sei, wenn der Wähler seine Zustimmung zu dem Wahlvorschlag dokumentieren wolle. "Nach der Wahl stellt es sich heraus, dass nur die Zettel, auf denen das Wort "Nein" in den Kreis hineingeschrieben war, als ungültig, bzw. als ablehnende Stimmen gelten. Wahlzettel auf denen der gesamte Text (Wahlvorschlag der NSDAP und die Namen der Spitzenkandidaten) durchgestrichen war, sind ebenso wie die nicht angekreuzten Zettel der annehmenden Mehrheit zugeschlagen worden. In einem Wahllokal wurde entschieden, dass der im Kreis angebrachte Buchstabe N als annehmende Stimme zu zählen sei. Der gleichen Interpretation begegnete in einem anderen Wahllokal ein zerrissener Blankozettel"; schreibt der erwähnte Korrespondent wörtlich.

Wenn dies unter den Augen ausländischer Pressevertreter geschah, kann man sich lebhaft vorstellen, wie die Entscheidungen in den ländlichen Gegenden ausgefallen sind, wo vielfach das Wahlgeheimnis nicht einmal gewahrt war.

Die ausländischen Pressevertreter, die an einer Anzahl Berliner Wahlbezirke der Ermittlung des Resultats beiwohnten, gewannen den Eindruck, dass in Quartieren Berlins die Zahl der Neinsager bis zwanzig und fünfundzwanzig Prozent der zur Urne geschrittenen Stimmbeteiligten ausmachen würden, wenn die leer abgegebenen Stimmzettel in die Rubrik der ablehnenden Stimmen gefallen wären. Bei aller Vorsicht in der Beurteilung kommen diese Pressevertreter übereinstimmend zur Ansicht, dass es der Regierung nicht gelungen ist, die Zahl der Oppositionsstimmen unter das am 9. August 1934 erreichte Mass von 4,3 Millionen und etwas mehr als 10 % der am damaligen Plebiszit beteiligten Personen herabzudrücken.

Wenn man dann noch in Betracht zieht, dass riesige Plakate jedon zum Landesverräter stempelten der nicht seine Wahlpflicht für den Führer erfüllte und selbst die leiseste Gegenagitation als Hochverrat behandelt wurde, kann man sich eine Vorstellung davon machen, auf welches Resultat die Nazis bei einer halbwegs freien Wahl zu rechnen hätten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DAS IST DIE HÖFE!

oooooooooooooooooooooooooooo

Wir haben in unserer vorigen Nummer, die durch den sogenannten Brief von Vincent Auricel hervorgerufene Diskussion zwischen KPF, SPIO und Radikalsozialisten behandelt. Jetzt hat die KPF einen Brief an die SPIO und an die radikale Partei gerichtet, in dem es u.a. heisst:

"...Die in der Volksfront gruppierten Organisationen waren der Ansicht, dass der durch den Brief von Vincent Auricel hervorgerufene Zwischenfall als erledigt zu betrachten sei, da die Volksfront sich nicht in die Wahlkampagne einzumischen habe. Der Präsident Daladier hat in einer Rede vor dem Exekutivkom-

- 12.) Allianz mit der Sowjetunion und allen Unterdrückten der ganzen Welt u. Kampf gegen den internationalen Faschismus und für den Frieden;
 13.) Für eine Arbeiter- u. Bauernregierung, die sich stützt auf die Arbeiter- Bauern- u. Soldatenallianzen als die revolutionären Organe der Macht.

Es bedarf keines Wortes, dass dieses Programm nicht mit Hilfe des Blocks mit den bürgerlichen Republikanern, sondern nur gegen sie verwirklicht werden kann.

Die Linksentwicklung in der SP.

Im Organ *Largo Caballeros*, des Führers der SP heisst es in einem Artikel "Was geschehen muss, muss jetzt geschehen" v. 12. März u. a.:

"Ebenso wird die Regierung heute nachgeben, wenn die öffentlichen Kundgebungen auf der Strasse auf sie drücken, um ihr eine politische Entscheidung abzuwingen, um einen reaktionären General zu verjagen, um einen Mörder der Unterdrückten einzusperrn. Man soll sich nicht täuschen: wenn es nicht so kommt unter der kollektiven, schreckenerregenden Forderung der Strasse, dann wird wenig geschehen. ...

Die Spannung im Volksblock ist diese: die republikanische Regierung möchte die Menschen in die Häuser bringen, aber das Volk darf nicht in die Häuser gehen. Tag für Tag muss die Masse vor der Regierung in Erscheinung treten, mit einer Petition, mit einer Beschwerde, mit einer Forderung; oder seinen Willen kundtun mit der Macht vollzogener Tatsachen auf dem Lande, in der Grube, in der Werkstatt. In Form von (incautación) oder der Kontrolle, je nachdem.

... wenn der Arbeiter das Werkzeug und die Arbeit selber in die Hände nimmt (es handelt sich hier um die Frage der Wiedereinstellung von politisch Gemassregelten, die sich sehr langsam vollzieht) dann wird die Regierung heute lange überlegen, ehe sie sie mit Flintenkugeln wieder entfernt. Ist aber die Aktion einmal gewonnen, dann ist viel gewonnen."

Die Stellungnahme zeigt, dass sich unter der elementaren Entfaltung des Massenkampfes eine beträchtliche Linksentwicklung unter den Sozialdemokraten vollzieht. *Largo Caballero* hat jetzt gegen die Zenträsson (Prieto) in seiner Partei die Leitung der Madrider Ortsgruppe in die Hände bekommen. Es ist durchaus möglich, dass sich auf diesem Wege eine solche Annäherung an die Kommunisten vollzieht, die die Frage der Schaffung einer Vereinigten Kommunistischen Spaniens aktuell macht.

Der Kampf um die Durchführung der Agrarrevolution.

Die KP stellt jetzt mit ganzer Kraft die Frage der Agrarrevolution. "Keine Erde ohne Bearbeitung, kein Bauer mit Landhunger", ist ihre Losung.

Am 12. März wurde ein Aufruf der Landarbeitergewerkschaft veröffentlicht, in dem es u. a. heisst:

"... Um zu zeigen, dass auch auf dem Lande gewacht wird - und das ist nur eine unserer Absichten, ... ladet die Landarbeiterfederation alle ihre Sektionen u. Gruppen ein, zum 15. März eine grosse Demonstration durchzuführen, welche von den Volkshäusern nach den Bürgermeistereien marschiert und dort folgende Minimalforderungen überreichen:

Unmittelbare Übergabe der Ländereien u. Kredite an die Organisationen der Bauern!

Die Zurückgabe der Wirtschaften an die verarmten Pächter!

Arbeit für alle Arbeitslose unter strikter Wahrung der Arbeitsvereinbarungen!
Keine Unterdrückung - die Strasse frei!

Keine politischen Hefangenen im Gefängnis!

Justiz gegen die Henker u. Räuber des Volkes!

Republikanische Führung in allen Orten! Linke Bürgermeistereien!

Absetzung aller Volksfeinde! Entwaffnung der Rechten - Volksmiliz!

Am 15. März wird über ganz Spanien die Woche der grossen syndikalen Organisation der Bauern durchgeführt."

Vor dem 15. März rief die Volksblockpresse "Solidaridad, Brot und Land für die hungernden Bauern". Die Massen handelten weiter selbstständig.

Darauf folgten Artikel in der Presse Azanas "Undisziplinierte Massen", "Die politische Kontrolle ins Parlament, nicht auf die Strasse" usw.

Am 14. März brachte "El Socialista" auf der ersten Seite eine "Wichtige Notiz" der Landarbeiterorganisationen, der der vor Agents-Provokateure gewarnt wird, die den Charakter der Manifestation vom 15. März verdrehen wollen und worin die Sektionen angehalten werden, sich streng an die Instruktionen zu halten. Die Demonstrationen sollen zum Bürgermeisteramt gehen, dort die Manifeste übergeben und sich dann auflösen. Gleichzeitig wird mitgeteilt, dass die Landarbeiterexekutive bei Azana war, der die Versicherung abgab, dass die Forderungen voll beachtet werden.

Am Tage vor der angekündigten Demonstration wurde per Radio bekanntgegeben, dass die Azanaregierung die Demonstration annulliert habe. Eine Delegation von Sozialisten wurde bei Azana vorstellig und verabschiedete sich im vollen Einverständnis.

In "Politica" von Azana wurde nach dem 15. März ein Bericht gegeben, in welchem es hiess, dass die Landarbeitergewerkschaft in Gefälligkeit zu Senor Azana freiwillig die Aktion abgeblasen hat.

Hier zeigt sich, wie die Bindungen zu den bürgerlichen Republikanern die Massenaktion bremst.

Die Arbeit der Pfaffen.

Da die elsässische klerikale Presse täglich erstaunliches über die Klosterplünderungen, Kirchenbrände und Misshandlungen von Priestern zu berichten wissen, nur eine kleine Begebenheit.

In Castalla (Alicante) wurden während der grossen Messe die Kinder aufgefordert, dass sie, nachdem sie die Kirche verlassen haben, Vivas auf Gil Robles und Nieder, mit Azana ausrufen sollen. So wolle es Gott! Die Kinder taten wie ihnen geheissen wurde. Man fragte sie aus und nachdem man festgestellt hatte, dass ihnen in der Messe solche Anweisungen gegeben worden sind, holten die Massen den Pfaffen und steckten ihn ins Gefängnis.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Bemerkungen zum elsässischen Wahlkampf:

Die Volksfrontpolitik schwächt die Positionen der Arbeiterparteien.

Der Wahlkampf im Elsass kommt langsam in Fluss. Die bisher abgehaltenen Wahlversammlungen und die bisherigen Auseinandersetzungen mit den Klerikalen, die ja im Elsass die entscheidende Kraft der politischen Reaktion sind, zeigen bereits, dass die Offensivkraft der Arbeiterparteien und die Durchschlagskraft ihrer Argumente gegenüber den, mit allen Wassern gewaschenen Klerikalen, durch die Volksfrontpolitik stark geschwächt wird. Die Klerikalen bestreiten ihren Wahlkampf im wesentlichen damit, dass sie den Sozialisten u. Kommunisten die Radikalen aufs Brot streichen.

Das Konzept für den Wahlkampf haben die Klerikalen dem Schutzpatron der Faschisten u; ~~dem französischen~~ französischen Goebels, Kerillis, abgeguckt. Marcel Jacobs vom Els. Kurier hat eine besondere Wahlbroschüre zusammengestellt, aus der die klerikalen Redner ihre Argumente gegen die Volksfront schöpfen.

Da wird aufgezählt, dass die verfllossene Kammer eine Volksfrontmehrheit hatte, dass sie aber unfähig war die Regierungsgeschäfte auszuüben. Dann wird gezeigt, was trotz dieser Mehrheit geschah. Da werden die Notverordnungen usw. angeführt und am Schluss hinzugesetzt; das alles war möglich nur mit Zustimmung der Radikalen, also der Volksfront. Dann wird gezeigt, dass Sarraut, trotzdem er keine Milderung der Hungerdekrete durchführte von den Sozialisten unterstützt und von den Kommunisten toleriert wird. Es wird auch nicht verfehlt, darauf hinzuweisen, dass in der Regierung Sarraut sogar zwei Vertreter der 200 reichsten Familien Frankreichs sitzen, die von der Volksfront angeblich ihrer Macht entkleidet werden sollen.

Durch diese Argumente soll der Eindruck erweckt werden, dass Sozialisten und Kommunisten im Ernst garnicht an die Aufhebung der Notverordnungen denken,

noch Syndikate die nicht verschmolzen sind. Im Januar ist die departementale Verschmelzung durchgeführt worden. Bis heute ist jedoch noch keine union locale konstituiert. Kam. R. griff dann einige Punkte aus der Kongressresolution heraus, für die jetzt einheitliche Aktionen durch die Gewerkschaften organisiert werden müssen, so die Gewerkschaftseinheit ihre Aufgabe erfüllen.

Kam. Wodli ging im Schlusswort mit den Ausführungen des Kam. R. im wesentlichen einig und gab noch einige Präzisionen. Die Versammlung billigte die Haltung ihrer Vertreter auf dem Kongress.

- o - o - o - o - o - o - o -

Kleinigkeiten:

Die Huma meldet, dass die Feuerkreuzler beschlossen haben Rossé ihre Unterstützung im Wahlkampf zu gewähren. Gilt nun immer noch der Ausspruch von Thorez auf der Regionalkonferenz der KP; "La tactique de Winzenheim est juste"?

Hueber hat seine Wahlparolen formuliert. An der Spitze steht die Verständigung mit Hitlerdeutschland und an zweiter Stelle, der Kampf gegen den franco-russischen Pakt. Das erste sogt unter der Stichmarke für den Frieden, das zweite unter dem Signum gegen die Militärallianzen. Die imperialistische Verständigung mit Hitler auf Kosten der Sowjetunion, zur Erleichterung des Krieges gegen die SU ist also genau ausgedrückt, der wahre Inhalt der Hueberschen Wahlparolen. Damit die Leute wissen, für was sie bei Hueber stimmen, wäre es zweckmässig die Hueberschen Wahlparolen so zu präzisieren: Für die imperialistische Verständigung mit Hitler und damit für die Militärallianz mit Deutschland, zur Herbeiführung des Krieges gegen die Sowjetunion, auf dass unserer Heimat der Friede erhalten bleibe.

Die "FP" hat sich einen aussenpolitischen Mitarbeiter AP zugelegt, vor dessen gesittige Erzeugnisse man warnen muss. So lesen wir in der Ausgabe v. 1. 4. im Artikel "Europas Uneinigkeit - Hitlers Triumph" folgendes:

"Dasselbe England, das im italienisch-abessinischen Konflikt ständig Frankreich ungenügende Unterstützung vorwarf, während in Wahrheit Frankreich vergeblich auf Gegenleistungen wartete, lässt jetzt Frankreich im Stich. Man kann daher beim besten Willen nicht ersehen, welche Verpflichtung für Frankreich noch besteht, an den Sanktionen gegen Italien festzuhalten. Sie sind ja auch beim besten Willen nicht mehr zu rechtfertigen, wenn mit zweierlei Mass gemessen wird und gegen Deutschland keine Sanktionen verhängt worden."

Am 1. April ist zwar allerhand erlaubt, aber er ist offensichtlich nicht dazu da die Italienpolitik des "ausserpolitischen" Genies P. Laval zu rechtfertigen. Die Uneinigkeit Europas ist doch nichts als der Reflex der imperialistischen Gegensätze der kapitalistischen Staaten untereinander. Da hilft nur eins: die selbstständige Aktion der Arbeiterklasse und der unablässige Druck auf die Regierungen, verbunden mit dem Kampf zum Sturz dieser Bourgeoisie.

Die Hueberpartei hat ihre beiden Kandidaten für Strassbourg bekannt gegeben. Es sind Hueber und Mourer. Für Colmar ist noch keine politische Stellungnahme bezogen und noch kein Kandidat bekanntgegeben. Bei der Haltung der Hueberpartei ist sowohl die Unterstützung des kommunistischen Kandidaten im I. Wahlgang, als auch die Unterstützung des meistbegünstigten Kandidaten der proletarischen Einheitsfront im II. Wahlgang nicht gegeben. Ein direktes und offenes Eintreten der Hueberpartei für ihren Freund Rossé, ist nach dessen neuesten Leistungen, kaum anzunehmen, da dies eine gar zu offene Selbstentlarvung der Hueberpartei wäre und ihr Strassbourger Geschrei gegen die "Nationalkommunisten" zu stark kompromittieren würde. Aus diesem Grunde soll Henri Muereschel in Colmar kandidieren. Vielleicht kann man auf diese Weise die Arbeiterparteien schwächen und dem Spiessgesellen Rossé die Position verbessern für den II. Wahlgang.

Der Toulouser Einheitskongress der Gewerkschaften ist bereits einige Wochen vorüber. In Colmar, Mulhausen, Gebweiler usw. haben sich die örtlichen Syndikate bereits zu örtlichen Gewerkschaftskartellen zusammengeschlossen und einheitliche Aktionen durchgeführt.

In Strassbourg aber rührt sich keine Hand um die union locale zu konstituieren. Es wäre endlich an der Zeit, dass die Syndikate mit diesem Zustand aufhören.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N°

15/III. Jahrgang.

Zweite Aprilwoche 1936.

Hitlersche "Organisierung des Friedens":

HITLERS PLAN ZUR ORGANISATION DES KRIEGES.
oo

Die Hitlerregierung hat auf den Vorschlag der Locarnomächte mit einem langen Dokument geantwortet. Dieses Dokument zeigt, dass die Unfähigkeit der anderen Mächte und des Völkerbundes, auf den Gewaltstreich vom 7. März mit wirksamen Massnahmen zu antworten, die Nazis dazu ermutigt hat, ihre Politik der Vorbereitung eines neuen europäischen Krieges mit umso grösserer Unversämtheit fortzusetzen. Die Naziregierung lehnt es ab, ihren Gewaltstreich vom 7. März auch nur teilweise, auch nur "symbolisch" rückgängig zu machen. Sie lehnt nicht nur die Schaffung einer von internationalen Truppen besetzten Zone längs der Grenze ab, sondern weigert sich auch, sich auch nur vorläufig zu verpflichten, im Rheinland keine Befestigungen zu errichten. Die Befestigung der Rheinlande bedeutet für die Nazi nicht mehr und nicht weniger als ein Mittel, sich die militärischen Voraussetzungen für einen Eroberungskrieg im Osten zu sichern, denn sie würde es Frankreich sehr erschweren, im Falle eines Überfalls der Nazis auf die Sowjetunion oder die Tschechoslowakei diesen zu Hilfe zu kommen.

Die Vorschläge, die die Hitlerregierung in ihrer Note für die "Organisierung des Friedens" macht, zeigen gleichfalls, dass es ihr darauf ankommt, den Krieg zu organisieren und zwar unter Bedingungen, die für den deutschen Faschismus möglichst günstig sind. Die Sowjetunion wird garnicht erwähnt, mit ihr will Hitler überhaupt keine Verträge abschliessen; den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands, der Tschechoslowakei, Österreich, Litauen werden die von den Nazis beliebten Bilateralen Nichtangriffspakte angeboten, deren Zweck es ist, diese Staaten zu isolieren, damit Hitlerdeutschland sie im gegebenen Augenblick einzeln über den Haufen rennen kann. Für Westeuropa bietet die Naziregierung einen Nichtangriffspakt mit englischer und italienischer Garantie an. Dieser Pakt soll Frankreich von der Sowjetunion und der Kleinen Entente trennen. Die deutsche Note macht ferner den Versuch, einen Keil zwischen England und Frankreich zu treiben. Die Note ist einerseits bestrebt, auf die öffentliche Meinung in England durch Friedensphrasen, die dem Geschmack der englischen Bourgeoisie angepasst sind, Rücksicht zu nehmen, andererseits stellt sie an Frankreich Forderungen, die nichts anderes sind, als bewusste Provokationen, so die Forderung nach einem Plebizit über die Hitlerschen Vorschläge oder das Vorlangen, der französischen Presse jede Kritik am Naziregime zu verbieten.

Auch die Hitlersche Bereitschaft, dem Völkerbunde beizutreten, ist in Wirklichkeit auf die Kriegsvorbereitung berechnet, denn wenn Deutschland im Völkerbundsrat wäre, könnte es (da für die Beschlüsse des Rats Einstimmigkeit erforderlich ist) dort jede auch nur bescheidene Massnahme zur Sicherung des Friedens sabotieren; ferner soll die Beteiligung am Völkerbund den Nazis Kolonien einbringen. Was schliesslich die Nazivorschläge in Bezug auf die Abrüstung anbelangt, so sind sie überhaupt nicht ernst zu nehmen. Die Hitlerregierung schlägt das Verbot bestimmter Waffen vor. Aber auf solche Verbote hat im Ernstfall noch kein imperialistischer Staat Rücksicht genommen. Gerade jetzt bombardiert Mussolini die Städte und Dörfer Abessinians mit Giftgasbomben, obwohl die Benutzung von Giftgasen bekanntlich durch internationale Verträge verboten ist.

Die Lage nach der deutschen Antwort.

Die französische Regierung will auf die deutsche Note mit einem Gegenvorschlag antworten, der dem Abschluss von Verträgen befürwortet, die die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe gegen den Angreifer enthalten und ganz Europa einschliesslich der Sowjetunion umfassen sollen. Ferner will die französische Regierung die Frage von Sanktionen gegen Deutschland von neuem aufrollen.

Auf der anderen Seite bemüht sich die englische Regierung nach wie vor um ein Kompromiss mit den Nazis. So wie die Dinge liegen, ist leider nicht zu erwarten, dass die imperialistischen Regierungen wirksame friedliche kollektive Sanktionen ergreifen, die geeignet wären, der Kriegspolitik der Nazis einen Dämpfer aufzusetzen. Die französische Regierung denkt z.B. nicht daran, die Erzlieferungen für die deutsche Rüstungsindustrie zu verbieten. Im übrigen spielt sie mit dem englischen Imperialismus das schöne Spiel: "Lässt du den Friedensbrecher Mussolini mit Sanktionen in Ruhe, dann verzichte ich auch auf Sanktionen gegen den Friedensbrecher Hitler!"

Die Arbeiterorganisationen müssen mit ihrem Druck einsetzen, um wirksame Massnahmen zur Erhaltung des Friedens zu erzwingen. Sie müssen darüber hinaus, selbst dafür sorgen, dass die Transporte von Rohstoffen für die deutsche Ausrüstung unterbunden werden. Der Friede kann nur verteidigt werden, wenn die Arbeiter in jedem Lande in unverbrüchlicher Solidarität mit der Sowjetunion ihrem eignen Imperialismus gegenüber selbstständig auf den Plan treten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE RUNDSCHAU.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Wie die Nazis das Wahlergebnis vom 29. März fälschten.

Allmählich werden immer neue Tatsachen bekannt, die zeigen, wie sich die Nazis am 29. März die 99 % Ja-Stimmen erschwindelten. So veröffentlicht z.B. der "Manchester Guardian" einen Bericht über die Wahl im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, der schildert, wie dort das Wahlergebnis zusammengefälscht wurde:

"Obgleich die Wahl geheim war, wurde das Publikum doch aus vielen Wahllokalen entfernt, als die Stimmscheine gezählt wurden. In einigen Lokalen, wo das Publikum zugelassen war, wurden alle Personen, die verdächtig waren, Nichtnazis zu sein, gezwungen fortzugehen. Die Auszählung selbst wurde von zuverlässigen Nazis vorgenommen. Stimmscheine, auf die Nein oder Niemals oder kommunistische oder sozialistische Parolen geschrieben worden waren, wurden als ungültig gezählt, aber Scheine, die nur durchgestrichen oder weiss abgegeben worden waren, wurden als Ja-Stimmen gezählt. In einigen Wahllokalen, wo die Zahl der Ja-Stimmen den Nazis ungenügend erschien, wurden unbenutzte Stimmscheine den benutzten zugerechnet, um die erforderlichen 98 oder 99 % an Ja-Stimmen zu bekommen. (Es scheint, dass allgemeine Anweisungen ergangen waren, dass die Zahl der Ja-Stimmen in jedem Wahlbezirk wenigstens 98 oder 99% betragen müsste). An vielen Orten bildeten die Arbeiter ein kleines Komitee und gingen von einem Wahllokal zum anderen, um eine Art öffentlicher Kontrolle der Stimmzählung auszuüben. . . Aber sie wurden überall ausgeschlossen. Die Wahlleiter, die die Auszählung vornahmen, wurden von Braunhemden bewacht. Nach der Auszählung verliessen die Wahlleiter die Wahllokale, von Braunhemden begleitet, so dass es unmöglich war, mit ihnen zu sprechen. . . In einigen Stätten scheinen 30 oder 40 % der Stimmscheine ungültig gewesen zu sein, aber nichtsdestoweniger ergab das Endresultat doch eine Mehrheit für Hitler von 98 - 99 %".

Darauf, dass auch die Wahl selbst nicht geheim war, lässt eine Bekanntmachung in der Essener "National-Zeitung" schliessen. Dort wurde angeordnet, dass die Mitglieder der Naziorganisationen geschlossen zur Wahl anzutreten hätten. Die Organisation wählten also gemeinsam und wahrscheinlich wurde den Mitgliedern ein bereits mit "Ja" ausgefüllter Stimmzettel in die Hand gedrückt. Wer sich nicht an der kooperativen Wahlhandlung beteiligte, sollte den Nazifunktionären gemeldet werden; Nur durch Terror und Betrug sind also die 99 % Ja-Stimmen zustandegekommen.

Am 26. April gibt jeder werktätige Wähler seine Stimmen den Kommunisten.

6 Stunden erreichten, die weil im lothringischen Bergbau eine Tagesleistung von 3 Tonnen pro Kopf als Durchschnittsleistung gilt, lässt unsere Herren wissen, ob solch unerhörtem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft erbleiden. Und mit zum Himmel gewandtem Blick rufen sie: "Wie glücklich, dass es Euch, ihr Traven elsass-lothringischen Arbeiter nicht geht wie diesen".

Worauf beruht die Leistungssteigerung in der SU?

Eine einfache Überlegung müsste diesen Herren gebieten, etwas mässiger in ihren Anklagen gegen die Sowjetunion zu sein. Denn jeder Arbeiter wird ihnen sagen können, dass die von ihnen angeführten Leistungssteigerungen, unzulässig auf dem Wege des Raubbaus an der menschlichen Arbeitskraft erreicht werden können. Wenn dies der Fall wäre; unsere Herren de Wendel und Co. - die doch so lobhaft an der Steigerung ihres Profits interessiert sind - hätten schon längst diese Rekordleistungen aus ihren Lohnsklaven herausgeholt. Diese einfache Überlegung allein zeigt, dass die Mock und Genossen bewussten Schwindel betreiben, wenn sie die aussergewöhnlichen Leistungssteigerungen vermittels der Stachanowbewegung auf eine höhere physische Ausnutzung der Arbeitskraft zurückführen wollen. Wir wollen ihnen dabei als Entschuldigung anrechnen, dass sie infolge ihrer kapitalistischen Gesinnung und "Beschränktheit" garnicht die Voraussetzungen für den gewaltigen Produktionsaufschwung und die damit verbundene Steigerung des Lebensniveaus der russischen Arbeiterklasse zu erreichen vermögen.

Diese Voraussetzungen sind;

1.) die Tatsache, dass es in der Sowjetunion keine ausbultenden Kapitalisten mehr gibt, dass die Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht in die Tasche des Kapitalisten wandert, sondern die herrschende Arbeiterklasse der alleinige Nutzniesser derselben ist;

2.) dass die Erhöhung der Arbeitsleistung in der SU nicht die Arbeitslosigkeit zur Folge hat und haben kann, da die Produktion dort der Befriedigung des Bedarfs dient und wenn dieser gedeckt wäre automatisch eine Herabsetzung der Arbeitszeit erfolgen würde;

3.) dass die fortlaufende Erhöhung der Arbeitsleistung durch den ständigen, durch den Erfindungsgeist der breiten Massen entwickelten u. geförderten Fortschritt der Technik und der Arbeitsorganisation erfolgt, der im Sozialismus weit mehr als im Kapitalismus gegeben ist und der zugleich die Voraussetzung für die Erreichung des kommunistischen Endzieles ist, wo jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und jeder, unabhängig von seiner individuellen Arbeitsleistung zugeteilt erhält, was er zur Befriedigung seiner Bedürfnisse gebraucht.

Die Stachanowmethode ist noch nicht das kommunistische Endziel, sie ist eine Etappe auf diesem Wege, sie schafft die Voraussetzung dafür. Die Stachanowbewegung beruht noch auf dem Leistungsprinzip, also einem Zustand, wo der Anteil des Einzelnen am Gesamtprodukt der Gesellschaft noch nach der persönlichen Leistung gemessen wird. Weil sie noch nicht das Ziel ist, sondern eine unvermeidliche Etappe dazu, ist sie auch noch nicht das kommunistische Ideal. Aber sie ist die Voraussetzung und zugleich der Übergang zu einer ~~maximalen~~ Produktion einer solchen Menge gesellschaftlichen Reichtums, wo jeder seine Bedürfnisse zu befriedigen vermag, unabhängig von seiner individuellen Leistung. Sie ist damit auch Voraussetzung für die Aufhebung der Unterschiede in der Entlohnung - die noch die gegenwärtige Periode charakterisiert.

Einige Tatsachen.

Ein Beweis dafür, dass die Leistungen der Stachanowisten nicht auf dem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft beruhen, zeigt ein Blick auf die Unterrichtsprogramme der Betriebe. Wir greifen aus der Fülle des Materials das Unterrichtsprogramm der Ausländergruppe der I. Moskauer medizinischen Betriebe heraus. Dieses Unterrichtsprogramm umfasst:

- 1.) Praktische Arbeitsanweisung u. bessere Organisation der Arbeitsmethoden am Arbeitsplatz, um die Arbeitsleistung zu erhöhen;
- 2.) Theoretische Grundlagen für den Arbeitsprozess, um bewussteres Arbeiten zu erzielen;

Wir wieson gleichzeitig daraufhin, dass diese Entwicklung nicht ohne "sanften" Druck seitens der Regierung auf die APNA gefördert wurde und die finanzielle Abhängigkeit der APNA-Presse vom Propagandafonds der Regierung kräftig ausgenutzt wurde, um die APNA zu liquidieren und sie zum Wiederaufgehen in der UPR zu zwingen. Den Dementis der APNA- u. UPR-Instanzen stellten wir die Tatsachen und das Verhalten der Kurierpresse gegenüber, die insgesamt die in dem bekannten "Temps"-Artikel angezeigte Entwicklung bestätigten.

Inzwischen haben die Tatsachen unsere Voraussage vollauf bestätigt. Herr Rossé und H. Mandel haben ihren Handel abgeschlossen. Die Apna-Organen sind durch die Vermittlung der Regierung regelrecht an den Alsatia-Verlag verkauft worden. Diese Aktion wurde damit eingeleitet, dass H. Mandel die Subventionen an die Botenpresse kürzte und die dadurch herbeigeführte Finanzklemme benutzte, um seine "Vorsöhnungsaktion" zu realisieren.

Wie der "Republikaner" berichtet, liess H. Mandel einige Herren der APNA und der UPR zu sich kommen und brachte folgendes Geschäft unter Dach und Fach:

Der "Alsatia-Verlag", also der Rossé-Verlag, übernimmt die Verpflichtungen des "Boten-Verlages". Der "Botenverlag" reduziert sein Aktionkapital und zwar so, dass die "Alsatia" mit Hilfe der abgelösten Verpflichtungen die Mehrheit erhält. Auf diese Weise kommt die gesamte APNA-Presse unter den Einfluss des von Rossé beherrschten Alsatia-Verlages, in dessen Aufsichtsrat 2 Herren der APNA aus dem Unterland übernommen werden.

Der "Republikaner" berichtet weiter, dass zur Täuschung der Öffentlichkeit - uns aus wahlpolitischen Gründen - die Boten-Blätter bis zum 1. Juni unverändert weiter erscheinen sollen. Danach sollen der Mülhauser und Colmarer Bote verschwinden, während der Strasbourger "Bote", der in der Colmarer Boten-Druckerei gedruckt werden soll, weiter erscheinen soll, damit Rossé endlich auch ein Organ im Unterelsass hat, da er auf die in der Gesellschaft des "Elsässer" erscheinende UPR-Presse keinen Einfluss besass.

Ausserdem soll eine neue französische Tageszeitung herauskommen, der die bisherigen Subventionen zufließen sollen.

Diese Mitteilungen haben in den Kreisen der UPR und der APNA wie eine Bombe eingeschlagen und sind die Sensation des Tages. Es ist ganz offensichtlich, dass einige eingeweihte und finanziell massgebende Kreise dieses Geschäft getätigt haben, an deren Spitze wieder einmal Herr Rossé, der ehemalige Heimatrechtler steht.

Von Interesse ist ebenfalls, dass eine Regierung, die sich parlamentarisch auf die Volksfront stützt, hier im Elsass offensichtlich die klerikale Reaktion begünstigt und deren Interessen dienstbar ist. Die Regierung treibt vermittels des Herrn Mandel eine Politik der unione nationale im Elsass und fördert den Zusammenschluss der Reaktion gegen die Volksfront. Herr Mandel unterstützt mit seinen Interventionen die politischen Kräfte im Elsass, die sich mit dem Faschismus verbünden und die ausserpolitisch einer Bündnispolitik mit den faschistischen Diktaturen und einer Kriegspolitik gegen die Sowjetunion das Wort reden. Das alles geschieht von einer Regierung, die von den Sozialisten unterstützt und von den Kommunisten toleriert wird und in der die Radikalen massgeblich vertreten sind.

Rossé aber, dieser sogenannte Heimatrechtler und Gegner des französischen Imperialismus, der von der KP vor noch nicht langer Zeit zum Repräsentanten des linken, volksfreundlichen Flügels gestempelt wurde, zeigt jetzt ein übriges Mal welches Schicksal einer Bündnispolitik mit den Vertretern der bürgerlich-kapitalistischen Parteien beschieden ist.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

WAS WIRD DA GESPIELT.

oooooooooooooooooooooooooooo

Das Organ der mülhauser Demokraten berichtet, dass ein Führer der SFIO des Bas-Rhin erklärt haben soll, dass es im Unterelsass höchstwahrscheinlich nicht zur Anwendung des Aktionspaktes zwischen SFIO und KPF zu den Wahlen kommen werde. Die SFIO im Unterelsass werde wahrscheinlich mit den nationalen Parteien für den II. Wahlgang einen gegenseitigen Unterstützungspakt eingehen.

Kurze Meldungen:

Die Huberpartei hat jetzt bekanntgegeben, dass im Kreise Colmar der ohmalige Adjoint Weibel zu den Kammerwahlen kandidieren wird. Über die Haltung zum XXX zweiten Wahlgang ist noch nichts bekannt. Die gesamte Einstellung der Huberpartei lässt aber den Schluss zu, dass sie im II. Wahlgang keineswegs ihren Kandidaten zugunsten des meistbegünstigten Kandidaten der proletarischen Einheitsfront zurückziehen wird, sondern alles tun wird um ihren Rossé-Bündel aus der Patsche zu helfen.

In Strassbourg -Land wird Herr Frey als "unabhängiger" Kandidat, auf angebliche Aufforderung der Landwirtschaftlichen Kreisvereine kandidieren. Die UPR hat Frey die Unterstützung zugesagt. Es ist zu hoffen dass die Arbeiter und Bauern Herrn Frey einen Strich durch seine Rechnung machen.

In Strassbourg Nord Ost kandidiert Herr Garcin von dem Demokraten mit Unterstützung der UPR und in Strassbourg Süd/West Herr Reibel von der UPR mit Unterstützung der Demokraten. Die Losung der UPR ist: Nieder mit der roten Volksfront, was darauf schliessen lässt, dass sie gegebenenfalls Huber und Mourer unter der Hand unterstützen wird.

Im Kreis Gebweiler bemüht sich der Faschist J. Bilger um ein Kammermandat. Die UPR, die Herrn Bilger grossgezogen hat und mit dessen Stimmen Demokraten und Uprnisten die Senatswahl im Oberelsass machten, ist ob der Kandidatur Bilgers etwas verschnapft. Herr Sigrist wird als Bauernsenator gegen J. Bilger ins Feld geführt um die um eignen Busen grossgezogene Konkurrenz in seinem Elan etwas zu dämpfen. Solange J. Bilger nur gegen "Rot-Mord" zu Felde zog und die Stimmen seines Bauernbundes der UPR antrug war alles in bester Ordnung.

Die Feuerkreuzler hatten am 4. April im Saale der Aubette ein Steildichoin. In dieser Zusammenkunft zeigten die Feuerkreuzler wieder, dass sie nichts als eine Schutzgarde der Reaktion und des Geldsacks sind. Ihre Wahllosung lautet: Unter allen Umständen gegen die Volksfront!

Die "Beton"-Presse sucht durch eine Erklärung die Übernahme ihrer Blätter durch den ALSATIE-Vorlag abzuschwächen. Der "Elsässer" bestätigt aber die Richtigkeit des Übergangs der Betonblätter auf Rossé. Sie beschuldigt Rossé diesen Geschäftsabschluss hinter dem Rücken seiner Parteifreunde und unter Umgehung der Parteinstanzen getätigt zu haben. Der Kreisverein Strassbourg hat sogar in einer Resolution sein Befremden über den Rosséschen Geschäftsabschluss Ausdruck verliehen. Zugleich wird der neu auftauchenden Rosséschen Konkurrenz gegen den "Elsässer" mit folgenden Worten gedacht: "Die Versammlung betrachtet den "Elsässer" als ein Parteiblatt, dem volle Anerkennung gebührt... Die Versammlung stellt mit stolzem Gefühl fest, dass der "Elsässer" bisher von jeder Regierung unabhängig war, und dass er auch in Zukunft mit der gleichen Unabhängigkeit die Ideale der Partei und der christlichen Bevölkerung verteidigen wird..."

Das sieht ganz so aus, als ob sich nunmehr ein frischfröhlicher Krieg zwischen dem Elsässer und der Rosséschen Presse abspielen sollte, wobei der Elsässer jetzt das Argument gegen Rossé zu kolieren gedenkt, dass er bisher mit grösserer Freigebigkeit gegen die APNA-Presse kehrte.

Der "Elsässer Kurier" veröffentlicht eine Erklärung des Alsatiaverlages, in der bestritten wird, dass der Betonverlag aufgegeben oder seine Blätter aufgegeben oder im Alsatiaverlag aufgegon worden. Wörtlich heisst es dann weiter:

"Tatsache ist, dass dem Zusammenschluss unserer Gegner auf dem religiösen bezw. antireligiösen und politischen Gebiete gegenüber seit längerer Zeit Bestrebungen in Gang sind, um eine Interessen- u. Arbeitsgemeinschaft der auf katholischen Boden stehenden Presse zu realisieren, um so die Einigung aller Katholiken zu erreichen, und wir sind sicher, dass alle, die guten Willens sind, und denen das Allgemeinwohl am Herzen liegt, mit Freuden diese Einigung begrüssen werden."

Das Letztere bestätigt vollauf alles, was über die Rosséschen Geschäfte mit Herrn Mandel geschrieben worden ist.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 16/III. Jahrgang.

Dritte Aprilwoche 1936.

Der Kampf um die neue Kammer:

ZU DEN WAHLEN.

oooooooooooooooooooo

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, dass in dem gegenwärtigen Wahlkampf die gegnerischen Fronten sehr klar ausgeprägt seien. Der Kampf scheint sich zwischen den Faschisten und den ihnen nahestehenden Reaktionären einerseits und der antifaschistischen Volksfront andererseits abzuspielden. Aber wenn wir die Lage etwas eingehender untersuchen, sehen wir, dass die Dinge in Wirklichkeit etwas komplizierter sind. Die Gruppierung der Kräfte im Wahlkampf bringt das wirkliche Verhältnis der politischen Kräfte im Lande keineswegs klar zum Ausdruck.

Die Haltung der Regierung Sarraut.

Der beste Beweis dafür ist die Stellung, die die Regierung Sarraut, die gegenwärtig die politischen Geschäfte der Bourgeoisie besorgt, im Wahlkampf einnimmt. Die Minister der Regierung Sarraut marschieren im Wahlkampf teils Arm in Arm mit der pro-faschistischen Rechten, teils innerhalb der Volksfront auf. Die Volksfront-Lage ist also die, dass die scheinbar klare Gegenüberstellung von der bürgerlichen Linken, die sich zur Volksfront bekennen, in der praktischen Politik mit den mehr oder weniger dem Faschismus nahestehenden Vertretern der bürgerlichen Rechten zusammenarbeiten. Die Volksfront schafft nämlich nur scheinbar klare Fronten. In Wirklichkeit verwischt sie die Klassenfronten, vertuscht sie in den Augen der Massen die Tatsache, dass derjenige Teil der Bourgeoisie, der sich antifaschistisch gibt und Bekenntnisse zur Volksfront ablegt, in der Verteidigung der gemeinsamen kapitalistischen Klasseninteressen mit den Gruppen der Bourgeoisie zusammengeht, die offen faschistisch sind oder dem Faschismus sympathisieren.

Die Haltung der bürgerlichen Rechten.

Untersuchen wir jetzt die Stellung der einzelnen Parteien im Wahlkampf.

Die bürgerliche Rechte rechnet von vornherein mit einer Niederlage bei den Wahlen. Die Faschistenfreunde haben gute Gründe dafür, pessimistisch zu sein. Sie sind die Hauptverantwortlichen für die Deflationspolitik, insbesondere die Laval'schen Hungerdekrete und haben sich dadurch den Hass breiter Massen zugezogen. Durch ihr Eintreten gegen den Friedenspakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion hat die Rechte sich als direkter Komplize der Hitler'schen Kriegspolitik betätigt. Im Augenblick herrscht innerhalb der Rechten die grösste Verwirrung in bezug auf die Aussenpolitik. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die wie Laval, Taittinger und andere, die Verständigung mit Hitlerdeutschland fordern, auf der anderen Seite gibt es dort Leute, die am liebsten einen kleinen Präventivkrieg vom Zaune brechen möchten. Das Aufkommen der faschistischen Organisationen hat zu einer Auseinandersetzung einerseits unter den verschiedenen faschistischen Gruppen, andererseits, zwischen den Anhängern des Faschismus und den Reaktionären alten Stils, die am Parlamentarismus festhalten wollen, geführt. Alles dies bewirkt, dass die Rechte in einer ziemlich gedrückten Stimmung in den Wahlkampf zieht. Es wäre aber falsch, die Kräfte der französischen Reaktion und die faschistische Gefahr auf Grund des Eindrucks, den uns der Wahlkampf vermittelt, zu unterschätzen. Die faschistischen Organisationen greifen jetzt zum ersten Male in den Wahlkampf ein. Sie stellen zwar noch nicht überall offene eigene Kandidaten auf, es liegt aber auf der Hand, dass

die Kandidaten der Rechten von der Unterstützung, die ihnen von den faschistischen Verbänden gewährt wird, abhängig sind. Im neuen Parlament wird die rechte Seite vielleicht zahlenmässig kleiner sein als im alten, aber innerhalb dieser Rechten werden die offenen Faschisten und die von den faschistischen Organisationen abhängigen Deputierten eine viel grössere Rolle spielen als bisher. Die reaktionären Politiker alten Stils, die noch am Parlamentarismus hängen, werden zurückgedrängt werden zugunsten eines parlamentarischen Stosstrupps der faschistischen Organisationen.

Wie sieht es auf Seite der Volksfront aus?

Die SFIO und die KPF erzeugen durch ihre Propaganda grosse Illusionen über die möglichen Auswirkungen eines Wahlsieges der Volksfrontparteien. Beide Parteien verknüpfen ihre Wahlpropaganda in keiner Weise mit einer Aufgabenstellung für den aussserparlamentarischen Kampf des Proletariats und der anderen werktätigen Schichten. Der parlamentarische Kretinismus, der ja die SFIO schon immer auszeichnete, hat jetzt auch die KPF erfaßt. Entscheidende aktuelle Fragen politischer Art werden in der Wahlpropaganda der Arbeiterparteien entweder garnicht oder nicht in klarer Weise gestellt.

Nehmen wir als ein Beispiel die Währungsfrage und die Finanzpolitik. Die Regierung Sarraut war und ist auf finanziellen Gebiet nur bestrebt, mit Ach und Krach das Defizit im Budget soweit notdrftig zu stopfen, dass ein Sturz des Franken vor den Wahlen vermieden wird. An allen Börsen der Welt haben sich die Spekulanten schon auf den Sturz des Franken nach den Wahlen eingestollt. Innerhalb der Volksfront gibt es einflussreiche Politiker, die mit der Devaluation des Franken kokettieren, so Daladier und Jouhaux. Auch die SFIO nimmt inbezug auf eine eventuelle Devaluation eine ziemlich zweideutige Stellung ein. Die KPF spricht sich zwar gegen eine Devaluation aus, sie vermisst es aber, die Finanzpolitik der Regierung Sarraut, die einen Frankenzusturz heraufzubeschwören droht, mit der nötigen Schärfe anzugreifen.

Auf die Frage, was nach den Wahlen geschehen soll, antwortet die Führung der SFIO mit der Forderung nach Bildung einer Regierung der Volksfront, sondern auch die SFIO möchte also nicht nur selber Koalitionspolitik treiben, sondern auch die KPF in einer Regierungskoalition mit der Bourgeoisie hineinpressen. Die KPF hat sich derartig in der Volksfrontpolitik vorfangen, dass sie nicht mehr fähig ist in der Frage der Stellung zu bürgerlichen Regierungen und zur Koalitionspolitik eine klare Stellung zu beziehen. Einerseits lehnt sie den Eintritt in einer Regierung der Volksfrontparteien nach den Wahlen ab, weil das Koalitionspolitik sei; andererseits erklärt sie ihre prinzipielle Bereitschaft, unter bestimmten Bedingungen, nämlich bei einem Aufschwung der Massenbewegung an einer Volksfrontregierung teilzunehmen, als ob z. B. es keine Koalitionspolitik sei, wenn Kommunisten Angesichts eines Aufschwungs der Massenbewegung mit Vertretern der Bourgeoisie eine gemeinsame Regierung bildeten. Nachdem die KPF der Regierung Sarraut im Parlament ein Vertrauensvotum ausgesprochen hatte, übt sie jetzt im Wahlkampf ab und zu eine schüchterne Kritik an den Taten dieser Regierung, aber nur, um dann zu erzählen, was alles eine linksbürgerliche Regierung nach den Wahlen leisten könne. Die Radikalsozialisten aber lehnen es ab, sich in irgendeiner Weise inbezug auf ihre künftige Regierungspolitik festzulegen. Sie gehen als Teilhaber der Regierung Sarraut, der Vertreter der bürgerlichen Rechten angehören, in die Wahlen und halten sich auch den Weg für eine Regierungskoalition mit Parteien der Rechten nach den Wahlen offen. Herriot erklärt in seinen Wahlreden, dass er für eine Fortsetzung der Deflationspolitik und für äusserste Vorsicht in den Finanzfragen, d. h. gegenüber den wirtschaftlichen Forderungen des Grosskapitals, sei. Während Herriot so für die Weiterführung der Kapitaloffensive mit den bisherigen Methoden eintritt, liebäugelt der andere Führer der Radikalen, Daladier, wie erwähnt, mit einer Devaluation, die auch ein Mittel zur Senkung der Lebenshaltung der Werktätigen im Interesse des Grosskapitals ist.

Welche Haltung müssen die Arbeiter einnehmen?

Die Arbeiter dürfen sich keine Illusionen über die Auswirkungen eines Wahlsieges der Volksfrontparteien machen. Es wird jetzt oft das spanische Beispiel zitiert, aber auch in Spanien war die Volksfrontpolitik nur ein Hemmnis des Klassenkampfes und das, was die Arbeiter und Bauern dort erreicht haben, vor-

und den Hitlerautonomen forderte und stattdessen die Ausrichtung der Politik auf die proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen Faschismus, Kapitaloffensive und Kriegsgefahr forderte, beschuldigten die Hueber-Mourer-Goetz die IVK-Kameraden im Auftrage des Herrn Valot zu stehen. Heute zeigt sich dass die Kasse und Konsorten im engsten Kontakt mit der Regierung agieren und an der Aussöhnung mit der Apna, also den extremsten Anhängern der Assimilation arbeiten. Hueber aber drückt beide Augen zu, weil er hofft auf diese Weise nötigenfalls deren Stimmen gegen Sozialisten und Kommunisten zu erhalten. Das alles stösst auch dem treuesten Hueberanhänger auf.

In seiner Not hält Hueber Ausschau nach Kronzeugen für seine Politik. Eine Resolution des Syndikatsrats der Lehrer des Seine-Départements hat es ihm angetan. Ihr widmet er in der "NW" v. 15.4; einen ganzen Leitartikel. Was wird in dieser Resolution gesagt:

- 1.) dass ein dauerhafter Friede nur möglich ist durch die Aufhebung des Versailler Vertrages und durch die Revision der späteren Verträge auf dem Boden der Gleichberechtigung;
- 2.) dass die Besetzung der Rheinzone durch deutsche Truppen keine andere Bedeutung hat, wie die Besetzung von Strasbourg, Metz und Nancy durch französische Truppen;
- 3.) dass trotz der Gegnerschaft gegen den Faschismus in allen seinen Formen ein Kreuzzug gegen den deutschen Faschismus durch die demokratischen Staaten unter keinen Umständen in Frage komme und die Arbeiter u. Pazifisten nicht aus Hass gegen den Faschismus in eine union-sacrée eintreten dürfen, sondern ihre Aufgabe nach wie vor darin bestehen muss, als nächstes, im eigenen Lande gegen den Nationalismus und Militarismus zu kämpfen, die für die Arbeiterschaft dieselben Gefahren einschliessen, wie der Faschismus.

Hueber behauptet nun, dass der Standpunkt des Syndikatsrats der Lehrer des Seine-Départements voll und ganz dem Standpunkt der els. Arb. u. Bauernpartei entspreche. Hueber erklärt, dass die aufrechte Haltung der Lehrer Innerfrankreichs auch das Hitlerargument gegen ihn, den Aufrechten zerschlägt und ruft alle auf, mit ihm zusammen gegen den Strom zu schwimmen.

Wir sind in einem Punkte mit dem Syndikatsrat der Lehrer des Seine-Départements einverstanden: die Arbeiterklasse darf sich aus Hass gegen den Hitlerfaschismus nicht in eine union-sacrée treiben lassen, sie muss ihren Kampf gegen ihre heimischen Unterdrücker und Ausbeuter, gegen den heimischen Imperialismus fortsetzen. Aber sie darf sich dabei nicht für die imperialistischen Ziele des deutschen Faschismus missbrauchen lassen und sie darf vor allen Dingen nicht den falschen Eindruck erwecken, als ob die imperialistische Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ein Element des Friedens wäre und es im Kapitalismus möglich sei den Frieden dauerhaft zu sichern oder sich den Frieden durch Befriedigung der Appetite des deutschen Imperialismus erkaufen müsse und könne. Eine solche Haltung würde bedeuten, dass man sich unter der Stichmarke des Kampfes gegen den heimischen Imperialismus unfreiwillig in einen Handlanger des fremden Imperialismus verwandeln würde.

Diese Gefahr aber liegt in der Haltung des Lehrersyndikats des Seine-Départements begründet, weil ihr Ausgangspunkt ein kleinbürgerlich-radikaler Pazifismus ist.

Trotzdem ist der Huebersche Standpunkt keineswegs mit dem Standpunkt des erwähnten Lehrersyndikats identisch. Hueber bekämpft den franco-russischen Pakt. Hueber fordert anstelle der franco-russischen Verständigung - der keinerlei imperialistische Eroberungsziele zugrunde liegen - die imperialistische Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auf dem Boden der Hitlerschen Vorschläge, d. h. in erster Linie auf Kosten der Sowjetunion. Er wagt dies als Sicherung des Friedens auszugeben.

Mit dieser Haltung hat sich Hueber aus einem Verteidiger der russischen Revolution in ihren Gegner und Feind verwandelt. Mit dieser Haltung ist aus dem ehemaligen Feind des Hitlerregimes und seiner imperialistischen Eroberungsabsichten, ein Verteidiger des Hitlerimperialismus geworden. Damit ist Hueber aus einem Kämpfer für den Frieden durch die proletarische Revolution, zu einem Kämpfer für die imperialistische Verständigung für den Krieg geworden. Deshalb müssen Hueber und Mourer von der rev. Arbeiterschaft bekämpft werden.

Die SFIO zum 2. Wahlgang:

Wir wollen schon heute Bescheid wissen.
 =====

Wir gaben in der vorausgegangenen Nummer eine Meldung des "Mülhauser Tagblatts" wieder, in der mitgeteilt wurde, dass ein Führer der unterelsässischen Sozialisten erklärt haben soll, "dass im Département Bas-Rhin eine Verständigung der Sozialisten mit den Kommunisten infolge ihrer antifranzösischen Haltung kaum zu verwirklichen sei" und daher wieder auf den Proporz unter den nationalen Parteien zurückgegriffen werden müsse.

Die "FP" nahm in einer Notiz v. 11/4. zu dieser Meldung Stellung und erklärte sie für ein Phantasioprodukt der "Mülhauser Tagblatt"-Redakteure. Die "FP" vermeidet es aber klipp und klar zu sagen, dass für die SFIO auf jeden Fall einzig und allein und ohne Ausnahme die Anwendung des Aktionspaktes für den 2. Wahlgang in Frage kommt. Warum kann die "FP" sich zu einer solchen Erklärung nicht aufschwingen? Es handelt sich ja nicht nur um die Frage der Anwendung des Propozes bei den Kammerwahlen, sondern darum, dass auf keinen Fall in irgendeinem Wahlkreis mit den Gegnern der proletarischen Einheitsfront, mit den Befürwortern der Laval'schen Hungerdekrete, mit den Schützlingen der faschistischen Ligen irgendwelche Schwachergeschäfte abgeschlossen werden. Die Arbeiterschaft verlangt hier volle Klarheit. Sie will nicht und sie wird es nicht dulden, dass für den 2. Wahlgang gegebenenfalls Frey in Strasbourg-Land unterstützt wird, um dafür ein Mandat in Strasbourg I einzuhandeln. Die Erklärung der "FP" hat diese Klarheit nicht gebracht und es liegt jetzt an der KP dafür zu sorgen, dass allen Klargemacht wird, dass für sie nur dann die Vereinbarungen der Front-populaire in Frage kommen, wenn die SFIO sich in eindeutiger Weise und generell für die gegenseitige Unterstützung im 2. Wahlgang gegen den Autonomismus und die sogenannten bürgerlich-nationalen Parteien festlegt.

Die "FP" vom 16.4. lässt sogar in einem Artikel "Les Betongeschäft des Herren Rossé und die Wahlen" durchblicken, dass sie gegebenenfalls im 2. Wahlgang auf den bei den Gemeinderatswahlen angewandten Proporz zwischen den sogenannten nationalen Parteien zurückgekommen wäre, wenn die bürgerlichen Rechtsparteien im 1. Wahlgang selbstständig auftreten würden. Was soll das?

Die Arbeiter müssen diesen undurchsichtigen Kombinationen am Wahltag ein entschiedenes Dementi entgegensetzen, indem sie restlos ihre Stimme auf die kommunistischen Kandidaten vereinigen.
 -o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus der Antifa-Bewegung in Colmar.
 =====

In Colmar besteht bekanntlich ein sogenanntes Volksfront-Comitee, das die SFD, die KPF und die Radikalsozialisten umfasst. Die ortsübliche Bezeichnung dafür ist "Einheitskomitee von Colmar". Neben diesem Comitee besteht eine, aus 300 Mitgliedern umfassende Antifa-Gruppe, die sehr aktiv ist. Einheitliche Mützen der Mitglieder heben die Mitglieder als Antifaschisten und Mitglieder der Gruppe hervor. Neben einer selbstständigen Schalmeyenkapelle besitzt eine Jugend- und eine Frauengruppe. Die Entwicklung dieser Antifa-Gruppe, die sich erst Ende vorigen Jahres bildete, gibt zu den besten Hoffnungen Anlass. Die Leitung der Gruppe liegt in den Händen guter Betriebsarbeiter und ehemaliger KP-Mitglieder. Die Leitung hofft bis zum 1. Mai 4-500 Mitglieder zu erreichen, um bei der Maidemonstration einen eindrucksvollen propagandistischen Eindruck zu erwirken.

Die KP von Colmar unter Leitung Aschbacher's sieht in dieser Antifagruppe eine Konkurrenz und tut alles um die Gruppe bei ihrer Arbeit zu sabotieren. So hat sich die Leitung der Partei unverständlicherweise geweigert Publikationen dieser Gruppe in der "Huma" aufzunehmen, was bei den Mitgliedern der Gruppe, die sich stark dem Kommunismus verbunden fühlen eine heftige Reaktion hervorgerufen hat. Dem KP-Kamoraden wird unter der Drohung des Ausschlusses aus der Partei verboten, der Antifa-Gruppe als Mitglied anzugehören. Bei dem Anschlussgesuch dieser Gruppe, als kollektives Mitglied des bestehenden Einheitskomitees, hat der Parteivortrater als Einziger gegen die Aufnahme gestimmt. So hat die Partei und insbesondere Aschbacher (der nebenbei bemerkt der Kandidat der Partei zu den Kammerwahlen ist) eine Situation geschaffen, die sich letzten En-

der SFIO, der KPF und der Radikalsozialisten das Wort ergreifen würden. Die IVKO hatte man nicht eingeladen, was bei der Volksfrontlinie mit den Olympiadetrouen Radikalen nur zu gut zu verstehen ist.

Kam. Mack gab einleitend Sinn und Zweck der Versammlung bekannt, worauf Kam. Kuhn als Redner der FSGP in einem einstündigen Referat den prinzipiellen Standpunkt der Arbeitersportler gegenüber der bürgerlichen Olympiade im allgemeinen und den zur Hitler-Olympiade im besonderen entwickelte. Seine Schlussfolgerung gipfelte in der Losung; keinen Mann und keinen Francs für diese Olympiade, Ablehnung aller Subventionen durch die Vertreter der Arbeiterschaft für die Hitler-Olympiade.

Als nächster Redner sprach Kam. Naegelen von der SP, der sich dem Protest vorbehaltlos anschloss und die Versicherung abgab, dass die Vertreter seiner Partei jede Subvention für diese Olympiade verweigern werden.

Im ähnlichen Sinne sprach auch Kam. Rosenblatt als Vertreter der Kf, der in scharfen Worten die Kriegstreiber des III. Reiches anprangerte und ihre imperialistischen Ziele aufdeckte.

Kam. R. gab als Vertreter der IVKO die Erklärung ab, dass die Kameraden der IVKO in den Organisationen, in denen sie vertreten sind, alles tun werden um den Kampf der Arbeitersportler gegen die Hitler-Olympiade zu unterstützen, denn diese Bewegung sei nicht nur eine Sache der Arbeitersportler, sondern aller Gegner des Faschismus. Darüber aber werden die Arbeitersportler nicht den Kampf gegen den Faschismus im eignen Lande bergessen, der uns das Schicksal unserer deutschen Klassengenossen bereiten möchte.

Von der Radikalsozialistischen Partei war niemand erschienen, was uns nicht in Erstaunen versetzt. Schliesslich kann man nicht im Parlament die Mittel für die Teilnahme der französischen bürgerlichen Sportler an der Hitler-Olympiade bewilligen, um nachher gegen die Teilnahme an dieser Olympiade Stellung zu nehmen.

Nach der Annahme einer Resolution wurde die Versammlung geschlossen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die union-locale der Einheits-CGT konstituiert sich:

Für einen Kampfmal,

==:==:==:==:==:==:==:==:==:==

Die union-locale der Einheits-CGT von Strasbourg hat sich endlich provisorisch konstituiert. Das hat lange gedauert und wenn nicht der 1. Mai vor der Türe stehen würde, wäre wahrscheinlich auch dieses Ergebnis noch nicht erzielt worden.

Die konstituierende Sitzung zeigte, dass noch sehr konservative, um nicht zu sagen, reaktionäre Auffassungen, unter führenden Gewerkschaftsfunktionären anzutreffen sind. Wenn es nach diesen Kameraden ginge, dann müssten die Gewerkschaften, im Bestreben ihre politische Neutralität nicht zu verletzen, an allen brennenden Fragen mit einem Neutralität gebietenden Gesicht vorübergehen. Die verhängnisvolle, dumme und gemeingefährliche Losung von der politischen Neutralität der Gewerkschaften - die ja nur eine armselige Phrase ist - wird da in einem Sinne interpretiert, dass man sich fragt, ob diese Kameraden eine freigewerkschaftliche Kampforganisation mit einem Sterbeladerevier verwechseln. Es ist nur gut, dass solche Auffassungen nicht vom Gross der Gewerkschaftsfunktionäre vertreten werden. Auch in der Sitzung der union locale stiess diese Auffassung auf entschiedene Zurückweisung.

Die union locale hat beschlossen, dass der 1. Mai ausschliesslich und allein den Gewerkschaften zu gehören habe und die Parteien an diesem Tage auf jedes eigne Auftreten verzichten sollen. Wir halten diesen Beschluss für falsch und begrüessen daher die Initiative der Arbeitersportler, die den Vorschlag machen, dass die Nachmittagsveranstaltung von allen Arbeiterorganisationen gemeinsam durchgeführt wird und im Zeichen der Kampfeinheit stehen soll. Es liegt an den Gewerkschaftsmitgliedern dafür zu sorgen, dass der 1. Mai wirklich zum einem Kampftage gegen Faschismus, Kapitaloffensive und imperialistischen Krieg wird.

Notizen

Hat Rossé 130 000 Franken von Mandel bekommen? Diese Frage stellt der "Republikaner" an Herrn Rossé im Zusammenhang mit der Einflussnahme des Alsatia-Verlages auf die Botenblätter durch Vermittlung des Herrn Mandel. Herr Rossé hat bisher auf diese Frage keine Antwort erteilt.

In Strasbourg II. hat jetzt die UPR den Redakteur Reibel als Kandidaten für die Kammerwahlen aufgestellt. Derselbe erhält die Unterstützung der APNA und der Demokraten bereits im I. Wahlkreis. Die Wahllosung der UPR und der nationalen Einheitsfront ist; gegen die "rote" Volksfront, gegen den Marxismus und die Freimaurerei. Die Strasbourger SFIO ist etwas betrübt darüber, dass ihre Proporzverbündeten sich bereits im I. Wahlgang zum Kampf gegen die sozialistischen und kommunistischen Kandidaten zusammengefunden haben.

Das Koordinationskomitee der SFIO und KPF veröffentlichten einen Beschluss, in dem gefordert wird; Mindererufung des Komitees der Volksfront um ihm den Vorschlag zu unterbreiten, in Paris eine mächtige internationale Demonstration für den Frieden durchzuführen, bei der CGT im Sinne ihrer Mitwirkung an Aktionen beider Parteien für den Frieden zu intervenieren, dem Organisationen des Rassemblement Populaire vorzuschlagen, eine Massenaktion für die Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Ligen auszulösen, die weiter eine bedrohliche Haltung einnehmen und sich der Duldsamkeit der Regierung erfreuen. Leider fehlen in diesem Beschluss klare Lösungen für die Massenaktion. Gleichzeitig verzichtet man auf die selbstständige Aktion der proletarischen Einheitsfront und verlegt das Schwergewicht auf die Volksfront, also auf die Radikalen, deren Vertreter in der Regierung sitzen.

Die Radikalen im Unterelsass haben bekanntlich in der "Republik" wiederholt ihre Abneigung gegenüber der antifaschistischen Volksfront bekundet und betont, dass für das Elsass diese Formation nicht in Frage komme, sondern die Bildung einer nationalen Front. Jetzt ist unter Anleitung des Herrn Mandel, Minister im Kabinett Sarraut im Elsass die nationale Front gebildet worden. Die Radikalen aber sind dabei unter den Tisch gekehrt, obzwar ihre Partei den Ministerpräsidenten stellt. Die nationale Front im Elsass erweist sich also als eine Front der Reaktion und es ist bezeichnend dass ein Minister des Kabinett Sarraut dabei Taure gestanden hat. So haben denn die Strasbourger Radikalen in beiden Strasbourger Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt und Herr Hecker hat sich im Kreise Molsheim als unabhängiger Kandidat aufgestellt, um der UPR eins auszuwischen. So haben sich denn die Radikalen zwischen zwei Stühle placiert und es fragt sich nur an wen sie ihre Stimmen im 2. Wahlgang abtreten werden.

Im Kreise Gebweiler hat sich jetzt J. Bilger, der Führer der Volksständische Arbeitsfront, die bisher nebst ihrem Bauernbund von der Kurierpresse wohlwollend unterstützt wurde, solange Bilger gegen "Rotmord" wettete und für die UPR Wahlhilfe leistete, als Kammerkandidat aufgestellt. J. Bilger, der seine Senatswähler anlässlich der letzten Senatswahl für die Stimmenabgabe für die UPR und die Demokraten einsetzte, glaubte jetzt als Dank dafür von der UPR eine Entschädigung in Form eines Kammermandats zu erhalten. Die UPR hat dies aber abgelehnt. Darauf ist ein frisch-fröhlicher Krieg zwischen der UPR und J. Bilger ausgebrochen. Der UPR-Mann beschuldigt J. Bilger ein schlechter Christ zu sein und J. Bilger lässt nicht lange auf sich warten, um den UPR-Kandidaten als Christ minderer Qualität zu denunzieren. Um wirklich grundsätzliche Fragen wird da nicht gestritten. Es geht ihnen nur um das Mandat.

Die Bergarbeiter des Nord und des Pas de Calais haben beschlossen ab 1/Mai in den Generalstreik zu treten, falls die Grubengesellschaften auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter beharren. Dieser Beschluss ist ein Ultimatum an die Unternehmer. Gleichzeitig wurde beschlossenen Nationalrat der Bergarbeiter-Föderation einzuberufen, um die Möglichkeiten einer Erweiterung der Aktion im nationalen Rahmen zu prüfen.

Auch der oberelsässische Bergarbeiterverband hat sich mit der Lage beschäftigt und die unverzügliche Prüfung der Forderungen der oberelsässischen Bergarbeiter durch die beiden Generaldirektionen gefordert.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 17/III. Jahrgang.

Vierte Aprilwoche 1936.

Zum 26. April:

WESHALB STIMMEN WIR FÜR DIE KPF?
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Wir stimmen für die KPF, weil wir für die Grundsätze des Kommunismus eintreten; weil wir in der Verwirklichung der sozialistischen Räterepublik unter Führung der kommunistischen Partei das einzige Mittel sehen, um dem Elend der Massen ein Ende zu machen; weil allein der Kommunismus der Friede ist, weil nur durch den Sturz der Weltbourgeoisie und die Beseitigung des Kapitalismus die imperialistische Kriegsgefahr, die heute wie ein drückender Albtraum auf der arbeitenden Menschheit lastet, mit der Wurzel ausgerottet werden kann.

Wir stimmen für die KPF, weil wir für die internationale Einheit aller Kommunisten, für die Wiedervereinigung der IVKO mit der Kommunistischen Internationale eintreten; weil der Kampf der IVKO nur der Stärkung der KPF dient, weil er nur darauf abzielt, sie fähig zu machen, die kommunistischen Grundsätze, die in der Sowjetunion ihre Bestätigung und erfolgreiche Verwirklichung finden, auch bei uns erfolgreich in der Praxis anzuwenden.

Wir lehnen aber nach wie vor die gegenwärtige opportunistische Politik der Führungen der KI und der KPF ab. Wir lehnen die Bündnispolitik mit kapitalistischen Parteien, wie die Radikalen, ab, weil im Bündnis mit solchen Parteien weder die Kapitaloffensive auf Brot und Lohn der Werktätigen, noch das kapitalistische System bekämpft werden kann und weil der Faschismus nur wirksam bekämpft werden kann, wenn die demokratischen Rechte der Massen benutzt werden um der Kapitaloffensive und der kapitalistischen Krise durch die Aktion der Massen entgegenzutreten. Die Radikale Partei, die die Notverordnungen ermöglicht und den Widerstand dagegen in Brest und Toulon durch ihre Regierungsvortreter in Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Rechten niederschlagen liess, kann kein Bundesgenosse im Kampfe gegen die Angriffe des Kapitals sein. Ein solches Bündnis kann die Sache der Arbeiter nur diskreditieren, ein solches Bündnis kann nur den Kampf gegen die Notverordnungen und die Kapitaloffensive hemmen. Dem setzen wir die Politik der proletarischen Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen und die Einbeziehung aller werktätigen Schichten in diese Einheitsfront in der Form von Einheitsfrontorganen entgegen, die von der Masse direkt gewählt und kontrolliert werden.

Wir lehnen auch die schädlichen Phrasen von der "Einheit der französischen Nation" und ähnlichen Konzessionen an den Chauvinismus der Bourgeoisie ab. Die "Einheit der französischen Nation" kann nur verwirklicht werden, wenn durch die höchste Entfaltung des Klassenkampfes die proletarische Diktatur in Frankreich errichtet worden ist und durch die Tätigkeit dieser Diktatur die Klassen aufgehoben worden sind, wie dies in der Sowjetunion geschieht.

Wir lehnen es ab, uns im Kampfe gegen den Faschismus die Losung der bürgerlichen Demokratie zu eigen zu machen, die nur eine andere Form der Klassenherrschaft des Kapitals wie der Faschismus ist. Wir sind der Auffassung, dass die Arbeiterklasse nur unter dem Banner des Kampfes für die proletarische Diktatur wirksam die demokratischen Rechte der Werktätigen gegen den Faschismus verteidigen kann.

Wir stimmen am 26. April für den Kommunismus, nicht aber für die gegenwärtige opportunistische Politik der KPF. In diesem Sinne vereinigt eure Stimmen auf die Kandidaten der KPF!

DIE KRISE DES VÖLKERBUNDES.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage bedeuten, dass der Völkerbund sich als unfähig erwiesen hat, die Grundsätze der kollektiven Sicherheit gegenüber der Kriegspolitik des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus praktisch anzuwenden. Der Völkerbund hat keinerlei Massnahmen gegen den Hitlerschen Gewaltstreich vom 7. März ergriffen; der Völkerbund sieht gelassen zu, wie das abessinische Volk in einem ungleichen Kampfe gegen einen Gegner, der alle Schrecken der modernen Waffentechnik anwendet, verblutet.

Die Verantwortung für dieses Versagen des Völkerbundes trifft die beiden führenden imperialistischen Mächte Westeuropas, England und Frankreich.

Der Widerstreit zwischen den besonderen imperialistischen Interessen Englands und Frankreichs wirkt sich in der Praxis wie ein Spiel mit verteilten Rollen zur Verhinderung wirksamer Massnahmen gegen die Friedensbrecher Hitler und Mussolini aus. Während der englische Imperialismus, der sich durch den Eroberungskrieg Mussolinis in seiner kolonialen Machtstellung bedroht fühlt, den Hauptdruck auf die Verhinderung von Sanktionen gegen Hitlerdeutschland legt, ist der französische Imperialismus bereit, angesichts der Gefahr, die von Nazideutschland ausgeht, Mussolini alles zu geben, was er verlangt. Der praktische Effekt ist, dass der Völkerbund die Friedensbrecher gewähren lässt und dass auf diese Weise die Voraussetzungen für ganz faule imperialistische Schachergeschäfte geschaffen werden, - für die Auslieferung Abessiniens an Mussolini und für Abmachungen mit Hitler, die dessen Kriegsplänen entgegenkommen.

Alle Beteuerungen der englischen Regierung, dass sie treu zum Völkerbund und zur kollektiven Sicherheit stehe, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die englische Bourgeoisie in der Sache einen Unterschied zwischen West- und Osteuropa macht, dass sie geneigt ist, sich in bezug auf die Erhaltung des Friedens in Osteuropa bindend festzulegen und dass sie bei den Verhandlungen über eine militärische Hilfe für Frankreich bemüht ist, Frankreich von seinen osteuropäischen Bundesgenossen zu trennen, denn sie sagt diese Hilfe nur für den Fall eines Konfliktes zu, der nicht durch eine Friedensverletzung in Osteuropa entstanden ist. Der englische Imperialismus ist also unter Umständen bereit, Hitler freie Hand gegen Osten, gegen die Sowjetunion zu geben.

In der abessinischen Frage hat der Völkerbund eine mehr als klägliche Resolution angenommen, die faktisch bedeutet, dass Mussolini freie Hand für die weitere Eroberung Abessiniens erhält. Bei dieser Gelegenheit konnte man wohl das Argument hören, dass jetzt nur noch militärische Sanktionen, d. h. der Krieg geeignet seien, Mussolini in den Arm zu fallen. Das Argument stimmt schon deshalb nicht, weil die Wirtschaftssanktionen gegen Italien weitaus nicht vollständig durchgeführt worden sind. Die Petroleumsanktion ist ein frommer Wunsch geblieben, der italienische Handel könnte noch viel stärker lahmgelegt werden, Abessinien hat nur eine geringfügige Anleihe von England erhalten, aber keine offizielle Anleihe des Völkerbundes; statt dass Abessinien alle Möglichkeiten gegeben werden, sich gegen den italienischen Angreifer zu bewaffnen, sperrt z. B. die französische Regierung die Waffentransporte auf der Bahn Djibouti-Addis-Abeba.

Die französische Regierung hat auch diesmal im Völkerbund die Rolle des Sekundanten des italienischen Faschismus gespielt. Die von den Radikalsozialisten führend beeinflusste Regierung Sarraut hat in der Sache dasselbe getan wie früher Laval. Die Tatsache, dass die englische Regierung Sanktionen gegen den Hitlerschen Gewaltstreich vom 7. März sabotiert, während sie den Verteidiger des Friedens in Afrika spielt aber den Friedensbruch in Europa entschuldigt, diese Tatsache ist keine Rechtfertigung der Haltung der französischen Regierung gegenüber dem faschistischen Italien.

Die Sowjetunion hat auch diesmal eine eindoutige Stellung im Interesse des Friedens eingenommen. In der Sowjetpresse und in den Erklärungen der diplomatischen Vertreter der SU wurde darauf hingewiesen, dass der Umstand, dass Hitlerdeutschland letzten Endes eine viel grössere Gefahr für den Weltfrieden

die nach Hueber mit den Interessen der internationalen und der elsässischen Arbeiterschaft im Widerspruch steht, geändert haben. Da Hueber u. Mourer mit dieser Argumentation bei einem Teil der Arbeiter immer noch Eindruck schinden können und auch andere Renegaten des Kommunismus neuerdings diese Wälze auflegen, ist es angebracht auf dieses Räsonnement einzugehen.

Darf die Sowjetunion Beistandsverträge mit kapitalistischen
Staaten abschliessen?

Hueber verneint dies - seit Abschluss des franco-russischen Vertrages. In einer seiner Wahlversammlungen in der Aubette hat er mit grosser Theatralik erklärt, dass "seine Partei" einen Bund mit dem russischen Volke begrüsst hätte, aber ein militärisches Bündnis der Sowjetunion als Militärmacht mit dem imperialistischen Frankreich müsse er ablehnen".

Die Huebersche Klassenkampflogik gebietet zwar, die Sowjets der Kriegstreiberei zu beschuldigen, weil sie mit dem imperialistischen Frankreich einen gegenseitigen Unterstützungspakt zur Garantierung ihrer europäischen Grenzen gegen einen unprovokierten Angriff abgeschlossen haben, aber die Huebersche Logik gebietet ihm, zu fordern, dass das imperialistische Frankreich sich mit dem imperialistischen Deutschland auf dem Boden der Hitlerschen Vorschläge, d. h. für den imperialistischen Raubkrieg gegen Ost- und Südosteuropa verständigt. Das letztere wäre der Friede, die Realisation des Hueberschen "Kommunismus" auf dem Gebiete der Aussenpolitik. Von solcher Beschaffenheit ist die Huebersche Klassenkampflogik. Sie stimmt fatalerweise haargenau mit der des aussenpolitischen Amtes des III. Reiches überein, wenn auch dem Scheine nach der Huebersche Ausgangspunkt ein "konsequent kommunistischer" zu sein scheint. Wenn man ihn daraufhin festnagelt und einen Handlanger Hitlers nennt, fühlt er sich verleumdet.

Der Huebersche Standpunkt, der der Sowjetunion verbietet zum Schutze ihrer Grenzen und zur Sicherung des Friedens Beistandspakte mit kapitalistischen Staaten abzuschliessen, läuft darauf hinaus, der Sowjetunion zu untersagen, die imperialistischen Gegensätze im Interesse des Friedens, der Verteidigung der russischen Revolution und der Sicherung ihrer sozialistischen Aufbaus auszunützen. Er läuft also darauf hinaus, im Interesse eines vermeintlich reinen und unbefleckten Kommunismus, die Sowjetunion zu isolieren und damit die Geschäfte jener zu begünstigen, die bereits einmal Interventionspläne gegen die russische Revolution realisierten. Hueber mag bei seiner Litanei noch so oft betonen, dass er der Alto geblieben sei. Die zustimmenden Stimmen aus dem III. Reich, deren er sich seit seiner Trennung von der IVKO erfreuen darf und die seine "Argumentation" begleiten, strafen seine Bekenntnisse Lügen.

Die prinzipielle Zulässigkeit einer solchen Aussenpolitik der Sowjetunion, wie sie im franco-russischen Vertrag ihren Niederschlag gefunden hat, ist bereits zu Lenins Zeiten bejaht worden, also zu einer Zeit, da Hueber noch Mitglied der KP war. Dies geschah auf dem IV. Weltkongress der Komm. Internationale. Daran mag jeder ermosen, was es mit der Programmtreue der Hueber-Mourer auf sich hat.

Die Stellung der Kommunisten zum Versailler Vertrag.

Ein weiteres "Argument" Huebers im Dienste der Verteidigung der Hitlerschen Kriegspolitik lautet so: "Waren wir als Kommunisten nicht immer gegen Versailles? War ich nicht 1925 im Ruhrgebiet, um mit den deutschen Kameraden den Kampf gegen Versailles zu führen? Hat mich Feincafé deshalb nicht eingesporrt? Ist nicht unser Freund Haas wegen dem Kampf gegen Versailles verfolgt worden? Wie kann man mich jetzt der Arbeit für Hitler beschuldigen, wo ich nur meinen alten Bekenntnissen treu geblieben bin und auch dann nicht zum Verteidiger von Versailles werde, wenn es Moskau plötzlich verlangt?"

Es ist richtig, die Kommunisten haben in allen Ländern den Versailler Vertrag abgelehnt, bekämpft und jede Verantwortung für dieses imperialistische Machwerk abgelehnt. Aber die Kommunisten haben in keinem Augenblick ihren Kampf gegen Versailles mit der imperialistischen Revisionspolitik der deutschen Bourgeoisie identifiziert. Im Gegenteil. Sie haben den Massen die imperialistische Revisionspolitik, die heute Hitler verstärkt und provokatorisch fort-

setzt, als Vorbereitung des imperialistischen Krieges denunziert und bekämpft. Die deutschen Kommunisten haben immer gesagt - mit Ausnahme der ultralinken Aera, wo sie zeitweilig dem nationalistischen Einfluss erlagen und die imperialistische Revisionspropaganda der Hitler u. Hugenberg begünstigten und deshalb von der IVKO auch kritisiert wurden -, dass allein die proletarische Revisionspolitik gegenüber Versailles die friedliche Revision ermögliche. Das bedeutet, dass die Kommunisten, die Liquidation von Versailles auf revolutionären Wege, d. h. durch den Fortgang der Revolution in Deutschland und den sogenannten Siegerländern erstrebten. Denn es ist doch klar: Die Kommunisten können sich nicht zum Fürsprecher der imperialistischen Revisionspolitik eines Hitler machen, die zu einem neuen imperialistischen Kriege führen muss, der in seinen Ergebnissen nur ein neues imperialistisches Unrecht, niemals aber den von den Kommunisten erstrebten Frieden haben kann, wenn nicht die proletarische Revolution dazwischen kommt. Wer aus seiner Gegnerschaft zum Versailler Vertrag zum Fürsprecher der imperialistischen Revisions- und Aussenpolitik eines Hitler wird, mag zwar ein Gegner von Versailles sein, aber Kommunist ist er nicht mehr. Er hat den proletarischen Standpunkt zu Versailles verlassen, und um, wie im Falle Hueber, auf den Hitlerschen Überzug zu gehen. So sieht in diesem Punkte die Huebersche Programmtreue aus.

Man halte sich noch folgendes vor Augen: Vom Versailler Vertrag ist heute nur noch, die durch ihn geschaffene Grenzziehung übrig. Die Revision dieses Teils von Versailles führt zum imperialistischen Krieg. Nach der Hueberschen Logik müssten sich die Kommunisten zum Fürsprecher dieser Hitlerschen Revisionspolitik machen. Das heisst, sie müssten sich unter dem Motto "Gegen Versailles" und "Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig" für einen Druck auf ihre heimische Bourgeoisie einsetzen, damit Hitler heute Österreich, morgen den polnischen Korridor, übermorgen Elsaas-Lothringen und schliesslich auch noch Kolonien, und wenn es nützt auch noch Siedlungsland im Osten erhält, um ihn davon abzuhalten, einen Krieg darum zu führen. So ungefähr stellt sich der Ex-Kommunist Hueber den "kommunistischen" Kampf gegen Versailles und für den "Frieden" vor. Die proletarische Revolution als einziges Mittel zur dauerhaften Verhinderung eines imperialistischen Krieges und zur friedlichen Revision von Versailles hat er vergessen. Und wenn man Hueber und Mourer dann Agenten Hitlers nennt, fühlen sie sich beleidigt. Die Herren mögen doch ihre Naivität nicht zu weit treiben und ihre Spekulationen auf die Dummheit ihrer Mitmenschen in den polizeilich zulässigen Grenzen halten. Alles hat eine Grenze. Auch die Spekulation auf die Naivität ihrer Mitläufer.

"Unserer Heimat den Frieden."

Hueber verrät einen weiteren Grundsatz des revolutionären Kampfes um den Frieden. Er plädiert für den Frieden für unsere Heimat. Er denkt nur an Elsaas-Lothringen, der Friede für die sozialistische Sowjetunion, der Weltfriede interessiert ihn nicht, weil seine Haltung zu den Hitlerschen "Friedens"-Vorschlägen zeigt. Er ist bereit einen imperialistischen Scheinfrieden für seine Heimat auf dem Wege der imperialistischen Verständigung mit Hitler abzuschliessen, unter dem Preis, dass man dafür Hitler freie Hand im Osten gibt. "Wir Elsaas-Lothringer machen nicht mit, wir wollen den Frieden mit unserem Nachbarvolk", so lautet der beständige Referain. Und die ELZ vervollständigt dieses Sprüchlein: Wir wollen nicht für die Interessen der Sowjets in eine Kriegszone verwandelt werden. Rossé aber gibt es ganz grob wieder: Wir wollen nicht unsere elsässischen Söhne auf den Eisfeldern Sibiriens für den Bolschewismus opfern. Das alles ist ein Vers. Das alles soll so aussehen, als ob die französische Bourgeoisie den franco-russischen Pakt abgeschlossen hat, um sich morgen für den Bolschewismus zu opfern. Das alles soll so aussehen, als ob Elsaas-Lothringen nur Kriegszone werden könnte, weil es Bolschewiki gibt. Das alles ist natürlich mehr Demagogie als für einen gesunden Menschenverstand zuträglich ist. Aber hinter diesem Rasonement steckt doch ein klarer Sinn und der ist: verständigen wir uns mit Hitler, lassen wir ihn ruhig auf die Bolschewiki losgehen, wenn nur unser Heimat dabei der Friede erhalten bleibt. Was nachher kommt, dass wird man ja sehen. Wir haben die ganze Ungereimtheit dieses Standpunktes schon gründlich zersaust.

Aber, so fragen wir, was hat ein solcher Standpunkt, wie er hier von Hueber vertreten wird, auch nur noch dem Schein nach mit dem Kampf um den Weltfrieden, geschweige denn mit dem Kommunismus zu tun. Das ist Huebersche Programmtreue

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

No Nr.18/III. Jahrgang.

Erste Maiwocho 1936.

UNSERE PAROLEN FÜR DEN II. WAHLGANG!

Wir treten gemäss unsere positiven Haltung zur proletarischen Einheitsfront im II. Wahlgang überall für den meistbegünstigten Kandidaten der Aktionspakt angeschlossenen Arbeiterparteien ein. Nachdem der Föderationsvorstand der SFIO von Bas-Rhin sich für die Realisierung der Aktionseinheit ausgesprochen hat und überall seine Kandidaten zugunsten des meistbegünstigten Kandidaten der KP (wie in Strassbourg-Land) zurückzieht, treten wir geschlossen ein:

- oo In Strassbourg-Land für den Kommunisten DAUL!
- oo In Strassbourg(Süd-West) für den Sozialisten Naegolon!
- oo In Strassbourg(Nord-Ost), wo die Aufstellung eines Kandidaten der Aktionseinheit scheiterte, die SFIO darauf
- oo auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichtete und
- oo die KPF aufruft, den Gegner der "Russenfront" und "Rot-Front"
- oo Carcin durch den Gogner der "Russenfront" und "Rot-Front",
- oo den Agenten der Hitlerianer Huober zu schlagen, rufen wir
- oo als Protest gegen diesen prinzipienlosen Schacher Weiss
- oo Stimmzettel, also ungültige Stimmen abzugeben.
- oo In allen anderen Wahlkreisen für den meistbegünstigten
- oo Kandidaten der Aktionseinheit!

Zum II. Wahlgang:

=====
GEGEN DEN ANGERÜHRTEN KUDDELMÜDDEL!
=====
FÜR KLARHEIT UND KONSEQUENZ!
=====

Im gleichen Augenblick, da wir dies schreiben liegen folgende Tatsachen vor: In Strassbourg-Land hat der Kommunist Daul gemeinsam mit den sozialistischen Stimmen 10 826 Stimmen auf sich vereinigt. Sein Gegenkandidat Frey hat selbst mit den Stimmen des Unabhängigen Fonlupt, der auch diesmal seine Kandidatur nicht zugunsten Freys zurückzieht, 10 103 Stimmen.

Die SFIO hat im Föderationsvorstand der SFIO am Dienstag einstimmig beschlossen, der Parole des Front-populaire in ganzen Bas-Rhin ausnahmslos zu folgen,

Praktisch bedeutet dies, dass überall Losung für den meistbegünstigten Kandidaten der beiden dem Aktionspakt angeschlossenen Arbeiterparteien ausgegeben wird. Demzufolge ist der Sozialist Sorgus im Landkreis Strasbourg zugunsten des Kommunisten Daul zurückgezogen worden.

Was die Hitlerautonomisten im Landkreis tun, ist noch nicht sicher. Es interessiert die Arbeiterschaft auch nicht. Es würde nur die Lage völlig klären, wenn die Autonomisten ihre Feindschaft zu Frey demaskieren würden. Sie mögen ihren Kandidaten Rossé aufrechterhalten oder die Losung für Frey ausgeben oder für Fonlupt. Beides wäre nur ein politischer Gewinn für Daul und den Kommunismus und eine Demaskierung dieses Hitlergewächses, das sich da unter dem Namen "Heimatfront" aufgemacht hat.

Aber es wird hinter den Kulissen geschoben und leider schiebt die KP-Führung mit. Sie glaubt zu schieben, ist aber in Wahrheit der Geschobene. Sie glaubt die Lage zu klären, aber sie ist dabei sie gründlich zu verdunkeln und einen elenden Mischmasch unter der Bezeichnung "breiteste Volksfront" anzurühren.

In Strasbourg II. hat die UPR Joan Pierre Mourer zum Einheitskandidaten der Reaktion gegen den Kandidaten der "Russensfront" und "Rot-Front"-wie es so schön heisst - Naegelen auf den Schild gehoben. Und im gleichen Augenblick, da die KP-Führung den Gegner der "Russensfront" und "Rot-Front" Hueber zu "unserem" Volksfrontkandidaten in Strasbourg I proklamiert, ruft die "NW" auf in Strasbourg-Süd-West den Kandidaten der Front-populaire Naegelen zu schlagen und Mourer zu wählen. Zur selben Zeit aber, da Fassnacht Hueber zum Kandidaten der breitesten Volksfront erkor, erklärte Hueber in der Erwerbslosenversammlung nach der Fassnachtschen Proklamation, dass man den Wählern nicht zumuten könne in Süd-West für Naegelen zu stimmen und die Parole in Süd-West lauten müsse: Für Mourer!

Die UPR hat Mourer zum Kandidaten der vereinigten Reaktion proklamiert und Hueber und Mourer haben diese Proklamation angenommen, weil der Rochenstift Michel Walters feststellte, dass nur Jean Pierre Mourer mit Unterstützung der UPR imstande ist, den Kandidaten der "Russensfront" und "Rot-Front" zu schlagen. Wäre die Lage in Strasbourg-Nord-Ost die gleiche, die UPR würde nicht zögern auch hier die Parole für Hueber, als den geeigneten Gegner der "Russensfront" und "Rot-Front" herauszugeben. Die UPR kennt ihre Pappenheimer besser als die KP-Führung. So brüllten denn die Schlagzeilen im "Elsässer Kurier"; Gegen den Russenkämpfer Naegelen; Die letzte Stimme für J.P. Mourer. Und derselbe Rossé, dem "unser" Volksfrontkandidat Hueber den verbliebenen Rest seiner 256 Stimmen in Colmar zuführt, kennt nur zwei Parolen für Strasbourg: "Strasbourg" ad stimmt gegen Naegelen! Strabourg-Land stimmt gegen Daul! Die Parole gegen unseren Volksfrontkandidaten Hueber - wie es auf den KP-Plakaten heisst - ist im "Elsässer Kurier" nicht zu finden. Das heisst, den Rossé und Kumpane! ist es gleich wer in Strabourg Nord-Ost herauskommt. Ein Gegner der Russensfront und Rot-Front ist es auf jeden Fall, nachdem die KPF vor Hueber kapituliert hat und die SFPO ihre Kandidatur zurückgezogen hat.

Diweil also Hueber im Kanton Süd-West gemeinsam mit der UPR das Messer schleift um den Kandidaten der "Rot-Front" und der "Russensfront" zu ordolchen, ruft derselbe Hueber im Nord-Ost nach der Einheitsfront gegen Faschismus und Grosskapitel unter seinem Szepter und seiner Kandidatur und die SFPO resigniert und die KP kapituliert vor ihm. Besser konnte es Hueber nicht für sich besorgen.

Was angesichts dieses angeführten Kuddelmuddel, der unter dem Namen "Front-populaire" sogelt zu sagen haben, sagen wir an anderer Stelle in der Erklärung unserer Gruppe.

Wenn die KP-Führung ohne Grund und Ursache ihren politischen Vorstand verliert, werden wir ihr um keinen Preis folgen!

Wenn sie ihre gostrigen Parolen und Feststellungen gegen Hueber und die hitlerisch orientierte Heimatfront heute aus unerklärlichen Gründen dementieren will, wird sie uns nicht an ihrer Seite finden, denn wir lohnen es ab uns selbst zu Ohrfeigen und Lügen zu strafen.

Wenn sie die Ansätze ihres Fortschritts zerstören und sich wieder als Steig-

bügelhalter der Hitleragenten gebrauchen lassen will, wird werden bei diesem Selbstmordverfahren ihr keinen Steigbügel halten,

Wenn sie Hueber ohne jede klare Verpflichtung, ohne dass er mit den Roos, Schall, Mourer sofort und unverzüglich bricht und aus dem Lager der Brüder der sogenannten "Russenfront" und "Rot-Front" in die "Rot-Front" zurückkehrt und das nicht erst fünf Minuten vor dem II. Wahlgang, als "unsere" Volksfrontkandidaten propagiert, so werden wir nicht mit bei der Partie sein.

Wenn die Partei Gefallen darin findet sich und die Arbeiter zu betrügen; wir haben nicht die Macht dies heute zu verhindern, aber wir werden den Betrug nicht mitmachen.

Deshalb unsere Parolen: Wer für Klarheit und Konsequenz ist, der befolgt sie!

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Parole der KPF für Nord-Ost:

"Unser" Volksfrontkandidat Hueber?

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

der Mann, der die Anhänger der proletarischen Einheitsfront aus einer Partei warf,
 der Mann, der, um sein Bündnis mit der klerikalischen Reaktion und den Hitleragenten zu erhalten, die proletarische Einheitsfront eine Gemeinheitsfront nannte,
 der Mann, der sich mit seinem Kampf gegen die Sowjetunion und für die Verständigung mit Hitler auf Kosten der Sowjetunion das Lob und die Anerkennung der braunen Pressejournalisten des III. Reiches erwarb,
 der Mann, der mit seinem Kampf gegen die Friedenspolitik der Sowjetunion und gegen den franco-russischen Pakt das Wohlgefallen der gesamten Reaktion erntete,
 der Mann, der die antifaschistischen Kämpfer gegen den Hitlerimperialismus als Chauvinisten bezeichnet,
 der Mann, der gegen die Anhänger der proletarischen Einheitsfront die Hilfe der von der Croix de feu und Mandel unterstützten UPR erbettelte und in Strasbourg II erhält,
 der Mann, der immer und stets den Bruch mit den Hitleragenten und den Beitritt zum Aktionspakt ablehnte, um sich die Gunst der Hitlerautonomen und der Michel Walter et tutti quanti zu erfreuen,
 der Mann, der gegen den Abbau der städtischen Löhne wettort, aber mit dem Macher der Proporzfront Michel Walter gegen die Ersetzung der Proporzfront durch die Aktionseinheit gegen die Aktionseinheit kämpft,
 der Mann, der alles verrät, was er einst heilig sprach, der viermal seinen Namen und dreimal sein Programm wechselte, bis er im prinzipienlosesten Opportunismus endete und nur noch ein Prinzip kannte: Stimmen zu fangen und dafür jedes Programm aufgab,

dieser Mann heist **HUEBER!**

Dieser Mann hat in Süd-west mit dem Macher der Proporzfront, Michel Walter seinen Mourer als Kandidaten der vereinigten Reaktion gegen den Sozialisten Naegelen, den Kandidaten der Aktionseinheit, aufstellen lassen, nachdem sich der letzte von Michel Walter hat auf den Leim des Proporz führen lassen.

Diesen Hueber, empfiehlt die KPF uns heute als "unsere" Volksfrontkandidaten, die weil er in der "Neuen Welt" erklären lässt, dass er nichts unterzeichnet habe und wie immer ein freier Mann - nur unfrei von Roos und Rossé - bleibe und sich in keinen Kuhhandel und faulen Kompromiss einlasse.

Hueber, ist kein Kandidat der Einheitsfront. Er würde in der Kammer die Front der Walter, Wallach, Rossé und Consorten stärken, den Rechtsblock gegen "Rot-Front" und die "Russenfront". Das weiß die UPR. Deshalb gibt sie die Losung gegen Naegelen und für Mourer.

Das Bürgertum lässt Weill und Naegelen fallen, weil sie Gefangene Léon Blums seien, d.h. des Blums der für die Aktionseinheit eintritt. Wo diese einst standen, da stehen heute die Hueber und Mourer, deshalb erheben sie Mourer auf ihren Schild und sie würden auch Hueber auf ihren Schild hoben, wenn dies

notwendig wäre um in Nord-Ost einen Kandidaten der Aktionseinheit zu schlagen.

Dieser Arbeiterverräter Hueber ruft in Strassburg-Land zur Wahl von Daul auf, obzwar er in Strassburg-Land gar nichts zu vergeben hat, weil seine Wähler von 1932 ihm und der Heimatfront im I. Wahlgang schon davon gelaufen sind und entgegen seiner Parole für die KPF gestimmt haben. Grosszügig wie er ist verschenkt er in Strassburg-Land Stimmen an die Kommunisten, wo er nichts zu verschenken hat und die Roes, die darüber entscheiden, sich in Schweigen hüllen!

Dort wo Hueber noch etwas zu vergeben hat, nämlich den schäbigen Rest von 256 Stimmen in Colmar wählet er sie dem Agenten Mandels, den Kandidaten der vereinigten Frey-Demokraten und UPR als Présent dar.

Dieses Spiel der klerikalen Reaktion machen wir nicht mit. Es liegt an den Arbeitern es zu durchkreuzen. Die Parole am 3. Mai ist:

Wir spielen nicht das Spiel Michels Walbers, der klerikalen Reaktion!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der 1. Wahlgang in Frankreich:

EINE ZWISCHENBILANZ.

oooooooooooooooooooooooooooo

Der erste Wahlgang hat im grossen u. ganzen einen Linksruck mit sich gebracht. An diesem allgemeinen Ergebnis wird auch der 2. Wahlgang nicht viel ändern. Die Faschisten u. Faschistenfreunde auf der Rechten hatten zwar von vornherein damit gerechnet, dass sie nicht besonders gut abschneiden würden. Sie haben aber eine viel grössere Wahlschlappe erlitten, als sie das erwarteten. Eine Reihe der Hauptmatadoren der Rechten ist in ihren Wahlkreisen, die als unangreifbare Hochburgen der Reaktion galten, ernstlich bedroht, so z. B. Philippe Henriot u. Franklin-Bouillon. In der Stadt Paris wird eine Anzahl reaktionärer Abgeordneter, die zu den Organisatoren des faschistischen Handstreichs v. 6. Februar 1934 gehörten, nicht mehr ins neue Parlament einziehen. Die Mehrheit der Volksmassen Frankreichs hat sich gegen die faschistischen Provokationen, gegen die von den Faschisten u. Faschistenfreunden befürwortete Politik der Hungerdekrete, gegen die friedensfeindlichen Treibereien der französischen Nachahmer Hitlers u. Mussolinis ausgesprochen. Die Wahlschlappe der Faschisten und Faschistenfreunde bedeutet aber keineswegs, dass die faschistische Gefahr in Frankreich erledigt wäre. Der Faschismus kann mit dem Stimmzettel nicht entscheidend geschlagen werden. Wir erinnern daran, dass auf den Wahlsieg der Linken im Jahre 1932 schliesslich der 6. Februar 1934 folgte, und dass das in seiner Mehrheit "linke" Parlament von 1932 die faschistenfreundlichen Regierungen Doumergue und Laval unterstützte. Die gegenwärtige Wahlniederlage der Rechten zeigt, welche grossen Möglichkeiten für die Organisation ausserparlamentarischer Aktionen der Werktätigen, die das einzige Mittel zur wirklichen Erledigung des Faschismus sind, bestehen. Bleiben aber solche ausserparlamentarischen Aktionen aus, dann wird der Faschismus trotz seines schlechten Abschneidens bei der Wahl bald wieder vorstossen.

Der Faschismus gibt sich nicht geschlagen.

Dass der Faschismus noch keineswegs erledigt ist, zeigen die Verschiebungen innerhalb der Rechtsparteien. Die Rechte ist als ganzes geschwächt, aber innerhalb der Rechten sind die offen faschistischen Elemente auf Kosten der "gemässigten" Reaktionen von der "gauche radicale" und ähnlichen Gruppen, d. h. auf Kosten derjenigen, die noch am Parlamentarismus festhalten, gestärkt worden. Die faschistischen Verbände, vor allem die Croix de feu, werden im neuen Parlament einen stärkeren direkten Einfluss ausüben als im alten.

Dass die Faschisten, die Faschistenfreunde u. ihre grosskapitalistischen Hintermänner keineswegs die Waffen strecken, zeigt auch die Promptheit, mit der sie sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses darangegangen sind, nach bewährten Mustern eine Finanzpanik in die Wege zu leiten.

Die Lage in der Volksfront.

Auch innerhalb der Volksfrontparteien hat sich eine Kräfteverschiebung vollzogen. Auch hier ist die Partei der Mitte, die radikalsozialistische Partei geschwächt, während die Partei der äussersten Linken, die KPF, nicht nur die Stimmen wieder zurückgewonnen hat, die sich von 1938 bis 1932, in den Jahren des ultralinken Kurses, verloren hatte, sondern darüber hinaus noch neue Wählermassen erobern konnte. Diese Schwächung der Mittelparteien, diese Polarisierung der politischen Kräfte ist ein Symptom der Zuspitzung der Klassengegensätze in Frankreich und zeigt, dass die Krise der bürgerlichen Demokratie sich hier vertieft, auch wenn diese Entwicklung ungleichmässig vor sich geht und z.T. durch den oberflächlichen Schein der tagespolitischen Ereignisse überdeckt wird.

Die KPF hat, wie gesagt, starke Gewinne davongetragen. Die SFIO hat ihre Stimmzahl von 1932 gehalten, d. h. sie hat die Verluste, die ihr durch die Abspaltung der Neosozialisten zugefügt worden waren, durch neuen Stimmenzuwachs wettgemacht. Dagegen hat die radikale Partei an Einfluss eingebüsst. Es ist möglich, dass die SFIO in der neuen Kammer auch der Mandatszahl nach stärker sein wird als die Radikalsozialisten (der Stimmzahl nach war die SFIO schon 1932 die stärkste Partei). Die Wähler der radikalen Partei haben gezeigt, dass sie ein besseres Gedächtnis haben, als das den radikalen Führern lieb ist. Die radikalen Führer betonen seit dem 14. Juli 1935 ihre Treue zur Volksfront. Zahlreiche radikale Wähler sind aber trotzdem nach links gegangen. Sie haben nicht vergessen, dass die radikalen Regierungen nach den Wahlen von 1932 die Politik der Kapitalsoffensive eingeleitet haben, dass sie nach dem 6. Februar vor den Faschisten kapituliert und Boumergue unterstützt haben und dass auch später ihre Treueschwüre für die Volksfront sie nicht daran gehindert haben, die Politik Laval's bis zuletzt aktiv oder passiv zu unterstützen. Bezeichnend sind auch die Wahlergebnisse für Herriot und die anderen Lyoner Radikalen. Herriot und seine Lyoner Parteifreunde distanzieren sich im 1. Wahlgang mehr oder weniger von der Volksfront und verteidigten in ihrer Agitation die Taten der Radikalen in den verschiedenen Regierungen, an denen sie teilgenommen haben, so insbesondere die Deflationspolitik. Während der offizielle Parteiführer Daladier als Volksfrontmann auftrat, bereitete sich Herriot als Führer in Reserve schon jetzt für den Fall neuer Regierungskombinationen zwischen den Radikalen und den Reichtsparteien vor. Das Ergebnis war, dass in Lyon die SFIO auf Kosten der Radikalen gewann und dass gleichzeitig Herriot auch gegenüber seinem Gegenkandidaten von rechts ins Hintertreffen geriet, weil verschiedene reaktionär gestimmte Wähler es offenbar vorzogen, den offenen Reaktionär statt des maskierten zu wählen.

Bestätigt das Wahlergebnis die Volksfrontpolitik?

War es notwendig, dass die KPF, um Erfolge zu erzielen, ihre Prinzipien verleugnete, und zwar so weit, dass ihr schliesslich Serraut in seiner letzten Kundfunkrede ein, wenn auch mit Vorbehalten versehenes, Lob für "nationales" u. "patriotisches" Wohlverhalten aussprach?

Abgesehen davon, dass Stimmen, die nur durch Verleugnung und Verschweigung der kommunistischen Auffassungen gewonnen werden können, keinen Kräftezuwachs für die Sache der proletarischen Revolution bedeuten, zeigt uns das Wahlergebnis, welche Möglichkeiten die KPF und eine kühne Politik der proletarischen Einheitsfront ohne die Volksfront und gerade ohne die Volksfront gehabt hätten und haben.

Zur Begründung der Volksfrontpolitik wurde erklärt, dass erstens die kleinbürgerlichen Massen durch die radikale Partei repräsentiert würden u. auf diese Partei eingeschworen seien, und dass es zweitens notwendig sei; eine Spaltung der radikalen Partei zu vermeiden, weil eine solche Spaltung einen grossen Teil der Radikalen nach rechts treiben u. so den Faschismus verstärken würde. Die Wahlen haben gezeigt, dass die Erfahrungen der letzten Jahre, dass die Not der Krisenzeit an den Massen der kleinbürgerlichen Anhänger der radikalen Partei nicht spurlos vorübergegangen sind, dass diese Massen keineswegs mehr von einem blinden Glauben an ihre Führer erfüllt sind, dass viele frühere Wähler der Radikalen jetzt nach links abgewandert sind, zu den Arbeiterparteien, weil sie von der Arbeiterschaft wirksame Massnahmen gegen den Druck des Grosskapitals, dem sie ausgesetzt sind, erwarten. Ohne die Volksfrontpolitik wäre die Linksbewegung der radikalen Anhängerschaft viel stär-

kor, viel ausgesprochen. Hätten die Arbeiterparteien nicht die Volksfront abgeschlossen, die sie daran hindert, die radikalen Führer und deren politische Schweinereien gebührend anzuprangern, hätten sie, statt den ausserparlamentarischen Kampf der Arbeiter um der radikalen Volksfrontgenossen willen zu hemmen und zu hindern (wie z. B. jetzt bei der Bergerbeiterbewegung im Norden, wo der bereits beschlossene Streik im Einvernehmen mit der Regierung abgeblasen wurde), den ausserparlamentarischen Kampf gegen Faschismus u. Kapitaloffensive gefördert, in diesem Kampf auch Forderungen der nichtproletarischen werktätigen Massen im Stadt u. Land verteidigt, Vertreter der städtischen Kleinbürger und der Bauern in ausserparlamentarische Klassenorgane der Werktätigen hineingelassen, - dann hätten sie den Weg beschritten, um das radikale Kleinbürgertum wirklich der proletarischen Einheitsfront anzuschliessen und unter der Führung der Arbeiterklasse zu stellen. Die radikale Partei hätte sich dann vielleicht gespalten. Aber wäre das ein Schade für die Arbeiterklasse gewesen? Die Führer der Radikalen und auch die Kapitalisten, die Industriellen, Grossbauern, die der radikalen Partei angehören, werden stets in allen entscheidenden Situationen gegen die Arbeiter auftreten. Wenn die Arbeiter sich mit diesen Leuten verbünden, dann werden sie stets die Geopollten sein. Wir fragen: wäre es ein Unglück oder wäre es ein Erfolg gewesen, wenn die Arbeiterparteien, statt sich mit den Radikalen zu verbünden, die radikale Partei bekämpft hätten und wenn sich dann die werktätigen Elemente der radikalen Partei abgespalten hätten, um unter der Führung der proletarischen Einheitsfront mit den Arbeitern wirklich u. nicht nur in der Phrase gegen den Faschismus und gegen die Angriffe des Kapitals zu kämpfen?

Das Wahlergebnis zeigt auch, dass die KPF es wirklich nicht nötig gehabt hätte, die Tricolore zu schwenken, die Marsoillaise zu singen, sich "zur Einheit der französischen Nation" zu bekennen etc. Weshalb sind ~~die~~ frühere radikale Wähler nach links gegangen? Die Tricolore, patriotische Phrasen über die grosse französische Revolution usw.; alles das hatten sie auch in der radikalen Partei mehr als genug. Wenn sie nach links gegangen sind, ~~aus politischen~~ so nicht, um die Tricolore oder die "Einheit der französischen Nation" zu suchen, sondern um Wege zu finden, auf denen eine wirksame Bekämpfung des Faschismus und der Not der Volksmassen möglich ist, weil sie nachgerade gemerkt haben, dass sie von den schönen Phrasen der radikalen Führer nicht satt werden.

Allerdings hätten die Arbeiterparteien, wenn sie keine Volksfrontpolitik betrieben hätten, vielleicht Aussicht auf weniger Mandate gehabt als jetzt, wo die Volksfront sich im 2. Wahlgang auswirkt. Aber nicht die Mandatszahl im Parlament ist das Entscheidende. Entscheidend ist der Massendruck, der hinter den Vertretern der Arbeiter im Parlament steht, entscheidend ist, dass der ~~hl-~~ Kampf benutzt wird, um die Massen für den ausserparlamentarischen Kampf zu mobilisieren, denn von der ausserparlamentarischen Kampfkraft der Arbeiter wird es abhängen, ob sie das neue Parlament so unter Druck setzen können, dass sie Forderungen in ihrem Interesse durchsetzen. Wenn sie das nicht tun werden, dann heisst das, dass sie den Faschisten das Feld überlassen, dass sie es dem Faschismus und dem Grosskapital ermöglichen, mit ausserparlamentarischen Druck den Angriff auf die Rechte und die Existenz der Werktätigen vorwärts zu treiben.

Die Wahlen haben gezeigt, dass die breiten Massen des französischen Volkes gewillt sind, gegen Faschismus und Kapitaloffensive zu kämpfen. Eine revolutionäre Politik hat grosse Möglichkeiten vor sich. Diese Möglichkeiten können aber nur ausgenutzt werden, wenn an die Stelle der Volksfrontpolitik eine Politik der proletarischen Einheitsfront tritt, die durch ausserparlamentarische Aktionen der Arbeiter auch die nichtproletarischen Werktätigen mitreisst. Dazu gehört natürlich eine andere Politik der KPF; nur die KPF und nicht die reformistische SFIO kann der treibende Faktor einer solchen Einheitsfrontpolitik sein.

Eine solche Politik ist auch notwendig, damit die Massen, die jetzt nach links rücken, weil sie auf die Arbeiterparteien und insbesondere auf die KPF grosse Hoffnungen setzen, nicht enttäuscht werden u. dann der faschistischen Demagogie keinen Widerstand mehr leisten. Mit der Volksfrontpolitik aber können die Hoffnungen der Massen nicht erfüllt werden u. ist eine Enttäuschung dieser Massen unausbleiblich. Die KPF hat noch die Möglichkeit, ihre Politik zu ändern, bevor grössere Schäden erfolgt sind.

DER I. WAHLGANG IN ELSASS-LOTHRINGEN.

oo

Im Unterelsass 200 % Stimmzunahme der KPF/Im Oberelsass ungleichmässige Entwicklung, 33 % Stimmzunahme, aber Rückgang in Mülhausen, Stagnation in Colmar u. Verluste der Sozialisten u. Radikalen proesser/In Lothringen ungenügende Fortschritte (10 %), aber die Front-populaire-Verbündeten belasteten die Kommunisten (Saargemünd u. Forbach)/Der Autonomismus auf absteigenden Ast/Sozialisten u. Radikalen verlieren/Die bürgerliche Rechte parlamentarisch gestärkt/

Der 1. Wahlgang hat in Elsass-Lothringen mit Ausnahme von Unterelsass keineswegs den Linksruck gebracht, der allgemein erwartet wurde. Die Aufgabe des ultralinken Kurses, der Übergang zur Taktik der Einheitsfront hat sich für die KP günstig ausgewirkt. Die Taktik von Winzenheim, die im Oberelsass "erfolgreich praktiziert wurde und die wechselnde Stellungnahme einmal für und einmal gegen die Zusammenarbeit mit dem Rosséflügel der UPR - hat sich nicht zu Gunsten der KP ausgewirkt. In Mülhausen hat diese Haltung, die sich einmal im Nachlaufen hinter der UPR u. das andere Mal in einer wenig selbstständigen Haltung gegenüber der SFIO ausdrückte, einen komm. Stimmenrückgang von 988 zur Folge gehabt. Im Colmarer Kreise hat die schwankende Haltung zur Rossépolitik der SFIO genützt.

Die Resultate in den unterelsässischen Kreisen Erstein, Molsheim und Hagenau dagegen zeigen, dass man die christlichen Werktätigen gerade auf dem umgekehrten Wege, auf dem Wege des konsequenten Kampfes gegen die UPR-Führung, gewinnt. In Erstein vermochte die KP die 1352 KFO-Stimmen Huobers von 1932 restlos zurück zu gewinnen, daneben den Klerikalen noch 2561 Stimmen abzunehmen und selbst die Sozialisten konnten noch einen Stimmengewinn erreichen. In Hagenau gewann die Partei die Huoberstimmen v. 1932 zurück, gleich den sozialistischen Verlust aus und nahm dazu noch den Klerikalen annähernd 400 Stimmen weg. In Molsheim ist der direkte Stimmengewinn aus dem Lager der Klerikalen über 1000.

In Colmar aber, wo der Spruch "La Tactique de Winzenheim est juste" seine Bestätigung finden sollte, konnte die Partei nicht einmal den Stimmenverlust der Hueberianer von 571 für sich buchen, geschweige denn ins Lager des Klerikalismus einbrechen. Während sie hier nur 69 Stimmen gewann, erhöhte die SFIO ihre Stimmenzahl um 2313.

Während im Unterelsass den Stimmenverlust der SFIO und Radikalen ausglich, die Stimmen der Hueberianer in den Linkkreisen restlos zurückgewann und noch 2000 Stimmen darüber hinaus gewann, blieb der Erfolg der KPF im Oberelsass um rund 3000 Stimmen um rund 2400 Stimmen hinter den Vorlästen der Radikalen u. Sozialisten zurück.

In Lothringen erhöhte die Partei ihre Stimmenzahl von 20156 auf 22511 oder von 14,5 auf 16,1 % der Gesamtstimmenzahl. Sie verlor in Forbach, Saargemünd, Boulay-St-Avold und Metz II und gewann in Thionville-West u. Ost, Metz I und Saarburg, während sie in Chateau-Salin 504 Stimmen erhielt, wo sie 1932 keinen Kandidaten besass.

Die Stärke der Volksfront.

Die Volksfrontparteien erhielten in Lothringen von 138960 abgegebenen Stimmen 38310 oder 27,5 %. Im Unterelsass vereinigte die Volksfront 45170 Stimmen bei einer Gesamtstimmenzahl von 159551. Sie erhöhte ihren Anteil an der Gesamtstimmenzahl von 24,3 auf 28,4 % und innerhalb dieser Steigerung erhöhte sich der Anteil der KP von 7,7 auf 16,8 %. Im Oberelsass dagegen vermochte die KP ihren Anteil an der Gesamtstimmenzahl zwar von 7,6 auf 10,1 % zu erhöhen, die Volksfrontparteien insgesamt aber reduzierten ihren Anteil von 34,4 auf 32,5 % der Gesamtstimmenzahl.

Der Autonomismus im Abstieg.

Nachdem die UPR zur Politik des Rechtsblocks zurückkehrte und den Autonomismus nur noch als Kraft gegen die Arbeiterparteien einsetzt, sich aber im Übrigen auf die Zusammenarbeit mit der Croix de feu-Bewegung konzentriert, zeigt sich der Autonomismus auf absteigender Linie. Die autonomistische Heimatfront verlor in allen Wahlkreisen, mit Ausnahme von Strasbourg I und Weissenburg. Sie vermochte nirgends aus eigener Kraft ein Mandat zu erringen. Selbst wenn

die Stimmen Dahlets der Heimatfront zurechnet, obzwar er auch von der UPR unterstützt wurde, verbleibt ein Verlust von 3000 Stimmen. Rechnet man die Stimmen Huebers von 1932 in den Landkreisen dazu, erhöht sich der Verlust auf rund 8 000 Stimmen. Dazu kommt, dass die Autonomisten 1932 in Hagenau keinen eignen Kandidaten besaßen. Der Stimmenrückgang der Heimatfront ist also weit & wichtiger, als der Stimmenrückgang der SFIC, den die Autonomisten als katastrophal bezeichnen.

Der Rechtsblock.

Die UPR brüstet sich damit, dass sie einen glänzenden Wahlerfolg errungen habe. Gewiss hat sie im Unterelsass im ersten Wahlgang 4 Mandate erhalten und im Oberelsass 2. Auch in Lothringen gelang es der URD, die je UPR geistesverwandt ist, vier Mandate im ersten Wahlgang zu holen. Dieser Wahlerfolg konnte im Unterelsass aber nur gesichert werden, nachdem bereits im ersten Wahlgang der Rechtsblock, die Vereinigung der UPR, der APNA und der UPR, verwirklicht wurde und die UPR-Kandidaten restlos und ohne Ausnahme die Hilfe der Croix de feu in Anspruch nahmen, wofür diese ja auch im "Elsässer" ihr Lob ausgestellt erhält. Das letztere trifft übrigens auch auf die Kandidaten der URD in Lothringen zu. Rechnet man die abgegebenen Stimmen des Rechtsblocks zusammen und stellt sie den Stimmen der drei genannten Parteien von 1932 gegenüber, so zeigt sich, dass der Rechtsblock und damit die UPR im Unterelsass merkwürdige Stimmenverluste zu verzeichnen haben.

Der erste Wahlgang schließt parlamentarisch in Elsass-Lothringen damit ab, dass der Rechtsblock 10 Mandate erhielt, die Volksfront kein Mandat erhielt, sondern das Mandat des Député Doeble in Forbach, der sich zur Volksfront rechnete an die Rechte verloren ging.

Im zweiten Wahlgang geht die Taktik der bürgerlichen Rechten dahin unter Zuhilfenahme des Autonomismus um jeden Preis zu verhindern, dass ein Vertreter der Linken gewählt wird. Wieweit sie dabei geht, zeigt die Zurückziehung des UPR-Kandidaten Reibel in Strasbourg II und die Nominierung J. P. Mourers als Kandidat gegen "Rot-Front" und "Russenfront", wobei die KPF noch zu Hilfe kommt, indem sie Hueber zum Kandidaten der Volksfront in Strasbourg I proklamierte und den Aktionspakt für diesen Wahlkreis zugunsten des Cognors der "Russenfront" und "Rot-Front" Hueber aufhob. Diese Taktik kommt der Taktik der UPR entgegen, für die das Entscheidende ist, dass kein Anhänger der Aktions Einheit gewählt wird.

Bei dieser Verwirrung, die im Namen der breitesten Volksfront geschaffen wurde, lassen sich zuverlässige Prognosen für den II. Wahlgang nicht anstellen. Der Kampf geht im wesentlichen um das Mandat in Strasbourg I zwischen Hueber und Carcin, nachdem dort kein Kandidat der Aktions Einheit steht, um Strasbourg II wo sich die Hueberstimmen und die Stimmen der Rechten auf J. P. Mourer vereinigen und der Sozialist Naegelen der Kandidat der Volksfront ist, um Strasbourg-Land zwischen dem Kommunisten Daul und Froy, in Colmar zwischen Rossé und dem Sozialisten Richard, in Mülhausen zwischen dem Demokraten Wallach und dem Sozialisten Wagner, in Gebweiler zwischen dem Sozialisten Wetzol und dem UPR-Mann Gullung, in Zabern zwischen Dahlet und Heintz von der APNA, in Diedenhofen-West zwischen Béron und dem bürgerlichen Rechtskandidaten und in Metz I zwischen dem Kommunisten Anstett und dem URD-Mann Mancelle.

Als wirklich aussichtsreich für die Volksfront scheinen uns nur das Mandat von Daul und Béron.

oo

Der neue "Internationale Klassenkampf"

ist eingetroffen. Er enthält einen Artikel über "Die Revolution des Rheinlandes, den Völkerbund und die internationale Arbeiterklasse". Daneben Artikel über die Volksfront in Frankreich und Spanien, über die Entwicklung der Volksfront in Deutschland und über die Stachanowbewegung. Daneben ein ausführlicher Artikel über "Marx und Lenin zur Volksfront" und Länderberichte, sowie Dokumente.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 19/III. Jahrgang.

Zweite Maiwoche 1936.

Dor II. Wahlgang in Elsass-Lothringen:

ERGEBNISSE UND FOLGERUNGEN. oooooooooooooooooooooooooooo

Das parlamentarische Ergebnis der Kammerwahlen in Elsass-Lothringen liegt jetzt vor:

Im Oberelsass ist in keinem Wahlkreis ein Kandidat der Arbeiterparteien zum Zug gekommen. Sämtliche Kreise haben wie bisher Vertreter der bürgerlichen Rechten in die Kammer geschickt. Die UPR hat 5 und die Demokraten haben 1 Mandat.

In Lothringen wurden mit einer Ausnahme ebenfalls nur Vertreter der bürgerlichen Rechten in die Kammer geschickt. Dort gelang es allein Béron, der sich zur Volksfront bekennt, mit Hilfe der KP seinen rechtshürgerlichen Gegenkandidaten mit einem kleinen Stimmenvorsprung zu schlagen.

Im Unterelsass stellt die UPR 4, die Apna 1, die KP 1 und die Heimatfront vertreten durch Hueber, Mourer und Dahlet 3 Mandate. Die Demokraten verloren ihr bisher innegehabtes Mandat an die Kommunisten, die Sozialisten mussten ihr Mandat an Hueber abtreten. Die SFIO ist in Elsass-Lothringen durch keinen Abgeordneten mehr vertreten. Dahlet wurde im II. Wahlgang mit den Stimmen der Kommunisten, der Sozialisten und der UPR gewählt. In einer nachträglichen Erklärung bestritt Dahlet sich in irgendeiner Form für die Volksfront verpflichtet zu haben. Hueber verdankt seinen Wahlsieg der Aufrechterhaltung der Kandidatur des Francisten, der dem Einheitskandidaten der bürgerlichen Rechten Carca 600 Stimmen entzog, der Desertation der Volksfront und dem aktiven Eintreten der KP für "ihren" Volksfrontkandidaten Hueber. Mourers Wiederwahl beruht auf zwei Umständen: einmal dem rastlosen Einsatz der UPR für Mourer als Gegner der "Rotfront" und des Russenpaktes, zweitens der Tatsache, dass der Kandidat der Volksfront Naegelen mit der Proporzpolitik im Strasbourger Gemeinderat belastet war. Die Wahl des Gen. Daul im Landkreis Strasbourg ist Resultat der tiefen Unzufriedenheit der Arbeiter, Beamten und Kleinbauern mit dem als aktiven Notverordnungsminister aufgetretenen bisherigen Député Frey, der Realisierung der Aktionseinheit der Arbeiterparteien im II. Wahlgang und der selbst im bürgerlichen Lager vorhandenen Unzufriedenheit mit der Politik Freys, die es nicht ermöglichte Frey die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien und Gruppen im II. Wahlgang zu sichern. Von Paris aus wurden alle Druckmittel eingesetzt um die Wahl Dauls zu vereiteln. Der Unabhängige Fonlupt wurde nach Paris berufen und mit allen Mitteln unter Druck gesetzt seine Kandidatur im II. Wahlgang zugunsten von Frey zurückzuziehen. Es gelang nicht. Die Wahl Dauls wird in der klerikalen Rosspresse als der einzige Schatten im elsässischen Wahlbild bezeichnet, während die Wahl Huebers in der Rosspresse wohlwollend und in der Presse des Herrn Abbe Schiess mit einem lachenden und einem weinenden Auge aufgenommen wird.

DIE UPR UND DER WAHLAUSGANG.

Michel Walter, der Chef der unterelsässischen UPR hat seine Wahlbetrachtungen über Elsass-Lothringen mit folgender Drohung abgeschlossen:

"Abschliessend muss hervorgehoben werden, dass das Gesamtbild des Wahlausgan-

ges in Elsass u. Lothringen, abgesehen von einigen "Schönheitsfehlern", recht zufriedenstellend ist. Unsere Heimat hat erneut mit elementarer Wucht gezeigt, dass sie auf ihre Rechte u. Freiheiten nicht verzichten, und dass sie vor allem ihren christlichen Traditionen treu bleiben will. Im ganzen wird der Wahlausgang in Elsass u. Lothringen ein Fingerzeig sein für die Regierung, heisse sie wie sie wolle. Wie auch die Wahlen im Innern ausgehen mögen, - das els. u. lothringische Volk hat deutlich erklärt, dass wir nicht wieder französisch geworden sind, um laizistisch oder sogar bolschewistisch zu werden: man möge sich das gegebenen Ortes recht fest hinter die Ohren schreiben!...

Das ist eine unverhüllte Drohung. So sieht es mit dem Patriotismus und der von M. Walter so oft betonten Anhänglichkeit an Frankreich aus. Es ist eine Anhänglichkeit auf Widerruf. Das sind die von der Croix de feu unterstützten Prozentpatrioten! Wenn Frankreich dieses oder jenes tut, dann... Und wir dürfen versichert sein, dass die gesamte innerfranzösische faschistische Reaktion und deren Günstlinge hinter unsere klerikalischen Reaktion stehen werden. Alles deutet darauf hin, dass unsere Klerikalen sich im Falle einer Antastung ihrer Vorrechte und Privilegien im Handumdrehen wieder in die wütendsten Autonomen verwandeln werden. Fest steht, dass man sich in den Kreisen unserer Klerikalen bereits mit allen möglichen Massnahmen beschäftigt, falls eine kommende Linksregierung die Sonderrechte der klerikalischen Reaktion in Elsass-Lothringen antasten sollte.

Das Mülhauser Wahlergebnis, eine Schlappe

Besondere Aufmerksamkeit bedarf das Mülhauser Wahlergebnis. In dieser, von der Wirtschaftskrise besonders schwer getroffenen Industrie- u. Arbeiterstadt, ist der Demokrat und Industrielle Wallach mit Unterstützung der UPR mit einem Stimmenvorsprung von 4 000 Stimmen gegen seinen soz. Gegenkandidaten Wagner durchs Ziel gegangen. Dies, trotzdem die letzten Gemeinderatswahlen durch einen Sieg der Arbeiterparteien gekennzeichnet waren. Hier hat die bürgerliche Rechte - eine bürgerliche Linke von Bedeutung gibt es nicht -, die unter der Krise und den Abbaumassnahmen leidenden Arbeitslosen z. Teil gegen die Aktions-einheit kehren können, indem sie diese Abbaumassnahmen mit reichlicher Demagogie auf das Konto der "Misswirtschaft" der sozialistischen Stadtverwaltung setzte. Die in Ausführung der Regierungsanweisungen durchgeführten Massnahmen der Stadtverwaltung wurden hier zu einer Belastung für die Aktions-einheit.

Das aber brauchte nicht so zu sein, wenn die Sozialisten sich nicht sklavisch im Rahmen der vom bürgerlichen Staat gezogenen gesetzlichen Grenzen bei ihrer Kommunalpolitik gehalten hätten, und wenn die KP nicht vom gleichen Ausgangspunkt bei ihrer Stellung zur soz. Kommunalpolitik ausgegangen wäre und damit die Meinung gestärkt hätte, man könne im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und auf dem Boden der Gemeinde die Krise überwinden und die Reichen mit den Kosten der Krise belasten. Statt jede Abbaumassnahme, zu der die Stadtverwaltung auf Anweisung und in Ausführung staatlicher Bestimmungen gezwungen werden soll, zum Gegenstand einer parlamentarischen und vor allen ausserparlamentarischen Aktion der Massen zu machen und ihnen so durch eigene Erfahrung den wirklichen Feind ihrer Not zu zeigen, konzentrierte man sich im wesentlichen darauf den Massen zu sagen, dass man nicht anders könne und dies und das durchführen müsse. So wurde die Stadtverwaltung aus einem Plus zu einer Belastung der Aktionseinheit und zu einem Hemmnis für die Entfaltung des Massenwiderstandes gegen die Kapitaloffensive. Man kann die Massen nur auf Grund ihrer eignen praktischen Erfahrung auf die notwendige Höhe der politischen Erkenntnis bringen und die Demagogie der bürgerlichen Gegner ad absurdum führen. Wir haben anlässlich der Budgetdebatte im Mülhauser Gemeinderat unsere Auffassungen über eine revolutionäre Kommunalpolitik dargelegt. In der Zeit des kapitalistischen Niederbruchs wird diese Politik zu einer eisernen Notwendigkeit, sollen sich nicht die gemeindepolitischen Positionen in einen Hemmschuh für die Gewinnung der Massen verwandeln. Es liegt an den Mülhauser Kommunisten diese Lehre aus dem Mülhauser Wahlergebnis zu ziehen.

Das Colmarer Wahlergebnis zeigt, dass sich das Bürgertum ohne Ausnahme um den einstigen Kleriko-Autonomisten Rossé scharte. Der konfessionelle Gegensatz und der so oft betonte Gegensatz zwischen den sogenannten nationalen bürgerlichen Parteien und dem Kleriko-Autonomisten Rossé zerschmolz angesichts der proletarischen Kräftekonzentration wie Schnee in der Märzsonne. Alle

Spekulationen der SFIO auf diese Gegensätze erwiesen sich als Trugschluss. Ein Zeichen und ein Beweis, dass diese Gegensätze in der Krise des Kapitalismus, auf ein nichts zusammen schrumpfen und der Klassengegensatz der beherrschende und dominierende Gegensatz wird. Im übrigen möchten wir nochmals unterstreichen, was wir in unserer ersten Wahlbetrachtung sagten, dass sich die Winzenheimer Taktik der KP in allen Punkten als falsch herausgestellt hat.

Die Folgerungen der Arbeiter.

Die Folgerungen für die Arbeiterklasse aus dem Wahlergebnis in Els.-Lothringen liegen auf der Hand: Verwirklichung der Aktionseinheit auf der ganzen Linie, ohne jede Ausnahme und ohne jedes Schwanken, und radikaler Bruch mit jeder Form der Zusammenarbeit mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien. Aktionseinheit vor allen u. in erster Linie zur Führung ausserparlamentarischer Aktionen gegen die Angriffe des Kapitals auf Lohn und Brot aller Werktätigen. Aktionseinheit zur blossen Durchführung parlamentarischer Wahlen, um danach die Politik der Zusammenarbeit mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien fortzusetzen, ist nichts als eine Belastung und Diskreditierung der Aktionseinheit. Diese Folgerung muss mit aller Entschlossenheit gezogen werden und es ist die Aufgabe der Kommunisten, dies mit Konsequenz den sozialistischen Arbeitern begreiflich zu machen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Das Strasbourger Wahlergebnis:

Eine Schlappe der Volksfront, ein Sieg Huebers u. der Klerikalen.

=====
 In Strasbourg sind Hueber u. Mourer gewählt, Hueber mit einem Mehr von 200 Stimmen gegenüber seinem demokratischen Gegenkandidaten, Mourer mit einem Mehr von 1211 Stimmen gegenüber dem Kandidaten der Volksfront.

Mourer erhielt die Unterstützung der UPR, die mit allen Mitteln den Kandidaten der Volksfront schlagen wollte. Hueber aber fand neben der Unterstützung der drei Heimatsrechtsparteien, die Unterstützung des Rosséflügels der UPR u. der KP und indirekt die der SFIO.

Von Mourer wird behauptet, dass er sich die Unterstützung der UPR durch damit sicherte, dass er versprach, im Falle der Wahl des Sozialisten und der Demission der soz. Adjoints in der Stadtverwaltung, mit einigen Freunden zu Frey und Walter überzugehen.

Das Eintreten für Hueber zu rechtfertigen, der noch am Donnerstag vor dem II. Wahlgang im Union-Theater erklärte, dass er nach wie vor gegen den franco-russischen Pakt sei und treu zur Heimatfront stehe, lancierte die KP das Gerücht Mourer habe sich von Hueber getrennt und Hueber habe feste Bindungen eingegangen gegenüber der KP.

Diese genialen Manöver der KP-Führung, wandten sich gegen KP und SFIO und mussten sich gegen sie wenden, weil sie auf Lug u. Trug aufgebaut waren. Die KP, die mit ihrer "genialen" Taktik Mourer und Hueber zu trennen meinte, hat das Gegenteil bewirkt. Nachdem Mourer auf den Krücken der UPR und Hueber auf denen des Front-populaire in die Kammer gesandt wurden, erhält die KP den Dank für ihre "Strauchrittermethoden" von der "NW" ausgestattet und statt der erwarteten Klärung in der Strasbourger Arbeiterbewegung sind wir vorübergehend wieder um ein Stück zurückgeworfen. Praktisch wird sich dies darin ausdrücken, dass Hueber vorübergehend jene Stimmungen in seinem Lager, die zur Aktionseinheit und zum Kommunismus drängten, wieder zum Schweigen bringt. Es ist doch symptomatisch, dass man sich im Hueberlager bereits mit dem Gedanken beschäftigt den Kam. Mohn bei den Gemeindearbeitern zu erledigen.

Man werfe einen Blick in die "NW", dort heisst es am Montag:

"Die Schlacht ist zu Ende. Wie haben sie gewonnen, glänzend gewonnen. Alle gemeinen Manöver sind abgeprallt? Jawohl, alle Gemeinheiten, die von unseren Gegnern gegen Hueber u. Mourer ausgestreut wurden, über diese Strauchritter wird in den nächsten Tagen noch zu reden sein. Sie glaubten die Partei und die els. Heimatfront zu trennen."

Das ist eine schallende Ohrfeige für die KP-Führung. Die "Huma" v. gleichen

Tage aber schrieb:

"Auch hier bei uns in Els;-Lothringen wurden in drei Kreisen die Kandidaten der Volksfront gewählt."

Die "Huma" versucht also ihren Lesern immer noch einzureden, Hueber sei ein Volksfrontkandidat. Dabei beruht der Sieg Huebers auf der bedingungslosen Kapitulation der Volksfront vor dem Gegner der "Rotfront" und des Russenpaktes, Hueber.

Die "NW" aber dementiert die schwachhörige Regionalleitung der KP sehr kräftig. Unter der Überschrift "Schwere Niederlage des Front-populaire im Elsass. Die glänzende Wahl unserer Kam. Hueber u. Mourer" schreibt sie: "Hueber ist gewählt worden trotz dem unehrlichen Spiel der Sozialisten u. Mourer trotz der ungemainen Hetze der Kommunisten."

Und dann werden Sozialisten u. Kommunisten vermöbelt. Die "Huma" wird beschuldigt mit wahren Falschspielertricks gearbeitet zu haben. Die "NW" vergisst aber ganz, dass Hueber nur dank dieser Falschspielertricks gewählt wurde. Dieses Falschspielertricks hatte die KP nötig. Wie anders sollte sie den Arbeitern sagen, dass man in Strasbourg II Huebers Mourer schlagen und in Strasbourg I Mourers Hueber zum Siege führen muss.

Und die Sozialisten?

Während der "Els. Kurier" des Mandelagenten Rossé nur einen Schatten im elsässischen Wahlbild erblickt; den Volksfrontler Daul, sieht die "FI" darin den einzigen Lichtblick. Es heisst dann weiter:

"Der Freiheit wurde durch diesen Sieg eine Gasse geschlagen. Diesen gilt es auszunutzen, um auch im Elsass die reaktionäre Atmosphäre zu beseitigen. Soll dies geschehen; so muss in erster Linie dafür gesorgt werden, dass Klarheit u. Sauberkeit bei den den Front-populaire bildenden Parteien herrscht."

Das kommt reichlich spät, aber immer noch zurecht, wenn daraus alle Folgerungen gezogen werden. Als am Samstag vor der Wahl ein Vertreter der IVKO im Lokal Sittler unter allgemeiner Zustimmung der Arbeiter unsere Interventionen u. Parolen vortrug, suchte ein Redner der SFIO sich damit heraus zu reden, dass für das Ausschneiden der Aktionsseinheit in Strasbourg I die KP verantwortlich sei. Das ist eine faule Ausrede. Die SFIO konnte auf Grund des Wahlergebnisses einen Kandidaten in Strasbourg I nominieren. Aber anscheinend spekulierte sie auf demokratische Stimmen in Strasbourg II. Diese Spekulation war falsch und musste falsch sein.

Vor der Wahl schien es als wollte die SFIO endlich das Proporzbündnis auf er Mairie aufgeben. Nach der Wahl kann man ein Schwanken zwischen der Zusammenarbeit mit den Demokraten und der Aktionsseinheit bemerken. Dieses Schwanken müssen die soz. Arbeiter beenden. Es gibt nur eins: die Aktionsseinheit heute und morgen und auf allen Gebieten.

Unsere Haltung war klar.

Die IVKO hat wiederum Zeugnis dafür abgelegt, dass sie trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche als einzige Gruppe klar und unberührbar einen ausschliesslich im Interesse der Arbeiter gelegenen Kurs verfißt.

Die IVKO vertrat den Standpunkt, dass in allen Wahlkreisen der meistbegünstigte Kandidat der dem Aktionspakt angeschlossenen Arbeiterparteien im II. Wahlgang aufrecht zu erhalten ist und alle Kräfte der Arbeiter auf dessen Wahl zu konzentrieren sind. Nachdem die Hueberpartei ihren Beitritt zum Aktionspakt abgelehnt hatte und an ihrem Bündnis mit den hitlerisch orientierten Autonomisten festhielt, musste in Strasbourg II. der meistbegünstigte Kandidat der Aktionsseinheit aufrechterhalten und für dessen Wahl eingetreten werden. Die dem Aktionspakt angehörenden Arbeiterparteien besaßen sowohl in Südwest, als auch in Nord-Ost mehr Stimmen als die Kandidaten der els. Heimatfront. Die Losung für die Kandidaten der Aktionsseinheit musste mit der Losung verbunden werden wer für Hueber und Mourer stimmt, stimmt für die Kandidaten Carcin u. Reibel. Auf dieser Grundlage musste der Kampf geführt werden. Nachdem die KPF vor Hueber bedingungslos kapitulierte und die SFIO rognierte, gab es es für die IVKO nur einen Weg; den, den sie ging. 1080 Arbeiter haben in Strasbourg I beim II. Wahlgang Stimmenthaltung geübt. Über 700 haben ihr Stimmen auf Hoysch,

Will u. Passnacht abgogeben, obwohl sie wussten, dass es verlorene Stimmen sind. Sie wollten damit ebenfalls ihren Protest gegen die Besetzung der Aktionseinheit vor Hooper ausdrücken, was auch sonst von den Machern der Heysch-Kandidatur beabsichtigt war. Rund 2000 Arbeiter, die sich am I. Wahlgang beteiligten, sind am II. Wahlgang in Nord-Ost der Wahlurne ferngeblieben. Auch sie hatten für ihr Verhalten überwiegend die gleichen Motive. Wenn diese Tatsache in der Wahlbeteiligung im Nord-Ost nicht in dem Masse in Erscheinung trat, dann nur deshalb, weil die Fernbleibenden durch neue Wähler ausgeglichen wurde, wie die Feststellungen in einzelnen Wahllokalen beweisen.

Während noch bei den Gemeinderatswahlen die klare Haltung der IVKO für den Kampf um eine Arbeitermehrheit auf Unverständnis stiess, hat sie diesmal wachsendes Verständnis gefunden und ihre Notwendigkeit als Korrektur der falschen Taktik der KP stärker denn je unter Beweis gestellt. Sie verstand sich verständlich zu machen. Sie hat die Verantwortungen klar abgegrenzt und wenn sie noch nicht imstande war, durch den Apell an die kommunistischen u. Box-Arbeiter die Wirkungen der taktischen Fehlgriffe aufzuheben, so hat sie dennoch eine beachtliche Zahl von Arbeitern veranlasst, mit ihr gegen den Kuddelmuddel zu protestieren. Das ist ein verheissungsvoller Beginn. Wir werden unberührt weiterarbeiten und die Früchte für die Arbeiter werden früher oder später nicht ausbleiben.

-0-00-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

Der II. Wahlgang in Frankreich:

NACH DEN WAHLEN.
 00000000000000000000

Die Verschiebung in den politischen Kräfteverhältnissen Frankreichs, die wir an dieser Stelle bereits vor einer Woche feststellten, ist durch den II. Wahlgang noch unterstrichen worden. Die grössten Verluste haben die Parteien der bürgerlichen Mitte davongetragen. Die Radikalen, die der Volksfront angehören, haben ein Drittel ihrer Mandate verloren. Die SFIO verfügt jetzt über die stärkste Fraktion im Parlament. Die Mandatszahl der KPF ist von 10 auf 72 gestiegen. Auf der Rechten sind die Gruppen der "gemässigten" Reaktionen à la Flandin zurückgegangen, während die äusserste Rechte, die U.R.D., die mit den faschistischen Ligen auf das allerengste verbunden ist, ihre Stimmen und Mandate nicht nur halten, sondern sogar steigern konnte.

Diese Steigerung der extremen Rechten zeigt, dass es falsch wäre zu glauben, mit dem Wahlergebnis des 3. Mai sei die faschistische Gefahr in Frankreich ein für allemal erledigt. Der Faschismus ist noch nicht tot und es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeiter nunmehr glaubten, von dieser Seite drohe ihnen keine Gefahr mehr.

Allerdings ist die Linksbewegung der Massen das beherrschende Moment dieser Wahlen. Die grosse Mehrheit der Werktätigen Frankreichs und zwar nicht nur der Arbeiter, sondern auch der städtischen Kleinbürger und der Bauern hat bei den Wahlen zum Ausdruck gebracht, dass sie den Faschismus hasst und verabscheut. Zahlreiche Faschisten und Faschistenfreunde sind in Wahlkreisen, die als Hochburgen der Reaktion galten, geschlagen worden. In der Seine hat nicht nur der rote Gürtel der proletarischen Vororte überwiegend kommunistisch gewählt. Auch in der Stadt Paris selbst haben die Faschisten u. Faschistenfreunde eine Niederlage erlitten. Von 39 Abgeordneten von Paris-Stadt gehören nur noch 17 den Rechtenparteien an. Dagegen ziehen jetzt 16 Abgeordnete der KPF (statt eines wie bisher) als Vertreter verschiedener Stadtbezirke von Paris in das neue Parlament ein. Dieses Ergebnis ist umso bezeichnender, als die rechtsstehenden Abgeordneten von Paris bekanntlich zu den Hauptorganisatoren des faschistischen Gewaltstreiches vom 6. Februar 1934 gehörten.

Im Departement Seine-et-Oise ist der berüchtigte Franklin-Bouillon mit einer Reihe seiner politischen Freunde durchgefallen. Franklin-Bouillon wurde von den Croix de feu gestützt, die in seinem Wahlkreis über eine verhältnismässig starke Organisation verfügten und in dieser Gegend auch eine Reihe von Aufmärschen ihrer Prügolgardien veranstaltet hatten. Die Niederlage Franklin-Bouillons zeigt, dass die Massen, nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Kleinbürger und Bauern die faschistischen Provokationen ablehnten.

Bedeutet das Wahlergebnis eine Konsolidierung der
bürgerlichen Demokratie?

Das Wahlergebnis bedeutet aber nicht, dass die Krise der bürgerlichen Demokratie in Frankreich vorbei sei und dass jetzt eine neue Epoche der Konsolidierung der bürgerlichen Republik anbrähe. Wir haben schon die Verstärkung der extremen Rechten, trotz den Schlägen, die prominente Vertrauensleute der Faschisten an verschiedenen Orten erlitten haben, erwähnt. Noch deutlicher zeigt die Entwicklung der Radikalen Partei, die die repräsentative Partei der bürgerlichen Demokratie in Frankreich ist, dass die Krise dieser bürgerlichen Demokratie nach wie vor weitergeht und sich vertieft. Die Massen, die gegen den Faschismus gestimmt haben, haben gleichzeitig durch ihre Abwanderung nach links, zu der SFIO und insbesondere zur KPF gezeigt, dass sie die alten ausgetretenen Wege der bürgerlich-republikanischen Politik verlassen wollen, dass sie neue Wege suchen, um ihre Existenz und ihre Rechte zu wahren und zu bessern. Das französische Kleinbürgertum in Stadt u. Land hat sich in Bewegung gesetzt. Nicht nur die SFIO hat ihren Einfluss unter dem städtischen Kleinbürgertum und unter der Bauernschaft steigern können, auch die KPF hat nicht nur proletarische Stimmen in den Industriebezirken auf Kosten der SFIO gewonnen, sondern ihre Positionen unter dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum verstärkt.

In der Rechtspresse kann man jetzt lesen, dass die Verluste der Radikalen darauf zurückzuführen seien, dass diese sich an der Volksfront beteiligt hätten. In Wirklichkeit liegen die Dinge gerade umgekehrt. Ohne die Volksfrontpolitik, die es der Radikalen Partei gestattete, sich eine neue linke Maske umzuhängen und die sie vor der Kritik der Arbeiterparteien schützte, wären die Verluste dieser Partei noch grösser gewesen. Es ist bezeichnend, dass die rechtsstehenden Radikalen, die sich im Wahlkampf von der Volksfront distanzieren oder gegen die Volksfront aufgetreten sind, im Allgemeinen noch schlechter abgeschnitten sind, als ihre "volksfronttreuen" Parteifreunde.

Die Führer der SFIO und KPF sehen allerdings in dem Wahlergebnis eine Bestätigung der Volksfrontpolitik und ziehen daraus die Folgerung, dass die Volksfrontpolitik nun erst recht notwendig sei. Aber wenn auch die Massen heute für die Volksfront begeistert sind, so darf das nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Volksfrontpolitik nicht das Mittel ist, die Erwartungen der Massen, die zur SFIO und zur KPF gekommen sind, weil sie neue Wege suchen, zu befriedigen, dass die Fortsetzung der Volksfrontpolitik vielmehr zu bitteren Enttäuschungen dieser Massen führen muss.

Was wird heute im Namen der Volksfrontpolitik den Massen geboten?

Die Aussicht auf eine Regierung der SFIO und der Radikalen Partei, die von der KPF unterstützt werden soll und der die Aufgabe gestellt wird, das Volksfrontprogramm durchzuführen. Mit einem Worte, im Namen der Volksfront wird heute den Massen als rettender Ausweg dieselbe Koalitions politik geboten, die in anderen Ländern so schmachlich gescheitert ist u/ die sich als der beste Nährboden für den Faschismus erwiesen hat. Dass heute in Frankreich die Komm. Partei die Koalitions politik unterstützt und in der Sache mitmacht (denn auch wenn sie keine Ministerposten besetzt, wird die KPF die Mitverantwortung für die kommende Koalitionsregierung tragen), diese Haltung der KPF macht die Dinge nicht besser sondern verschlimmert sie nur. Das kann nur dazu führen, dass die KPF mit in den unausbleiblichen Bankrott der Koalitions politik der SFIO hineingezogen wird, dass sie sich unfähig macht, der sozialen Demagogie der Faschisten entgegenzuwirken, die bestrebt sein werden, die früher oder später unausbleiblichen Enttäuschungen der Massen über die Taten einer Koalitionsregierung für ihre dunklen Absichten auszunützen.

Die Hoffnungen der Millionen, die am 26. April und am 3. Mai für die Arbeiterparteien und insbesondere für die Kommunisten gestimmt haben, können nicht durch eine parlamentarische Regierungskombination der Arbeiterparteien mit der Bourgeoisie gestillt werden, sie können überhaupt nicht im Rahmen der parlamentarischen Aktion befriedigt werden.

Die Haltung der entscheidenden Kreise des französischen Kapitals ist für die wirkliche Lage der Dinge bezeichnend. Die Rechtspresse fordert ihre Anhänger

zur "Ruhe" auf, das Grosskapital rät den faschistischen Banden, jetzt nicht vorzustossen, sondern sich zu sammeln und für neue Vorstösse zu reorganisieren. Inzwischen aber steckt sich das Grosskapital hinter die Radikalen, d. h. seine unmittelbaren Vertreter im Lager der Volksfront. Sarraut bleibt aus "Respekt" vor den "konstitutionellen Regeln" bis zum 1. Juni, damit die kommende Koalitionsregierung heere Kassen u. wenn möglich eine Finanzpanik vorfindet u. gezwungen ist, bei den Banken um Vorschüsse zu betteln.

Die Radikalen werden auch darauf achten, dass die kommende Koalitionsregierung sich dem Druck der werktätigen Massen, die energische Massnahmen gegen das Kapital und die Faschisten verlangen, entgegenstemmt. Dafür gibt ihnen schon der kautschukartige Charakter des Volksfrontprogramms eine Handhabe. Jede Forderung dieses Programms ist zweideutig. Die Forderung der faschistischen Ligen bezieht sich nur auf "militärähnliche Organisationen" - die Faschisten aber haben nach der Annahme des Gesetzes über die Ligen ihre Organisationen umgestellt, um nicht unter den Begriff des "Militärähnlichen" zu fallen. Die Forderung der Erhöhung der Steuersätze für grosse Vermögen steht im Volksfrontprogramm neben der Forderung nach "fiskalischer Entlastung", was Steuerensenkung bedeutet, wobei nicht gesagt wird, welche Steuern und für wen die Steuern gesenkt werden sollen. Die Zweideutigkeit des Volksfrontprogramms gibt den Vorgesmack für die Praxis der Regierung, die aus der Volksfront hervorgehen wird.

Nur im ausserparlamentarischen Kampfe können die Massen die Auflösung aller faschistischen Verbände, die Belastung der Reichen, wirksame Hilfe für die Arbeitslosen und ihre anderen dringenden Forderungen verwirklichen. Wenn aber die Arbeiter ernsthaft daran gehen, ihre Forderungen im ausserparlamentarischen Kampf zu verwirklichen, dann werden sie bald sehen, dass jede versteckte oder offene Koalitionspolitik diesen Kampf nur hindert.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Abessinians Niederlage:

IHRE URSACHEN UND KONSEQUENZEN.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die italienischen Faschisten feiern Siegesfeste. Mussolini kündigt den "römischen Frieden" an, was bedeuten soll, dass der italienische Imperialismus ganz Abessinien in die Tasche stecken und mit niemandem teilen will. Zweifellos bedeutet die Tatsache, dass es dem italienischen Imperialismus gelungen ist, seinen Raubzug erfolgreich durchzuführen, eine schwere Bedrohung des Friedens in der ganzen Welt. Für den italienischen Faschismus wächst die Versuchung, dass Kriegsabenteuer, das in Afrika geglückt ist, anderswo, sagen wir auf dem Balkan zu wiederholen; und auch die anderen kriegslüsternden Imperialisten, so vor allem Hitlerdeutschland, werden durch den geglückten Raubzug Mussolinis dazu ermutigt, ihre eigenen Eroberungspläne in die Tat umzusetzen.

Welches waren die Gründe für den Zusammenbruch Abessinians?

Erstens und hauptsächlich, das Vorsagen des Völkerbundes, das auf die Haltung des englischen und des französischen Imperialismus zurückzuführen ist. Der Völkerbund hat nichts getan, um den Ausbruch des Krieges in Abessinien zu verhindern. Er hat sich dann, als der Krieg begonnen hatte, auf "platonische Erklärungen u. halbe Massnahmen beschränkt. Die Petroleumsanktion, die Mussolini ernsthaft Schwierigkeiten bereiten konnte, wurde habtnäckerig sabotiert. Dafür ging hinter den Kulissen des Völkerbundes ein eifriger Sackwechsel zwischen dem britischen, dem französischen u. dem italienischen Imperialismus über die Aufteilung Abessinians vor sich, der in dem bekannten Laval-Hoare-Plan seinen Niederschlag fand. Es war einzig u. allein die Sowjetunion, die im Völkerbund konsequent für die Erhaltung der Unabhängigkeit Abessinians eintrat.

Der britische Imperialismus trat in der abessinischen Frage als Vorkämpfer des Friedens, der Grundsätze des Völkerbundes usw. auf. In der Praxis aber verfolgte die englische Regierung eine Politik, die nicht darauf abzielte, Abessinians Unabhängigkeit gegen die Eroberungspläne Mussolinis zu wahren, sondern deren Zweck es war, auf Kosten Abessinians zu einem Kompromiss mit Italien zu kommen, das die englischen imperialistischen Interessen in Ostafrika berücksichtigte.

Der französische Imperialismus spielte von vorher ein den Hehlor Mussolinis. Sowohl Laval als auch Flandin u. Paul Boncour konzentrierten ihre Anstrengungen im Völkerbund darauf, die Anwendung von Sabotagen gegen das faschistische Italien nach Möglichkeit zu sabotieren.

Unter diesen Umständen erhielt Abessinien nicht einmal genügende Waffenhilfe. Die englische Regierung hielt die Waffenlieferungen an Abessinien in ganz bescheidenen Grenzen, weil sie fürchtete, dass ein erfolgreicher militärischer Kampf der Abessinier für ihre Unabhängigkeit die Bewegung der Kolonialvölker gegen ihre imperialistischen Unterdrücker fördern würde. Die französische Regierung aber sperrte, wie das von kurzem im englischen Parlament festgestellt wurde, einfach die Bahnlinie Djibouti-Addis-Abbeba für Waffentransporte. So kam es, dass die Abessinier den italienischen Fliegerbomben und Giftgasen so gut wie wehrlos gegenüberstanden.

Dazu kam, dass die feudale Gesellschaftsordnung Abessiniens eine zweckmässige Organisation des Verteidigungskrieges gegen den italienischen Faschismus hinderte. Die feudalen Zustände Abessiniens erschwerten nicht nur den Nachschub für die Truppen, ihre regelmässige Verpflegung, auch die Versuche, den abessinischen Kriegern eine Kampftaktik beizubringen, die den Bedingungen des Krieges gegen die modern ausgerüstete, zahlenmässig den Abessiniern überlegene italienische Armee entsprach, scheiterten an dem Charakter der abessinischen Armee, die aus feudalen Stammesaufgeboten zusammengesetzt war, und in der die Kommandostellen nicht auf Grund der militärischen Eignung, sondern der feudalen Rangordnung verteilt waren. Die Abessinier machten in grossen Massen absichtslose Angriffe, statt sich auf den Kleinkrieg zu verlegen, weil die kommandierenden Feudalherren nur so ihrer Truppen sicher waren und weil sie befürchten mussten, dass ihre Soldaten sich bei einer Auflösung des Heeres in kleinere Formationen einfach verlaufen würden.

Der Völkerbund hat durch den Ausgang des abessinischen Krieges einen schweren Schlag erlitten, der umso mehr ins Gewicht fällt, als der Völkerbund sich auch unfähig erwiesen hat, irgendetwas gegen den Hitlerschen Gewaltstreich v. 7. März zu unternehmen. Der englische Imperialismus, für den die Entwicklung der Dinge in Abessinien einen gewaltigen Prestigeverlust bedeutet, will jetzt den Völkerbund "reformieren", d. h. ihn, so wie das auch Hitler wünscht, auch rein formell unfähig machen, irgendwelche bindenden Beschlüsse zur Erhaltung des Friedens zu fassen. Die französische Regierung ist vor allem besorgt, Mussolini wieder in die "Front von Stresa" einzurohnen und ist bereit, zu diesem Zwecke auch die Verwandlung Abessiniens in eine italienische Kolonie anzuerkennen. Sowohl England wie auch Frankreich bemühen sich freilich, auf Grund des imperialistischen Vertrags von 1906 für sich einige Brocken aus der abessinischen Beute herauszuholen.

----- Die Lehre.

Die Lehre des abessinischen Krieges für die Arbeiterklasse ist die, dass sie sich erstens keinerlei Illusionen über den Völkerbund u. die Möglichkeiten der Friedenssicherung mit Hilfe bürgerlicher Regierungen machen darf, und dass zweitens, der Völkerbund nur dann und nur insoweit der Wahrung des Friedens dienen kann, dass die von vorher ein beschränkten Möglichkeiten zur Friedenssicherung im Rahmen des Kapitalismus nur dann vollauf ausgenutzt werden können, wenn die Friedenspolitik der Sowjetunion durch den revolutionären Kampf der Arbeiter in den kap. Ländern gegen ihre imperialistischen Regierungen, gegen die friedensfeindlichen Schachergeschäfte u. Treibereien, die diese Regierungen infolge ihres imperialistischen Charakters notwendigerweise immer wieder unternehmen, unterstützt wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zu teuer bezahlt. Hueber erzählt seinen Anhängern, dass die KPF durch Wodli u. Fassnacht an ihn herangetreten seien. Sie hätten ihm die Zurückziehung der Kandidatur in Strasbourg II und die Unterstützung seiner Kandidatur angeboten. Er habe keine Verpflichtungen übernommen u. sich lediglich bereit erklärt 150 Plakate für Daul im Namen der E.A.; u. B.P. drucken zu lassen. Auf dieser Basis sei die Zurückziehung der Kandidatur Fassnacht erfolgt. Die Besprechung habe am Dienstag nach dem I. Wahlgang im Restaurant Lutterbach stattgefunden. Diese Mitteilung erweckt den Eindruck, als habe die KPF Hueber deshalb unterstützt, weil sie auf diesem Wege einen Stimmenzuwachs für Daul von den Autoritaristen erwartete. Ein Blick auf die Resultate des II. Wahlganges zeigt, dass die KPF das garnicht nötig hatte u. auf einen solchen solchen Selbsterlös hätte verzichten können.

VERANTWORTLICH: EMIL HIETZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 20/III, Jahrgang.

Dritte Maiwoche 1936.

Nach dem Volksfrontwahnislog:

UM DIE NEUE REGIERUNG.
oooooooooooooooooooooooooooo

Léon Blums Rede auf der Tagung des Nationalrats der SFIO.

Die Rede, die Léon Blum auf der Tagung des Nationalrats der SFIO über die Absichten der Regierung, die er bilden will, gehalten hat, ist von der hauptstädtischen Presse mit einem fast einmütigen Beifall begrüsst worden. Nicht nur die Presse der Volksfrontparteien, einschliesslich der "Humanité", lobte Blum, auch solche Organe wie das faschistische Schutzblatt "Matin" waren mit den Erklärungen des zukünftigen sozialistischen Ministerpräsidenten zufrieden. Wie ist dieses seltsame Schauspiel zu erklären?

Die Erklärung ist ganz einfach. L. Blum hat den Kapitalisten die bindende Zusicherung gegeben, dass er nichts tun werde, was das "Vertrauen" stören könnte, d. h. dass er darauf aus sei, sich durch seine Regierungstätigkeit das Vertrauen des Kapitals, der Grossbanken u. der Grossindustrie, zu verdienen. Deswegen ist die reaktionäre Presse mit Blum zufrieden. Für die KPF sollte das eigentlich ein Grund sein, Alarm zu schlagen, statt in den allgemeinen Beifallschor für Blum einzustimmen. Man komme uns nur nicht mit dem Argument, Blums Rede sei ein geschicktes Manöver gewesen, um die demagogischen Behauptungen der Reaktion zu parieren, die unter dem Hinweis auf Spanien wochenlang mit der Behauptung hausieren gegangen ist, dass der Sieg der Volksfront Mord, Brandstiftung und Plünderung bedeute. Um auf diese blöde Hetze der Rechtsparteien zu antworten, ist es garnicht nötig, mit L. Blum einen Kniefall vor den Altären des Kapitals zu tun. Es genügt, einfach festzustellen, dass die spanischen Arbeiter u. Bauern keine raubsüchtigen Banditen sind und dass es durchaus richtig und nachahmenswert ist, wenn die Werktätigen Spaniens, statt sich die Machenschaften der Reaktion ruhig gefallen zu lassen, selbstständig durch ausserparlamentarische Aktionen dafür sorgen, dass die Löhne erhöht, die gutsherrlichen Ländereien an die Bauern verteilt und die faschistischen Banden entwaffnet und unschädlich gemacht werden. Blum aber verspricht der Bourgeoisie, dass die Volksfront, die übrigens auch in Spanien den ausserparlamentarischen Kampf der Massen hemmt und nicht fördert, ihn in Frankreich ganz verhindern werde? Das mag ein geschicktes Manöver sein, es ist aber nicht gegen die Reaktion gerichtet, sondern dient nur der Erföhrung der Arbeiter.

Die Massen wollen durchgreifende Massnahmen sehen.

Die Massen, die bei den Wahlen für die SFIO u. die KPF gestimmt haben, erwarten durchgreifende u. umfassende Massnahmen zur Besserung ihrer Lage. Blum hat in seiner Rede diese Erwartungen der Massen nicht geleugnet, er hat aber darauf keine andere Antwort gefunden als allgemeine und zu nichts verpflichtende Phrasen, wie sie irgendeiner der bürgerlichen Politiker, die seit Jahr und Tag in oder neben den Regierungen sitzen, irgendein Herriot oder sogar Flandin, auch nicht viel anders geprägt hätte. Die allgemeine Richtung seiner Wirtschaftspolitik formulierte Blum folgendermassen: "Wir wollen die Quellen des Reichtums wieder erschliessen und das ist es, was wir sagen wollen, wenn wir Ausdrücke gebrauchen, wie "Vermehrung der Masse der konsumfähigen Einkommen", d. h. der Löhne, wir wollen die Rückkehr der Sicherheit und die Ausdehnung des Wohlstandes in der vollen Masse, das in dieser Gesellschaftsordnung möglich

ist, innerhalb derer wir uns betätigen werden. "Blum drückt sich sehr "gebildet" aus. In eine etwas einfachere Sprache übersetzt, heisst der oben zitierte Satz, dass die SFIO in der Regierung für die Erhaltung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung eintreten wird und dass sie eine Verbesserung der Lebenshaltung der Massen, eine Erhöhung der Löhne abhängig macht von der "erschliessung der Quellen des Reichtums", d. h. von der Schaffung neuer Profitmöglichkeiten für die Kapitalisten, denn in der bestehenden Gesellschaftsordnung gibt es bekanntlich keinen anderen Reichtum als den der Kapitalisten. Im Zusammenhang mit diesem Satz bedeutet die Wendung Blume, dass die SFIO-Regierung sich unter Umständen an die hinter ihr stehenden Massen wenden würde, um den Willen des Volkes durchzusetzen, nichts weiter, als dass Blum den Kapitalisten dem Sinne nach erklärt: "Wir tun Euch nichts, dafür aber dürft Ihr unserer Regierung das Leben nicht schwer machen, denn sonst werden wir die Massen unserer Anhänger nicht davor zurückhalten können, Euch wirklich auf den Leib zu rücken".

Blum verspricht Massnahmen zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung. Er sagt aber nichts konkretes über den Umfang dieser geplanten Arbeitsbeschaffung. Was die Frage der Belastung der Besitzenden anbelangt, so hat sich Blum die Zweideutigkeit des Volksfrontprogramms in diesem Punkte zunutze gemacht, um den Kapitalisten anzudeuten, dass sie nicht nur nicht ernsthaft belastet werden sollen, sondern unter Umständen auch mit einer Steuersenkung rechnen könnten. Zur Währungsfrage sprach Blum sich gegen eine Frankenabwertung aus, erklärte aber gleichzeitig, dass es Fragen gebe, die wichtiger als das Problem der Währung seien. Auch das klingt den Kapitalisten annehmlich in den Ohren, denn sie werden in dem Augenblick, wo der Schutz der Währung nichts anders möglich wäre als durch eine Belastung des Kapitals auf die Stabilität des Franken pfeifen und erklären, das Wohl der "nationalen Wirtschaft", dies der Bourgeoisie, sei wichtiger als die Erhaltung des Frankenwertes.

Inbezug auf den Kampf gegen den Faschismus schwieg sich Blum geflüstert aus, wenn wir von allgemeinen Redensarten über die Durchdringung der Spitzen der Verwaltung mit republikanischen Geist absehen. Wir werden schon, wieviel faschistische Beamte, Richter u. Offiziere Léon Blum entlassen wird. Auch zu den aussenpolitischen Fragen enthält die Rede von Blum nur Allgemeinheiten.

Die Rede von L. Blum zeigt, dass die Massen von der Koalitionsregierung, die jetzt im Namen der Volksfront gebildet wird, nichts anderes erwarten dürfen als ein Fortwursteln nach dem Muster früherer bürgerlicher Linksregierungen. Die Rede Léon Blums war noch verwaschener als das bekanntlich nach allen Seiten auslegbare Volksfrontprogramm.

Wie wird die neue Aera der Koalitionsnolitik aufgenommen?

Während in früheren Jahren in der Mitgliedschaft der SFIO ein ziemlich starker Widerstand gegen die Koalitionsnolitik, gegen die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen lebendig war, hat jetzt L. Blum vom Nationalrat der SFIO mit Einstimmigkeit die Vollmacht zum Eintritt in die Regierung erhalten. Auch Zyromski, Marceau Pivert, die noch bis zuletzt gegen die Bildung von Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien eintraten, haben diesmal ihre Gegnerschaft gegen die Regierungsbeteiligung der SFIO aufgegeben. Diese Einstimmigkeit der SFIO erklärt sich sicher zum Teil aus der Tatsache, dass die SFIO jetzt die stärkste Partei im Parlament ist, was den Vorkämpfern der Koalitionsnolitik ihr Spiel in der sozialistischen Partei erleichtert hat. Vor allem aber ist dieser überwältigende Erfolg der Koalitionsnolitiker in der SFIO auf die Volksfrontnolitik zurückzuführen, die alle Fragestellungen verdunkelt hat (so dass z. B. Zyromski heute erklärt, dass die neue Regierung keine "Regierung der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie" sein werde, sondern eine "Regierung, die der wirkliche Ausdruck der durch die Volksfront beseelten und geführten Welt der Arbeit sei" und die - was noch entscheidener ist - dazu geführt hat, dass die KPF nicht nur keinen Druck auf die SFIO ausübt, der die linksgerichteten sozialistischen Arbeiter gegen die reformistische Politik ihrer Führung mobilisiert, sondern im Gegenteil die SFIO-Führung dazu ermuntert, die Bahn der Koalitionsnolitik zu beschreiten.

Die Haltung der KPF-Führung.

Die Kundgebungen der KPF in dieser Lage sind ein Sammelsurium der grotesksten Widersprüche. Diese Widersprüche sind nicht etwa auf irgendwelches persönliches

Ungeschick der führenden Funktionäre der KPF zurückzuführen. Im Gegenteil, die Thorez, Cachin u. Duclos verschwenden ein erkleckliches Quantum an Gehirnschmalz, um plausible Argumente zur Verteidigung einer Politik zu finden, die vom kommunistischen Standpunkt nicht verteidigt werden kann. Die Widersprüche in die sie sich verwickeln, sind tiefer begründet, nämlich in der Tatsache, dass es unmöglich ist, die kommunistischen Grundsätze und die jetzige Taktik der KPF zu vereinbaren, und dass infolgedessen der Widerspruch zwischen dem Programm der KPF und ihrer Volksfrontpolitik auf Schritt u. Tritt zu Tage treten muss. Die KPF erklärt heute, sie lehne es ab, an der neuen Regierung teilzunehmen, weil das keine revolutionäre Regierung sein werde, auf der anderen Seite aber erklärt die KPF sich bereit, mit dieser Regierung durch Dick und Dünn zu gehen, sie zu tolerieren und zu unterstützen. Bei einem Empfang bürgerlicher Journalisten geben Thorez u. Duclos die Möglichkeit zu, dass die KPF der neuen Regierung das Budget und die Rüstungsausgaben bewilligen könnte. Duclos erklärte, dass die KPF nicht wisse, ob die Abstimmung für die Militärkredite nicht morgen eine andere Bedeutung haben könne als bisher, und dass man diese Frage nicht von den Problemen der Innenpolitik trennen dürfe. Ungefähr das gleiche sagte Thorez über das Gesamtbudget. Die KPF will also nicht in die neue Regierung eintreten, weil es keine revolutionäre, sondern eine bürgerliche Regierung sei, die keine soziale Umwälzung durchführen könne. Die KPF ist aber bereit, einer solchen Regierung willen ihre traditionelle Stellung zum Budget und zu den Militärkrediten zu ändern, eine Stellung, die bekanntlich durch die grundsätzliche Gegnerschaft der Kommunisten zum bürgerlichen Staat bestimmt ist. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit auch daran, dass die Resolution des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale zur Kriegsfrage die kommunistischen Parteien "in allen kapitalistischen Ländern" zum Kampf "gegen die Rüstungsausgaben (Militärhaushalt)" verpflichtet. Dieses Beispiel zeigt von neuem, wie allmählich der positive revolutionäre Inhalt der Resolutionen des VII. Kongresses der KI in den opportunistischen Sumpflöchern dieser Beschlüsse untergeht.

Vor den Wahlen beschwor die Führung der KPF, die damals noch daran glaubte, dass die Radikalen die stärkste Partei der Volksfront bleiben würden, die SFIO ja nicht nach den Wahlen in die Regierung einzutreten, denn das würde Koalitionspolitik, Millerandismus sein, und man habe ja in Deutschland gesehen, wohin das führe. Jetzt rät die KPF den Sozialisten die Übernahme von Ministerposten an, fordert aber gleichzeitig die Schaffung der organischen Einheit auf der Grundlage der Ablehnung einer Beteiligung an bürgerlichen Regierungen. Was ist hier ernst gemeint und was nicht? Und wie sollen sich die einfachen Mitglieder der KPF in dieser Konfusion zurechtfinden?

Die These von der Volksfrontregierung führt zum Verzicht auf den
Kampf gegen die Koalitionspolitik.

Inbezug auf die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen hat die KPF seit dem 7. Kongress der KI bekanntlich eine Ausnahme gemacht. Sie war und ist bereit, in eine Regierung einzutreten, die eine "wahre Volksfrontregierung" ist. Was diese "wahre Volksfrontregierung" sein soll, ist aus allen Definitionen der Urheber dieses Begriffs nicht klargeworden. Klar ist nur das eine: diese Hintertür zur Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie entwertet alle sonstigen Erklärungen der KPF gegen die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen. Zyromski von der SFIO hat, wie wir schon erwähnten, auf dem Nationalrat der SFIO den Begriff der "wahren Volksfrontregierung" benützt, um den Eintritt der Kommunisten in die Regierung Blum zu fordern. Die grossen Massen werden sicher mit Zyromski in der neuen Regierung die Volksfrontregierung sehen und den spitzfindigen Unterschied, den die KPF-Führung zwischen der Regierung der Volksfrontparteien und der "wahren Volksfrontregierung" macht, nicht begreifen - denn ein grundsätzlicher Unterschied besteht da auch wirklich nicht.

Bei diesem Wirrwarr ist es kein Wunder, dass die KPF nicht imstande ist, eine kommunistische revolutionäre Begründung ihrer Ablehnung des Eintritts in die neue Regierung zu geben, sondern sich schliesslich auf das mehr als klägliche Argument zurückzieht, dass die Regierungsbeteiligung der Kommunisten der Reaktion die Möglichkeit geben könnte, die neue Regierung als "bolschewistisch" zu bezeichnen und damit auf die öffentliche Meinung zu wirken. Die Politik der KPF wird also, wenn man diesem famosen Argument Glauben schenken soll, von dem Bestreben geleitet, die öffentliche Meinung, d. h. die Bourgeois und Spiessbürger nicht zu erschrecken.

Die KPF verzichtet auf jeden Fall darauf, die Koalitionspolitik der SFIO zu kritisieren und zu bekämpfen, sie verpflichtet sich, sie mitzumachen und zu unterstützen mit der einzigen Einschränkung, dass sie es ablehnt, Ministerposten anzunehmen. Die Lage ist also so, dass L. Blum dorthin marschiert, wohin ihn das Groskapital und die mit diesem verbundenen Radikalen haben wollen, dass die KPF Blum und der SFIO folgt und dass die Massen, die etwas Neues erwarten, nichts zu hören bekommen als allgemeine und nicht einmal neue Redensarten. Dabei lauern die Faschisten eifrig auf eine Enttäuschung der Massen, die für die Volksfront gestimmt haben.

Die KPF verspricht freilich, ausserparlamentarische Aktionen und ausserparlamentarische Volksfrontkomitees zu organisieren. Aber die KPF redet davon schon seit geraumer Zeit. Sie hat bisher infolge ihrer Volksfrontpolitik den ausserparlamentarischen Kampf nicht nur nicht gefördert, sondern z.T. direkt gehemmt. Die breiten, gewählten Volksfrontkomitees stehen noch immer auf dem Papier, weil es unmöglich ist, im Rahmen der Zusammenarbeit mit kapitalistischen Parteien wirkliche Kampforgane der Werktätigen zu schaffen. Wenn die KPF jetzt im Namen der Volksfront eine Koalitionsregierung unterstützen wird, so wird das nicht besser, sondern schlimmer werden. Die KPF wird auf die sozialistischen Minister, die sie unterstützt, Rücksicht nehmen und diese wiederum werden ihre Handlungen nach den Wünschen ihrer radikalen Ministerkollegen und der Bourgeoisie im allgemeinen einrichten.

Worauf es jetzt ankommt.

Die ausserparlamentarische Bewegung der Massen, die Schaffung ausserparlamentarischer Organe der Werktätigen - das ist aber das A und O dessen, worauf es jetzt ankommt, das ist das Mittel, um die nach links drängenden Massen dauernd und fest mit der Arbeiterbewegung zu verbünden, um ihre Erwartungen zu erfüllen, um den Arbeitern, den Kleingewerbetreibenden u. Bauern wirklich die von ihnen ersehnte und erwartete durchgreifende Besserung ihrer Existenz zu verschaffen. Und wenn die Sozialistischen und kommunistischen Arbeiter heute noch nicht gewillt sind, mit der Volksfrontpolitik ihrer Führer, die jetzt in die Koalitionspolitik umschlägt, zu brechen, so muss doch alles getan werden, damit sie die Bahn des ausserparlamentarischen Kampfes beschreiten, damit die Gewerkschaften mobilisiert werden, um alle ihre Machtmittel für die Durchsetzung der dringenden Forderungen der Werktätigen aufzubieten, damit ausserparlamentarische Klassenorgane unter Beteiligung aller Arbeiterorganisationen, von gewählten Vertretern aus den Betrieben, von Repräsentanten der nichtproletarischen werktätigen Schichten geschaffen werden, damit durch antifaschistische Selbstschutzorganisationen den faschistischen Banden, die nach wie vor trotz dem Gesetz über die Ligen weiterbestehen, wirklich ihr Handwerk gelegt wird. Wenn die Arbeiter zum ausserparlamentarischen Kampf übergehen, dann werden sie bald schon, dass die Volksfront, die Koalitionspolitik hier nur ein Hemmnis für sie ist.

Wenn die KPF wirklich ihre Rolle als revolutionäre Vorhut der französischen Arbeiterschaft erfüllen wollte, statt den Nachtrab der Reformisten zu spielen, dann müsste sie heute mit der Volksfront- und Koalitionspolitik brechen, ein Programm des ausserparlamentarischen Kampfes gegen Kapitaloffensive, Faschismus und Kriegsgefahr entwickeln und alles dafür einsetzen, um einheitliche Aktionen des Proletariats auf dieser Basis zustandezubringen.

Was die Regierungsfrage anbelangt, so könnte die KPF an die freilich als Manöver gemeinte Stelle in der Resolution des Nationalrats der SFIO anknüpfen, in der die Bereitschaft zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung ausgedrückt wird. Die KPF könnte sich - wie das z. B. Lenin 1917 getan hat - bereit erklären, eine solche rein sozialistische Regierung unter der Bedingung zu unterstützen, dass diese dem ausserparlamentarischen Kampf der Massen und der Agitation der Kommunisten, der Gewinnung der Massen für die Errichtung der Diktatur des Proletariats keinerlei Hindernisse in den Weg legt. Ein solcher Vorschlag wäre geeignet, den Widerstand gegen die Politik der Koalition mit der Bourgeoisie in den Reihen der SFIO zu stärken. Die "Humanité" meint, eine rein sozialistische Regierung hätte keine parlamentarische Basis. Die parlamentarische Basis einer Regierung hängt u. a. von den ausserparlamentarischen Kräfteverhältnissen ab. Wenn die Arbeiter das Parlament durch ihre Aktionen unter Druck setzen, dann wäre es vielleicht sogar möglich, dass eine rein sozialistische Regierung in diesem Parlament eine Mehrheit erhält. Wenn dabei die radikale Partei in Stücke ginge, so wäre das kein Schade, sondern würde nur die Loslösung der werktätigen

Anhänger der radikalen Partei von ihrer kapitalistischen Führung erleichtern, was für den Fortschritt des proletarischen Klassenkampfes in Frankreich nur förderlich wäre. Andererseits könnte es eine rein sozialistische Regierung gestützt auf die Massen ausserhalb des Parlaments sehr wohl wagen, Neuwahlen durchzusetzen. Aber wie gesagt: in jedem Falle ist die Entfaltung des ausserparlamentarischen Kampfes das A und O dessen, worauf es heute ankommt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wahlnachlese:

Der "Knüppel" Rosenblatts:

Was hat Hueber erklärt?

==:==:==:==:==:==:==:==:==:==

Die KP-Führung hat vor dem II. Wahlgang Hueber zu "unserem" Volksfrontkandidaten proklamiert, im gleichem Atemzug, da sie den politischen Inspirator Huebers, J. P. Mourer, zum Kandidaten der Feuerkreuzler avancieren liess. Zur Rechtfertigung ihrer, einander widersprechenden Haltung in den beiden Strasbourger Wahlkreisen, hatte sie sogar das Gerücht lancieren lassen, Mourer habe sich von Hueber getrennt.

In der Aubette-Versammlung, in der Hueber von der KP zum Volksfrontkandidaten proklamiert wurde und Mourer den Stempel eines Kandidaten der Feuerkreuzler erhielt, erklärte laut "Humanité" v. 1. 5. der Regionalsekretär Rosenblatt: "Wir müssen Hueber unterstützen, der uns seine Stellungnahme zu den Fragen des Friedens und der Volksfront erklärt hat". Rosenblatt verschwieg in welchem Sinne Hueber seine Stellungnahme erklärt hat. Bis heute ist der Öffentlichkeit von der KP-Führung noch nicht gesagt worden, was Hueber der KP erklärt hat. Entscheidend ist auch nicht was Hueber unter vier Augen und hinter verschlossenen Türen erklärt hat. Wir halten uns an seine tatsächliche Politik und seine allen zugänglichen Erklärungen. Diese Erklärungen aber sind und waren klar.

Hueber erklärte am 30. 4. in der "NW", er habe nichts unterzeichnet und alles andere sei eine Irreführung. Die KP hat dem nicht widersprochen. Weder Rosenblatt, noch Kuhn und Fassnacht haben zu dieser Erklärung Huebers in der Aubette-Versammlung Stellung genommen.

Hueber erklärte am 1. 5. in der "NW", dass er nur das Programm der els. Heimatfront (also das von Schall und Ross) kenne und nie ein anderes angenommen habe. In der gleichen "NW" entschuldigt sich Hueber beim "Elsässer" damit, dass er doch "niemand verbieten könne, für ihn zu stimmen, auch den Sozialisten u. Kommunisten nicht". Er mache nur was Rossé in Winzenheim gemacht habe. D. h., lasse sich von den Kommunisten wählen, ohne sich zu ändern.

In der Versammlung im Union-Theater, wo Hueber neben Mourer auftrat und die zur gleichen Zeit stattfand, wie die KP-Versammlung in der Aubette, erklärte Hueber (laut "NW" v. 2. Mai) seine Friedenspolitik. Er sagte: "... dass er der KP gegenüber keine Verpflichtung eingegangen ist. Er ist nach wie vor Anhänger des Kollektiv-Friedenssystems (was er noch nie war, wie seine Feindschaft gegen den franco-russischen Pakt beweist. Die Redaktion der "AP") und Gegner der militärischen Allianzen, wie der Russenpakt..."

Das ist die Huebersche Erklärung seiner "Friedenspolitik". Und diese Erklärung war für Rosenblatt und die Regionalleitung der KP ein Grund zu erklären: "Wir müssen Hueber unterstützen, der uns seine Stellungnahme zu den Fragen des Friedens und der Volksfront erklärt hat." (Huma v. 1. 5. 36.)

Wir danken für Backobst! Weil wir ein solches Politikantentum im Namen der "breitesten" Volksfront nicht mitmachen und unseren Strasbourger Doriot nicht als geeigneten Knüppel betrachten, um mit ihm der Bourgeoisie einen "Schlag" zu versetzen, waren wir dagegen, dass man Hueber das Feld in Strasbourg I überliess und die Kandidaten der Arbeiterparteien zu seinen Gunsten zurückzog. Und dasselbe geschah im gleichem Atemzuge, da man den Kumpan Huebers in Strasbourg II - auch hier wieder mit einer Überhöhung ins entgegengesetzte Extrem - als einen Mann bezeichnete, "der in die Reihen der Feuerkreuzler aufgerückt ist". (Huma v. 1. 5. 36.)

Der Beweisführung der Huma folgend dürften wir also sagen:

Die KP hat den Arbeitern eingeredet, dass ein Hueber, dessen engster Mitarbeiter und Parteifreund, in die Reihen der Feuerkreuzler aufgerückt ist, in Strasbourg I der allein geeignete Knüppel war, um der Bourgeoisie einen Schlag

zu versetzen,

Deshalb nehmen wir auch gelassen den Vorwurf des "Sektarismus" entgegen, den Rosenblatt in Erwartung der Opposition gegen die "gentile" und "geschmeidige" Taktik der Regionalleitung der KP seinen Opponenten angehängen hat.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Stehen Hueber u. Mourer im Gegensatz:

Hueber und die UPR,
 =====

Es gibt Arbeiter, die meinen, zwischen Mourer u. Hueber bestehe doch noch ein grosser politischer Unterschied. Dabei verweisen sie sehr oft auf die Tatsache, dass Mourer im Gegensatz zu Hueber von der UPR zu ihrem Kandidaten gegen den Front-populaire-Kandidaten gemacht wurde, während Hueber in Strasbourg I nicht von der UPR unterstützt wurde, sondern Carcin der Kandidat der UPR war.

Wir haben bereits in anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Mourer seine Unterstützung durch die UPR lediglich dem Rechenstift M. Walters zu verdanken hat. Sollte der Kandidat der Volksfrontparteien in Südwest geschlagen werden - und diese Aufgabe verfolgte die UPR im Elsass als oberste Richtschnur - dann musste sie den Kandidaten unterstützen, der ihr politisch am nächsten stand und der die maximalste Aussicht bot den Kandidaten der "Rassenfront" zu schlagen.

Wären die Kräfteverhältnisse im Wahlkreis Strasbourg I die gleichen gewesen wie in Strasbourg II, d. h. hätte die Aufrechterhaltung der Kandidatur Carcin die Gefahr eingeschlossen, dass dadurch ein Kandidat der beiden Arbeiterparteien zum Zug gekommen wäre, dann hätte die UPR alles ins Werk gesetzt, um auch in Strasbourg I die gleiche Taktik durchzusetzen, wie in Strasbourg II. Dann wäre auch in Strasbourg I Hueber von der UPR zu ihrem Kandidaten gegen "Rotfront" und "Rassenfront" gemacht worden und nur ganz Naive können meinen Hueber hätte nicht das gleiche gemacht, wie sein Freund J. P. Mourer.

Da Carcin im I. Wahlgang mehr Stimmen erhielt als die Front-populaire-Parteien zusammen, war das Manöver in Strasbourg I nicht nötig, dass die UPR in Strasbourg II unternahm. Durch das Ausscheiden der Front-populaire-Partei in Strasbourg I zugunsten Huebers lag für die UPR erst recht keine Notwendigkeit vor, hier ein ähnliches Manöver zu machen, wie in Strasbourg II.

Fest steht, dass die UPR ohne Ausnahme mit der Parole für Strasbourg II einverstanden war. Die UPR-Parole für Strasbourg I aber stiess in der UPR auf Widerspruch. Der "Els. Kurier" des H. Rossé musste erst durch eine geharnischte Erklärung des "Elsässer" v. 1. 5. dazu gezwungen werden, die Parole für Carcin auszugeben. Aber selbst nachdem Herr Rossé von M. Walter auf den Beschluss des Comité Directeur der UPR für Strasbourg I aufmerksam gemacht worden war, zog er allein gegen Naegelen und Daul mit Vehemenz vom Leder, trat mit ganzer Kraft für Mourer ein und schrieb nicht nur kein einziges Wort gegen die Kandidatur Hueber, sondern begünstigte sie offensichtlich in seinen Presseorganen. Daraus erklärt sich auch, dass der "Els. Kurier" nach den Wahlen die Parole gegen Hueber durch die UPR des Bas-Rhin offen für falsch erklärte.

Diese Haltung Rossés für Hueber ist sogar der UPR des Bas-Rhin auf die Nerven gegangen. H. Député Meck hat im "Elsässer" v. 11. 5. Herrn Rossé auf seine Kritik eine Antwort erteilt. Darin heisst es mit einer deutlichen Spitze gegen Rossé:

"Wenn die Kritik jedoch die Wahllage in Strasbourg-Nord betrifft, so sei nur leise die Bemerkung erlaubt, dass wenn vielleicht gewisse Leute - damit ist Rossé gemeint - mit derselben Entschiedenheit, wie der "Elsässer", die Parteiparole für Strasbourg-Nord-Ost verteidigt hätten, die geringe Stimmenumschichtung erzielt worden wäre, die das Resultat anders gestaltet hätte."

H. Meck macht also Herrn Rossé für den Durchfall Carcins indirekt verantwortlich. Selbst im Kreise der UPR ist man also davon überzeugt, dass H. Rossé Hueber begünstigte.

Wer aber ist Rossé? Die "Huma" nannte ihn noch in ihrer Ausgabe v. 1. 5. einen Agenten von Mandel und Goebels. (Siehe Artikel "Die UPR-Presse lügt") Dieser Mann ist für Hueber eingetreten, was ihn nicht hinderte in Mülhausen für den Parteikumpen des H. Frey u. Carcin, den Fabrikanten Wallach einzutreten.

An anderer Stelle des Artikels heisst es:

"Bei den Kammerwahlen hat sich das christliche Elsass u. das christliche Lothringen erneut sozusagen in seiner Gesamtheit zu diesem Frankreich bekannt, zum Frankreich der hl. Jeanne d'Arc... Aber mit derselben Deutlichkeit hat es sich losgesagt vom Frankreich des Marxismus u. des Bolschewismus, vom Frankreich der Revolution u. der Intoleranz, vom Frankreich der Rotfront und des Sowjetpakt. Nein und tausendmal nein, wir wiederholen es noch kräftiger: Wir sind nicht französisch geworden, nur um laizistisch oder gar bolschewistisch zu werden, - nein, so haben wir nicht gewettet, nie und nimmer!... Und wir schreien es bei Gott, bei Maria und Jeanne d'Arc, den erhabenen Patroninnen Frankreichs: "Non, et mille fois non".

Wir haben von der UPR nie etwas anderes erwartet. Wir haben ihr Eintreten für die Heimatrechte immer nur als ein Eintreten für die Vorrechte u. Privilegien des Klerus betrachtet. Ihr Patriotismus, der zeitweise in so reichlichem Ausmass zur Schau getragen wurde, war immer nur ein konjunkturbedingtes Gewächs. Gind die Strömung im Inneren nach rechts, dann waren unsere Upernisten patriotisch, ging sie nach links, dann waren sie wütende Autonomisten u. machten in der Heimatfront gegen Paris. Zur Zeit ist wieder einmal die geballte Faust u. das Kokettieren mit dem gestern verurteilten Landesverrat das Gegebene.

Die Arbeiterschaft hat alles Interesse daran, dass mit den Vorrechten der Kirche, als einer reaktionären Macht gebrochen wird. Aber die Arbeiterschaft hat z. Z. kein Interesse daran der UPR den antiklerikalischen Knochen vorzuwerfen, da sie die Volksseele zum Kochen bringen kann. In erster Linie gilt es zu kämpfen für die Durchsetzung einschneidender Massnahmen auf wirtschaftlichen, sozialen u. finanziellen Gebiet gegen das Grosskapital, um auf diesem Wege die Mehrheit des werktätigen Volkes Elsa-Lothringens aus der Gefolgschaft des Klerikalismus zu befreien. Dann wird sich alles weitere finden und dann wird das werktätige Volk auch Massnahmen billigen, die die Vorrechte u. Privilegien jener beseitigen, die sich als Feinde des arbeitenden Volkes und als Trabanten der Reaktion erwiesen haben.

Die "Affaire" Eberlein:

Es hat reichlich lange gedauert: Am 21. 9. 35. wurde der deutsche Kommunist H. Eberlein und seine Begleiterin Ch. Sackenreuter von der Straßburger Spezialpolizei verhaftet. Beide wurde der Spionage und des Komplotts gegen die Staatssicherheit beschuldigt. Ganze Schauopern wurden von der nationalen Presse um diesen Fall gerant und der horüchtigte Reaktionär Ph. Renriot benutzte sogar die Kammertribüne um den Fall Eberlein als ein gewichtiges Argument gegen den franco-russischen Pakt auszuspielen. Jetzt musste der Untersuchungsrichter beiden Verhafteten ein "Non lieu" erteilen. Die mit soviel journalistische Getöse begleitete Anklage ist also völlig u. schmachlich zusammengebrochen. Wenn der Untersuchungsrichter erst jetzt zu dieser Feststellung gelangte, dann wohl deshalb, weil er die weitere Inhaftierung der Beiden in nichts mehr rechtfertigen konnte und im etwas Angst in die Glieder gefahren ist, dass jetzt nach den Wahlen endlich einmal dieser Justizskandal in allen Einzelheiten untersucht würde.

Wir schrieben im Vorjahr anlässlich der Verhaftung H. Eberleins u. seiner Begleiterin:

"Wenn der Verhaftete tatsächlich Hugo Eberlein ist, so hat er weder mit irgendwelchen Spionageplänen irgendwelcher Staaten, noch auch nur das geringste mit den Autonomisten und erst recht nichts mit der Hitlerregierung zu tun.

Der Fall Eberlein wird sich als die harmloseste Sache der Welt herausstellen und die chauvinistische u. reaktionär-faschistische Presse wird am Ende der Blamierte sein. Es wird sich im Falle Nielsen-Sackenreuter wieder einmal drastisch demonstrieren, mit welcher "Wahrheitsliebe" die christlichen Boteblätter die Öffentlichkeit bedienen und mit welcher Ungeschicklichkeit die Agenten der frz. Regierung Komplote gegen andere schmieden wollen."

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, als das: hier ist ein Stall, der gründlich auszumisten ist und es liegt an der kommenden Regierung in die Justiz etwas frischer Durchzug zu bringen.

Hugo Eberlein aber gehört in die Freiheit und nicht einen Tag länger ins Gefängnis.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

22/III. Jahrgang.

Fünfte Maiwoche 1936.

N°

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

o EDUARD KARRAS GESTORBEN o

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Vom Auslandskomitee der KPD-O wird uns geschrieben: Am Mittwoch, den 27. Mai starb in Prag das langjährige Mitglied der KPD-Opposition Eduard Karras. E. Karras stand im blühenden Alter von 36 Jahren. Sein Tod kommt für uns alle überraschend, da er nie über ein körperliches Leiden klagte. Nur in letzter Zeit erhielten wir die Nachricht, dass er, der seit seiner Ausweisung aus Deutschland arbeitslos war, in grosse wirtschaftliche Not geraten sei und mit seiner Frau und seinen zwei Kindern oft zum vollständigen hungern verurteilt sei.

Mit Eduard Karras verliert die KPD-O und die IVKO einen hingebungsvollen und klugen Kämpfer und Funktionär, mit einem weiten Horizont und einer gediegenen, selbst erarbeiteten marxistischen Schulung.

Eduard Karras war als Sohn eines aus Böhmen eingewanderten Glasmachers in Weiswasser in der Lausitz geboren. Nach einer streng katholischen Erziehung, erlernte er 1914 das Klempnerhandwerk um Ende 1917 als Soldat der österreichisch-ungarischen Armee bis zum Kriegsende am Weltkriege teilzunehmen. Wie für viele junge Proletariat, war der Weltkrieg für ihn das grosse innere Erlebnis, mit dem er sich kritisch auseinandersetzte und der ihn zu einem bewussten Kämpfer der proletarischen Revolution werden liess. Der abgrundtiefe Gegensatz zwischen der russischen Revolution und der jammervollen, vom Verrat der deutschen Sozialdemokratie gekennzeichneten Revolution von 1918 in Deutschland, führte ihn von der ersten Stunde seiner Heimkehr auf den linken Flügel der Arbeiterbewegung. Das Studium der Juniusbroschüre Rosa Luxemburgs, des Spartakusprogramms und der Schrift Lenins gegen Kautzky näherte ihn, der unmittelbar nach seiner Rückkehr in die Heimat der unabhängigen Sozialdemokratie beitrug, um dort mit anderen jungen Arbeitern den linken Flügel zu stärken, dem Kommunismus. Und als in seinem Heimatsort der Spartakusbund seine erste Versammlung abhielt, trat er mit Begeisterung zur Kommunistischen Partei über.

Nach der Spaltung der Unabhängigen wurde er 2. Vorsitzender der Ortsgruppe der Vereinigten Kommunistischen Partei und später 2. Vorsitzender des Unterbezirks der Partei. Im Jahre 1921 nach der Levikrise und der Märzaktion wurde er mit 21 Jahren Bezirksvorsitzender des Bezirks Lausitz der Kommunistischen Partei Deutschlands. Im Jahre 1923 stand er während dem Antifaschistentag und dem Cuno-streik in seiner Heimat an der Spitze der Kämpfenden und übernahm nach dem Verbot der Partei und der Verhaftung der Bezirksleitung die politische Leitung der Bezirks Lausitz. In den Auseinandersetzungen im Anschluss an die Oktoberkämpfe in der Partei vertrat er mit Energie den Standpunkt der sogenannten Brandlerianer und trug mit dazu bei, dass der Parteibeirk den Ultralinken einen entschiedenen Widerstand entgegensetzte. Trotzdem die Polizei täglich hinter ihm war, erfüllte er seine Pflicht bis zum letzten Augenblick. Nach einer längeren Spanne der Illegalität wurde er Vertreter der Roten Hilfe Deutschlands in der IRH in Moskau. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den taktischen Kurs in der Kommunistischen Partei Deutschlands und in der Kommunistischen Internationale nach dem VI. Weltkongress der KI wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Völlig mittellos versuchte er in seiner Heimat Arbeit zu finden. Nachdem dies misslang machte er sich selbstständig.

Als die Hitlerianer zur Macht kamen erinnerten sie sich auch unseres Kameraden, E. Karras, der in Deutschland geboren und aufgewachsen war und der sich als ein Mitglied der deutschen Arbeiterklasse gefühlt u. betätigt hatte, wurde von den Schergen Hitlers über die Grenze getrieben. Mit Frau und Kinder ging er völlig mittellos in seine "Heimat", die er mit Ausnahme seiner Militärzeit nie gesehen hatte. In dieser Heimat erwarteten ihn Arbeitslosigkeit und Elend. Dieses Elend hat ihn jetzt von unserer Seite gerissen, ihn, der mit allen Fasern seines Seins am Leben, am Kampf und an der deutschen revolutionären Bewegung hing.

Die Kommunistische Opposition aller Länder hat durch den Tod von E. Karras einen Verlust erlitten. Wir verneigen uns im Geiste vor dem toten Kämpfer und denken der Worte Liebknechts, die er so oft selbst zitierte:

Unser Schiff zieht seinen geraden Kurs dahin bis zum Ziel,
Und ob wir dann noch leben werden - leben wird die Revolution,
Trotz alledem!

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

Zur innerpolitischen Lage:

Die Tagung der ZK der KPF.

oooooooooooooooooooooooooooo

Das Zentralkomitee der KPF hat am 25. Mai eine Resolution angenommen, in der es heisst, dass das ZK und die kommunistischen Abgeordneten einmütig der Meinung seien, "eine enge und loyale Mitarbeit der Komm. Partei an dem Werk der Regierung von morgen zum Zwecke der Verwirklichung des Volksfrontprogramms" sei unerlässlich; dass das ZK sich bei der Durchführung dieses Werks als mitverantwortlich betrachte u. der "künftigen Regierung unter sozialistischer Führung seine volle Unterstützung ohne Unterbrechungen" zusichere.

Diese Formulierung bedeutet, dass die KPF sich praktisch mit der Politik der kommenden Koalitionsregierung identifiziert. Es ist eine Utopie zu glauben, die KPF werde die neue Regierung unter Druck setzen u. von ihr wesentliche Zugeständnisse erlangen können, wenn sie ihr von vornherein erklärt, sie werde sie unter allen Umständen unterstützen und gehe mit ihr durch Dick und Dünn. Aber das ist nur die Logik der Volksfrontpolitik. Die Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie führt naturnotwendig zur Bindung an die Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie. Der zitierte Beschluss des ZK bedeutet, dass die KPF faktisch zur Regierungspartei wird, allerdings zur Regierungspartei ohne Ministerportefeuilles.

Das ZK zählt in seiner Resolution die dringendsten Massnahmen auf, die die neue Regierung zu verwirklichen habe. Unter diesen dringenden Massnahmen fallen, wenn man so sagen darf, vor allem diejenigen auf, die nicht erwähnt werden. Die Belastung der Reichen, die Vermögensabgabe fehlt. Die KPF hat zwar einen Gesetzentwurf über eine Vermögenssteuer angekündigt, aber Duclos erklärte schon in der bekannten Konferenz mit bürgerlichen Journalisten, dass die praktische Durchführung dieser Massnahme längere Zeit beanspruchen werde. Inzwischen hat Daladier offen gegen die Vermögensabgabe polemisiert, auch L. Blum hat in seiner Rede auf dem Nationalrat der SFIO, allerdings verbüht oder "verfüht", den Kapitalisten versprochen, keine neuen Steuern von ihnen zu erheben. Dass die KPF jetzt die Vermögensabgabe nicht mehr zu den allerdringendsten Massnahmen zählt, ist wohl der Rücksichtnahme auf ihre Volksfrontpartner zuzuschreiben und gibt einen Vorgeschmack ihrer künftigen Haltung in der Rolle der inoffiziellen Regierungspartei.

Ferner fehlt in dem Katalog der ZK-Resolution die Änderung des Statuts der Bank von Frankreich, auch in dieser Beziehung sind bekanntlich die Radikalen böckbeinig.

Nun zu den Forderungen der ZK-Resolution selber. Es werden grosse öffentliche Arbeiten gefordert; aber gerade angesichts der Vorschläge Jouhaux, die Arbeitsbeschaffung mit inflationistischen Mitteln zu finanzieren, wäre es notwendig gewesen, dass die KPF die Forderung der Aufbringung der Mittel dazu durch eine Belastung der Kapitalisten sofort u. dringend stellte. Dann werden "erste Massnahmen" zur Wiedergutmachung der Ungerechtigkeiten der Notverordnungen gefordert. Das ist die vorsichtige u. zweideutige Formulierung des Volksfrontprogramms. Es wäre besser gewesen, wenn die KPF, so wie z. B. die Gewerkschaft der Postbeamten, die Aufhebung der unsozialen Notverordnungen forderte. Dann verlangt das ZK u. a. einen Kredit von 1 Milliarde für den Sport, wobei aus der Presse der KPF

hervorgeht, dass der bürgerliche reaktionäre Sport mit von dieser ~~Summe~~ profitieren soll. Ferner wird eine Kommission zur Untersuchung der Korruption der bürgerlichen Politiker gefordert (solche Kommissionen, die sich mit den Korruptionsskandalen beschäftigten, hat es schon öfters gegeben, ohne dass den Korruptionisten dadurch ihr Handwerk gelegt worden wäre); weiter Massnahmen zum Schutze des Franken, ohne dass diese näher präzisiert werden; Massnahmen zur Revalorisierung der landwirtschaftlichen Produkte, ohne dass die Frage des Schutzes der Konsumenten gestellt wird; dann eine allgemeine Amnestie und die Anwendung des Gesetzes über die Ligen gegen die Faschisten.

Die schwächlichen Forderungen der Resolution des ZK der KP zeigen, dass die KPF schon heute durch das Bestreben, der Regierung Blum keine Schwierigkeiten zu machen, gelähmt wird.

Gleichzeitig wird über eine Unterredung von Duclos, Thorez u. Blum berichtet, in der die Vertreter der KPF u. a. die "Demokratisierung u. Modernisierung" der Armee gefordert haben sollen. Modernisierung der Armee heisst Aufrüstung und nichts anderes. Hier zeigt sich schon in der Praxis die verhängnisvolle Auswirkung der Neuordnungs von der KPF und KI ausgedrückten Bereitschaft, militärische Massnahmen des französischen Imperialismus mit der Begründung, dass sie der Verteidigung gegen Hitlerdeutschland dienen, zu schlucken. Die "Modernisierung" des bürgerlichen Heeres bedeutet die Stärkung des zur Unterdrückung der Werktätigen bestimmten Gewaltapparates der Bourgeoisie. Mit dieser Politik wirft die KPF ihr Argument, dass die Volksfrontpolitik eine revolutionäre Situation vorbereite, selber in darstellerischer Weise.

Was jetzt wirklich zu tun wäre, das zeigen am besten die spontanen, zum Teil mit Betriebsbesetzungen verbundenen Lohnbewegungen in Paris u. anderen Orten Frankreichs. Sie zeigen den frischen Kampfwillen der französischen Arbeiterschaft, ihre Bereitschaft zum ausserparlamentarischen Kampf. Diese spontane Kampfergie zu organisieren, ihr eine zielklare Führung zu geben - das wäre heute die Aufgabe wirklicher Revolutionäre. Aber mit offener oder versteckter Koalitionspolitik kann diese Aufgabe nicht erfüllt werden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die belgischen Wahlen:

Der Faschismus im Vormarsch.

=====
 =====
 =====
 =====

Die belgischen Wahlen sind ein neuer Beweis dafür, dass die bürgerliche Demokratie alles andere ist als ein sicheres Bollwerk gegen den Faschismus? Belgien ist eine "westliche Demokratie" mit starken liberalen Traditionen; nichtsdestoweniger haben die Wahlen vom vorigen Sonntag gezeigt, dass der Masseneinfluss des Faschismus in Belgien in einer geradezu stürmischen Weise anwächst. Die faschistische Partei der Rexisten, die bei den vorhergehenden Wahlen (d. h. 1932) noch garnichts existierte, hat auf den ersten Hieb 271 000 Stimmen (10,4 % der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen) erhalten. Aber die Rexisten sind nicht die einzige faschistische Kraft im Lande. Auch die flämischen "Frontisten", deren Stimmzahl seit 1932 von 117 000 auf 166 000 gestiegen ist, sind von faschistischen Ideen durchdrungen. Dazu kommt, dass innerhalb der stärksten der alten bürgerlichen Parteien, der katholischen Partei unter dem Druck der Rexisten u. Frontisten der Gedanke eines "Korporativstaats", d. h. der Klerikofaschismus nach österreichischen Rezept immer mehr Eingang findet. Der sozialdemokratische Senator de Brouckère ist der Ansicht, dass die Mehrheit der katholischen Partei mit den Ideen des Klerikofaschismus sympathisiere. Und de Brouckère ist sicher nicht geneigt, die katholische Partei, mit der die belgische Sozialdemokratie zusammen in einer Koalitionsregierung sitzt, allzu scharf zu kritisieren.

Der Stimmengewinn, den die KP Belgiens erzielen konnte, bleibt gegenüber dem Zuwachs der Faschisten zurück. Die KPB hat ungefähr diejenigen Stimmen gewonnen, die die belgische Sozialdemokratie verloren hat. Die KPB hat 155 000 Stimmen gegen 64 000 im Jahre 1932 erhalten (bezw. 4,45 % u. 1,6 % der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen).

Das Ergebnis der belgischen Wahlen ist für die Arbeiter der anderen Länder aus verschiedenen Gründen sehr lehrreich.

Der Katholizismus u. der Faschismus.

Die rexistische Bewegung ist ein neuer Beweis für die Rolle der katholischen Kirche als Helfershelferin des Faschismus. Die Rexisten haben die Losung "Christus Rex" (Christus der König) auf ihr Banner geschrieben. Sie sind aus der

alten katholischen Partei hervorgegangen, die sie jetzt scharf bekämpfen; der rexistische Faschismus ist ein Faschismus auf katholischer Grundlage, d.h. er propagiert eine reaktionäre Diktatur im Dienste der Kapitalisten, ohne Rassen-theorie, dafür aber unter Zuhilfenahme der Lehren der katholischen Kirche über den Kooperativstaat, die Familie etc. Ebenso wie der österreichische Klerikofaschismus zeigt auch der Rexismus, dass die katholische Ideologie sehr wohl mit einer faschistischen Politik zu vereinbaren ist, und dass die katholische Kirche in den Ländern mit katholischer Bevölkerungsmehrheit zu den entscheidenden profaschistischen Kräften gehört (die Konflikte zwischen den Nazis und der katholischen Kirche entspringen ja dem Umstand, dass in Deutschland die Katholiken eine Minderheit der Bevölkerung sind und dass die Nazis deshalb der katholischen Kirche nicht das Entgegenkommen zeigen, dass diese selbst bereit wäre der Hitlerdiktatur entgegenzubringen). So notwendig es ist, die katholischen Werktätigen in den antifaschistischen Kampf hereinanzuziehen, so falsch wäre es angesichts dieser Tatsachen, wenn die revolutionären Arbeiter dabei darauf verzichten, die wahre Rolle der katholischen Kirche aufzuzeigen u. wenn sie sich der Illusion hingäben, man könne innerhalb des katholischen Klerus Verbündete gegen den Faschismus rekrutieren. Die revolutionären Arbeiter müssen bereit sein, zusammen mit den katholischen Werktätigen gegen das Kapital, gegen den Faschismus zu kämpfen, ohne von ihnen zu verlangen, dass sie ihre religiösen Auffassungen preisgeben, aber gerade im Interesse dieses gemeinsamen Kampfes ist es notwendig, dass die politische Rolle u. Tätigkeit des katholischen Klerus auf Schritt u. Tritt entlarvt wird.

Die Ursachen des faschistischen Aufschwungs.

Noch wichtiger ist für die französischen Arbeiter, sich über die unmittelbaren Ursachen des Aufschwungs der faschistischen Bewegung in Belgien Klarheit zu gewinnen.

Die Rexisten haben sich ebenso wie die Nazis in Deutschland die Enttäuschung der Massen über die praktischen Ergebnisse der Koalitions politik der Sozialdemokratie zu nutze gemacht, um ihre soziale Demagogie an den Mann zu bringen, um sich als Gegner des Kapitalismus aufzuspielen. Die Presse der KWF stellt nun der Koalitions politik der belgischen Sozialdemokratie die französische Volksfront politik als das richtige Mittel, um das Vordringen des Faschismus zu verhindern, entgegen. Nichts kann gefährlichere Illusionen erwecken als dieser Standpunkt. Dank der Volksfront politik stehen wir in Frankreich am Vorabend der Bildung einer Koalitionsregierung. Das belgische Beispiel ist in der heutigen Situation ein direktes Warnungssignal für die französische Arbeiterschaft, keineswegs aber eine Bekräftigung der Volksfront politik. Man wird sagen, dass die belgische Koalitionsregierung von Zeeland ja eine Regierung der "nationalen Einheit" gewesen sei, während L. Blum eine Regierung auf der Basis der Volksfront bilde. Aber dass L. Blum eine Regierung mit bürgerlichen Linksparteien bildet, während in der belgischen Koalitionsregierung auch Politiker saßen, die man in Frankreich zum sogenannten rechten Zentrum zählen würde, das ist kein grundsätzlicher Unterschied. Die französischen Radikalen sind, und das zeigte noch vor einigen Tagen die Stellung Daladiers zur Frage der Vermögenssteuer ebenso eifrige Vertreter der kapitalistischen Interessen wie ihre Kollegen rechts von ihnen im Parlament. Es besteht kein wesentlicher Unterschied (politisch) zwischen Daladier u. Herriot einerseits u. Flandin andererseits u. das praktische Ergebnis der Koalitions politik, die L. Blum zusammen mit Daladier betreiben wird, kann und wird nicht viel anders aussehen als die Resultate der Zusammenarbeit der belgischen Sozialdemokratie mit den belgischen Daladiers und Flandins. Auch die belgische Koalitionsregierung von Zeeland ist s. Zt. von den Arbeitern, die der belgischen Sozialdemokratie folgten, mit grossen Erwartungen begrüsst worden. Was hat diese Regierung geleistet? Sie hat eine "Arbeitsbeschaffung" mit Hilfe der Devaluation, mit inflationistischen Mitteln in die Wege geleitet, eine "Arbeitsbeschaffung", die auf Kosten einer Senkung der Lebenshaltung der Werktätigen erfolgte, denn die Preise stiegen mit der Geldentwertung, ohne dass die Teuerung durch eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter wettgemacht werden konnte. Auch in Frankreich wird jetzt eine Arbeitsbeschaffung angekündigt. Aber schon wehrt sich Daladier dagegen, dass die Besitzenden die Kosten dieser Arbeitsbeschaffung tragen. Wenn jedoch die Kosten der Arbeitsbeschaffung nicht durch eine Belastung der Besitzenden aufgebracht werden, so werden sie den Werktätigen aufgebürdet werden. Die belgische Koalitionsregierung hat ferner mit der Begründung, dass das zur Verteidigung gegen Hitlerdeutschland notwendig sei, die Rüstungen vermehrt. Die Stärkung des Militarismus, des bürgerlichen Heeres, die mit der von aussen her drohenden faschistischen Gefahr begründet wurde, hat sich praktisch

in einer Stärkung des Faschismus im Lande selber ausgewirkt, was die Regierung I. Blum anbelangt, so wird schon jetzt gemeldet, dass der Generalstab ihr einen umfangreichen Wunschkettel über neue Rüstungen unterbreiten werde. Die belgische Koalitionsregierung hat schliesslich bewiesen, wie wenig dabei herauskommt, wenn der Faschismus mit ähnlich unwirksamen Massnahmen, wie es das französische Gesetz über die Ligen ist bekämpft wird. In Belgien gibt es ein Uniformverbot und ähnliche Verordnungen, aber diese halben Massnahmen des bürgerlichen Staates, die von den Behörden noch dazu sehr lax angewandt wurden, haben den Aufschwung des Faschismus nicht gehindert. Belgien zeigt also, dass die Koalitionspolitik kein Mittel ist, um den Faschismus zurückzuwerfen, sondern umgekehrt den faschistischen Bluthunden günstige Voraussetzungen für ihre Demagogie liefert.

Die Tatsache schliesslich, dass in Frankreich die kommunistische Partei bei der kommenden Koalitionsregierung Parteistatist, während die kommunistische Partei Belgiens die Koalitionsregierung bekämpft, gereicht der französischen Arbeiterbewegung nicht zum Vorteil. Die KPB konnte dadurch, dass sie gegen die Koalitionspolitik auftrat, das Vordringen des Faschismus insofern hemmen, als sie die enttäuschten Wähler der Sozialdemokratie zum grössten Teil für sich gewann, so dass es in der Hauptsache die früheren Anhänger der alten bürgerlichen Parteien waren, die nach rechts gingen u. der antikapitalistisch aufgeputzten Demagogie der Faschisten zum Opfer fielen. In Frankreich sind bei den letzten Wahlen grosse Massen von den bürgerlichen Mittelparteien nach links abgewandert, zu den Arbeiterparteien, weil sie von diesen eine Besserung ihrer Lage erhoffen. In Belgien sind die Anhänger der bürgerlichen "Mitte" nach rechts abgewandert, weil die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie das Ansehen der Arbeiterparteien diskreditiert hat. Und wenn die KPF heute im Namen der Volksfrontpolitik die Mitverantwortung für die Koalitionspolitik der SFIO übernimmt, so wird das dazu führen, dass sie sich zusammen mit der SFIO diskreditieren wird.

Die belgischen Kommunisten werden ihren Wahlerfolg nur dann zu einer erfolgreichen Abwehr gegen den vordringenden Faschismus ausnutzen können, wenn sie keine Volksfrontpolitik betreiben, d. h. wenn sie es ablehnen, sich auf den Standpunkt der Verteidigung des bestehenden bürgerlich-demokratischen Staates u. der Zusammenarbeit mit kapitalistischen Parteien zu stellen u. wenn sie einen unermüdlichen Kampf für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront u. für die Wahrung der demokratischen Rechte der Werktätigen mit der revolutionären Perspektive des Sturzes der Kapitalherrschaft führen.

Für die französische Arbeiterschaft aber sind die belgischen Wahlen eine ernste Warnung vor der Politik der Koalition mit der Bourgeoisie.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

"Die ganz misstrauische IVKO":

Wie und das radikale Kleinbürgertum.

=====
 =====

In "La Republique" v. 26. Mai beschäftigt sich F. Hecker mit unserer wiederholt dargelegten Haltung zur Politik der Radikalen Partei u. zur sogenannten Volksfrontpolitik, wie sie in der Zusammenarbeit der Arbeiterparteien mit der radikalen Partei zum Ausdruck kommt. Insbesondere unser Artikel in Nr. 21. der "Arbeiterpolitik" über das Thema "Volksfront u. Radikale" ist für F. H. Veranlassung einige Bekenntnisse von sich zu geben.

Unsere Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Republikanern wertet F. H. so:

"Das Blatt (Arbeiterpolitik) sieht eben ganz richtig im radikalen Militant den Kleinbürgerlichen, der zwar die Republik, die Freiheit, das Recht will, der aber den Umsturz, der Klassendiktatur, dem besetzten Übergang zum kollektivistischen System abhold ist, je, der den drängenden marxistischen Massen, wenn sie sich auf ihn stützen sollten, um zum Ziele der sozialen Revolution zu gelangen, nur bittere Enttäuschungen bereiten würde." 3

In Ergänzung dieser Deklamation, die nur insoweit stimmt, soweit mit den radikalen Militants die kapitalistisch-bürgerlich eingestellte Führung der Radikalen Partei gemeint ist, fährt F. H. fort:

"... Die IVKO hat sicherlich nicht unrecht. Radikale sind selbstredend Bürgerliche, wenn sie auch nicht das sind, was man Bourgeois nennt. Sie sind es heute weniger als gestern, aber da sie durch die Bank Leute sind, die etwas besitzen, die

tiefinnerst national denken u. denen die individuelle Freiheit über alles geht. werden sie in ihrer Aktion nie über die legale Evolution hinweggehen wollen".

Wir wollen hier nicht untersuchen wie es mit "tiefinnersten" und dem "über alles gehen" im einzelnen bestellt ist, wir wollen hier nur noch wiedergeben, was F.H. zur unserer Stellungnahme zum Daladier-Artikel v. 16.5. im "Oeuvre" sagt.

"Die Radikalen werden also nicht nur den Bremsblock an der sozialistischen Maschinerie und gegenüber deren kommunistischen Dynamo bilden, wie wir es erwarten, von ihnen, sondern, nach Meinung der "IVKO", werden sie die Saboteure der Volksfront sein".

Dazu nur soviel:

Wir identifizieren das radikale Kleinbürgertum nicht mit der radikalen Parteiführung. Wie wenig das Kleinbürgertum von der Politik der Radikalen Partei erbaut ist, haben ja die Wahlen gezeigt, indem beträchtliche Teile des radikalen Kleinbürgertums zu den Sozialisten u. Kommunisten übergingen. Dieser Übergang wäre noch grösser gewesen, wenn die Radikalen sich nicht der Volksfront angeschlossen und sich dadurch vor der Kritik der Arbeiterparteien wegen ihrer Mitwirkung an der Doumergueschen und Lavalschen Politik der Kapitaloffensive geschützt hätten.

F.H. erklärt unsere Wertung der Radikalen sei diktiert von dem Wunsche den Sündenbock für ein eventuelles Versagen parat zu stellen, und es sei ihm wohl erlaubt darüber herzlich zu lachen. F.H. möge lachen, soviel u. solange es ihm beliebt.

Für uns handelt es sich um etwas anderes. Das Versagen der kommenden Koalitionsregierung vom Standpunkt der Interessen des Proletariats u. der nichtproletarischen Werktätigen wird zu Lasten der Arbeiterparteien gehen, die in den Augen der Massen die Verantwortung für das Volksfrontexperiment tragen. Der alleinige Nutzniesser davon würde - wenn die Kommunisten ihre Worte von der Lückenlosen Unterstützung der rad-soz. Koalitionsregierung wahr machen - ausschliesslich die bürgerliche Rechte u. der Faschismus sein. Es handelt sich für uns also garnicht darum einen Sündenbock zu suchen, sondern darum, klar zu sehen, dass in einer Koalition mit den Radikalen keine durchgreifenden Massnahmen im Interesse der Werktätigen gegen das Kapital durchgesetzt werden können u. die Arbeiterparteien und der Marxismus - der mit einer solchen Politik nicht zu vereinbaren ist - nur diskreditiert werden können. Deshalb sind wir von vornherein gegen das Experiment. Deshalb sind wir nicht nur ganz misstrauisch, sondern von vornherein Opposition.

Die Kleinbürger, die von der Radikalen Partei zu den Sozialisten und Kommunisten übergegangen sind, sind nicht wegen der "Freiheit", dem "Recht" und wegen ihrer Anhänglichkeit an diese Republik von den Radikalen gegangen. Redensarten darüber haben sie bei den Radikalen zur Genüge gehört. Die Kleinbürger haben mit ihrem Übergang zu den Sozialisten u. Kommunisten zum Ausdruck bringen wollen, dass sie ihre Interessen gegen das Grosskapital nur durch die Arbeiterklasse u. unter deren Führung und nur auf anderen Wegen als den bisherigen vertreten sehen. Dieser andere Weg kann nur der Weg des entschlossenen Kampfes gegen das Grosskapital sein. Dieser Weg kann nicht mit, sondern nur gegen die bürgerlich-kapitalistische Führung der Radikalen gegangen werden. Was wir mit der Wiedergabe des Artikels Daladiers zeigen wollten, war gerade dies. Deshalb sind wir gegen eine Koalitionsregierung und deshalb verurteilen wir die Haltung der KPF, weil eine Koalitionsregierung nicht nur die Arbeiter, sondern auch das Kleinbürgertum enttäuschen muss. Weil auf diesem Weg die Arbeiterklasse geschwächt, das Kleinbürgertum abgestossen und der Faschismus profitiert und mit die Voraussetzungen für den siegreichen Machtkampf nicht geschaffen, sondern zerstört werden, deshalb kämpfen wir gegen diese Politik mit unserer ganzen Leidenschaft. F.H. hat uns in der Notwendigkeit dieses Kampfes nur überzeugt.

Betteln verboten!

Es braucht niemand zu betteln.

=====
 =====

H. Schies, der zuständige Adoint des Strasbourger Armenamtes hat sich das Ziel gesetzt, die Bettelerei in unser "Wunderschönen" auszurotten. Sein Motto lautet, "In Strasbourg braucht niemand zu betteln, denn jeder in Not Geratene erhält eine angemessene Unterstützung. Wer dennoch bettelt, ist entweder ein von der Polizei gesuchtes Individuum oder ein notorischer Säufer, der eine Ersatzunterstüt-

ang braucht um seine alkoholischen Bedürfnisse zu befriedigen".

Nach dieser Litanei sollte man eigentlich der Meinung sein, dass das Betteln verboten ist. Ganz soweit hies geht nun der Chef unseres Armenamtes nicht. Um dem Betteln zu steuern, hat er sich entschlossen jedem Unterstützungsempfänger eine grüne Karte mit Angabe der Zahl der Familienmitglieder u. der Höhe der ausbezahlten Unterstützung zu geben. Durch einen Aufruf an die Bürgerschaft hat dieairie die Bürger von dieser Erneuerung in Kenntnis gesetzt und sie ersucht, sich von jedem Bettler diese Karte zeigen zu lassen. Dann könne jeder Bürger entscheiden, ob man dem Betreffenden noch eine Sonderunterstützung gewähren will.

So ist aus dem grossangekündigten Kampf gegen die Bettelerei am Schluss eine reglementierte und offiziell erlaubte Bettelerei geworden. Warum diese Wendung? Wenn es wahr ist, dass jeder in Not Geratene eine ausreichende Unterstützung erhält, warum dann eine amtlich genehmigte Bettelerei? Auch wir sind gegen die Bettelerei, denn faktisch tragen die Kosten dafür nicht die Reichen, sondern die Arbeiter u. Kleinbürger. Wir verlangen, dass die kapitalistische Gesellschaft für ihre Gebrechen aufkommt, d. h. dass niemand zu Betteln braucht. Es ist ein Skandal Arbeitern u. Kleinbürgern, die der Kapitalismus arbeitslos gemacht u. ruiniert hat, zu zumuten, dass sie Betteln gehen. Die Tatsache, dass das Armenamt die Bettelerei legalisiert und behördlich reglementiert, besagt doch nichts anderes, als dass das Armenamt der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt hat, dass es erklärte in Strassbourg brauche niemand zu Betteln.

Wie sieht es mit dieser Behauptung aus? Gehen wir nur einen Fall wieder, der in "La Republique", also einem Blatte der Proporzmehrheit wiedergegeben wird: "So z. B. beklagt sich der Arbeitslose L. S., verheiratet u. Vater von drei Kindern im Alter von 7, 11 u. 12 Jahren, dass er bei einer Tageszuwendung von 17; Frs 6 Mio- to v. 49 Frs. u. zwei Kohlenbons à 15 Fr zuzüglich) zwar knapp zum Leben, jedoch nichts zur Beschaffung von Kleidern für seine Kinder habe. Man habe ihm, als er um Kleidung ankam, die in jenen Artikeln versprochene grüne Karte, die Bettelkarte, gegeben mit dem Rat, sich nun selber zu helfen. "Ich habe aber noch nie gebettelt u. will es auch jetzt nicht tun"; erklärte uns der Mann."

Was besagt diese Notiz? Dass die Unterstützung zu gering ist, dass es eine Unwahrheit ist, dass in Strassbourg niemand zu Betteln braucht und dass die Einführung der "grünen Karte" u. a. ein Mittel ist, um die berechtigten Forderungen von Unterstützungsempfänger auf den Weg der Bettelerei zu verwandeln.

Mit diesem Zustande muss Schluss gemacht werden. Wenn die Mittel nicht ausreichen, dann müssen neue erschlossen werden. Die Reichen sollen ein Notopfer zur Beteiligung der Bettelerei zahlen. Die Armen müssen sie dazu zwingen!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Man droht sich im Kreise:

Die Not der Industriegemeinden.

=====
 =====
 =====

Wir haben an dieser Stelle bereits die besondere Notlage der Gemeinde Bühl besprochen. Wir haben auch die Intervention des soz. Maire auf der Tagung der Bürgermeister des Haut-Rhin und die Antwort des Präfekten darauf wiedergegeben.

Der Präfekt hat inzwischen empfohlen die Zuschlagscentimes von 130 auf 200 zu erhöhen? Dazu soll die Gemeinde eine neue Anleihe von 143 000 Frs zum Zwecke des Budgetausgleichs aufnehmen. Amortisation u. Verzinsung betragen aber bereits heute 600 000 Frs. oder die Hälfte der Budgeteinnahmen. Hinzu kommt, dass eine bereits genehmigte Anleihe v. 115 000 Frs. bisher noch kein Kreditinstitut zur Bewilligung gefunden hat. Dies ist auch kein Wunder. Eine Gemeinde, deren Bevölkerung zu 29 % arbeitslos ist und in dem geschilderten Masse verschuldet ist, kann keine Garantien für neue Anleihen mehr bieten. Sie kann auf dem Wege weiterer Anleihen nur weiter in den Morast gestossen werden. Bei dieser Lage ist es nicht verwunderlich, dass der Präfekt seine "Sanierungsvorschläge" immer steigenderen Masse auf dem Wege soz. Verschlechterungen zu realisieren sucht. Alle diese Mittel sind nicht geeignet der Gemeinde zu helfen. Solange die Betriebe stillliegen, die Bevölkerung zur Arbeitslosigkeit verurteilt und auf soz. Unterstützungen angewiesen ist, ist jeder Versuch sich auf den bisherigen Wagen aus dem Sumpfe zu ziehen, vergebliche Mühe, und ein Verbrechen an der Bevölkerung zugleich.

Es ist natürlich notwendig vom Staat Subventionen zu fordern. Daneben aber eine grundlegende Reform des Finanz- u. Steuersystems anzustreben, denn wenn in der Gemeinde unter den Wirkungen der Krise die Steuerobjekte zerfallen, dann kann sie beim heutigen Steuersystem verkommen. Dies trifft aber in erster Linie die Arbeitergemeinden, während die Bourgeoisgemeinden mit gründer Arbeitslosigkeit und brauchbaren Steuerobjekten, sich beim Regime der Zuschlagscentes schadlos halten. Hier müssen die Bourgeoisgemeinden in respektabler Höhe zur Tragung der Krisenlasten herangezogen werden.

Aber das entscheidende u. grundlegende ist, dass die Betriebe stillliegen, obzwar die Menschen ihre Erzeugnisse so dringend gebraucht und die Arbeiter mit verschränkten Armen und dem Hunger im Antlitz daneben stehen.

Warum erheben die Arbeiterorganisationen nicht den Ruf: Wiedereröffnung der Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter? Natürlich müssen die Schulden in die Masse geschrieben werden. Selbstverständlich müssen die kapitalistischen Gewinne unterbunden werden. Und soweit ein Betriebskredit notwendig ist, muss dieser vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Diese Art Arbeitsbeschaffung ist rentabel u. billiger, als die Politik der verschränkten Arme, und dies auf den Ablauf der kapitalistischen Krise kraft der ihr innewohnenden "Ausgleichstendenzen" wartet und sich in der Herstellung der Budgetgleichgewichts auf dem Wege der Kapitaloffensive erschöpft.

Sitzt denn der Respekt vor dem "geheiligten" Privateigentum an den Produktionsmitteln den Sozialisten bereits so in den Knochen, dass sie ihren Kampf gegen die Krise nur als Kampf im "Rahmen dieser Gesellschaftsordnung" betrachten können? Und was hindert die Kommunisten, den Kampf gegen die Krise nicht als Kampf für die Arbeiterkontrolle der Produktion zu führen?

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Unsere Justiz:

Maurras und Eberlein.

=====
=====

Charles Maurras von der "Action Française" hat sich wiederholt offener Morddrohungen an antifaschistischen Politikern schuldig gemacht. So hatte er in einem Artikel offen zum Mord an Léon Blum aufgefordert. Das Attentat auf Léon Blum liess nicht lange auf sich warten. Unter dem Druck der Erregung der Massen bequeme sich die Justiz endlich dazu CH. Maurras den Prozess zu machen. Die Justiz, die sich mit den Mordaufrufen von Maurras zu beschäftigen hatte, zeigte sich mild. M. wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt und die 10. Kammer des Appellhofes setzte das Urteil der ersten Instanz auf 3 Monate herab, obzwar selbst nach den Feststellungen des Appellhofes die Kommentare, die die beanstandeten Artikel begleiteten, an sich schon eine direkte Aufforderung zum Mord darstellen.

Ungefähr zur gleichen Zeit, erschien vor der 2. Strafkammer in Straßburg der deutsche Kommunist u. Emigrant Hugo Eberlein, der Ende September vorigen Jahres verhaftet wurde, unter der Anklage der Benutzung eines falschen Passes. Ein Vergehen, das einfach auf die Watsche zurückzuführen ist, dass Hitler den Antifaschisten keine Pässe zur Verfügung stellt.

Eberlein wurde unter einem aussergewöhnlichen Polizeiaufgebot gefesselt vorgeführt, obzwar selbst die Anklagebehörde nunmehr gestehen musste, dass Eberlein in moralischer, finanzieller und politischer Beziehung makellos dastehe.

Die reaktionäre Journaille und in engster Verbindung damit, die reaktionären Gerichtsbehörden, haben mit allen Mitteln versucht, aus dem Fall Eberlein Kapital gegen den Kommunismus zu schlagen und eine Staatsaktion daraus zu machen. Übrig geblieben ist von diesen Phantasieprodukten nichts als eine lächerliche Bagatelle; ein Passvergehen.

Und wegen dieses Vergehens wurde Eberlein zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt und für die gesamte Verhandlungsdauer, trotz des heftigen u. entschiedenen Protestes des Angeklagten, die Öffentlichkeit wegen angeblicher Gefährdung der "internationalen öffentlichen Ordnung" ausgeschlossen. Eine famose Begründung zur Mundtotmachung eines Angeklagten in der III. Republik.

Maurras u. Eberlein, diese beiden Fälle charakterisieren die republikanische Justiz als Klassenjustiz.

Die Arbeiter dürfen weder zum Urteil gegen Maurras noch gegen Eberlein schweigen.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis Monat Frs 2.-
Einzelheft 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opportunisten Elsass (Section der IVKO)

Nº 23/III, Jahrgang.

Erste Juniwoche 1936.

Die Streikbewegung in der Pariser Region:

FOLGT IHREM BEISPIEL.
oooooooooooooooooooooooooooo

Eine breite Bewegung der Arbeiter ist in den Betrieben der Pariser Region im Gange. Diese Bewegung hat inzwischen auch auf die Provinz übergegriffen. Überall in Frankreich müssen die Arbeiter zu dieser Bewegung Stellung nehmen und zwar nicht nur in der Weise, dass sie den kämpfenden Grüßen senden, sondern in dem sie sich zugleich über die ganze Bedeutung der vor sich gehenden Lohnbewegungen klar werden und daraus die praktischen Folgerungen für ihr eigenes Handeln ziehen.

Es ist nicht das erste Mal, dass der gesunde Klasseninstinkt der Massen der französischen Arbeiter sich als richtiger erweist als die Politik der Führer der grossen Arbeiterorganisationen. Nach dem Faschistenputsch vom 6. Februar 1934 waren es die Massen der sozialistischen u. kommunistischen Arbeiter, die von unten die Aktionseinheit der Arbeiterparteien gegen den Faschismus erzwingen. Auch die heutige Bewegung ist zu einem grossen Teil spontan und zwar in dem Sinne, dass die Initiative bei der Auslösung und Ausbreitung der Bewegung in den Händen der gewerkschaftlichen Militanten in den Betrieben u. nicht der oberen Instanzen der Gewerkschaften lag. Diese Tatsache hat Léon Blum veranlasst, in seiner Rede auf dem Parteitag der SFIO die Befürchtung auszusprechen, dass die Führung der Lohnbewegungen den Gewerkschaften aus der Hand gleiten könne. In der Sprache L. Blums ist "Gewerkschaft" und "Gewerkschaftsbürokratie" ein und dasselbe und was das kommando Ministerpräsident fürchtet, ist offenbar das, dass die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich dem lähmenden Einfluss des Jouhaux'schen Reformismus entzieht. Jedenfalls betrachtet Léon Blum die Entfaltung der eigenen Initiative der Massen als etwas, was seine Absichten in der Regierung stören könnte, und der von uns erwähnte Satz in seiner Rede ist nichts anderes als ein unfreiwilliges Eingeständnis der Tatsache, dass ~~wirklich~~ die Koalitionspolitik und die Entfaltung der selbständigen Aktion der Massen im Widerspruch zueinander stehen. Noch schärfer wie Léon Blum hat sich der zukünftige Innenminister des Kabinetts Blum, Salengro, in einer Sitzung der Delegation der Linken ausgedrückt. Salengro gab offen zu verstehen, dass die gegenwärtige Bewegung unangebracht ist. Er forderte die Kommunisten auf, bei den Arbeiterorganisationen und der CGT sofort zu intervenieren, damit die Betriebsbesetzungen aufhören. Er forderte die Kanalisierung der Bewegung, d. h. ihr Abwürgung, um die Arbeit des neuen Kabinetts zu erleichtern. Nach dem Bericht der Havasagentur, soll Salengro sogar erklärt haben, dass es sich darum handle, zu wissen, ob die Führer ihre Truppen noch in der Hand haben. Zwischen Anarchie und Ordnung gestellt, werde er sich für die Ordnung entscheiden. Diese Ausführungen lassen erkennen, dass die Führer der SFIO bereits vor der Übernahme der Regierung bereits ihren Einfluss gegen die selbständige Aktion der Massen geltend machen. Ein weiterer Beweis in welchem Sinne sich die von der KPF unterstützte und befürwortete Koalitionspolitik auswirken wird.

Ihr werdet nur soviel erreichen, als Ihr Euch selbst erkämpft.

Das Wichtigste an den gegenwärtigen Lohnbewegungen ist gerade der Umstand, dass sie den praktischen Beweis dafür liefert, dass die Methode, mit der die Arbeiter und die Werktätigen überhaupt den gestärkten Einfluss der Arbeiter-

Bewegung, der sich im organisatorischen Wachstum der Gewerkschaften und im Wahlsieg der Arbeiterparteien ausdrückt, für die Durchsetzung ihrer dringenden Forderungen ausnützen können, nicht darin besteht, dass sie ihre Hoffnungen auf die kommende Koalitionsregierung und deren Taten setzen, sondern darin, dass sie durch ihr eigenes ausserparlamentarisches Auftreten ihren Forderungen Nachdruck verleihen und versuchen, herauszuholen, was sie herausholen können. Der Wahlsieg der Volksfront hat die Bourgeoisie nicht sonderlich beunruhigt. Die selbstständige Aktion zur Realisierung ihrer dringlichsten wirtschaftlichen Forderungen aber hat die Bourgeoisie in Unruhe versetzt. Nachdem die Arbeiter gemerkt haben, dass ihre selbstständige Aktion ein wirksames Mittel ist um einem Teil ihrer dringendsten Nöten abzuhelfen, hat die Bewegung auf immer weitere Betriebe übergegriffen; von der Metallindustrie auf andere Industriezweige und von der Pariser Region auf die Provinz. Ein Zeichen, welche Kampfkraft in den Massen schlummert und ein Beweis, dass die Massen eine wirkliche Änderung ihrer Lage wollen und bereit sind dafür zu kämpfen.

Die kämpfenden Arbeiter der Pariser Region geben der gesamten Arbeiterschaft ein anschauliches Beispiel dafür, worauf es jetzt ankommt. Es gilt nicht die Taten der kommenden Koalitionsregierung abzuwarten, sondern durch die selbstständige Aktion soviel herauszuholen, wie der Kampfkraft der Massen und dem gestärkten Einfluss der Arbeiterbewegung entspricht.

Der Kampf der Arbeiter ist kein politischer, sondern ein wirtschaftlicher Kampf. Die Forderungen der Arbeiter sind wirtschaftliche und die Aktion verfolgt keine politischen Ziele. Lohnaufbesserungen, bezahlter Urlaub, 40 Stundenwoche ohne Lohnverminderung, Abschluss von Kollektivverträgen zur rechtlichen Fixierung des Arbeits- und Lohnverhältnisses und Anerkennung der Gewerkschaften als Vertragspartner und kontrollierendes Organ, dass die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge zu überwachen hat, sind die wesentlichsten Forderungen. Die Arbeiter haben bereits wesentliche Forderungen durchgesetzt und das Patronat zu Verhandlungen über den Abschluss eines Kollektivabkommens gezwungen. Es ist die Aufgabe der Arbeiter diese Verhandlungen zu überwachen, über ihre Ergebnisse zu entscheiden und darauf zu achten, dass die Tarifverträge die Kampfkraft der Gewerkschaften stärken und nicht fesseln, d. h. zu vermeiden, dass die Verträge eine Fessel für die Ausnützung günstiger Lage durch die Arbeiterschaft werden.

Der Hinweis der Arbeiterpresse auf die Tatsache, dass die gegenwärtige Bewegung keine politische Bewegung ist, genügt nicht. Es ist natürlich richtig gegenüber den Verdrehungen der bourgeoisen Presse den wirtschaftlichen Charakter der Bewegung hervorzuheben. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die Gewerkschaften auf den Einsatz ihrer Machtmittel für politische Ziele und Forderungen verzichten. Im Gegenteil. Es gilt bereits heute den politischen Einsatz der Gewerkschaften für die Zukunft vorbereiten und auch die ausserparlamentarische Durchsetzung politischer Forderungen ins Auge zu fassen. Dies geht allerdings nicht, wenn die Gewerkschaften sich in Stützbalken der Koalitionspolitik verwandeln, sondern nur, wenn sie willens sind, trotz und entgegen der Koalition der Sozialisten mit den Radikalen den politischen Forderungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen den nötigen ausserparlamentarischen Nachdruck zu verleihen.

Die Arbeiter haben zur Durchsetzung ihrer Forderungen sich einer neuartigen Kampfweise bedient. Sie haben die Betriebe besetzt. Die bourgeoise Presse krüpfelt an diese Tatsache alle möglichen Kommentare, die den revolutionären und anarcho-syndikalistischen Charakter der Bewegung beweisen sollen. Soweit aber ist die Arbeiterschaft noch nicht. Die Betriebsbesetzung erklärt sich aus der Angst der Arbeiter vor Streikbrüchern, die sie mit der Methode der Betriebsbesetzung abwehren will.

Die Bewegung in der Pariser Region hat die Aktivität der Gesamtarbeiterschaft zur Durchsetzung ihrer Forderungen mit Hilfe ihrer eignen und selbstständigen Aktion überall angeregt. Selbst in Elsass-Lothringen machen sich die Rückwirkungen bemerkbar. In der lothringischen Hüttenindustrie hat das Patronat bereits den Arbeitern in einigen bescheidenen Punkten Genugtuung gewährt und die Direktion der Matfordwerke hat in einem Aushang ihrer Belegschaft bekannt gegeben, dass sie einen bezahlten Urlaub für ihre Arbeiter einführe. So soll den Arbeitern nach einjähriger Beschäftigung 5 Tage und nach zweijähriger Beschäftigung 10 Tage bezahlter Urlaub gewährt werden. Wir wollen hier auf

die Problematik dieser Zugeständnisse nicht eingehen, sondern nur die Wirkung des Vorgehens der Arbeiter in der Pariser Region aufzeigen. Der Sinn des erwähnten Vorgehens der Lothringischen Hüttenindustriellen und der Matford-Direktion liegt auf der Hand: das Unternehmertum will der sich heranrollenden Welle der Massenbewegung vorbeugen und handelt nach dem Sprichwort "Der kluge Mann baut vor". Auf diesem Wege hoffen diese Herren der gewerkschaftlichen Aktion, der Einmischung der Gewerkschaften in die Lohn- u. Arbeitsverhältnisse und deren vorzügliche Fixierung in einem durch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute kontrollierten Tarifvertrag vorzubeugen. Geht es ihnen auf diese Weise den Anschluss ihrer Belagschaften an die Bewegung zu verhindern und ihre Arbeiter von der gewerkschaftlichen Organisation fernzuhalten, dann werden sie zur gegebenen Zeit ihren alten Standpunkt wieder herauskehren und selbst die Schoinkonzessionen zurücknehmen, die sie heute als vorbeugendes Mittel gegen den von Paris ausgehenden Streikbazillus gewähren. Die Arbeiter dürfen sich durch solche Manöver nicht irritieren lassen. Sie müssen überall durch die Gewerkschaften die praktische Solidarität mit der Bewegung der französischen Arbeiterschaft wachrufen und ihre eigenen Forderungen aufrollen und dafür den Kampf organisieren.

Die Pariser Metallindustriellen haben den Kämpfenden keine Genugtuung in der Frage der 40 Stundenwoche gewährt und erklärt, dass dies eine Forderung sei, die nur im nationalen Rahmen gelöst werden könne. Die Arbeiter müssen von der CGT die Organisation der Kampfes um die 40 Stundenwoche ohne Lohnverminderung fordern und in ihren Teilkämpfen gleichfalls diese Forderung stellen. Die CGT muss unter Druck gesetzt werden und ihrerseits ihren Druck auf die Regierung ausüben, dass keine Polizei und garde mobile gegen die Streikenden und die Streikposten eingesetzt werden darf. Die Arbeiter müssen fordern, dass unverzüglich ein Gesetzentwurf zu diesem Zweck in der Kammer einzubringen ist.

Die Bewegung der Arbeiter der Pariser Region hat eine alte Wahrheit neu bestätigt: die Aktion ist der beste Propagandist für die gewerkschaftliche Organisation. In und durch die Aktion wachsen die Gewerkschaften, denn in der Aktion bestätigt sich ihre Notwendigkeit auch dem rückständigsten Arbeiter. Die Gewerkschaftseinheit und der politische Aufschwung der Arbeiterbewegung vermittelt der Aktionseinheit hat die Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Aktion verbessert. Die Aktion führt den Gewerkschaften die bisher unorganisierten Massen zu. Das Eine zieht das Andere nach sich. Wer die Aktion von der restlosen Organisation abhängig macht, verhindert sowohl das Eine wie das Andere. Das ist eine wichtige, wenn auch alte, aber allzu oft vergessene Wahrheit, die jetzt neu erhärtet wurde und die es zu beherzigen gilt.

Die Massenbewegung für die dringendsten Tagesforderungen entwickeln, das ist jetzt das entscheidende. Die Erfolge dieser Bewegung festigen und verallgemeinern, sie zum Ausgangspunkt für weitere Aktionen nehmen, das heißt, dem Faschismus den Boden entziehen und alle Ausgebeuteten und Unterdrückten um das Banner der Arbeiterklasse scharen. Davon hängt alles weitere ab.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus dem III. Reich:

RETTET EGAR ANDRE
oooooooooooooooooooo

Egar André, ehemaliger kommunistischer Abgeordneter, Leiter des Rotfrontkämpferbundes und Gewerkschaftsfunktionär im Seelenteverband an der Wasserkante, einer der populärsten Kommunisten, wurde am 5. März 1933 verhaftet, als er in seinem Heimatort sein Wahlrecht ausgeübt hatte.

Sein Verhalten während der Haft machte selbst auf die Nationalsozialisten einen starken Eindruck. Im Mai 1933 besuchte der Statthalter Kaufmann André in seiner Zelle.

"Ich komme im Auftrage der NSDAP", erklärte Kaufmann, "Wir nahnten Sie einen Landesverräter. Wir sind bereit, alles, was uns trennte, zu vergessen, wenn Sie in unsere Partei eintreten."

André zeigte auf die Zellentür und sagte: "Herr Statthalter, gehen Sie! Es ist keine Kunst einen Gefangenen zu beleidigen." Dann drehte er Kaufmann den

Rücken zu.

Mit diesem Tage fangen die Loiden Edgar Andrés an. Am Tage nach dem Besuch Kaufmanns werden André vor 200 Gefangenen ehemaligen Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes die Kleider vom Körper gerissen; dann wird er solange geschlagen, bis er besinnungslos umfällt. Täglich werden die Misshandlungen wiederholt. Seine Haut heilt nicht mehr zu und doch wird er Tag für Tag aufs Bestialischste gefoltert. Schliesslich musste er in ein Krankenhaus überführt werden und monatelang im Wasserbett liegen.

Die Anklage gegen André lautet auf "Mord, Mordversuch und Hochverrat". Das wirft man André vor. Aber selbst die Staatsanwaltschaft wagt nicht zu behaupten, dass André selbst einen Mord ausgeführt habe. Er wird nur der intellektuellen Urhebererschaft bezichtigt und diese ist nach dem neuen deutschen "Recht" schlimmer, als wenn der Angeklagte den Mord selbst begangen hätte.

Schon am ersten Verhandlungstag - die Verhandlungen begannen am 4. Mai - kommt es zu scharfen Zusammenstössen zwischen Edgar André und dem Vorsitzenden des Gerichts, Dr. Roth. André steht vor dem Gericht als Kämpfer für seine Überzeugung.

Dann werden Zeugen vernommen, deren Namen die offiziellen Presseberichte schamhaft verschweigen. Wir konnten jedoch feststellen, dass einer der Zeugen ein gewisser Walter Kuenke ist, der im Sommer 1933 zu 2½ Jahren Kerker verurteilt worden ist.

Kuenke ist unter den Misshandlungen so zusammengebrochen, dass er willenlos die Aussagen machte, die von ihm gewünscht wurden.

Im Verlauf der weiteren Verhandlung erscheinen immer wieder Zeugen, die nicht genannt werden. Sie drücken sich sehr gewunden aus und ergehen sich in Vermutungen.

Eine grosse Rolle spielt in den ersten Verhandlungstagen die Parole -: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!"

Der Zeuge Tastessen hatte früher angegeben, André habe in Versammlungen über die Taktik des Strassenkampfes gesprochen. Heute erklärt Tastessen, dass er André nie in Zusammenkünften gesehen habe, in denen über eine solche Taktik Ausführungen gemacht wurden. Wie uns von zuverlässiger Seite berichtet wird, hat man den Zeugen Tastessen in der grauenvollsten Weise gefoltert. Trotzdem aber kann der Zeuge jetzt, wo er André gegenübersteht, die erpressten Aussagen nicht aufrechterhalten. Der Zeuge weiss, dass ihm neue Qualen drohen. Trotzdem gibt er der Wahrheit die Ehre und widerruft die erpressten Aussagen.

Im Verlauf der Verhandlung verliest der Vorsitzende eine Liste von 200 Fällen, in denen Einzelterror verübt sein soll und in denen die Kommunisten die Urheber sein sollen. In allen Fällen handelt es sich um reine Abwehrmassnahmen der provozierten Arbeiter. So sind uns allein fast 40 Fälle aus dem Stadtteil Hamm-Borgfelde bekannt, in denen Nationalsozialisten aus ihren Lokalen auf Arbeiter geschossen haben. Schlägt man die Zeitungen der Jahre 1929 bis 1932 nach, so findet man in den Hamburger Blättern die Polizeiberichte, aus denen dies einwandfrei hervorgeht. Der Stadtteil Hamm-Borgfelde würde am schlimmsten mit von den SA und SS-Leuten terrorisiert. Hier waren die "ersten Stützpunkte" der Nazis. Der berüchtigte Sturm 6 lag in dem Lokal von Bande und nur dem gemeinsamen Vorgehen der gesamten Bevölkerung war es zu danken, dass der Wirt eines Pags sein Lokal nicht mehr diesen Terroristen zur Verfügung stellte.

Es liegt an der internationalen Arbeiterschaft Edgar André zu Hilfe zu kommen und ihn seinen Henker zu entreissen. Es darf keine Arbeiterveranstaltung vorübergehen, in der nicht die Arbeiter ihren Protest bekunden und der Hitlerregierung die Solidarität mit Edgar André und allen antifaschistischen Gefangenen bekennen, indem sie nachdrücklicher als bisher die Forderung erheben: Freiheit für Edgar André und alle Antifaschisten.

Die letzte Karte des Pilsudski-Regimes.

=====
 =====
 =====

In Polen hat die Krise des Pilsudski-Regimes, die durch den Druck der Massenbewegung, vor allem durch die Aktionen der Arbeiterklasse, herbeigeführt wurde, dazu geführt, dass eine Regierung, der starken Hand eingesetzt worden ist. An ihrer Spitze steht der General Slawni-Skladowki. Der General ist hinreichend bekannt als der Vollstrecker der schärfsten Unterdrückungs- und Terrormassregeln der verstorbenen Marschalls Pilsudskis. Die Justiz ist in der Hand von Witold Grabowski, berüchtigt als Staatsanwalt in dem Prozess von Brest-Litwka, bei dem die Führer der Oppositionsparteien den schärfsten Misshandlungen ausgesetzt wurden. Mit den Hoffnungen auf Zugeständnisse der Pilsudski-Clique an die bürgerliche und kleinbürgerliche Opposition im Lande ist es also zu Ende. In Gestalt des Generals Skladowki ergreift die Armee selbst und unmittelbar die Zügel, um eine Politik der starken Hand durchzuführen. Es ist das die letzte Karte des Pilsudski-Regimes.

Zwei Schlüsse lassen sich aus diesen Tatsachen ziehen:

1.) die Reform oder Lockerung des Pilsudski-Regimes ist aussichtslos. Aber es ist dadurch die Lage geschaffen, wo die Kräfte, die sich gegen das Regime wenden, vor allem die Arbeiterklasse und die Kleinbauern, sich den Sturz, die völlige Beseitigung des Regimes zum Ziel setzen müssen. Ein neuer, unmittelbar revolutionärer Kampfabschnitt beginnt damit in Polen.

2.) Aus der Rolle, die die Armee in Polen, das heisst die Offiziere jetzt spielen, kann man unschwer die Rolle ablesen, die die Reichswehr in Hitlerdeutschland bei einer Erschütterung des Naziregimes spielen wird.

Der abessinische Knoten.

=====
 =====
 =====

Er ist noch keineswegs gelöst, trotzdem der Widerstand des abessinischen Volkes, den es unter der feudalen Führung geleistet hat, so rasch und vollständig zusammengebrochen ist, trotzdem Mussolini den Krieg für beendet erklärt und das "Römische Reich" ausgerufen hat.

Für die weiteren Perspektiven sind folgende Tatsachen bezeichnend/

1.) dass Neunzehntel (1) der Bevölkerung von Addis-Abeba die Stadt verlassen haben und grösstenteils nach dem Westen gegangen sind, wo sich ein neues Widerstandszentrum bildet, 2.) dass die abessinischen Bauern in der Umgebung von Addis-Abeba trotz der "Aufforderungen" durch die Italiener, sich weigern die Stadt mit Lebensmitteln zu beliefern, sodass die italienische Besatzung sich Lebensmittel mit Flugzeugen heranschaffen muss, 3.) dass Mussolini bekannt gegeben hat, dass die italienische Armee in ihrer vollen Stärke in Abessinien zu bleiben hat, 4.) dass die Abessinier jetzt nach der Niederlage die Taktik des Partisanen- oder Guerillakrieges einschlagen, die allein richtige Taktik, deren Nichtanwendung bis jetzt eine der Hauptursachen ihrer raschen Niederlage war.

Daraus geht hervor, dass das faschistische Italien an dem abessinischen Frieden noch lange schwer zu kauen haben wird. Der Marschall Badoglio hat ausgezeichnete Pläne für den Bau strategischer Strassen und für die militärische Kolonisierung des Landes entwickelt. Es ist klar, dass alle diese Pläne ebenso wie der tatsächliche Zwang, den Krieg weiterzuführen, riesige Summen erfordert. Woher sie kommen sollen, steht noch dahin.

Es scheint, dass es jetzt zwischen Eden und Léon Blum zu einer vorläufigen Verständigung über den weiteren Kurs in Abessinien gekommen ist. Danach sollen die Sanktionen des Völkerbundes bis September verlängert werden, um das "Gesicht" des Völkerbundes zu wahren, und um Italien wirtschaftlich und finanziell weiter mürbe zu machen.

Inzwischen soll unter der Hand mit Italien wegen eines Kompromisses unterhandelt werden, das den englischen und französischen imperialistischen Interessen in Abessinien Rechnung trägt.

Unsere Radikalen zum Streikkampf.
 =:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:

"La Republique", das Organ der Strasbourger Radikalen, die ja dem Volksfrontkomitee angeschlossen sind, nimmt in einem Artikel vom 30. Mai "Erste und ernste Schwierigkeiten" zum Kampf in der Pariser Region Stellung.

Wir geben hier nur einige markante Stellen wieder, die eine ungefähre Vorstellung von den Auffassungen dieses Volksfrontpartners geben.

In dem Artikel wird die 40 Stundenwoche mit Lohnausgleich, wenn man versuchen sollte, sie im nationalen Rahmen zu verwirklichen, ein blutiger Unsinn genannt.

Unter Hinweis auf Erklärungen von Duclos und Marcoau Pivert heisst es dann:

"Sie (die Duclos und Pivert) wollen den zögernden Blum noch bevor er die Verantwortung übernommen hat, in den ultrascharfen Kurs drängen. H. Léon Blum wird sich dagegen auflehnen. Mit Hilfe der Radikalen wird es ihm auch gelingen, die Hitzköpfe ein erstes Mal zur Raison zu bringen. Wie lange wohl aber? Das ist die Frage."

Nach Wiedergabe eines Zitats aus einem Artikel von Albert Milhaud in der "Ere Nouvelle" heisst es dann:

"Wenn es H. Blum und seinen mitverantwortlichen Unterführern nicht gelingt, in kürzester Frist die drängenden und überschäumenden Freunde zur Linken zu zügeln, dann könnte seine Präsidentenfreude eventuell eine unerhoffte Verkürzung erfahren, die sicher nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt? An ihm ist es, dafür Sorge zu tragen, dass nach akzeptablen Methoden und nach gediegenen Rezepten vorgogangen wird."

Das schreibt das radikale Organ zu einer Bewegung, die um ganz bescheidene und simple Forderungen der Arbeiter geht. Und das sind die Volksfrontgenossen der KP.

- o - o - o - o - o - o - o - o - o - o - o -

Die Tanneries de France macht wieder von sich reden.
 =:==:==:~ ~ ~ ~ ~:~ ~ ~:~ ~ ~:~ ~ ~:~ ~ ~:~ ~ ~:~ ~ ~:~ ~ ~:~ ~ ~:

Wir haben anlässlich der Stilllegungsdrohungen, die lange Zeit über der Lingheimer Lederfabrik schwebten, unseren Standpunkt zur Sanierung und Aufrechterhaltung des Betriebes sehr eindeutig entwickelt.

Wir haben uns damals gegen den Standpunkt der Gewerkschaften ausgesprochen, weil er nichts anderes bedeutete, als die Sanierung des Bankrotts auf Kosten der Arbeiterschaft des Betriebes und der Steuerzahler. Wir forderten an dessen Stelle die Sanierung des Unternehmens auf Kosten der Bankrottteure und die Weiterführung des Betriebes unter Kontrolle der Arbeiter u. Angestellten unter Mitwirkung der Gewerkschaften.

Wir schrieben damals :

"Was müssten die Gewerkschaften und die proletarischen Parteien tun? Das erste und entscheidendste wäre die Einleitung einer Kampagne, um die Liquidierung des Bankrotts auf Kosten der grosskapitalistischen Gauner und ihrer Hintermänner, durchzuführen. Der Betrieb müsste diesen Herren aus den Händen und schuldenfrei der Arbeiterschaft übergeben werden und mit Betriebskapital vom Staat ausgestattet werden, damit er unter der Kontrolle der Arbeiter u. Angestellten des Betriebes und der Gewerkschaften die Produktion fortführen kann. Die Verzinsung des neuen Staatskredits dürfte erst von dem Zeitpunkt ab und in der Höhe erfolgen, von dem ab der Betrieb nach Sicherstellung der mit den Gewerkschaften vereinbarten Löhne Betriebsüberschüsse abwirft."

Um die Regierung und die Interessenten unter Durch zu setzen, damit sie einer solchen Lösung zustimmen, müssten die Arbeiterorganisationen eine besondere Untersuchungskommission bilden, die alle Gaunereien im einzelnen aufdeckt, die

Verantwortlichen und Schuldigen mit ihren Hintermännern denunziert und die Beschlagnahme ihrer Verträge, sowie ihre Haftbarmachung fordert und erkämpft"

Was geschieht jetzt, nachdem der Betrieb die eine Schuld durch eine neue abgelöst hat und die alten Schuldverpflichtungen weiter auf dem Betrieb lasten? Die Direktion tut das, was vorauszusehen war; sie sacht den Betrieb auf Kosten der Arbeiter zu senieren, die Verzinsung und Amortisation der aussergewöhnlichen Schuldentitel durch verschärften Ausbeutung der Arbeiter sicherzustellen.

Die "Huma" vom 20.5. berichtete darüber:

"Die Lage der Belegschaft verschärft sich von Tag zu Tag. Feierschichten auf Feierschichten, der grösste Teil der Arbeiter arbeitet nur noch 3 Tage pro Woche, in dieser Woche gibt es Hunderte von Arbeitern, die nur 2 Tage arbeiten.

Angesichts dieser eklatsche Lage ... und nach der Freude, dass unser Betrieb nicht geschlossen wird, existieren war die rauhe Wirklichkeit. Familienväter mit 2 u. 3 Kindern gehen in 14 Tagen mit 180 Franken nachhause und jetzt soll es noch schlimmer werden. Wir haben allein 200 - 250 FR. Hausmiete zu zahlen. Das übrige Geld langt nicht mehr, um unsere Familien zu ernähren."

Angesichts dieser Lage zeigt sich die völlige Berechtigung unserer damaligen Forderungen, die auch heute noch ihre volle Aktualität behalten haben. Da der Staat an diesem Betriebe hervorragend beteiligt ist und wir in Kürze eine unter Führung der Sozialisten stehende Koalitionsregierung haben werden, die vorgibt die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten, und da die CGT die Organisierung der Arbeiterkontrolle als eine der dringendsten Reformen bezeichnet hat, müssen die Gewerkschaften auf der Basis der von uns bezeichneten Forderungen unverzüglich eine Aktion für die Lederarbeiter der Tanneries de France einleiten. Hier wäre ein dankbares Tätigkeitfeld für das geschaffene Volksfrontkomitee. Wir fürchten nur, es wird für eine solche Aufgabe kein sonderliches Interesse bezeugen. Umso dringlicher aber verlangt das Interesse der Bingerländer Lederarbeiter eine solche Aktion.

~o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o~

Mourer schliesst sich den Klerikalen an,
~~~~~

Die Presse der UPR meldet, dass sich die els.-loth. Abgeordneten Walter, Stürmel, Fuchs, Hartmann, Mock, Seltz, Elsässer, Gullung, Harter, Peter, Heidt, Wiltzer, Dahlet und Mourer in der Kammer zu einer Gruppe zusammengeschlossen haben, die sich Gruppe der Volksaktion nennt. Vorsitzender dieser Gruppe ist M. Walter.

XXX J. P. Mourer hat also in Konsequenz seiner Verpflichtungen, die er bei seiner Wahl gegenüber der UPR eingegangen ist, in der Kammer seinen Anschluss an Michel Walter, den Machor der Strasbourger Proporzfront vollzogen.

Die Tatsache, dass die "KW" mit keinem Wort den Anschluss ihres Député Mourer an die von Michel Walter präsiidierte Kammergruppe, erwähnt, macht den Schluss zu, dass J. P. Mourer diesen Schritt im Still-schweigenden Einverständnis mit seiner Parteileitung gemacht hat.

Wollen sich die Mitglieder auch das sang- und klanglos gefallen lassen?

Ein Streit um das Kaisers Bart,  
~~~~~

Zwischen "Humanité" und "Republikaner" ist in der Frage der Volksfrontkomitees ein Streit darüber ausgebrochen, ob auch katholischen Organisationen in die Volksfrontkomitees aufgenommen werden dürfen. Der "Republikaner" verneint das unter Hinweis auf die grundsätzliche Einstellung der katholischen Parteien des Elsass. Die "Humanité" bejaht diese Frage.

Wir haben an dieser Stelle wiederholt unserem Standpunkt zur Frage der Einbeziehung der Mittelklassen, also des Kleinbürgertums in die Aktionseinheit

der Arbeiterparteien präzisiert. Im Streit zwischen "Republikaner" und "Humanité" aber handelt es sich nicht hierum, sondern um die Einbeziehung weiterer bürgerlich-kapitalistischer Parteien, neben den radikalen in die Volksfront. Da wir die Bündnispolitik mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien ablehnen, ist unser Standpunkt in dieser Streitfrage gegeben. Die Sozialisten, die die Bündnispolitik mit den Radikalen für richtig erachten und sogar mit ihnen eine Koalitionsregierung bilden, können natürlich keine wirksamen Argumente gegen die Bündnispolitik der KP mit den Klerikalen ins Feld führen.

Huober benützt diese Auseinandersetzung, um die KP daran zu erinnern, dass er ja nichts anderes seit 1928 getan habe, als Bündnispolitik mit den christlichen Organisationen zu betreiben, weshalb er bisher von der KP auf das heftigste angefeindet worden sei. Natürlich besteht zwischen der Bündnispolitik Huobers und der KPF insofern ein Unterschied, als sie neben dieser Bündnispolitik auch noch für die proletarische Einheitsfront eintritt, die Huober bisher bekämpft hat. Aber nachdem die KP mit der radikalen Partei Volksfrontpolitik betreibt, besteht zwischen ihr und Huober kein der Frage der Bündnispolitik mit bürgerlichen Parteien kein grundlegender Gegensatz mehr.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die "Huma", die Radikalen u. F. Hecker,

==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:

Die "Huma" ist wenig erbaut von der Sprache, die das Strassburger Organ der Radikalen führt. Um den schlechten Eindruck zu verwischen, den dieser radikale Volksfrontgenosse bei den Arbeitern hervorrufen hat, hat die "Huma" entdeckt, dass in "La République" ein sehr sonderbarer Radikaler die Feder führt, der eigentlich gar kein Radikaler ist und der mit seinen Schreibern nur imstande ist, die Volksfront zu diskreditieren.

Durch diese Stellungnahme will die "Huma" offensichtlich den Eindruck erwecken, als ob F. Hecker, den sie mit ihrer saftigen Kritik beehrt, eine Einzelerrscheinung in der radikalen Partei repräsentiert. Dem ist aber nicht so. Einige Feststellungen mögen dies unterstreichen:

- 1.) Nicht nur FH, sondern die radikale Partei von Strasbourg ist für die Notverordnungen eingetreten und dies in Übereinstimmung mit der Mehrheit der radikalen Parlamentsfraktion mit Herriot an der Spitze.
- 2.) Dies hinderte die radikale Partei nicht, sich der Volksfront anzuschließen und dem Volksfrontprogramm zuzustimmen und dies war auch für die KPF kein Grund die Radikalen aus der Volksfront auszuschliessen. Die Radikalen konnten sich der Volksfront und dem Volksfrontprogramm anschliessen, weil das Volksfrontprogramm keineswegs - wie dies die "Huma" glauben machen möchte - in eindeutiger Weise die Aufhebung der sozialen Verschlechterungen der Notverordnungen für das werktätige Volk vorsieht, sondern sich in diesem Punkte den gewundenen Formulierungen des Wagram-Kongresses der Radikalen anschliesst. Deshalb ist es auch unsinnig, wie dies die "Huma" tut, zu erklären, dass der Anhänger der Notverordnungen auch Gegner der Volksfront sein müsse. Das dass Eine mit dem Anderen nicht unvereinbar ist, hat ja die radikale Partei gezeigt oder will die "Huma" entgegen den Tatsachen behaupten, dass die radikale Partei gegen die Notverordnungen gestimmt habe?

Diese wenigen Hinweise genügen vollständig, um zu beweisen, dass der Versuch FH der radikalen Partei entgegenzustellen, ein verfehltes Unternehmen ist. Die nächste Zeit wird ja noch eindringliche Beweise und Beispiele dafür liefern, wie es um die radikalen Gegner der Notverordnungen bestellt ist.

Warum, so fragen wir, verschweigt die "Huma" solche wichtige Tatsachen wie die, dass sich Daladier gegen jede Kapitalsabgabe ausgesprochen hat und sich dabei auf das Volksfrontprogramm berufen hat? Warum verheimlicht sie den Arbeitern, dass nicht FH gegen die Verstaatlichung der Bank von Frankreich ist, sondern H. Daladier?

Wir sind ganz damit einverstanden, dass FH bekämpft wird. Aber warum nur gegen den kleinen FH schlagen wenn er Daladier zitiert und Daladier selber von der Kritik ausnehmen? Gilt da auch schon der Grundsatz: "Die Kleinen hängt man, die Grossen lässt man laufen?" Bei uns jedenfalls gilt er nicht.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nº 24/III, Jahrgang.

Zweite Juniwoche 1936.

Die Aktion der französischen Arbeiterklasse:

IHRE ERGEBNISSE UND IHRE BEDEUTUNG.

oo

Das Abkommen, das am 7. Juni zwischen den Vertretern der CGT und denen der Unternehmerverbände abgeschlossen wurde, ist zweifellos ein grosser Erfolg für die Arbeiterklasse Frankreichs. Dieser Erfolg ist die Frucht der selbstständigen ausserparlamentarischen Aktion der Massen. Allerdings wäre es falsch, wenn die Arbeiter sich über die "Fragweite ihrer neuen Errungenschaften Illusionen machten, wenn sie darin etwas sähen als eine günstige Ausgangsstellung für die in Zukunft bevorstehenden weiteren Kämpfe gegen das Kapital. Der Verbreitung schädlicher Illusionen über das Abkommen vom 7. Juni dient es, wenn Jouhaux z.B. davon spricht, dass nunmehr eine neue Aera mit einer "neuen Wirtschaftsform" in Frankreich anbräche, dass nunmehr die französischen Arbeiter zusammen mit der Regierung die "nationale Wirtschaft" verteidigen würden usw. Die Einführung der Kollektivverträge schafft noch keine neue Wirtschaftsform, sie beseitigt die kapitalistische Wirtschaft und die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiter gegen den Kapitalismus keineswegs. Die Äusserungen von Jouhaux zeigen, dass die Gewerkschaftsbürokratie bestrebt ist, das Abkommen vom 7. Juni zum Ausgangspunkt einer durch Redensarten über "Wirtschaftsdemokratie" bemäntelten Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Unternehmern und dem bürgerlichen Staate zu machen, statt, wie das richtig wäre, den errungenen Erfolg auszunutzen, um den Klassenkampf für die wirtschaftlichen u. politischen Forderungen der Werktätigen weiter zu entwickeln.

Vor einer Phorsepektive des Kampfes.

Schon heute ist es klar, dass die Arbeiterschaft Frankreichs sich auf eine Phorsepektive des Kampfes einstellen muss, schon um zu verhindern, dass das, was sie sich jetzt in einem zweiwöchigen gewaltigen Kampf errungen hat, ihr nicht wieder durch kapitalistische Manöver entrissen wird. Schon jetzt versuchen die Kapitalisten die Preise aufzuschlagen, um dadurch die Lohnhöhungen, die sie den Arbeitern zugestanden haben, illusorisch zu machen. Daneben spekulieren die französischen Kapitalisten immer mehr auf eine Devaluation (Abwertung), die ja nichts anderes wäre als eine automatische Senkung der Löhne und Gehälter. Es gilt also für die Arbeiterklasse wachsam zu sein und namentlich in den Gewerkschaften ist es notwendig, den wirtschaftsdemokratischen und arbeitgemeinschaftlichen Tendenzen der Bürokratie, wie sie in den Reden und Artikeln von Jouhaux zum Ausdruck kommen, entschieden entgegenzutreten. Die Gewerkschaften sind jetzt in dem Kampf und dank dem Kampf in einem stürmischen Wachstum begriffen. Sie werden die Massen, die ihnen jetzt zuströmen, nur halten können, wenn sie eine Politik des Klassenkampfes betreiben.

Die mächtige Bewegung der französischen Arbeiter hat gezeigt, welche ungeheuren Energiequellen u. schöpferischen Kräfte im Proletariat schlummern. Sie hat gezeigt, dass kein Anlass besteht, an der Klassenkraft des Proletariats zu verzweifeln. Wie lächerlich klingt angesichts des prachtvollen Elans, den die kämpfenden Massen gezeigt haben, die offizielle Ansicht der KI und der KPF, dass gegenwärtig die Phorsepektive der proletarischen Revolution nicht in Frage komme, sondern dass die Arbeiterklasse nur die Wahl zwischen der mehr oder weniger "humanen" Unterdrückung ~~der Arbeiterklasse~~ in der bürgerlichen Demokratie und der barbarischen Unterdrückung durch den Faschismus habe. Der gegenwärtige Kampf der französischen Arbeiter hatte keine revolutionären Ziele, er ging um gewerkschaftliche Forderungen. Aber es ist kein Zufall, dass die Kapi-

talisten, die ja hinter jedem Streik die "Hydra der Revolution" lauern sehen, bei der Bewegung, die jetzt über Frankreich dahinflutete, von schlimmen Ahnungen befallen worden. Sie klagen beweglich über die "Verletzung" des kapitalistischen Privateigentums, d. h. des Allerheiligsten der bürgerlichen Gesellschaft, durch die Betriebsbesetzung. In der Tat, welch' ein Schlag für alle Begriffe der kapitalistischen Gesellschaft! Die Arbeiter waren und sind tatsächlich die Herren der Betriebe, sie halten die Betriebe in Ordnung, sie improvisieren im Handumdrehen die Vorphilgung von vielen Tausenden - ist das nicht der praktische Beweis dafür, dass das Proletariat fähig ist, die Produktion, die Wirtschaft zu leiten, dass die Kapitalisten als Leiter der Wirtschaft überflüssig geworden sind?

Es ist auch ein Beweis dafür, dass die Losung der Kontrolle der Produktion durch Organe der Werktätigen, wie wir sie erheben, keine Utopie ist, sondern eine praktisch verwirklichtbare und tatsächlich wirksame Methode, um zu verhindern, dass die Kapitalisten durch Preistreibereien die Massen der proletarischen Konsumenten und auch die Kleingewerbetreibenden und Bauern ausplündern. Es ist notwendig, die Betriebsdelegierten, die jetzt gewählt werden sollen, auf die Vorbereitung des Kampfes für die Kontrolle der Produktion durch die "erklärtigen, bei der ihnen eine entscheidende Rolle zufallen würde, einzustellen.

Die selbstständige Aktion, das Mittel zur Erreichung neuer Erfolge.

Der jetzt im ausserparlamentarischen Kampf davon getragene Erfolg zeigt, den Weg, um auch die politischen Forderungen der werktätigen Massen durchzusetzen. Der Faschismus ist noch nicht tot. Im Gegenteil - die Faschisten versuchen jetzt, durch soziale Demagogie an die Arbeiter heranzukommen, neue Massenstützpunkte zu erlangen? Sie versuchen sich als Freunde der Streikenden aufzuspielen und eigene Gewerkschaften für den zukünftigen Streikbruch zu gründen. Es ist anzunehmen, dass die Kapitalisten jetzt ihre finanziellen Zuwendungen für die faschistischen Organisationen vermehren werden. Die Arbeiter müssen ebenso wie sie den Kampf um Kollektivverträge u. höhere Löhne selbst in die Hand genommen haben, auch den Kampf gegen den Faschismus selbst in die Hand nehmen und zu diesem Zwecke überparteiliche antifaschistische Selbstschutzformationen schaffen.

Die Koalitionsregierung und die Massenaktion.

Schon die ersten Tage der aus der Volksfront, d. h. der Politik der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Republikanern hervorgegangenen Koalitionsregierung Blum zeigen, was die Massen von ihr zu halten haben. Dass was die Massen erreicht haben, haben sie durch ihre eigene ausserparlamentarische Aktion erreicht. Was aber haben die Führer der Volksfront und was hat die Regierung L. Blum getan? Bevor er sein Amt antrat und bevor die Streiks ausgebrochen waren, hat L. Blum den Massen die Ruhe, das Abwarten gepredigt und den Kapitalisten versichert, dass er ihnen nichts tun werde. Jetzt gibt die Regierung Blum dem Druck der Massen nach - auch jede andere bürgerliche Regierung hätte sich dem einheitlichen Willen der französischen Arbeiter beugen müssen, die Regierung bringt eine Reihe von Gesetzentwürfen ein, aber schon jetzt ist zu sehen, dass sie die ausserparlamentarische Massenbewegung möglichst schnell beendet haben möchte. Der Gesetzentwurf L. Blums über die Einführung von Kollektivverträgen sieht, Pressemeldungen zufolge, eine staatliche Zwangsschlichtung vor. Die staatliche Zwangsschlichtung passt allerdings ausgezeichnet zu einer arbeitgemeinschaftlichen Politik der Gewerkschaften. Die praktische Auswirkung einer solchen Einrichtung ist, wie die Weimarer Republik Deutschlands gezeigt hat, eine Lähmung der gewerkschaftlichen Aktivität und letzten Endes eine Niedrighaltung des Lohnniveaus. Das ist ganz natürlich, denn staatliche Zwangsschlichtung bedeutet Einschränkung des Streikrechts der Arbeiter, d. h. eines ihrer grundlegenden demokratischen Rechte.

L. Blum hat auch die Betriebsbesetzungen als "illegal" bezeichnet. Er hat sich allerdings geweigert, die Betriebe jetzt durch Gewalt räumen zu lassen. Aber wie soll es in Zukunft sein? Die Arbeiterschaft kann sich nicht mit der Haltung Blums zufrieden geben. Wenn die Gesetze den Bedürfnissen des Kampfes gegen die Hungerlöhne widersprechen - dann spricht das gegen die bestehenden Gesetze. Es muss verlangt werden, dass sofort durch ein Gesetz das Ein-

greifen von Polizei, Gardes mobiles usw. in Arbeitskämpfen untersagt wird. Die Arbeiter müssen diese Forderungen in ihren Gewerkschaften erheben und vor der CGT die Initiative zur Einbringung eines solchen Gesetzentwurfes fördern.

Aufschlussreich ist auch, wie die Regierung Blum sich in den Fragen verhält, bei denen sie nicht den unmittelbaren Druck der Massen spürt. Über die Auflösung der faschistischen Ligen hat Blum in der Regierungserklärung nichts gesagt, er hat nur davon gesprochen, dass die Methoden des Kampfes gegen den Faschismus dem Widerstand der Faschisten angepasst sein sollen. Praktisch läuft diese Stellungnahme Blums darauf hinaus, den Faschisten Zeit zur Sammlung ihrer Kräfte, zur Vorbereitung neuer Vorstösse zu lassen. Das Interesse Arbeiter erfordert es aber, dass neue Provokationen der Faschisten nicht erst abgewartet, sondern vorbeugend verhütet werden.

In der brennenden Frage der Finanzen hat Blum sich auf sehr diplomatische Redewendungen beschränkt. Er hat sich gegen eine Devaluation ausgesprochen, aber es genügt nicht gegen die Devaluation zu reden. Die Kapitalisten Frankreichs und anderer Länder bereiten die Devaluation sehr aktiv durch ihre Handlungen, durch Kapitalverschiebungen, durch Spekulation gegen den Franken vor. Um den Franken zu halten, ist es notwendig, die Kapitalisten durch kräftige Steuern zu belasten. Blum will aber nur den "erworbenen Reichtum", d. h. die kapitalistischen Einkommen besteuern, nicht aber eine Steuer auf die grossen Vermögen einführen. Die Chancen werden von Tag zu Tag grösser, dass die Regierung Blum auf diesem Wege unter fortwährenden Deklamationen gegen die Devaluation in die Frankenentwertung hineinrutscht, - so wie seinerzeit die englische Regierung, die im Jahre 1931 solange die "Rettung des Pfundes" verkündete, bis der Pfundsturz kam.

Die Massen und die Regierung Blum.

Die breiten Massen Frankreichs glauben allerdings noch an die Regierung Blum. Sie sehen in der Volksfrontpolitik und der Koalitionsregierung noch keine Hindernisse ihres Kampfes, sondern glauben im Sinne der Volksfront und des Kabinetts Blum zu handeln, wenn sie gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter kämpfen. Die durch die Krise und die Deflationspolitik erbitterten, durch die Aktionseinheit der Arbeiterparteien und die Gewerkschaftseinheit in ihrem Selbstbewusstsein gestärkten Massen erwarten von dem Wahlsieg der Volksfront, von der Regierung Blum nicht bloss käsim Reformen im Rahmen der bestehenden Ordnung, sie erwarten und sie wollen grundlegende Umwälzungen. Die gewaltige spontane Bewegung der Massen ist noch von diesen Illusionen über die Volksfront erfüllt. Aber um die Möglichkeiten, die die Kampfbereitschaft der Massen bietet auszuschöpfen, um schwere Rückschläge zu verhüten, ist es notwendig diese Illusionen an Hand der praktischen Erfahrungen, die die Massen im Kampfe selbst machen zu zerstören. Das wäre die Aufgabe der KPF. Aber die Partei ist der Gefangene ihrer Volksfrontpolitik, sie hinkt der spontanen Bewegung der Massen nach, sie fördert die Illusionen der Massen, statt sie zu bekämpfen. Die Militanten der KPF in den Betrieben standen und stehen in der ersten Linie der Kämpfenden, aber die KPF tritt als Partei, als führende politische Organisation, als Vorhut der organisierten Arbeiter nicht in die Erscheinung. Und sie kann es auch bei ihrer gegenwärtigen Politik nicht. Dabei ist angesichts des spontanen Elans der Arbeiterschaft, angesichts der Bereitschaft auch der städtischen Kleinbürger und Bauern, an der Seite der Arbeiter zu kämpfen, eine revolutionäre Führung mehr denn je notwendig.

o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o

Elsass-Lothringen muss Paris folgen:

Die lothringischen Metallarbeiter sichern sich die Erfolge ihrer Pariser Kameraden.

Das Beispiel der Arbeiter der Pariser Region beginnt auch langsam auf die Arbeiter Elsass-Lothringens zu wirken. Überall beginnen die Proletariat ihre Forderungen zu erheben, überall beginnt sich die Wille zum Kampf zu regen.

Der Lothringische Metallarbeiterverband der CGT, der durch seine rührige Agitation, verbunden mit der Ausarbeitung und Deponierung eines Tarifvertrages in letzter Zeit 9 174 Neuaufnahmen zu verzeichnen hatte und zu einer Massenorga-

nisation mit 18.000 Mitgliedern geworden ist, hat jetzt gestützt auf die Pariser Vereinbarungen einen Vertragsabschluss getätigt. Damit ist die Anerkennung der CGT-Gewerkschaft und die Ausübung des Gewerkschaftsrechts jeden Arbeiter, wie die Wahl von Personaldelegierten verbunden. Es wird jetzt die Sache der organisierten Metallarbeiter sein, dem Hüttenkomitee jeden Zweifel darüber zu nehmen, dass die Zeit der Missachtung und Ignorierung der Forderungen der Metallarbeiter zu Ende ist.

Auch die Kaliarbeiter erhoben ihre Forderungen.

Der oberelsässische Bergarbeiterverband hat für die schlechtentlohten und von Feierschichten heimgesuchten Kaliarbeiter seine Forderungen präzisiert. In einer Sitzung vom 2. Juni haben die Vertreter der Direktion die Forderungen der Kaliarbeiter höhnisch abgelehnt und hinzugesetzt, dass, wenn die Arbeiter auf ihrer Forderung nach Lohnerhöhung bestehen bleiben, die Direktion einen Lohnabbau fordern werde.

Leider ist diese Provokation nicht in der gebührenden Weise durch die Kaliarbeiter beantwortet worden. Diese Antwort war umso gebietischer, da die Löhne der Kaliarbeiter unter jeder Kritik sind. So erhält ein Hauer einen Taglohn von 33, der Fördermann einen solchen von 29 und der Tagelöhner von 26 Franken. Da die Kaliarbeiter nur 4 Tage in der Woche arbeiten, müssen ihre Löhne ohne Übertreibung als Hundelöhne bezeichnet werden.

Demgegenüber haben die staatlichen Kaliminen seit Kriegsende nicht weniger als 2 Milliarden Gewinn abgeworfen und der Nettogewinn des Jahres 1935 beträgt 11.079.969 Frs. Die Veröffentlichungen des Bergarbeiterverbandes weisen darauf hin, dass trotz 65 Feierschichten und sinkender Arbeiterzahl die Produktion um 5 % gesteigert wurde.

Da die Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis geführt haben, ist an der Zeit, dass die Kaliproleten dem Beispiele ihrer Klassengenossen aus dem Interieur folgen und durch ihre selbstständige Aktion sich die notwendige Genugtuung verschaffen.

Die Steinarbeiter von St-Nabor verschaffen sich Genugtuung.

Die Arbeiter des Steinbruchs von St-Nabor, denen Direktion und Aufsichtsrat trotz eines gegenteiligen Beschlusses des Generalrats einen 10 % igen Lohnabbau diktiert und die den bestehenden Tarifvertrag nicht erneuern wollte, hatten diese Absicht mit der auf der Arbeitsstelle durchgeführten passiver Resistenz beantwortet.

Darauf folgende Verhandlungen brachten den Steinarbeitern Genugtuung. Es wird jetzt ihre Aufgabe sein, sich die weiteren Erfolge ihrer Kameraden aus dem Interieur zu sichern.

Auch die Mühlenarbeiter stellen ihre Forderungen.

Der Einheitsverband der Lebensmittelarbeiter des Bas-Rhin formuliert jetzt in einer stark besuchten und von glänzenden Kampfgeist getragenen Versammlung seine Forderungen. Neben 25 % Lohnerhöhung erheben sie die Forderungen, die die Arbeiter von Innerfrankreich sich durch ihre Aktion bereits vertraglich gesichert und zum anderen Teil gesetzlich verankern. Wir haben hier bereits die Gewinne der grossen Mühlen in den letzten Jahren bekanntgegeben. Wenn man weiss, dass die Mühlenarbeiter erst am Ende des verfloßenen Rahmes infolge ihrer mangelnden Organisiertheit und des fehlenden Kampfgeistes 8 % Lohnabbau entgegennehmen mussten und der Durchschnittslohn eines Mühlenarbeiters kaum 3 Franken beträgt, dann wird die gesamte werktätige Bevölkerung den Mühlenarbeitern ihre volle Sympathie in ihrem Kampfe bekunden.

Auch die Bauerbeiter rühren sich.

Der Einheitsverband der Bauerbeiter hat an die "Fédération des Entrepreneurs" das Ansuchen auf Einleitung von Verhandlungen zwecks Abschluss eines Tarifvertrages gerichtet. Gleichzeitig hat der Verband der Stadtverwaltung folgende Forderungen überreicht:

Erhöhung der städtischen Mindestlöhne, Einführung der 40 Stundenwoche mit Lohnausgleich, sofortige Durchführung des beschlossenen Arbeitsbeschaffungsplans, Errichtung einer Schiedskommission zur Überwachung der Lastenheftbedingungen und Anerkennung der Baustellendelegierten durch die Bauleitung.

Die Strasbourger Gasarbeiter

haben jetzt endlich auf dem Verhandlungswege die Aufhebung des 10% iger Lohnabzuges erreicht, der ihnen infolge der Ausführung der decrets-lois zu-diktirt wurde. Gleichzeitig wurde die Einführung der 45 Stundenwoche für die Nichtschichtarbeiter durchgesetzt.

Die Union locale der CGT-Mülhausen ruft zur Aktion.

Eine Delegierten- u. Vorständekonferenz der CGT begrüßte in einer Resolution die in Paris und in der Provinz ausgebrochene Bewegung und versicherte ihr die volle moralische und materielle Solidarität.

Die Vorständekonferenz rief die Arbeiterschaft auf, auch ihrerseits zum Kampf zu rüsten, die Organisationen zu stärken u. für die Anerkennung der Gewerkschaften, für den Abschluss von Kollektivverträgen, für die 40 Stundenwoche mit Lohnausgleich, für bezahlte Ferien usw. zu kämpfen.

Von Interesse ist der Kommentar, den der "Republikaner" dem Konferenzbericht anhängt. Der "Republikaner" verweist daraufhin, dass die Regierung bereits die Gesetzentwürfe über die 40 Stundenwoche, die bezahlten Ferien und des kollektiven Arbeitsvertrages angekündigt habe. "Es gilt in erster Linie der Regierung L. Blum Vertrauen entgegenzubringen"; schreibt der "Republikaner".

Wir sagen: es gilt in erster Linie die selbstständige Aktion der Massen zur Befriedigung ihrer dringlichsten Forderungen zu entwickeln. Dieser Bewegung ist die Befriedigung wichtiger Forderungen zu danken und dieser Bewegung allein ist zu danken, dass die Regierung ihre Gesetzentwürfe so schnell ankündigt. Die Lohnfrage ist bekanntlich nicht geregelt, sondern sie muss von der Arbeiterschaft selbst und durch ihre Aktion geregelt werden. Die Massenbewegung dafür abbremsen, beschwichtigen, verbrösten, wie dies der "Republikaner" jetzt tut, heißt den Druck vermindern, den die Arbeiter entfachen und organisieren müssen, um ihre Forderungen dem Patronat aufzuzwingen. Diese Aktion der Massen ist auch das entscheidende Element für den gewerkschaftlichen Aufschwung, der seinerseits wieder ein Element für die Behauptung der Errungenschaften und ihre weitere Entwicklung ist.

Die Mülhauser Arbeiter gehen zur Aktion über.

In Mülhausen haben im Laufe dieser Woche die Arbeiter verschiedener Betriebe das Beispiel ihrer Kameraden aus dem Inneren befolgt und sich gewichtige Lohnerhöhungen erkämpft.

So haben z. B. die Arbeiter der Chemischen Fabrik in der Motzen ihren Betrieb besetzt und ihre Forderungen der Werkleitung überreicht. Nach 3 Stunden Betriebsbesetzung sicherte die Werkleitung eine 12% ige Lohnerhöhung zu und erklärte sich zu Verhandlungen über die weiteren Punkte bereit. Darauf wurde die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

"Ruhig Blut bewahren?"

Nein! Frisch gewagt ist halb gewonnen.

Der Hauptvorstand des Syndikats du Personnel des Services Publics et des Transports hat einen Aufruf an die Syndikatsmitglieder erlassen, in der nach der bekannten Art die Arbeiter vor angeblichen Agenten u. Helfershelfern der Kapitalisten gewarnt werden, die sie angeblich zur unüberlegten Schritten verleiten wollen. Diese "unüberlegten" Schritte können doch in nichts anderem bestehen als in der Befolgung des Beispiels der Pariser Kameraden, die als Preisfechter der gesamten französischen Arbeiterklasse ihre Forderungen durchsetzten.

Warum haben die Imbs, Stegner nicht den Mut offen zu reden? Warum bezeichnen sie die innerfranzösischen Arbeiter, die da entgegen ihrer Parole kein ruhig

Blut bewahrt haben denn nicht ganz offen als "Agenten und Helfershelfer der Kapitalisten", als "dunkle Elemente", wie es in ihrem Flugblatt zu schön heisst? Die Arbeiter wüssten dann wenigstens was sie meinen und worauf sie hinaus wollen.

Es ist bezeichnend, dass die Stegner und Imbs die Arbeiter mit dem Hinweis auf verfllossene Niederlage von Anschluss an die stürmische und erfolgreiche Massenstreikbewegung des französischen Proletariats abhalten wollen. Wohin sie mit ihrer Propagandapolitik die Arbeiter hinführen, hat sich inzwischen langsam herumgesprochen und es ist an der Zeit, dass ihnen die Arbeiter sagen, dass sie als Führer der Arbeiterschaft untauglich sind.

O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O

Die UPR hetzt gegen die Streikenden:

Sie raft nach der Polizei und 10 Mussolinis und 20 Hitler.

=====
=====

Unsere Klerikalen, die sich in die Toga einer Volkspartei hüllen, die immer wieder - soweit es keine Folgen und Verpflichtungen einschliesst, ihre Arbeiterfreundlichkeit herausstellen, die die christlichen Gewerkschaften patronieren und die päpstlichen Enzykliken als den Ausfluss eines sozialen Geistes ausgeben, durch den ihre ganzes Handeln bestimmt sei, vergessen zuweilen ihre Scheinheiligkeit.

So auch jetzt, wo die Arbeiter der Pariser Region als Preisfechter des gesamten Proletariats für einige Forderungen eintreten, die - wie unsere Klerikalen scheinheilig betonen, an sich garnicht so schlecht seien und die eigentlich der UPR gestohlen worden sind. Das Abscheuliche ist für unsere Klerikalen lediglich, dass die Arbeiter sich nicht damit begnügen sie im Parlament und beim Patronat zu deponieren und im Übrigen darauf zu warten, bis beim Patronat durch die moralische Erneuerung der Kirche - die sie seit 2000 Jahren vorgibt zu betreiben - das notwendige soziale Verständnis entwickelt ist.

Da die Arbeiter der Pariser Region sich weniger auf die 2000 jährige Litanei der Kirche verlassen, sondern auf ihre eigene Kraft gestützt dem Patronat einige bescheidene Forderungen aufzwingen, sind unsere Klerikalen ganz aus dem Häuschen und vergossen zuweilen ganz ihre sonst an den Tag gelegte Scheinheiligkeit.

Wir lesen da im "Elsässer" einen Havas-Streikbericht v. 5. Juni, den die Redaktion mit ihren Bemerkungen ausschmückt, die den wahren Geist unserer Klerikalen offenbaren,

Havas meldet, dass "an den Toren von Paris Streikende, welche die Wagen mit Gemüse und Früchten aufhalten wollen, von der Polizei auseinander getrieben wurden. Der "Elsässer" lässt dieser Mitteilung folgende Bemerkung folgen; "Es ist auch wirklich bald Zeit!"

In dem gleichen Bericht im "Elsässer" wird gemeldet, "dass im Bazar de l'Hotel de Ville ... die Angestellten das Geschäft besetzt halten, und sich die Zeit durch Singen, Tanzen und sonstige Amusements vertreiben". Die Redaktion des "Elsässers" ist auch damit nicht zufrieden und fügt dem hinzu: "Da müssten zehn Mussolinis und zwanzig Hitlers dreifahren".

Zehn Mussolinis und zwanzig Hitlers würden also unsere Klerikalen, die Verbündeten und Fraktionskollegen der Hueber-Mourer, einsetzen, um den berechtigten Kampf der Arbeiter um höheren Lohn und die anderen gewerkschaftlichen Forderungen niederschlagen zu können. Die Herren sind nicht umsonst die Genossen von Dollfuss und ihre Befehlsstelle liegt nicht umsonst in Mussolinien.

Diese Haltung der Klerikalen gilt es den breiten Massen immer wieder zu zeigen, damit sie sehen, wessen Geistes Kind die Walter, Rossé und Genossen sind. Es wäre wahrlich zweckmässig, dass dieses offene Bekenntnis einer klerikalischen Seele durch die Arbeiterorganisationen ins ganze Land getragen wird.

Die Werktätigen würden auf diese Weise auch erfahren, welcher Art die Heimatrechte sind, für die sich unsere Klerikalen allein schlagen wollen; für die Kutte und den Polizeiknüppel!

Hueber u. Mourer unter M. Walters Patronat:

Die Elsass-lothringische Kammergruppe.

=====
 =====
 =====

Nicht nur J.P. Mourer, der Gewählte der UPR, sondern auch Ch. Hueber, hat sich der unter dem Patronat des H. Walter stehenden und von Rossé angeregten Kammergruppe der Els.-Lothringer angeschlossen.

Die Kammergruppe hat ~~xixx~~ zwar Abstimmungsfreiheit für die Abgeordneten genehmigt, aber sie hat ein Aktionsprogramm für die Fragen formuliert, in denen ein parlamentarisches Zusammenwirken sicherzustellen ist. Dieses Aktionsprogramm enthält 4 Punkte und diese sind symptomatisch für diese Schöpfung der UPR und ihren Zweck.

Der erste Punkt bezieht sich "auf Verständigung und Zusammenarbeit in ausserpolitischer Hinsicht". Es ist nach allem, was die Herren der Els-Lothringer-Kammergruppe bisher auf ausserpolitischen Gebiete von sich gegeben haben, nicht schwer die Linie zu erkennen, auf der diese Verständigung und dieses Zusammenwirken erfolgen wird. Der Kampf gegen den Russenpakt ist da der Angelpunkt.

Im zweiten Punkte verpflichtet sich die Kammergruppe zu einer "Politik weitgehender Toleranz und des Friedens in innerpolitischer Hinsicht". Auch hier ist der Sinn und die Absicht sonnenklar. Die UPR hat nicht umsonst den Zusammenschluss der els;- loth. Abgeordneten betrieben und ihre Kampftruppe nach Paris gerichtet. Unter Toleranz verstehen die Herren nichts anderes als die Aufrechterhaltung der Privilegien und Vorrechte des Klerus auf Kosten der Bevölkerung, d. h. seiner Pfünde und seines beherrschenden Einfluss auf die Schule usw. Frieden in innerpolitischer Hinsicht ist ja nichts anderes als den Erzicht auf den Kampf gegen diese Zustände. Hueber u. Mourer haben damit nur erneut unterstrichen, dass sie die Lakaien der Pfaffen sind.

Der 3. Punkte ist der demagogische Schmutz und das Mittel die Massen für die politischen Pläne der klerikalen Reaktion einzuspannen. "Sicherstellung einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Verteidigung der Interessen der Werktätigen" nennt er sich. Es ist ja inzwischen hinreichend bekannt, welcher Art die Verteidigung der Interessen der Werktätigen durch die Klerikalen ist. Zehn Mussolini und zwanzig Hitler möchten sie haben, um sie auf die für ihre Interessen kämpfenden französischen Arbeiter loszulassen. Das Wort von der "sozialen Gerechtigkeit" ist die Umschreibung dafür, dass die Klerikalen die Verteidigung der sozialen Interessen vom Wohlergehen des Kapitalisten und der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystems abhängig machen, getreu dem Spruch "Sei untermen der Obrigkeit, die Gewalt über dich hat". Diese nichtssagenden Phrasen sind das Deckblatt, hinter dem die Hueber, Mourer und Dahlet die Geschäfte der klerikalen Reaktion betreiben, deren Zwecke die els.-loth. Kammergruppe dient.

Der vierte Punkt des Aktionsprogramms bedarf keiner näheren Umschreibung. Der Regionalismus dient oder soll den Klerikalen lediglich zur Schaffung eines französischen Kahrbayern dienen. Diese Rolle haben die Klerikalen Elsass-Lothringen zugeordnet. Der Kampf für die Selbstverwaltung an der Seite und mit den Klerikalen ist ein reaktionärer Kampf. Die Arbeiterklasse kann diese Forderungen nicht in Gemeinschaft mit den Klerikalen, sondern nur im schärfsten Kampfe gegen sie entsprechend ihren Klasseninteressen erkämpfen. Indem die Hueber und Mourer sich mit den Klerikalen liefern, wirken sie nur für ein Elsass-Lothringen, dem die gleiche Rolle zugeordnet ist wie dem Kahrbayern in der Weimarer Republik.

Alle diese Tatsachen sind für die Huma allerdings kein Grund, die Hueber und Mourer - auf Grund ihres Kreditvotums für das Kabinett Blum - freudlichst und innigst in die Front-populaire einzuladen. Gestern war Mourer ein Kandidat der Croix de feu, heute ist er reif für die Volksfront und wird herzlichst zum Beitritt eingeladen. Bei der "Huma" ist eben kein Ding unmöglich. Heute so und morgen so, wie es gerade gewünscht wird, das scheint die "prinzipielle" Linie der "Humanité" zu sein. Gegen F. Hecker den verantwortlichen Redakteur der Radikalen, aber mit Fala-Becker. Heute gegen Mourer, der sich kaufen liess, morgen für Mourer. Diese Wendigkeit lässt auf äusserte Wackligkeit in den Grundsatzschliessen.

Volksfront und Proporzfront:Was wollen die Sozialisten?

Sie wollen beides. Das ist der Eindruck, den man auf Grund des Debatten der letzten Mitgliederversammlung der SFIO von Strasbourg und auf einer in der "FT" veröffentlichten Resolution der SFIO-Gemeinderatsfraktion gewinnt. Der Gegensatz, so meint man wohl in der SFIO-Führung ist ja kein prinzipieller, sondern nur ein gradueller.

Die erwähnte Resolution der SFIO-Gemeinderatsfraktion, die sie dem H. Maire überreicht hat, damit sie der nächsten Gemeinderatssitzung unterbreitet wird, ist wohl in erster Linie ein Ergebnis, des neuerlichen Vorstosses, den der Einheitsverband der Bauarbeiter bei der Stadtverwaltung unternommen hat und der auch die Heimatfront zur Produktion von 5 Anträgen veranlasste.

In der Resolution solidarisiert sich die SFIO-Fraktion ausdrücklich mit dem bisherigen Werk der Stadtverwaltung, distanziert sich aber gleichzeitig vom Werke Doumergues und Levals, das angeblich vom Gemeinderat nie gebilligt worden sei. Die Ausführung dieses Werkes durch die Gemeinderatsmehrheit wird als durch das Gesetz erzwungen dargestellt, das zu umgehen nicht möglich war. Frey und Walter, die Macher der derzeitigen Gemeinderatsmehrheit werden uns da also indirekt als Vorgewaltigte ihrer eignen Gesetzgebung vorgestellt.

Von der Abschaffung des "Cantonal" Systems wird erklärt, dass die Gemeinderatsmehrheit es durch ein gleichwertiges System ersetzt habe. Diese "Feststellung" grenzt schon an Urkundenfälschung.

Von den decrets-lois wird erklärt, dass sie von dem Augenblick ausser Kraft gesetzt werden, wo ein diesbezügliches Gesetz den Gemeinderat dazu berechtigt, respktu. dazu verpflächtet.

Bezüglich der 40 Stundenwoche und der Kollektivverträge werde der Gemeinderat die gleiche Haltung einnehmen - d. h. wenn ihn ein Gesetz dazu zwingt, wozu die Anwesenheit von Sozialisten in der Stadtverwaltung absolut nicht notwendig ist.

Betreffs der städtischen Mindestlöhne, die bekennlich mit Billigung der SFIO abgebaut wurden, verweist die Resolution der SFIO auf das Scheitern der Bestrebungen zwecks Abschluss eines Tarifvertrages (das hat lange gedauert, bis dies die SFIO gemerkt hat!) und bittet (!!!) den Herrn Maire, die zuständige Kommission für die Festsetzung der Mindestlöhne einzuberufen, die Erhöhung der letzteren zu beantragen (das Ausmass der Erhöhung wird nicht genannt) und bei der Präfektur die Anwendung der neuen Sätze zu erwirken.

Diese Resolution zeigt, dass die SFIO ihre Bündnispolitik mit Frey und Walter fortzusetzen gedenkt. Wozu sich die Resolution verpflächtet, ist keine Verpflichtung. Der Ausführung allgemein gültiger gesetzlicher Bestimmungen kann sich auch H. Frey nicht entziehen. In dem einzigen Punkte, der durch eine selbstständige Initiative des Gemeinderats zu regeln ist, beschränkt sich die Resolution auf eine Bitte. Dies ist ein deutliches Zeichen dass die SFIO sich von Frey nicht trennen will, dass sie nichts unternemen will, was über die Bitte bei H. Frey hinausgeht.

Die Begründung für diese Politik der Kratzfüsse und gepolsterten Handschuhe, die sich zwar befleissigt die Ergebnisse des ausserparlamentarischen Kampfes der französischen Arbeiter, soweit sie ihren gesetzlichen Ausdruck erhielten, auch der Gemeinderatsmehrheit eines CH. Frey an den Hut zu stecken, ist ja bekannt: man will nicht, dass die Els. Heimatfront die Sessel in der Gemeindeverwaltung einnimmt.

Diese Begründung ist oberflächlich. Wenn Hueber u. Roes tatsächlich die Neigung haben sollten die Rolle der Sozialisten an der Seite des H. Frey oder Walter zu spielen, so sollen sie dies tun. Sie könnten sich bei diesem Unternehmen nur heillos kompromittieren. Im übrigen hiesse es sie unterschätzen, wenn man ihnen eine solche Dummheit zutraute. Denn das wäre auch für sie nichts als ein kurz-sichtiges Manöver.

Was nützt ist heute wie gestern die Aktionseinheit der Arbeiter und nichts anderes.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

Ersteht wöchentlich

Bezugspreis Monat Frs. 2.-
Einzelheft 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N^o 28/III. Jahrgang,

Dritte Juniwoche 1936.

STREIK LEHREN DER LETZTEN STREIKBEWEGUNG.

Damit die Arbeiterschaft die notwendigen Löhne aus der gewaltigen und erfolgreichen Streikbewegung der letzten Wochen ziehen kann, ist es vor allem notwendig, dass sie sich eingehend mit der Haltung beschäftigt, die die einzelnen Arbeiterorganisationen, die Arbeiterparteien u. die Gewerkschaften, während dieses grossen Kampfes des französischen Proletariats eingenommen haben.

Wir haben schon darauf hingewiesen, dass die Streikbewegung, deren Erfolg jetzt von den Instanzen der Arbeiterparteien u. der Gewerkschaften gefordert werden, nicht der Initiative dieser Instanzen zu verdanken, sondern spontanen Ursprungs war und von den Militanten der Gewerkschaften u. vor allem auch der KPF in den Betrieben ausgelöst wurde. Wir haben sich nun die Faltungen der SFIO, der KPF u. der Gewerkschaften während des Kampfes verhalten.

Die Haltung der SFIO und der Regierung Blum.

Die Haltung der SFIO-Führung fällt im grossen u. ganzen mit der Politik der Regierung Blum zusammen. Das Hauptbestreben der Regierung Blum war, möglichst bald die ausserparlamentarische Masssbewegung zu Ende zu bringen. Die Regierung Blum machte zu diesem Zwecke Zugeständnisse an die Massen, sie brachte die neuen Sozialgesetze im Parlament ein u. bemühte sich gleichzeitig, bei den Verhandlungen zwischen Unternehmern u. Gewerkschaften zu vermitteln. Aber die Rolle der Regierung Blum beschränkte sich nicht darauf, Konzessionen an die kämpfenden Arbeiter zu machen. Gegenüber den Versuchen der Anhänger der Volkspolitik, der Regierung Blum Ruhmeskränze zu flechten, weil sie die Interessen der Arbeiter angeblich so gut wahrgenommen habe, ist es notwendig, auf die arbeiterfeindlichen Züge im Verhalten der Regierung Blum hinzuweisen, die sich daraus ergeben, dass sie eine Regierung der Koalition mit der Bourgeoisie, eine bürgerliche Regierung ist. Die Regierung Blum hat, als sie die Unternehmer veranlasste, den Forderungen der Arbeiter nachzugehen, ihnen gleichzeitig - und zwar durch Taten - zu verstehen gegeben, dass sie bereit sei, die kapitalistische Ordnung zu schützen u. das Ihrige zu tun, damit ausserparlamentarische Aktionen der Massen sich möglichst nicht wiederholen. Wenn L. Blum die Betriebsbesetzungen für "illegal" erklärt hat, was heisst das anders, als dass die SFIO-Minister das Nichteingreifen der Polizei gegen Arbeiter, die Betriebe besetzten, für eine Ausnahme aus der allgemeinen Regel der Regierungspolitik erklärten? Der Polizeiminister Salengro hielt nicht nur Reden gegen die "Anarchie", die an die Töne erinnerten, die die Sovering etc. s. Zt. in Deutschland anschlugen und die die KPF zu anderen Zeiten als "typisch sozialfaschistisch" bezeichnet hätte, Salengro liess auch vorige Woche in Paris Polizei u. Mobilgarden aufmarschieren u. alle Strassendemonstrationen verbieten. Diese Massnahmen wurden damit begründet, dass die Faschisten, vor allem die Croix de feu, versucht hatten, Strassenaufläufe zu veranstalten u. Streikbrecher zu schützen. Aber wenn Salengro gegen die Faschisten vorgehen wollte, weshalb löste er dann die faschistischen Ligen nicht auf, weshalb liess er die Führer der Faschisten nicht verhaften u. ihre Zeitungen, die in der unverschämtesten Weise gegen die Streikenden hetzten, verbieten? Dass das nicht geschah, war ein Beweis dafür, dass der von der Regierung u. speziell von Salengro angeordnete Aufmarsch der Polizei und der Garde mobile in den Strassen von Paris in erster Linie dazu bestimmt war, die streikenden Arbeiter einzuschüch-

ten und den Kapitalisten das Gefühl zu geben, dass die Regierung entschlossen sei, ihre Interessen zu schützen. Das zeigten auch die dunklen Andeutungen der SFIO-Minister über "Provokateure", die sich angeblich unter die Streikenden eingeschlichen hätten. Nun ist es unbestreitbar, dass die Mechtelsten versuchten, in den Reihen der Streikenden Verwirrung zu stiften. Die dunklen Andeutungen, die von Regierungsseite gemacht wurden, waren aber so formuliert, dass der Eindruck erweckt wurde, als sei die Härtseligkeit, mit der z.B. die Pariser Metallarbeiter es ableiten, auf ihre Forderung ausbleibender Minimallohne zu verzichten, ein Werk von "Provokateuren". Es ist kein Zufall, dass die Polizeimassnahmen der Regierung zusammenfielen mit Protesten der radikalen Partei, der unmittelbaren Vertreterin der Kapitalisten in der Regierung, die forderte, dass dem Streik möglichst bald ein Ende gemacht werde. Charakteristisch ist auch, dass die Regierung Blum zu guter Letzt das Organ der Trotzlisten beschlagnahmte und bei verschiedenen Mitgliedern der Trotzlistischen Organisation Hausdurchsuchungen veranstalten liess. Bei de la Rocque hat niemand gehaust. Der verurteilte Charles Maurras darf weiterhin in der "Action Française" seine Mordhetze gegen die Arbeiter betreiben. Gegen die Trotzlisten (die die "Freie Presse" ein Häckerdutzend nennt) aber ist die Regierung Blum energisch. Die Trotzlisten sind eine kleine Sekte und betreiben ihre Kritik der Volksfront nicht vom Standpunkt einer ernsthaften revolutionären Massenpolitik, sondern vom Standpunkt der revolutionären Phrasen. Das polizeiliche Vorgehen gegen die Trotzlisten ist also sicher nicht dem Unstills zuschreiben, dass die Regierung gerade die Trotzlisten besonders fürchtete, vielmehr handelte es sich für die Blum u. Salengro darum, ein warnendes Beispiel für alle Arbeiter und nicht zuletzt auch für die linksgerichteten Mitglieder der SFIO zu statuieren, denen es einfallen sollte, Forderungen aufzustellen, die über den Rahmen dessen hinausgehen, was mit der Politik der Koalition mit der Bourgeoisie, mit der Volksfront mit den Radikalen verträglich ist.

Wir hatten schon erwähnt, dass das neue Gesetz über die Kollektivverträge die Zwangsschlichtung vorsehe, die es der Regierung gestattet, Streiks unter Umständen zu verbieten. In der von der Kammer angenommenen Fassung des Gesetzes ist zwar nicht mehr von verbindlichen Schiedsprüchen des Arbeitsministers die Rede, jedoch wird nunmehr festgelegt, dass der Arbeitsminister, falls er von einer Vertragspartei, d.h. entweder von den Unternehmern oder von den Gewerkschaften angerufen wird, eingreifen muss, während es ursprünglich hiess, dass er eingreifen kann. In der Sache hat sich also nichts geändert. Wenn die Regierung verpflichtet wird, die Entscheidung in Arbeitskämpfen zu fällen, dann heisst das auch, dass ihr - wenn das Gesetz dies auch nicht ausdrücklich ausspricht - die Befugnis erteilt wird, sich als Regierung für die Einhaltung ihrer Entscheidungen einzusetzen.

Die Haltung der KPF- Führung.

Wir haben gezeigt, wie die Politik der Regierung Blum u. damit auch die Politik der SFIO von der Absicht bestimmt war, nicht nur die vorhandene Streikbewegung möglichst bald durch Konzessionen an die Massen zu beenden, sondern gleichzeitig auch die bürgerliche Staatsgewalt in Satnd zu setzen, ohne Wiederholung von Massenaktionen solchen Umfangs zu verhindern.

Was die KPF anbelangt, so hat die Junibewegung der französischen Arbeiter gezeigt, dass es ihr infolge der Volksfrontpolitik unmöglich ist, die Aufgaben und Pflichten einer kommunistischen Partei zu erfüllen..

Die KPF hat als Partei, als politische Führung ausserhalb und innerhalb des Parlaments versagt. Sie hat es unterlassen, im Parlament die Erklärung Blums, dass die Betriebsbesetzungen illegal seien damit zu beantworten, dass sie das ausdrückliche Verbot des Eingreifens von Polizei etc. in Arbeitskämpfen jetzt und für die Zukunft beantragte, sie hat gegen die Polizeimassnahmen der Regierung, gegen die verhüllten Drohungen der SFIO-Minister, die sich gegen die Streikenden wandten, nur sehr schüchtern und nebenbei in der "Humanité", aber weder im Parlament noch durch Protestresolutionen aus den Betrieben Stellung genommen. Als der Streik seinen Höhepunkt erreicht hatte, erschien in der Pariser Presse ein partei-offizieller Auszug aus einer Rede von Thorez vor den Pariser Parteifunktionären, der objektiv, durch seine Wirkung, die Hetze der Bourgeoisie gegen die Streikenden fördern musste, am nächsten Tage veröffent-

lichte die "Humanité" den vollen Text der fraglichen Rede von Thorez, der im Tone anders klang als der kurze Auszug, was erst recht bewies, dass die Veröffentlichung dieses Auszuges ein unverzeihlicher Missgriff war.

In dem fraglichen Auszug hieß es; dass die Arbeiter verstehen müssten, einen Streik zu beändigen und zwar nötigenfalls auch mit einem Kompromiss. Nun weiss jeder einigermaßen geschulte Arbeiter, dass man einen Streik im gegebenen Augenblick abschliessen muss, aber als das Communiqué über die Thorez'sche Rede erschien, war die Lage so, dass die Einigung in der Pariser Metallindustrie, denn darum handelte es sich vor allen Dingen, nicht dadurch verhindert wurde, dass aus den Reihen der Streikenden heraus irgendwelche Forderungen gestellt wurden, die unreal waren, sondern dadurch, dass die Unternehmer sich dagegen sperren, ausreichende Minimallohne für die bisher unter dem Existenzminimum bezahlten Arbeiterkategorien zu gewährleisten.

Die KPF hat weiter in ihrer Stellungnahme die Arbeiter davor gewarnt, sich durch allzu schnelles Vorwärtsdringen vom Kleinbürgertum zu lösen. "Alles für die Volksfront, alles durch die Volksfront" ist die Losung der KPF. Nun, in der Volksfront haben es die Arbeiter nicht nur mit Kleinbürgern, sondern auch mit radikalen Kapitalisten zu tun. Die Streikbewegung hat in der Praxis gezeigt, dass der Klassenkampf der Arbeiter, wenn er ernsthaft geführt werden soll, nicht nur gegen die "200 Familien", sondern gegen die ganze Kapitalistenklasse, auch gegen die kleinen und mittleren Kapitalisten, die den Radikalen nahestehen, geführt werden muss. Was die Kleinbürger anbelangt, so hat die Arbeiterklasse nicht ihren Vorurteilen entgegenzukommen, sondern muss versuchen, sie von ihren Bedenken gegen den proletarischen Klassenkampf zu befreien. Wenn die KPF nichts anderes zu sagen weiss, als die Arbeiter vor allzu weiten Vorstössen zu warnen, dann trägt sie nur dazu bei, die reaktionären Vorurteile der Kleinbürger zu erhalten. Was notwendig ist, das ist umgekehrt, den Massen der Kleinbürger die Berechtigung der Forderungen der Arbeiter und ihres Kampfes gegen die Kapitalisten bei jeder Gelegenheit nachzuweisen.

(Schluss folgt)

Man will die Arbeiterklasse um ihre Erfolge prellen:

Preiserhöhung und Frankenabwertung.
=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:=::=:

Die kapitalistische Klasse fügt sich jetzt zähneknirschend den Forderungen der französischen Arbeiter. Aber es wäre ein Selbstbetrug, wollte sich die Arbeiterschaft dem Glauben hingeben, sie könnte jetzt auf den errungenen Löhnen ausruhen und sich im Rahmen des Kapitalismus auf ein häusliches und beschaulich-zufriedenes Leben einrichten.

Das Unternehmertum sinnt auf Rache und denkt daran die Arbeiter um die materiellen Ergebnisse ihres gewaltigen Kampfes zu prellen. Der Kampf um die faktische Annullierung der materiellen Resultate des Kampfes der Arbeiter wird auf zwei Linien eröffnet. Einmal auf dem Wege der Preiserhöhung, das andere mal durch den Sturm gegen den Franken.

Die Unternehmer erklären, dass die Realisierung der Forderungen der Arbeiter eine weitreichende Erhöhung der Gestehungskosten verursache. Die Exportindustrie fordert daher Subventionen des Staates zur angeblichen Wiederherstellung ihrer Konkurrenzfähigkeit und Léon Blum hat dieser Industrie bereits Staatsvergünstigungen in Aussicht gestellt. Die anderen Industriellen verlangen die Möglichkeit der Abwälzung der neuen Lasten durch eine entsprechende Erhöhung der Preise.

Auf der anderen Seite wird unter Hinweis auf die Schuldenlast des Staates, der jetzt entstehenden Mehrausgaben und der offensichtlichen Unmöglichkeit der Fortsetzung der Deflationspolitik, die Frage der Devaluation, also der Frankenabwertung immer stärker gestellt. In dieser Hinsicht ist von Interesse, dass das parlamentarische Haupt der Frankenabwertler, Paul Reynaud, zum Haupt der parlamentarischen Opposition gegen die Regierung geworden ist und dass namhafte Finanzfachleute der Bourgeoisie, wie Caillaux von den Radikalen, sich in Anhänger einer geregelten Frankenabwertung verwandelt haben.

Es ist auch nicht unbekannt, dass auch in den Reihen der CGT (Jouhaux) und der SFIO-Führung vor nicht allzu langer Zeit ziemlich offen mit der Befolgung des belgischen Experiments geliebäugelt wurde. Das passive Verhalten der Regierung gegenüber der Attacke auf den Franken, lässt den Schluss zu, dass die Regierung lediglich die Verantwortung für die Einleitung des Experiments der Frankenschwächung schied und sich ohne wirksame Massnahmen zur Sicherung des Franken treiben lässt, bis das Ereignis sich hinter dem Rücken der Regierung als Tatsache durchgesetzt hat.

Die Abwertung des Franken würde mit einem Schlage die materialien Ergebnisse des 14 tägigen Kampfes der französischen Arbeiterklasse in Frage stellen und die breite Masse der kleinen Sparer in ihrer Existenz bedrohen.

Die Preiserhöhung, d. h. die Abwälzung der materialien Ergebnisse des Forderungskampfes der Arbeiter auf die Masse der Konsumenten, würde die Arbeiter und weite Schichten des Kleinbürgertums treffen.

Bereits jetzt wird berichtet, dass die Textilfabriken ihre Vertreter anhalten vorerst keine neuen Verkaufsbeschlüsse zu tätigen, da neue Preislisten folgen. Die kleinen Schlossermeister berichten bereits von einem Anziehen der Preise für Rohstoffe und Halbfertigfabrikate. Die kleinen Bauunternehmer verweisen auf die ansteigende Tendenz der Preise für Rohmaterialien.

Daneben wird bereits gemeldet, dass auch hier und da im Detailverkauf die Preise für Lebensmittel aufschlägen. In Mosch z. B. haben die Metzger die Bewilligten Lohnerbhöhungen mit einem Preisaufschlag von 50 Centimes für das Fleisch beantwortet. Die Ausführung dieses Unternehmens scheitert nur an der bestehenden Haltung der Arbeiter, die mit der Besetzung der Metzgereien zu reagieren beabsichtigen.

Der Kampf gegen die Preistreiberei.

Die Fröfekten haben jetzt der Presse ein Schreiben des Innenministers gegen "unberechtigte" Preiserhöhungen zugestellt. Dieses Schreiben richtet sich aber nur gegen "gewisse" Zwischenhändler und bezieht sich anscheinend nur auf die Lebensmittelpreise. In dem Schreiben wird aber gleichzeitig erklärt, dass die Regierung die Interessen der Produzenten schützen werde.

Es ist natürlich notwendig den Kampf gegen die Preistreiberei der notwendigsten Lebensmittel zu führen, aber das genügt nicht, wenn zugleich den Produzenten, also doch wohl den Kapitalisten, die Unterstützung der Regierung bei der "Richtigstellung und Anpassung" der Preise zugesichert wird und die industriellen Erzeugnisse, die ja letzten Endes auch in den Konsum eingehen, unberührt von einer Kontrolle bleiben.

Die Arbeiterklasse darf sich nicht gegen die kleinen Geschäftsloute und kleinen Händler manövrieren lassen. Sie darf nicht zulassen, dass die Kapitalisten, die den Arbeitern bewilligten Forderungen jetzt auf ihre Verkaufspreise abwälzen können und dürfen und der behördliche Apparat und die Arbeiterschaft lediglich gegen den kleinen Händler und kleinen Geschäftsmann eingesetzt wird.

Wir fordern den Kampf gegen die Teuerung, und die Spekulation und die Preiskontrolle, aber die Preiskontrolle, die mit der Produktionskontrolle verbunden ist. Und zwar die Kontrolle durch die Werktätigen und die von ihnen gewählten Organe, unter Berücksichtigung der kleinen Geschäftsloute und der kleinen Händler. Der Polizeimüffel, der sich nur auf die letzte Instanz konzentriert und die höheren Stufen des Handels und der Produktion unbehelligt lässt, dafür darf und wird sich die Arbeiterschaft nicht erwärmen.

Es ist eine drängende Aufgabe der Gewerkschaften, die jetzt gebildeten Betriebsdelegierten Syndikatsweise und ortsweise zusammenzufassen und sie auf die Aufgabe des Kampfes um die Preis- u. Produktionskontrolle darzustellen. Die CGT hat sich in Toulouse dazu verpflichtet. Die Aktualität dieser Forderung liegt auf der Hand. Deshalb muss der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion, um die Schaffung von Preiskontrollausschüssen und deren amtliche Anerkennung geführt werden.

Auch der Kampf um die Erhaltung des Franken duldetkeinen Aufschub.

Auch der Franken muss verteidigt werden. Das ist ein elementares Gebot im Interesse der Arbeitenden. Das arbeitende Volk will nicht und duldet nicht, dass es durch eine gewollte oder durch eine, der Nachsicht und dem Nichtstun entsprungene Abwertung des Franken, um die Ergebnisse seines Kampfes gepöbelt wird. Es gibt nur ein Mittel den Franken zu behaupten: die Belastung der Reichsbank. Deshalb fordern wir die Überführung der Bank von Frankreich in Staatsbesitz ohne Entschädigung der Grossaktionäre, die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, das die Spekulation begünstigt; die Offenlegung aller Bankkonten und der Steuerlisten; die Kontrolle aller geschäftlichen Transaktionen der Banken und der Steuerreinzahlung durch Organe der Werktätigen unter Heranziehung von Ausschüssen der Angestellten der Banken und der Grossen industriellen Unternehmungen.

Das Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung erfordert das, auch das der breiten Masse der kleinbürgerlichen Gefolgschaft der Radikalen. Wenn die Radikalen sich diesen Forderungen widersetzen, dann soll und muss das arbeitende Volk und seine Aktionsbereitschaft angerufen werden. Das werktätige Volk will nicht zurück geworfen werden, es will nicht gepöbelt werden. Es hat gezeigt wessen es fähig ist. Es wird es morgen auf's neue zeigen.

3. no Losung ist: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Elsass-Lothringen von der Streikwelle erfasst:

DIE LAWINE ROLLT.

oooooooooooooooooooo

Die von Paris ausgehende Streikwelle hat spontan und mit elementarem Gewalt auch Elsass-Lothringen erfasst. Alle Orte mit industrieller Betätigung und fast alle Branchen sind von dem ausgebrochenen Gewitter erfasst und selbst in den entlegensten Gegenden, wo seit einem Jahrzehnt keine Organisation der Arbeiter mehr Fuss fassen konnte, wo die Proletarier von der Krise niedergedrückt und scheinbar mit einer nicht zu erschütternden Lammesgeduld alle Schläge ihres Patronats entgegennahmen, hat sich jetzt die jahrelang aufgespeicherte Erbitterung entladen. Dort wo alle bisherigen Versuche, die Arbeiter wieder der Organisation zuzuführen scheiterten, wo alle aufreibende Kleinarbeit anscheinend zu einem sich stets wiederholenden Nichts verurteilt war, ist durch das ermutigende Beispiel der Aktion der Arbeiter der Pariser Region und ihren Erfolg, der Gedanke der Aktion und der Organisation von einem Tag zu anderer Wirklichkeit geworden. Der Riese Proletariat hat sich aufgereckt, sich auf seine Kraft besonnen und sie bis in die entlegensten Winkel des Landes fühlbar werden lassen. Widerstände, die gekesselt noch als schier unüberwindlich galten oder schienen, sie werden wie von einem über die Ufer getretenen reissenden Strom von der Massenbewegung niedergedrückt. Jawohl, das Proletariat ist unüberwindlich, wenn es sich seiner Klassenkraft bewusst wird. Die weitere Entwicklung hängt heute ausschliesslich von der Führung der Arbeiterklasse, von ihrer revolutionären Tatkraft, von der richtigen Einsicht in die Klassenkräfte und der richtigen Aufgabenstellung ab.

Mülhausen war der erste Ort in Elsass-Lothringen, wo der Dunkeln der Massenaktion zur Flamme wurde. Von einem Betrieb ergoss sich die Aktion auf alle Unternehmungen und riss auch die rückständigsten Arbeiter in ihren Bann.

Von Mülhausen griff der Streik auf die Umgebung, von dort auf Unterelsass und Lothringen über. Die Lingolsheimer Lederfabrik wurde besetzt, der Betrieb Matford erlebte seinen Streik der gekreuzten Arme. Die Metallarbeiter Lothringens, die fast ohne Ausnahme dem CGT-Metallarbeiterverband ihre Unterstützung gewährten, zwangen die de Wendels zur Anerkennung ihrer Forderungen. Die Bergarbeiter in Lothringen, die in Lohnverhandlungen eingetreten waren, deren Ergebnisse ihnen nicht annehmbar war, haben unter der Losung "Gleiche Rechte und gleiche Löhne wie unsere Kollegen im Inneren" die Schachtenanlagen besetzt. In Colmar sind nun auch die 1200 Arbeiter u. Arbeiterinnen der Fa. Kiener u. Cie; zur Betriebsbesetzung übergegangen. Die Kaliberarbeiter des Oberelsass,

So sieht bisher der Kampf gegen den Faschismus aus!

Ein Song sollte das Begräbnis des Faschismus und der "200 Familien" darstellen, ein Zeichen welche Hoffnungen und Illusionen die Arbeiter an die Volksfront mit den Radikalen knüpfen. Sie werden bald merken, dass zur Beerdigung des Faschismus und der "200 Familien" etwas anders als eine Volksfront mit den Radikalen nützt.

Am Marsoillaise-Denkmal wurde ein Kranz mit einer blauweissen roten Schleife niedergelagt, eine Geste, die einem Vorschlag des Prof. Rothé, des Vorsitzenden des Volksfrontkomitees folgte und die der Öffentlichkeit demonstrieren sollte, dass die Volksfront den Idealen der bürgerlich-demokratischen Revolution und nicht der proletarischen Revolution huldigt, also nicht auf den Sozialismus, sondern auf die Reform des Kapitalismus ausgerichtet ist.

Auf dem Contades wurden verschiedene Reden gehalten, die infolge des Nichtfunktionierens des Lautsprechers für die Grosse Messe unverständlich waren. Kam. Mohn von der KP feierte die Vermählung der Internationale des Proletariats mit der Marsoillaise der Bourgeoisie, die nach den neuesten Entdeckungen dem Proletariat von der Bourgeoisie gestohlen worden ist und die es jetzt wieder zurücknimmt. Wenn das vor drei Jahren ein Kommunist gesagt hätte, dann wäre er erledigt gewesen. Irgendwelche Forderungen wurden in den Reden nicht präzisiert.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Massen auch in Elsass-Lothringen wenden sich im steigenden Masse der Volksfront zu. Klare Vorstellungen über die Unzulänglichkeit dieser Front sind in den Massen heute noch nicht vorhanden. Alle ihre Hoffnungen und Wünsche werden der Volksfront unterschoben. Erst die praktischen Erfahrungen werden in den Massen die Unzulänglichkeit dieser Front mit der radikalen Bourgeoisie blosslegen. Das Bündnis mit den Radikalen nimmt der Partei die Fähigkeit die Massen zu führen, ihnen die Unzulänglichkeit eines Bündnis mit den Radikalen klarzulegen. Schon in Bälde wird sich zeigen, von welcher Unzulänglichkeit das Volksfrontprogramm ist und dass in seinem Rahmen und mit seinen Mitteln selbst die Ergebnisse der prachtvollen aussenparlamentarischen Aktionen nicht gesichert werden können.

Die IVKO unterzog sich daher nur einer selbstverständlichen Pflicht, als sie die Gelegenheit der Demonstration der Volksfront benutzte, um in einem Flugblatt die Lage und Aufgaben der Arbeiterklasse vom revolutionären Standpunkt aus zu umrissen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

In der "NW3" müht sich ein gewisser "Kusik" ab, nachzuweisen (Nr. v. 15.6.) dass der Kampf gegen den Frieden mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden sein muss, dass der Friede nur gesichert werden kann, wenn die bürgerlichen Regierungen und die Bourgeoisie als Klasse gestürzt wird.

Bisher hat Hueber ja etwas anders erzählt. Er hat während der Wahlen und während der Debatten um den franco-russischen Pakt seinen Anhängern erzählt, dass der "Friede unserer Heimat" nur gesichert werden kann, wenn man aufhört gegen Hitler zu hetzen und stattdessen sich mit Hitler auf Kosten der Sowjetunion aussöhnt. Hueber widerlegt sich also selbst. Er möge sich bitte nicht nur auf ~~zzk~~ Lenin berufen, wenn es gilt die Schwenkung der KPF zum Standpunkt der Vaterlandsverteidigung und des positiven Eintretens für den Militäretat zu verurteilen, sondern auch seine aussenpolitische Linie einmal einer leninschen Analyse durch Kusik unterziehen lassen. Vielleicht merkt er dann, dass er statt den Leninismus allseitig und unter den jeweiligen konkreten Verhältnissen anzuwenden, auf die Linie des aussenpolitischen Amtes des III. Reiches gekommen ist.

Die "Humanité" schreibt zum Vorgehen des Innenministers Salengro gegen die Trotzlisten, sie, die Kommunisten könnten durch diese Elemente nicht verdächtigt werden. Die "Huma" gibt dann zu erkennen, dass sie mit dem Vorgehen gegen die Trotzlisten einverstanden wäre, wenn man auch gegen die Faschisten vorgehe. Das ist eine mehr als verdächtige Haltung.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEN.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis Monat Fr 2.-
Einzelnummer 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

No 26/III. Jahrgang.

Vierte Juniwoche 1936.

Um die Finanzpolitik der Regierung!

DIE REICHEN SOLLEN NICHT ZAHLEN.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Das Finanzprogramm der Regierung Blum, das von Vincent Auriol in der Kammer entwickelt wurde, ist der beste Beweis dafür, dass diese Regierung der Koalition mit der Bourgeoisie eine Politik der Wahrung der kapitalistischen Interessen betreibt. Vincent Auriol hat die traurige Lage der Staatsfinanzen und die Gefahren, die der Frankowährung drohen, geschildert, um dann als Mittel zur Behebung dieser Schwierigkeiten einen Apell an den guten Willen der Kapitalisten vorzuschlagen. Die Belastung der Reichen, die Einführung einer Vermögensabgabe wird von Auriol abgelehnt. Er hofft darauf, dass die Kapitalisten der Regierung ihr Vertrauen schenken und ihr Geld leihen. In der Zwischenzeit will die Regierung ihre Ausgaben mit Hilfe eines ihr vom Parlament zugesprochenen Kredits der Bank von Frankreich, d.h. letzten Endes mit Hilfe der Notenpresse, decken.

Der "Temps", das Organ der Schwerindustrie, ist mit der Rede Auriols ganz zufrieden. Er schreibt: "Erkennen wir an, dass, um dieses Vertrauen (das Vertrauen der Kapitalisten, Red. der "Apo") zu erwerben, der sozialistische Minister sich in lobenswerter Weise der Mässigung befleißigt hat. Er hat erklärt, dass die Änderung der Statuten der Bank von Frankreich ... keineswegs darauf abzielen werde, die Notenbank vom Staat abhängig zu machen... Und Herr Vincent Auriol hat auch, um das Vertrauen zu befestigen, kategorisch die Idee einer Kapitalabgabe verworfen. Man wird den Guten Willen, den der Finanzminister auf diese Weise an den Tag gelegt hat, Anerkennung zollen müssen."

Das führende Organ des französischen Grosskapitals stellt also fest, dass die Regierung der Volksfront nicht daran denkt, die Interessen des Kapitals zu verletzen, sondern sich bemüht, dessen Wünschen nachzukommen. Die Lobesworte des "Temps" zeigen, dass das Finanzprogramm der Regierung Blum der Sache nach nichts anderes ist als ein Kniefall vor dem Grosskapital, oder, wie man jetzt zu sagen pflegt, vor den "200 Familien".

Es hat sich sehr schnell erwiesen, dass die Regierung Blum und die Volksfront nicht imstande sind, dem Grosskapital an den Kragen zu gehen. Die Reform der Bank von Frankreich, von der soviel Aufsehen gemacht wurde, läuft schliesslich auf eine ziemlich belanglose verwaltungstechnische Massnahme hinaus. Dieses Verhalten der Regierung Blum aber ist kein Zufall. Es ergibt sich aus dem ganzen Wesen der Volksfront und dieser Regierung. Die radikalen Partner der Volksfront sind als direkte Vertreter kapitalistischer Interessen entschlossen zu verhüten, dass dem Kapital etwas zuleide geschieht und zusammen mit den Radikalen kann keine andere Politik betrieben werden als die jetzige, vom "Temps" mit Beifall begrüsst.

Mit dem Hut in der Hand bittend vor der "Mauer des Geldes".

Ebenso wie die radikalen Regierungen in früheren Jahren so steht auch die Regierung Blum den Hut in der Hand bittend vor der "Mauer des Geldes". Die Folgen werden heute im Grossen und Ganzen dieselben sein wie früher. Wenn die Regierung an den "guten Willen" der Kapitalisten, an ihr "Vertrauen" appelliert, dann verpflichtet sie sich, sich dieses Vertrauen der Kapitalisten zu verdienen und das bedeutet nichts anderes, als dass sie sich auf den Schutz des kapitalistischen Profits festlegt. Und da die Kapitalisten der Ansicht sind, dass

sie nie genug Profit machen können, so heisst das, dass die Volksfrontregierung fortwährend dem Druck, den Erpressungen der Kapitalisten ausgesetzt sein wird. Das französische Grosskapital hat es stets ausgezeichnet verstanden, die Finanzschwächen der "linker" Regierungen, von denen es wusste, dass sie unfähig waren, ihm wirklich etwas zuleide zu tun, auszunützen, um sie in jeder Hinsicht unter Druck zu setzen und so auch das politische Programm der Reaktion durchsdrücken. In dem von uns bereits zitierten Artikel des "Temps" werden die Erpressungsmanöver bereits angedeutet. Der Temps schreibt:

"Schutz des Franken, Appell an den Kredit, Wiederherstellung des Vertrauens, das alles hört sich gut an, das ist eine vorrünftige Politik. Aber sie setzt zwei Bedingungen voraus. In politischer Beziehung die Ordnung. In finanzieller Beziehung das Gleichgewicht, das angesichts der Erschöpfung der Steuerkraft der Nation nur durch Sparsamkeit erreicht werden kann."

Das Blatt der "200 Familien" ist durch das Programm Auriols so ermutigt worden, dass es nicht nur die "Ordnung" verlangt, worunter es die Freiheit für die Faschisten und die Unterdrückung von Aktionen der Arbeiter versteht, sondern auch neue Sparsamkeitsmassnahmen, einen neuen Abbau der Lebenshaltung der Werktätigen. Die Frechheit des kapitalistischen Scharfmacherblattes zeigt, dass das Grosskapital fühlt, dass es die Regierung Blum vollkommen in der Hand hat.

Werden die Kapitalisten ihr Geld leihen?

Im übrigen ist es garnicht gesagt, dass die Kapitalisten sich beeilen werden, der Regierung Blum Geld vorzuschliessen, auch wenn diese ihnen noch so verlockende Bedingungen macht. Der Kreis der Kapitalisten, der bewusst auf die Devaluation hinarbeitet, ist in der letzten Zeit immer grösser geworden, insbesondere weil die Unternehmer hoffen, auf diese Weise die Arbeiter um die Früchte der grossen Streikbewegung prellen zu können. Die Gefahr eines Frankenssturzes ist nach wie vor angesichts der neuerlichen Goldabgänge der Bank von Frankreich und der Tatsache, dass die Regierung ihre Ausgaben bis auf Weiteres durch die Notenpresse finanziert, ziemlich akut. Um die Frankenwährung wirklich zu schützen, ist ein Zugriff in die kapitalistischen Vermögen notwendig. Aber wenn man ernsthaft will, dass die Reichen zahlen sollen, damit die Devaluation verhütet werde, dann darf man sich nicht so verhalten wie die KPF.

Die KPF fordert die Vermögensabgabe, aber sie unterstützt gleichzeitig die Regierung Blum und deren Finanzpolitik, die auf die Ablohnung einer solchen Massnahme hinausläuft. Die KPF verschweigt bewusst die Haltung ihrer radikalen Volksfrontpartner zur Frage der Belastung der Besitzenden. Damit, dass die KPF ~~xxxxxx~~ jetzt der Regierung un den Radikalen einzureden versucht, man könne die Belastung der Reichen, wenn schon eine Vermögensabgabe nicht in Frage käme, auch durch eine Erhöhung der Einkommenssteuer erreichen, wird sie keinen grossen Eindruck machen, denn die Radikalen und infolgedessen auch die Regierung, die von der Unterstützung der Radikalen abhängig ist, wollen nicht, dass das Kapital scharf angepackt werde, und zwar ganz gleich, unter welcher Bezeichnung. Um wirklich eine Belastung der Reichen durchzusetzen, ist es notwendig, die Regierung Blum nicht zu unterstützen, sondern die zu bekämpfen. Vor allem aber ist es notwendig, die Regierung unter einen Massendruck zu setzen. Wenn überall in den Betrieben und in den proletarischen Organisationen der Ruf nach einer Belastung der Reichen ertönt, dann ist es möglich, den Widerstand dagegen zu brechen. Es ist ferner notwendig, den Kampf aufzunehmen für die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, für die Offenlegung der Bankkonten, um so die Spekulation gegen den Franken zu unterbinden, um die Steuerhinterziehungen der Kapitalisten festzustellen und um die Voraussetzungen für eine Vermögensabgabe zu schaffen. Diese Massnahmen müssten von Vertretern der Arbeiter und Angestellten der Banken und der Grossbetriebe durchgeführt werden. Die Werktätigen müssen den Kampf für die Belastung der Reichen führen, denn wenn die Reichen nicht zahlen, dann werden die Armen zahlen müssen, dann wird sich, wie das der "Temps" verlangt, die kapitalistische "Sparsamkeit" wieder auf ihre Kosten austoben und dann besteht die Gefahr, dass sie auch noch die Lasten einer Frankonentwertung zu tragen haben.

Gebt die "Arbeiterpolitik" an Eure Arbeitskollegen weiter! Werbt!

Die Auflösung der Ligen:

WIE WIRD DAS VERBOT DURCHGEFÜHRT WERDEN,
 ooo

Die Dekrete über die Auflösung der Ligen sind ebenso wie die neuen Sozialgesetze ein Tribut, den die Regierung Blum der ausserparlamentarischen Aktivität der Massen zollt. Die Regierung hatte sehr gut begriffen, dass die Massen den Kampf gegen den Faschismus selbst in die Hände genommen hätten, so wie sie die Lohn- u. Arbeitszeitfrage selbst gelöst haben, wenn auch weiterhin keinerlei Regierungsmassnahmen gegen die Ligen erfolgt wären. Zum andern handelte es sich für die Regierung darum, durch eine radikale Geste den schlechten Eindruck zu zerstreuen, den der Kniefall Vincent Auriols vor den Ältern des Kapitals bei den Werktätigen hervorrufen musste.

Die Frage ist jetzt, wie das Verbot durchgeführt werden wird. Wenn die Dekrete gegen die Croix de feu und Jeunesses Patriotes in der Praxis so angewandt werden wie die Verordnung über die Auflösung der Action Française, dann sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Die "aufgelöste" Action Française treibt ihr Mordhetze und ihre Provokationen lustig weiter, als ob nichts geschehen wäre. Die Art, wie die Dekrete gegen die Croix de feu bisher in die Praxis umgesetzt wurden, deuten nicht daraufhin, dass die Regierung und die Behörden hier energischer vorgehen wollten als gegen die Royalisten. Die Zeitungen de la Rocques, Taittingers und der anderen "Aufgelösten" erscheinen weiter. Da la Rocque kündigt die Gründung einer faschistischen politischen Partei an, die sich Parti Social Français nennen und auch eine eigene Parlamentsfraktion haben soll, der die jetzt auf die verschiedenen reaktionären Gruppen des Parlaments verteilten Croix de feu-Abgeordneten betreten sollen. In Paris und in der Provinz versuchen die Faschisten, Strassenkundgebungen zu veranstalten. Dabei zeigt es sich, dass der bürgerliche Staatsapparat, der gegen Arbeiter mit der grössten Brutalität vorzugehen versteht, die "besseren Herrschaften" aus den faschistischen Organisationen mit Samthandschuhen anfasst, so dass sie praktisch dazu ermuntert werden, ihre Provokationen fortzusetzen. In Marseille kann es sich der Zuhälterhauptide Sabiani leisten, in einer faschistischen Massenkundgebung dazu aufzufordern, eine Garde von 10 000 faschistischen Banditen zu bilden, die, wie er sagt, "keine Angst davor haben, getötet zu werden und zu töten", und die die Aufgabe haben sollen, Marseille zu "säubern", d. h. die Marseiller Arbeiter niederzuknüppeln. Gegen diesen Sabiani, der jetzt der Führer der Marseiller Faschisten ist, schwebt bereits seit einiger Zeit eine Anklage wegen Mordversuchs, weil er kurz vor den Wahlen auf Arbeiter geschossen hat. Aber Sabiani ist immer noch auf freien Fuss, er zeigt durch seine Reden und Taten, dass er darauf vertraut, dass Justiz und Polizei ihm nichts tun werden.

Damit die Auflösung der Ligen nicht bloss auf dem Papier bleibt, ist es notwendig, dass die faschistischen Zeitungen verboten, die Führer der Faschisten hinter Schloss und Riegel gesetzt und alle Ersatzorganisationen für die Ligen, sowie alle sonstigen Parteien und Verbände, die von notorischen Faschisten geführt sind, (wie die Bilgerschen Organisationen im Elsass), aufgelöst werden.

Die Dekrete und die bisherigen Taten.

Solche Massnahmen, die das Verbot der Ligen erst wirksam gemacht hätten, hat die Regierung nicht getroffen. Dagegen geht sie gegen die Trotzlisten sehr energisch vor. Nach einer Mitteilung des "Oeuvre" sind gegen eine Reihe von Trotzlisten Haftbefehle wegen "Komplotts gegen die Sicherheit des Staates" ausgestellt worden. Die trotzkistische Zeitung ist von neuem beschlagnahmt und gegen ihre Garantin ist Anklage wegen "Aufreizung zum Mord" erhoben worden. Man mag die trotzkistische Politik noch so sehr ablehnen - und wir haben sie immer für schädlich gehalten und bekämpft - es ist aber klar, dass die Trotzlisten, die jetzt vom Staatsanwalt verfolgt werden, keine Faschisten, sondern Antifaschisten sind. Mit der Verfolgung der Trotzlisten, die unernste Gegner der Volksfrontpolitik sind, will die Regierung offenbar einen Präzedenzfall schaffen, um gegebenenfalls gegen einen ernsthaften proletarischen Widerstand gegen die Volksfront- und Koalitionspolitik vorgehen zu können. Deshalb muss gefordert werden, dass der Polizeifeldzug gegen die Trotzlisten

aufhört.

Alle diese Tatsachen zeigen, dass die Arbeiter sich nicht darauf verlassen dürfen, dass Regierung und Behörden mit dem Faschismus wirklich Schluss machen. Wenn das Verbot der Ligen wirksam durchgeführt werden soll, dann müssen die Werktätigen durch ihre eigene Aktion nachhelfen. Gerade angesichts der Versuche der Faschisten, das Verbot auf alle möglichen Arten zu umgehen, angesichts ihrer erneuten Provokationen ist die Schaffung eines antifaschistischen Selbstschutzes erst recht notwendig.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

EINIGE LEHREN DER LETZTEN STREIKBEWEGUNG,
 ooo
 (Schluss)

Die grosse Junibewegung war ein wirtschaftlicher Kampf. Es war vom kommunistischen Standpunkt aus durchaus richtig, im Interesse der Geschlossenheit der Bewegung, keine anderen unmittelbaren Kampfziele aufzustellen als die von der Arbeiterklasse einheitlich als richtig erkannten Forderungen gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Natur. Das bedeutet aber noch keineswegs, dass es richtig war, dass die KPF völlig auf jede revolutionäre politische Propaganda verzichtete. Die Haltung der KPF lief darauf hinaus, dass sie statt einer kommunistischen Politik eine reformistische Politik betrieb, dass sie, statt den kämpfenden Massen eine revolutionäre Perspektive aufzuzeigen, ihnen das blinde Vertrauen zu der Regierung Blum und zur Volksfront predigte, dass sie sich nicht als Vorhut der Arbeiterklasse betätigte, sondern als Nachtrag der Regierung und der reformistischen Gewerkschaftsführung. Es wäre die Pflicht der KPF gewesen, an Hand der gewaltigen Massenbewegung aufzuzeigen, dass die Arbeiter dazu rüsten müssen, auch ihre politische Forderungen durch ausserparlamentarische Aktionen durchzusetzen. War es zwar falsch, so wie die Trotzlisten die Fortsetzung des Streiks solange zu fordern, bis die Arbeiterkontrolle der Produktion in den Kollektivverträgen niedergelegt sei, so hätte die KPF, wenn sie eine kommunistische Politik betreiben wollte, unbedingt darauf hinweisen müssen, dass es notwendig sei, den Kampf für die Durchführung der Arbeiterkontrolle der Produktion vorzubereiten.

In der Pariser Betrieben haben die Streikenden während des Kampfes nicht nur gesungen und getanzt. Sie haben auch politische Fragen diskutiert. In einem Grossbetrieb wurde eine Gerichtsverhandlung gegen die faschistischen Führer inszeniert, in einem anderen Betrieb wurden Verteidigungsmassnahmen gegen einen eventuellen Überfall faschistischer Banden getroffen. Fast überall in den Betrieben ein Wach- und Ordnungsdienst gegen faschistische Provokateure organisiert worden. Die KPF hätte die Pflicht gehabt, den spontanen Willen der Massen zum Kampf gegen den Faschismus zu lenken, die von ihnen spontan getroffenen Massnahmen zusammenzufassen und zu organisieren. Der Wach- u. Ordnungsdienst der Betriebe war der gegebene Ansatzpunkt zur Bildung antifaschistischer Selbstschutzorganisationen.

Die KPF hätte gleichfalls während des Kampfes die Frage der Bildung breiter und wirklicher Einheitsfrontorgane der werktätigen Massen stellen müssen. Die von der Partei propagierten Volksfrontkomitees können diese Aufgabe nicht erfüllen. Die Führer der SFIO und der Gewerkschaften haben es sehr leicht die Bildung von Komitees aus gewählten Vertretern der Betriebe abzuwehren, wenn die KP gleichzeitig vorschlägt, dass in den Volksfrontkomitees katholische Pfaffen und alle möglichen bürgerlichen Elemente vertreten sein sollen.

Das Versagen der KPF in der Junibewegung in den von uns erwähnten Punkten ist selbstverständlich kein Zufall sondern eine notwendige Folge ihrer Volksfrontpolitik, ihrer Politik der lückenlosen Unterstützung der Regierung Blum.

Die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsführung.

Die Gewerkschaften haben durch die Junibewegung ihre Mitgliederzahl gewaltig gesteigert und auch ihre Autorität in den Augen der Massen sehr erhöht. Dank dem Versagen der KPF konnten die reformistischen Gewerkschaftsführer um Jouhaux die Rolle der energischsten Vertreter der Arbeiterinteressen spielen. Die Jouhaux usw. werden versuchen, die starke Position, die sie so gewonnen haben, für ihre wirtschaftsdemokratischen und arbeitsgemeinschaftlichen

Pläne auszunutzen. Andererseits ist es klar, dass die Massen, die jetzt zu den Gewerkschaften stossen, zu einem grossen Teil sehr kampflustig sind und von der gewerkschaftlichen Organisation neue Vorstösse, neue Aktionen erwarten. Die KPF ist infolge ihrer heutigen Politik weder gewillt noch fähig, innerhalb der Gewerkschaften den arbeitsgemeinschaftlichen Tendenzen der Führung entgegenzuwirken. Dass diese Führung aber nicht daran denkt, der Kampflust der neuen Mitglieder genüge zu tun, geht aus den Bemerkungen Jouhaux' hervor, der schon jetzt ankündigt, dass der Mitgliederzustrom zu den Gewerkschaften einem Rückgang Platz machen werde. Zwar können die Gewerkschaften auch beim besten Willen nicht immer alle Mitglieder halten, die sie bei erfolgreichen Kämpfen gewonnen haben, aber Jouhaux' Reden machen den Eindruck, als ob er sich nur allzu leicht mit der Perspektive eines Mitgliederrückganges abfindet. Wenn keine revolutionäre Arbeit im kommunistischen Geiste in den Gewerkschaften geleistet werden wird, dann wird in der Tat ein Teil der neuen Mitglieder die Organisation wieder verlassen, ein anderer Teil wird eine unklare Oppositionsstellung gegenüber der Führung beziehen. Lenin sagte, dass der Syndikalismus und Anarchismus eine Strafe für den Opportunismus und Reformismus sei. Und wenn heute die politischen Parteien der Arbeiterklasse in die Koalitionspolitik verstrickt sind, so besteht die Gefahr, dass die oppositionellen Stimmungen in der CGT entsprechend den Traditionen der französischen Gewerkschaften eine syndikalistische Erärung annehmen. Umso notwendiger ist ein wirklich kommunistisches Auftreten innerhalb der Gewerkschaften, um so notwendiger ist es, dass die Mitglieder der KPF sich der Politik ihrer Führung widersetzen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wehret den Anfängen:

POLIZEI GEGEN STREIKENDE.
oooooooooooooooooooooooooooo

Der "Republikaner" v. 19. Juni meldet:

"Gestern mittag kam es an den Toren der "Société Commerciale des Mines des Potasse" zu heftigen Zwischenfällen. Einige Streikposten bewachten das Tor, als die Employés in geschlossener Formation, mit den Herren Lecornec und Kuhn an der Spitze, heranrückten. Sie riefen nach der Polizei. Die Polizei erwiderte, dass sie nur einschreite, wenn es zu Tätlichkeiten käme. Diese sollten nicht auf sich warten lassen. Ein Herr Ruillet, Mitglied der Croix de feu und bei der Firma Vaucher beschäftigt, erteilte einem vor dem Tore stehenden Arbeiter zwei Ohrfeigen. In diesem Augenblick stürmte die Polizei heran. Ein Teil der Polizisten gebärdete sich wie rasend. Einem Arbeiter, der nur mit einer Hose und einem Tricot bekleidet war, wurde ein Fusstritt in den Bauch versetzt, dass er rücklings zusammenfiel. Die Polizisten erteilten Faustschläge und Fusstritte und benahmen sich wie Bestien. Der Cycliste Nr. 17 zeichnete sich dabei besonders aus, auch der Polizeibeamte Nr. 120. Das Vorgehen war derart brutal, dass sich alle Umstehenden aufs lebhafteste empörten. Stolz über die in Bereitschaft gehaltene Hilfe verliessen dann die Angestellten den Betriebshof und sangen die "Marseillaise". Die Herren an der Spitze waren indessen kreidebleich."

Wir stellen also fest: Ein Mitglied der Croix de feu gab einem Arbeiter zwei Ohrfeigen. Darauf griff die Polizei ein und schlug auf die Arbeiter ein wie Bestien.

Was sagt der "Republikaner" dazu? ; "Das unerhörte Vorgehen der verschiedenen Polizeibeamten wird nicht vergessen werden."

Wir fragen; ist das alles? Warum fordert der "Republikaner" nicht, dass der Croix de feu- Mann sofort zur Verantwortung gezogen wird? Oder ist die Verabreichung von Ohrfeigen an Arbeiter eine Bagatelle, die keine Folgerungen nötig macht? Warum fordert der "Republikaner" nicht, dass das Eingreifen der Polizei in die Arbeitskämpfe unverzüglich unterbunden wird? Warum fordert er nicht die Bestrafung der für den Einsatz der Polizei verantwortlichen Beamten und die Bestrafung der von ihm erwähnten Polizeibeamten? Warum hat die CGT keine in diesem Sinne gelegene Demarche beim Innenminister Salengro unternommen? Was soll die Phrase, "dass man das unerhörte Vorgehen der verschiedenen Polizeibeamten nicht vergessen werde"?

Egon Blum hat erklärt, dass die Betriebsbesetzungen nach der französischen

Zivilgesetzgebung "illegal" seien. Er hat dieser Erklärung hinzugefügt, dass er aber nicht zu tun gedanke, was sein Vorgänger nicht tun wollte.

Wir haben daraus die Folgerung gezogen, dass es eine dringliche Aufgabe ist, einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Einsatz von Polizei in Arbeitskämpfen verbietet. Wenn die Regierung nicht die Absicht hat Polizei in Arbeitskämpfen gegen Streikende aufzubieten, dann muss ihr doch selbst daran gelegen sein, den "illogalen" Zustand zu legalisieren, d. h. das Gesetz ihrem Willen und den Interessen der um Lohn und Brot kämpfenden Arbeiterschaft anzupassen.

Die "Tatsache, dass die "Humanité" zu dem geschilderten Vorgehen nicht zu sagen hat, als sich auf die Wiedergabe der Tatsachen zu beschränken, lässt die Vermutung zu, dass sie auf die Abstellung des polizeilichen Einsatzes in Arbeitskämpfen deshalb keinen Wert legt, weil eine gesetzliche Festlegung des Verzichts auf den Einsatz von Polizei in Arbeitskämpfen bei den Volksfrontpartnern keineswegs so selbstverständlich ist, wie man dies dem Scheine nach behauptet.

Uns scheint es an der Zeit, dass die Arbeiter in ihren Organisationen nachdrücklich verlangen, dass der Verzicht auf polizeilichen Einsatz gegen Streikende keine einmalige Ausnahme bleibt und dazu noch als im Widerspruch zu französischer Zivilgesetzgebung stehend dargestellt wird. Die Arbeiter müssen darauf drängen, dass die von ihnen erprobte und als erfolgreich erwiesene Kampfmethode zur Vertretung ihrer Forderungen vom Staat und der Volksfrontregierung nicht weiter als "illegal" betrachtet wird, sondern legalisiert wird.

Zu diesem Zweck müssen sie fordern, dass der Einsatz von Polizei in Arbeitskämpfen gesetzlich untersagt wird. Es wäre die Aufgabe der Kommunisten hierzu die Initiative zu ergreifen. Oder versagt ihnen ihre Mitwirkung an der Volksfrontpolitik eine so einfache und selbstverständliche Pflicht zu erfüllen?

- o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die els. Reaktion erhebt ihr Haupt:

Eine ausserparlamentarische Aktion der Junker u. Millionäre.
=: : =

Der Industrielle und Junker E. Schlumberger besitzt bei Getweiler ein Gut, auf dem er annähernd 100 Arbeiter beschäftigt. Diese Arbeiter wurden von diesem noblen Patron - der in der landwirtschaftlichen Presse des Herrn Dorffler und in der UPR-Presse als Bauer dargestellt wird - ausgepresst wie ein Zitronen. So wagt er es für 10 Stunden Arbeit 8 Franken zu zahlen.

Die prächtige Massenbewegung der französischen Arbeiter hat auch diesen Proleten den Mut gegeben, den Kampf um Einführung von Mindestlöhnen zur Sicherung ihrer Existenz aufzunehmen. Der Junker Schlumberger aber zeigte keine Neigung über die Frage der Festlegung von Mindestlöhnen in einem Tarifvertrag Verhandlungen zu führen. Darauf entschlossen sich die Arbeiter zur Besetzung der Ferme, um auf diesem Wege Herrn Schlumberger an den Verhandlungstisch zu nötigen und die Behörden auf den Konflikt aufmerksam zu machen.

Der Junker, dieser im Schweisse seines Angesichts sein Brot essende "Bauer" - frei nach der Rossépreste, nach den Verlautbarungen der Landwirtschaftskammer und des Herrn Dorffler -, aber organisiert mit Hilfe der Spitzen der landwirtschaftlichen Verbände (der "Bauer" Graf von Andlau, Baron von Turckheim usw.) unter Hinzuziehung einiger anderer Millionäre, wie der Herren Walter und Boeckel und der reaktionären Députés und Senatoren, darunter eine ganze Reihe von Leuten die einmal die Unterstützung der KP erhielten und uns in der "Humanité" als Bauernsenatoren serviert wurden, eine ausserparlamentarische Aktion. Diese Aktion, in Luxuslimousinen durchgeführt, sollte dem "Bauer" Schlumberger sein bedrohtes Privateigentum wiedergeben, diesen von seinem Schweisse gedüngten Boden.

In die Spitze dieses "Bauern"-Aufstandes stellten sich die nachfolgenden "Bauern"-Führer: Hr. Boeckel (Millionär und Präsident der els. Weinbändler), Graf

von Andlau, Senator Sigrist, Député Gullung, Rossé, Burras, Dahler, Selts, Urban und der Faschist Bälger.

Um der Sache den Anschein zugeben, als handele es sich nicht um eine Partei-
nahme gegen die Lohnforderungen der Arbeiter der Schäumbergischen Ferme,
wurde verkündet, dass man sich lediglich für die Wahrung des Rechts des "Bau-
ern" einsetzen werde, auf seinem Gute daheim zu sein und zu schalten und zu
walten, wie es ihm beliebt. Das aber heisst nichts anderes, als dem Gutsbesitzer
das Recht zu stehen, auf seinem Gute mit seinen Arbeiter nach preussischer
Junkerartier um zu springen, wie es ihm passt. Die Erklärung, dass man sich
nicht in den Lohnkonflikt nicht einmischen wolle, wurde also lediglich formu-
liert, um den wahren Zweck der Aktion zu verschleiern, der ja gerade darin
bestand, die Landarbeiter daran zu hindern ihre Forderungen durchzusetzen.
Denn nur deshalb hatten die Arbeiter die Ferme besetzt.

Um diesem eigenartigen "Bauern"-Aufstand gegen die ausgebeuteten und hunde-
miserabel bezahlten Landarbeiter und Robleute ein populäres Mäntelchen an-
zuhängen und dafür wenigstens Verständnis bei den richtigen Bauern zu fin-
den, wurde das Gerücht herübereicht, dass die Streikenden dem Vieh das Putz-
tr und Wasser vorweigern und das Melken der Kühe unterlassen. Eine Erklärung
der Streikenden hat diesen Schwindel sofort zurückgewiesen. Leider hatte die
"Humanität" solche Eile, dass sie ohne eine Erklärung der Streikenden einzu-
fordern, die Verleumdungen der Herren Junker für bare Münze nahm, woraus jetzt
die Kurierpresse und die landwirtschaftliche Fachpresse Kapital zu schlagen
sucht.

Nachdem sich die Herren in Schlettstadt an die Richtige "Bauernaufstands-
stimmung" gereicht hatten, nahmen sie in ihren Luxuslimousinen Platz und füh-
ren bei Nacht und Nebel zur Präfektur nach Colmar, wo sie die sofortige Räu-
mung der Schäumbergischen Ferme forderten, andernfalls sie am nächsten Morgen
die Winzer und Bauern zur gewaltsamen Räumung der Ferme aufbieten würden.
Herr Gullung, dieser nougepackene UPR-Député verstieg sich sogar in Schlett-
stadt zu der theatralischen Geste, die Glocken von Weissenburg bis St. Louis
läuten zu lassen.

Der Präfekt liess sich von den "Bauern" breitschlagen. Er bat die Herren von
der gewaltsamen Entsetzung der Ferme Abstand zu nehmen und ihm eine Frist
bis Montag zu Verhandlungen zu lassen. Dieses Krsuchen wurde abgelehnt, worauf
er, der Präfekt - um ein eventuelles Blutvergiessen zu vermeiden, wie Herr
Rossé im "Kurier" schreibt - bereit erklärte sofort nach Gebweiler zu gehen.
Die manifestierenden "Bauern" bestimmten aus ihrer Mitte die UPR-Abgeordne-
ten Rossé und Gullung als Begleiter.

Die Manifestanten erklärten - nach dem Schauerroman des Herrn Rossé - dass sie
die Präfektur solange besetzt halten, bis sie Satisfaktion erhalten hätten.
Der Präfekt soll sich damit freundlichst einverstanden erklärt haben, worauf
die "Bauern" sich unter Führung von Sigrist u. Oberkirch in der Präfektur
einrichteten. Schade, dass die Colmarer Proleten nichts von der Aktion wussten,
sie hätten sicherlich den Herren den Marsch geblasen.

In der Schäumbergischen Ferme hatten die Streikenden den Eingang verbarrika-
diert und lagen mit den Gebweiler Arbeitslosen in Alarmbereitschaft, da sie
von der Aktion der Rossé, Andlau u. Co. Kenntnis erhalten hatten.

Der Präfekt verhandelte dann mit den Streikenden und man einigte sich auf
folgende Bedingungen: 1) Montag 11 Uhr Beginn der Verhandlungen, 2) während der
Verhandlungen dürfen keine Entlassungen u. Neueinstellungen vorgenommen wer-
den. Dafür versprachen die Streikenden die Räumung der Ferme.

Die ganze Aktion, die hier von einem Tross reaktionärer Abgeordneter, Gutsbe-
sitzer und grosser Weinbändler eingeleitet wurde, war nichts als ein Versuch
die Regierung zu zwingen, die Arbeiter mit Gewalt aus dem Gute zu vertreiben.

Sie war zugleich ein Versuch, die Bauern ~~unter~~ unter Vorspiegelung falscher
Tatsachen ausserparlamentarisch gegen den Kampf der Arbeiter um bessere Lö-
hne aufzuputschen.

Die Aktion hatte einen klaren politischen Sinn. Rossé und Gullung haben dies

am krassesten ausgedrückt. „Wir werden von Weissenburg bis St. Louis die Stunglocken läuten und selber Ordnung schaffen“. „Was hinter den Vogesen passiert interessiert uns nicht, hier aber werden wir solche Zustände wie im Inneren nicht zulassen, hier sind wir die Herren!“ Die gesamte reaktionäre Presse Elsass-Lothringens hat zu diesen Kraftmeiereien die Begleitmusik gebläsen. Die „Neue Zeitung“ des Herrn Frey - des Koalitionsgenossen unserer Sozis in der Gemeindeverwaltung - hat neben der UPR-Presse sich dabei besonders hervorgetan und auch die „Eiz“ durfte in diesem Reigen für den Junker Schlumberger selbstverständlich nicht fehlen.

Es ist an der Zeit den Herren den Marsch zu blasen. Es ist höchste Zeit, dass die Arbeiterorganisationen das Land wachrütteln und dem wirklichen Bauer, den, der im Schweisse seines Angesichts sein Brot erarbeitet, aus den Fingern der Dorfreichen und der Millionäre und Arbeiterschinder zu befreien.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Huebers Fraktionsfreunde u. die Feuerkreuzler.

Die „NW“ hat sich mit Recht darüber empört, dass die Regierung eine Hatz gegen die Trotzlisten veranstaltet und die de la Rocque usw. weiter in Freiheit belässt. Sie hat mit Recht gegen die Mobilisierung von Polizei gegen Streikende protestiert.

Inzwischen hat die Regierung den Chofs der faschistischen Organisationen die Auflösung ihrer Ligen notifiziert. Die Unzulänglichkeit dieser Massnahme haben wir an anderer Stelle dargelegt.

Die Massnahme der Regierung hat aber genügt um unsere klerikalischen Abgeordneten und ihre Presse in Wallung zu bringen. „Elsässer“ und „Kurier“ haben die Auflösung der Ligen in einem Erguss „Unter dem Regime der Gewalt“ kommentiert. Wörtlich heisst es darin:

„Seit Wochen triumphieren Gesetzesverletzungen, Vergewaltigungen des Privateigentums usw. (Womit die Betriebsbesetzungen durch die Arbeiter, auch die christlichen, gemeint ist. Die Red. der „Arpo“). Die Feuerkreuzler, waren ohne Zweifel in dieser Unruhebewegung ein Moment der Ordnung, des inneren Friedens. Staatspolitische Klugheit hätte sie ausgenutzt gegen alle Elemente der Destruktion. Léon Blum wollte das nicht, oder er konnte es nicht.“

Das ist klar. Die Klerikalen wollten, dass sich die Regierung gegen die Arbeiter auf die Feuerkreuzler stützen sollte. Damit ist zugleich die ganze Huchelei der Klerikalen und der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Streikenden an Ort und Stelle blossgelegt. Sie wollten, dass die Staatsgewalt gegen die Streikenden vorgeht und sich dabei auf den Colonel de la Rocque stützen sollte. Die Klerikalen wollten also den faschistischen Terror gegen die Streikenden. Das gilt es festzuhalten und allen Arbeiter einzuprägen.

Was aber tut der „radikale“ Hueber? Er sitzt mit den Agenten der Feuerkreuzler in einer Kammergruppe. Er findet in der „NW“ kein Wort des Protestes gegen die Stützen der Feuerkreuzler.

Warum? Weil der „Radikalismus“ der Hueberu, Mouror ein Scheinradikalismus ist. Weil er aus nichts als aus Demagogie besteht. Weil ihr „Radikalismus“ ihnen zwar gestattet Wahrheiten gegenüber der Regierung L. Blum zu sagen, aber ihre Verbundenheit, ihre Abhängigkeit von den Klerikalen und Elzianern ihnen verbietet, den gleichen „leninischen“ Radikalismus gegenüber den Rossé, Walter et Tutti quanti anzuwenden. Huebers Opposition gegen die Volksfront ist eine Opposition aus reaktionären Gründen. Sein zur Schau gestellter „Leninismus“ und Radikalismus ist Rosséscher Observanz, ist nichts als eitle Spiegelfechterei. Er ist das Mittel um seine Anhänger über die traurige und erbärmliche Rolle hinwegzutäuschen, die er im Bunde und im Einvernehmen mit den Agenten und Stützen der Feuerkreuzler spielt. So und nicht anders darf er seine Rolle spielen, wenn er seine Anhänger bei der Stange halten will. Radikal gegen Blum, zahm und lammfromm gegenüber der UPR, für diese Sorte Leninismus bedanken wir uns bestens. Sie ist die vergrößerte Kehreseite der Volksfrontpolitik mit den Radikalen und nichts anderes.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.